

Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei
im Herbst 1989

Eine Chronik der Wende im Bezirk Neubrandenburg

Mit einem Anhang:
Studie über das Verhältnis von Volkspolizei und
Ministerium für Staatssicherheit,
dargestellt am Beispiel des Kampfes gegen die
mecklenburgische Landeskirche 1945 - 1989

Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989. Eine Chronik der Wende im Bezirk Neubrandenburg. Mit einem Anhang: Studie über das Verhältnis von Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel des Kampfes gegen die mecklenburgische Landeskirche.

Herausgeber:

Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Jägerweg 2, 19053 Schwerin

Bearbeiter:

Georg Herbstritt

Druck der ersten Auflage (1998):

Druckhaus Kersten Koepcke & Co., Güstrow

2., durchgesehene Auflage, Schwerin 2009 (nur online als pdf-Datei verfügbar)

ISBN der gedruckten Auflage (1998): 3-933255-07-4

Inhaltsverzeichnis	Seite
Einführung	5
Dokumententeil: Die Lageberichte der Deutschen Volkspolizei im Herbst 1989	13
Anhang:	
Studie über das Verhältnis von Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel des Kampfes gegen die mecklenburgische Landeskirche	235
Das politisch-operative Zusammenwirken - eine Übersicht	280
Quellen- und Literaturverzeichnis	282
Abkürzungen	286
Ortsregister	292

Einführung

Der Herbst 1989 ist als Epochenwechsel in die Geschichte eingegangen. Innerhalb weniger Monate hatte sich mehr verändert als in den Jahrzehnten zuvor. Der vorliegende Band dokumentiert diesen Umbruch für die Zeit vom 2. Oktober bis 9. Dezember 1989. Er beschränkt sich dabei auf den damaligen Bezirk Neubrandenburg, und er tut dies aus dem Blickwinkel einer Institution, der man bisher kaum Beachtung schenkte: der Deutschen Volkspolizei.

Die Volkspolizei im Bezirk Neubrandenburg stellte seit vielen Jahren jeden Tag, wie das auch in den anderen Bezirken der DDR üblich war, einen Lagebericht zusammen. Darin wurden alle Ereignisse und Vorkommnisse des jeweiligen Tages festgehalten, die aus polizeilicher Sicht von Bedeutung waren. Das betraf ganz allgemein den Bereich der sogenannten öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Vermerkt wurden Straftaten aller Art, Verkehrsunfälle, Brände und anderes mehr sowie die jeweiligen Aktionen oder Reaktionen seitens der Polizei. Die Lageberichte dienten jedoch nicht nur polizeiinternen Zwecken. Ein Exemplar ging beispielsweise regelmäßig auch an die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit, ein weiteres an die Bezirksleitung der SED. Eine gekürzte Fassung schickte man täglich als Fernschreiben an das Ministerium des Innern nach Berlin.

Wenn man diese Lageberichte heute liest, so wirken sie zunächst nicht besonders aufregend, ihr Stil ist trocken, sachlich, monoton. Das geht so weit, daß auch im Herbst 1989 ausnahmslos jeder Lagebericht mit der Feststellung beginnt: „Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet.“ Vielleicht ist dies aber schon eine ganz wesentliche Charakterisierung des Herbstes 1989: ein Umbruch in sehr geordneten Bahnen. Dennoch - die Ereignisse, die die Polizei im Herbst 1989 protokollieren mußte, machen die Lageberichte für diesen Zeitraum insgesamt zu einer spannenden Lektüre.

In den ersten der hier wiedergegebenen Berichte spiegelt sich noch der sozialistische Alltag wider, der einem neuen Höhepunkt zustrebt: dem vierzigsten Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik. Doch schon gibt es einige Anzeichen für eine veränderte Stimmungslage. Nicht alle Festveranstaltungen im Bezirk verlaufen störungsfrei, es gibt vereinzelt Widersprüche, Kranzniederlegungen fallen aus. Einige Eltern aus dem Kreis Malchin weigern sich, ihre Kinder zum FDJ-Fackelzug nach Berlin zu schicken. Sie haben Angst vor gewaltsamen Ausschreitungen. Die Poli-

zei ist noch in der Lage, jede abgerissene Staatsflagge und jede staatsfeindliche Losung zu protokollieren. Es scheint sich um Einzelfälle zu handeln, von einer richtigen Oppositionsbewegung ist nicht die Rede.

Ungewöhnlich ist in diesen Oktobertagen allenfalls das Geschehen an der Grenze zu Polen. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hatte die Volkspolizei im Bezirk Neubrandenburg jeden Monat durchschnittlich einen sogenannten Grenzverletzer registriert, der von der DDR nach Polen wollte und etwa zwei in umgekehrter Richtung. Nun steigen diese Zahlen, zumindest aus der DDR in Richtung Polen, rapide an.

Keineswegs ungewöhnlich, aber doch aufschlußreich sind die Ereignisse mit sowjetischen Soldaten: Verkehrsunfälle, Einbrüche, Wilderei und Flaggendiebstähle waren für die Volkspolizei schon vor 1989 Routinevorfälle.

Erst Mitte Oktober protokolliert die Volkspolizei öffentlich wirksame Aktivitäten des Neuen Forums und berichtet über ein Friedensgebet in der Johanniskirche in Neubrandenburg. In dieser Phase der Entwicklung orientiert man sich in der Volkspolizei auch auf die „verstärkte Einbeziehung von Stützpunkten (Waffen) der GST und anderer gesellschaftlicher Organisationen“, was bedeutet, dass derartige Waffenstützpunkte vermehrt in die Kontrolltätigkeit der Volkspolizei einbezogen werden sollten.¹ Das Wehrbezirkskommando Neubrandenburg der Nationalen Volksarmee sichert der Volkspolizei wenig später zu, erforderlichenfalls mit Waffengewalt gegen innere Unruhen vorzugehen.² Die Lage eskaliert, und der Lagebericht vom 19. Oktober nennt die Kontrolle und Überwachung namentlich *kirchlicher* Veranstaltungen erstmals ausdrücklich als eine „Hauptanstrengung“ polizeilicher Arbeit. Doch zu diesem Zeitpunkt läßt sich die Bürgerbewegung bereits nicht mehr aufhalten. In immer mehr Städten und Gemeinden finden jetzt Versammlungen, Friedensgebete, Kundgebungen und Gesprächsrunden statt. Unter den Volkspolizisten löst das zunehmend Verunsicherung aus.

Anfang November scheint sich die Lage dann etwas zu entspannen. Anstelle brisanter politischer Forderungen treten nun Alltagsorgen in den

¹ Vgl. unten, S. 61.

² Nationale Volksarmee, Wehrbezirkskommando Neubrandenburg, Der Chef [Generalmajor Heiland], 20.10.1989, an den Chef der BDVP Neubrandenburg, Generalmajor Kahmann: Standpunktäußerung, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 79/90, Bündel Nr. 181.

Vordergrund öffentlicher Diskussionen, beispielsweise schlechte Wohnverhältnisse oder hartes Brot in den Konsum-Läden.³ Damit scheint eine Taktik der Staatssicherheit aufgegangen zu sein, die planmäßig darauf hinarbeitete, daß sich die Bürger mit kleinen Forderungen beschäftigten, um so von den großen Themen abzulenken.⁴ Nach der Öffnung der Grenze am 9. November setzt sich die Entpolitisierung zunächst fort, läßt sich aber nicht durchhalten. Vielmehr rückt jetzt die Staatssicherheit selbst immer mehr in den Vordergrund der Bürgerproteste. Bislang hatte die Volkspolizei nur vereinzelt Bürgerproteste gegen das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) registriert, erstmals in ihrem Lagebericht vom 21. Oktober über eine Demonstration in Anklam. Doch den ersten größeren Protestmarsch zu einem Dienstsitz des MfS im Bezirk Neubrandenburg meldet die Volkspolizei erst am 11. November aus Teterow, wo am Vortag etwa dreihundert Bürger gezielt vor der MfS-Kreisdienststelle gegen die Staatssicherheit demonstrierten. Am gleichen Tag berichtet die Volkspolizei davon, daß sie von Bürgern mit Lob bedacht wird: Bürger äußern sich anerkennend über die reibungslose Abfertigung ihrer Reiseanträge, und ein Pastor dankt bei der Dialogveranstaltung in Torgelow den anwesenden Volkspolizisten für ihren schutzpolizeilichen Streifendienst. Die demonstrierenden Bürger sowie die Kirchen taugen für die Volkspolizei somit immer weniger als Feindbild. Letztmalig werden Bürger im VP-Lagebericht vom 8. November als „negativ“ und „feindlich“ eingestuft. Die Volkspolizei erfährt ihrerseits zunehmend Wohlwollen, während die Staatssicherheit nun das Ziel der Proteste wird.

Damit beginnt eine bedeutende Entwicklung. Je mehr die Staatssicherheit unter Druck gerät, desto mehr Akzeptanz findet andererseits die Volkspolizei in der Bevölkerung. Den Lageberichten kann man entnehmen, wie sich die Volkspolizei jetzt von den Kollegen des MfS distanziert. Ab dem 19. November fehlt in den Lageberichten plötzlich der tägliche Hinweis auf die stabile Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Und während die Volkspolizei sich einerseits an der Auflösung des MfS beteiligt, beginnt sie andererseits, möglichst rasch und gründlich alle Spuren zu verwischen, die die enge Verbindung zum MfS und zur SED offenlegen könnten. Einzelne VP-Kreisämter, die nicht gründlich genug arbei-

³ Vgl. unten, S. 169.

⁴ Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg (= BStU (Hg.): BF informiert Nr. 12), Berlin 1996, S. 36. Diese Studie wurde in einer mehrmonatigen Fortsetzungsserie auch abgedruckt in der Wochenendbeilage des *Nordkurier*, im *Wochenendkurier*, jeweils auf S. 6, beginnend mit dem 19.10.1996.

ten, werden namentlich gerügt. So etwa Teterow und Ueckermünde, wo Anfang Dezember 1989 noch immer Dokumente existieren, die das enge Zusammenwirken mit SED und Staatssicherheit belegen.⁵

Die Lageberichte selbst dokumentieren zwar sehr eindrücklich die engen und intensiven Verbindungen zwischen Staatssicherheit und Volkspolizei, geben aber kaum Auskunft darüber, wie diese Verbindungen im einzelnen ausgesehen haben. Erste Antworten hierauf findet man in der Parallelüberlieferung des MfS. Ähnlich wie die Polizei ihre Lageberichte, erstellte die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit ihre täglichen Rapporte. Beide Berichtsformen haben oft die gleichen Vorfälle zum Inhalt. Die MfS-Rapporte sind aber in der Regel bedeutend umfangreicher, weil sie auch Namen und andere Angaben zu handelnden Personen sowie Hinweise auf Gegenmaßnahmen durch die verschiedenen staatlichen Stellen enthalten. Dies sei an zwei Beispielen veranschaulicht:

Am 6. Oktober 1989 verbrannten unbekannte Personen in Malchin eine DDR-Staatsflagge und eine rote Fahne. Der polizeiliche Lagebericht nennt diesen Sachverhalt, ohne weiter darauf einzugehen. Im entsprechenden Rapport des MfS wird der Vorfall ebenfalls aufgeführt. Ihm ist zu entnehmen, daß das MfS durch ein Fernschreiben der Neubrandenburger Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) und durch eine Meldung der MfS-Kreisdienststelle Malchin von dem Vorfall Kenntnis erhielt. Ferner wird beschrieben, welche Maßnahmen ergriffen wurden. Anzeigen wurden aufgenommen bzw. Ermittlungsverfahren eingeleitet, die MfS-Abteilung IX als Untersuchungsorgan der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit erhielt durch den VP-Bericht Mitteilung von dem Vorfall, des weiteren wurde im MfS der operative Einsatzstab informiert und über diesen auch die Abteilung XX, deren Aufgabe unter anderem die Bekämpfung der Kirchen und des politischen Untergrundes war. Schließlich findet sich im Rapport des MfS noch die Festlegung, daß die weitere Bearbeitung durch das Volkspolizei-Kreisamt (VPKA) Malchin erfolgen sollte.⁶

Am 12. Oktober vermerkt der Lagebericht der Volkspolizei, daß am 9. Oktober 1989 eine Person in Anklam Unterschriften für das Neue Forum sammelte. Er endet mit dem Hinweis, die Bearbeitung dieses Falles erfolge durch die Kreisdienststelle des MfS. Im MfS-Rapport ist aus der vier Zei-

⁵ Vgl. unten, S. 229 und S. 231.

⁶ BVfS Neubrandenburg, Operativer Diensthabender, 7.10.1989: Rapport Nr. 280/89 vom 6.10.1989/6.00 Uhr bis 7.10.1989/6.00 Uhr, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., AKG Nr. 185, Bl. 35.

len kurzen Notiz bereits eine ganzseitige Meldung geworden. Darin werden Name, Alter, Beruf, Arbeitsstelle und Familienstand der betreffenden Person genannt. Es wird festgestellt, daß die Person religiös gebunden ist, keiner Partei angehört und nicht vorbestraft ist. Einer unbestätigten Information zufolge, so heißt es in dem Rapport weiter, sollen die zwanzig bis dreißig Unterschriften an Bärbel Bohley geschickt worden sein. Der MfS-Rapport zählt sodann die eingeleiteten Maßnahmen auf. Die Person wurde dem Volkspolizei-Kreisamt Anklam zugeführt und von dort der MfS-Kreisdienststelle übergeben. Der Leiter der Kreisdienststelle Anklam informierte die Leiter der Abteilungen IX und XX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Im Ergebnis kamen ein Mitarbeiter der Abteilung IX und drei Mitarbeiter der Kreisdienststelle zum Einsatz, um die Unterschriftensammlung in Anklam zu ahnden.⁷

Diese beiden Beispiele vermitteln bereits einen Eindruck von der engen Zusammenarbeit der beiden Sicherheitsapparate. Ebenso lassen sie erahnen, daß nicht nur die Staatssicherheit politische Gegner bekämpfte, sondern daß auch die Volkspolizei einen wichtigen Anteil daran hatte. Für die Zusammenarbeit mit der Volkspolizei und anderen Institutionen gab es im Ministerium für Staatssicherheit einen eigenen Fachbegriff: *politisch-operatives Zusammenwirken (POZW)*. Als Anhang zu dieser Dokumentation wird am Beispiel der Bekämpfung der mecklenburgischen Landeskirche das Miteinander und Nebeneinander von Volkspolizei und Staatssicherheit ausführlicher beschrieben.⁸ Dadurch wird die besondere und einflußreiche Rolle der Volkspolizei deutlich. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Kirchenfragen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem breiten Tätigkeitsfeld der Volkspolizei darstellten. Das politisch-operative Zusammenwirken erstreckte sich aber auch auf viele andere Bereiche. So kann es sich hier nur um eine erste Annäherung an dieses Thema handeln. Viele Sachverhalte sind nach wie vor umstritten, und die Aktenlage ist gerade im Bereich der Volkspolizei stellenweise sehr dürftig. Das hat unter anderem damit zu tun, daß 1989/90 das Interesse fast ausschließlich den Akten der Staatssicherheit galt. Und wo sich Bürgerkomitees 1989/90 für die Akten der Volkspolizei zu interessieren begannen, wurden sie von der Volkspolizei erfolgreich an einem Zugang zu den Akten gehindert. Im Gegensatz zum MfS war die Volkspolizei weitgehend ein intakter und funktionierender Machtapparat geblieben. Die Volkspolizei konnte deshalb ungestört bis in den Herbst 1990 hinein ihre Archive säubern, und auch danach wurde die Ak-

⁷ Dass., 12.10.1989: Rapport Nr. 285/89 vom 11.10.1989/6.00 Uhr bis 12.10.1989/ 6.00 Uhr, vorh. in: ebd., Bl. 82.

⁸ Vgl. unten, S. 235-279.

tenvernichtung noch mehrere Jahre lang in Ruhe fortgesetzt. Auf diese Weise sind tausende Akten verlorengegangen, in denen die Bespitzelung zahlreicher Bürger durch die Volkspolizei dokumentiert war. Familienverhältnisse, politische Anschauungen, Hobbys und sexuelle Gewohnheiten der Bürger registrierte die Volkspolizei ebenso wie Vorfälle, die mit Republikflucht oder mit der sogenannten öffentlichen Herabwürdigung in Zusammenhang standen. Diese Unterlagen können nun auch für Rehabilitierungen nicht mehr herangezogen werden.⁹

Umso erfreulicher und keineswegs selbstverständlich ist es, daß die in diesem Buch wiedergegebenen Lageberichte nicht der Vernichtung anheim gefallen sind. Viele dieser Berichte existieren sogar noch in doppelter Ausfertigung und sind heute sowohl in der Neubrandenburger Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (unter den Signaturen BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 243; BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., AKG Nr. 189 und AKG Nr. 193) als auch im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv in Schwerin (unter der Signatur MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 79/90, Bündel Nr. 181) archiviert.¹⁰ In beiden Archiven sind die Lageberichte nur unvollständig vorhanden; zusammengenommen lassen sich aber die meisten Lücken schließen. Es fehlt lediglich der Bericht über das Geschehen am 2. Dezember. Ebenso sind die Berichte über die Zeit vor dem 2. Oktober und nach dem 9. Dezember 1989 offenbar nicht mehr auffindbar.

⁹ Für Mecklenburg-Vorpommern meldete das Innenministerium in Schwerin in seiner Presseinformation Nr. 103 vom 29.04.1997, daß die „Aufarbeitung der Kriminalakten“ nun abgeschlossen sei. „Aufarbeitung“ meinte hier die Vernichtung bzw. Bereinigung von rund 75.000 Kriminalakten, in denen die Volkspolizei personenbezogene Daten mit den o.g. Inhalten gespeichert hatte. Vgl. auch verschiedene Berichte aus der Berliner *taz*, *die tageszeitung* zwischen dem 17. und 20.9.1990: u.a. 17.09.1990, S. 10: „Orwellsche Geschichtsschreibung: Die Ostberliner Polizei erledigt ihre Vergangenheit mit dem Reißwolf“. Ferner: *taz*, 18.12.1990, S. 6: „Polizeidaten illegal vernichtet. Auch nach der Vereinigung werden die Daten der Ostberliner Volkspolizei weiter illegal vernichtet“. - Und aus dem Jahre 1996: *taz*, 5.7.1996, S. 22: „Volkspolizeiunterlagen sollen in den Reißwolf“.

¹⁰ Die Veröffentlichung dieser Quellen in diesem Band erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs Schwerin und der Neubrandenburger Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, wofür beiden an dieser Stelle gedankt sei. - Im Bundesarchiv Berlin, wo es eine entsprechende Überlieferung geben müßte, fehlen VP-Lageberichte für den Zeitraum Herbst 1989 bis Frühjahr 1990 völlig. Zentrale VP-Lageberichte, die das Geschehen in der gesamten DDR umfassen, existieren wieder ab dem 1.4.1990 (und dann bis in das Jahr 1991 hinein), vgl. BArch Berlin, DO 1/MdI/2.3 ODH/54944-54951.

Für die vorliegende Edition wurden die Lageberichte leicht gekürzt. Es wurden diejenigen Meldungen weggelassen, die mit den politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen des Herbstes 1989 nichts zu tun haben, beispielsweise Meldungen über Verkehrsunfälle, Diebstähle, Brände usw. Auslassungen sind in jedem Fall durch eckige Klammern [...] gekennzeichnet. Die Namen der VP-Angehörigen, die die Lageberichte jeweils unterzeichneten, sind in der vorliegenden Edition nur mit dem Anfangsbuchstaben wiedergegeben, im Original sind die Namen ausgeschrieben. Im Interesse einer besseren Lesbarkeit der Texte wurden offensichtliche Tippfehler stillschweigend berichtigt. Die mitunter recht willkürliche Schreibweise von Orts-, Kirchen- und Personennamen folgt hingegen der Originalvorlage.

Ebenso orientiert sich die Gliederung der Quellentexte an den Originalvorlagen, so daß die abgedruckten Texte auch optisch zumindest näherungsweise den Originalen entsprechen. Die zahlreichen Abkürzungen sind im Abkürzungsverzeichnis am Ende dieses Buches auf den Seiten 288 bis 293 aufgelöst.

Anzumerken ist noch, daß die vorliegenden Lageberichte zwar das Geschehen im gesamten Bezirk Neubrandenburg erfassen und somit auch die Ereignisse in zahlreichen kleineren Städten und Gemeinden protokollieren. Allerdings fehlt in den Berichten auch vieles, was sich damals zugetragen hat. Deshalb versteht sich diese Edition nicht zuletzt als Anregung für Regionalforscher und Ortschronisten, derartige Lücken mit Hilfe anderer Quellen und mit den Erinnerungen der damals Beteiligten zu schließen.

Dokumententeil:

*Die Lageberichte
der Deutschen Volkspolizei
im Herbst 1989*

BDVP Neubrandenburg
Paß- und Meldewesen

Neubrandenburg, den 02.10.89

Analyse ungesetzliches Verlassen der DDR über sozialistische Staaten -
 Stand 29.09. 1989

Seit Juli 1989 haben 223 Bürger unseres Bezirkes über sozialistische Staaten ungesetzlich die DDR verlassen.

Eine kreisliche Aufgliederung zeigt folgendes Bild:

Altentreptow	1
Anklam	12
Demmin	3
Malchin	5
Neubrandenburg	59
Neustrelitz	41
Pasewalk	7
Prenzlau	8
Röbel	7
Strasburg	2
Templin	21
Teterow	12
Ueckermünde	15
Waren	30
-----	-----
Gesamt	223

Unter diesen Personen befinden sich 35 Kinder von 1 bis 14 Jahre.
 Es sind 134 männliche und 89 weibliche Personen.

Die Aufgliederung des Familienstandes ist wie folgt:

94	ledig
73	verheiratet
18	geschieden
3	verwitwet

Das Durchschnittsalter beträgt 24,9 Jahre. Die Spanne liegt von 1 Jahr 5 Monate bis zu 49 Jahre.

Unter diesen Personen befinden sich 42 Ehepaare bzw. Familien.
Über eine abgeschlossene Hochschulbildung verfügen 10 und über eine abgeschlossene Fachschulbildung 23 Personen.

Von ihnen waren organisiert in der

SED	15
LDPD	3.

Die Reisen wurden in folgende Länder angetreten:

UVR	174
CSSR	29
VRB	14
SRR	4
SFRJ	2

18 Bürger waren Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR.

Eine Aufgliederung nach Bereichen bzw. Berufen sagt folgendes aus:

Handwerker/ Handwerksberufe	49
Krankenschwestern/ Kindergärtnerinnen	18
Köche/ Kellner	10
Ärzte	8
Studenten	8
Kraftfahrer	4
Landwirtschaft	4
Lehrer	4
Lehrlinge	4
ohne Tätigkeit	2
sonstige	47

B.
Oberstltn. d. VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 05.10.1989

Lagebericht

zum Stand der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit
anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR in der Zeit vom
04.10.1989, 07.00 Uhr bis zum 05.10.1989, 07.00 Uhr.

Die Hauptanstrengungen in den zurückliegenden 24 Stunden richteten sich
auf die wirksame Umsetzung der Aufgabenstellungen

- zur Vorbeugung und Verhinderung feindlicher Handlungen und Provokationen, sowie eine zielgerichtete Personenkontrolle
- zum Schutz der Staatsgrenze
- zur Gewährleistung eines störungsfreien Ablaufs aller Veranstaltungen in Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der DDR
- zur Erhöhung der Sicherheit der Dienststellen und Objekte der DVP sowie der Einbeziehung bedeutsamer Objekte, Betriebe und Einrichtungen in die verstärkte operative Tätigkeit

Die Lage im Berichtszeitraum war gekennzeichnet durch:

1. 15 Angriffe auf die Staatsgrenze mit 39 Personen
davon
 - 5 x ungesetzlicher Grenzübertritt DDR - VRP (durch GT VRP gestellt)
 - 5 x Verdacht des ungesetzlichen Grenzübertritts
(2 x UVR - Österreich - BRD
1 x CSSR - BRD
2 x DDR - VRP)
 - 5 x versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt
(3 x DDR - VRP
2 x DDR - CSSR)
2. das Anbringen einer Losung in Bocksee Krs. Waren auf dem Grundstück eines zweimaligen Antragstellers auf englisch „Freiheit für alle“. Vor dem Grundstück befand sich eine zweite Losung „Haben wir alle, DDR lebe hoch“. Täter unbekannt. Einsatzgruppe und zuständiger ABV im ZW mit KdFS im Einsatz.

[...]

Die Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR in Neubrandenburg und Burg Stargard verliefen ohne Vorkommnisse.

Entsprechend den Befehlen und Weisungen haben in allen nachgeordneten Dienststellen, außer StVE, Führungsgruppen die Arbeit aufgenommen. Die befohlenen Kräfte der 14. VPB zum Überseehafen Rostock wurden am 04.10. 1989 um 14.15 Uhr in Marsch gesetzt.

Die Einsatzbereitschaft der zusätzlichen Kräfte ZKS aus den VPKÄ Neubrandenburg und Neustrelitz wurde hergestellt.

Durchgeführte Kontrollen in den VPKÄ Neubrandenburg, Pasewalk und Ueckermünde ergaben, daß die befohlenen Aufgaben und Maßnahmen zielstrebig umgesetzt werden. Die politische und fachliche Führung gewährleistet die Aufgabenerfüllung.

Im Zusammenhang mit den Reisefestlegungen zur CSSR traten in den VP-Meldestellen keine besonderen Vorkommnisse auf. Seit Veröffentlichung der Festlegungen wurden im Bezirk insgesamt 120 persönliche und 131 telefonische Anfragen durch Bürger getätigt. Das Stimmungs- und Meinungsbild ist differenziert und reicht von rückhaltloser Zustimmung bis zur völligen Ablehnung.

[...]

Das Zusammenwirken zwischen den Dienststellen, Nachbarn und anderen Schutz- und Sicherheitsorganen ist organisiert.

M.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 06.10.1989

L a g e b e r i c h t

für die Zeit vom 05.10.89 - 07,00 Uhr bis
zum 06.10.89 - 07,00 Uhr

1. Alle operativen Maßnahmen wurden unter Beibehaltung der Hauptanforderungen weiter durchgesetzt.
2. Die Lage im Bezirk ist nach wie vor durch verstärkte Angriffe auf die Staatsgrenze gekennzeichnet.
Im Berichtszeitraum kam es zu:
 - 7 ungesetzlichen Grenzübertritten DDR - VR Polen durch insgesamt 16 Personen, davon
 - 3 im Kr. Ueckermünde (Rieth und Hintersee)
 - 3 im Kr. Pasewalk (Schwennenz, Linken)
 - 1 im Kr. Frankfurt/O (durch Oder geschwommen)
 - 2 versuchte ungesetzliche Grenzübertritte DDR - VR Polen
 - von Grambow aus in Richtung Staatsgrenze 3 Bürger aus dem Bez. Magdeburg
 - von Grambow in Richtung Gz 795 2 Personen aus dem Bez. RostockIn beiden Fällen erfolgte die Festnahme durch Grenztruppen der DDR.
 - 3 ungesetzliche Grenzübertritte UVR - Österreich - BRD, insgesamt 5 Personen.
 - 3 ungesetzliche Grenzübertritte DDR - CSSR - beteiligt 4 Personen.
 - 2 versuchte illegale Grenzübertritte DDR - CSSR durch 2 Personen aus dem Bezirk.
3. Straftaten, die im Zusammenhang mit den Sicherungsmaßnahmen stehen:
 - Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole in Malchin - Industriegelände.
DDR-Fahne wurde aus der Halterung entnommen, das Emblem entfernt und in der Nähe des Tatortes weggeworfen. Fahne nicht auffindbar, Täter unbekannt.

Es wurden weitere folgende Vorkommnisse bekannt:

- Am 04.10.89 Störung einer Festveranstaltung des Rates der Gemeinde Trantow, Krs. Demmin durch eine Bürgerin (Mitglied der CDU). Sie trat mit Äußerungen auf, in denen sie forderte, daß Veränderungen zur Reisefreiheit durchgesetzt und wirtschaftliche und allgemeine Reformen verwirklicht werden sollen. Sie wurde durch die Bürgermeisterin am weiteren Auftreten gehindert und sah nach einem Gespräch ihr Fehlverhalten ein.
- Am 05.10.89 wurde aus Mirow, Kr. Neustrelitz bekannt, daß alle zur Festveranstaltung am 06.10. eingeladenen Mitglieder der LDPD ihre Teilnahme ablehnten.

[...]

5. Die 4 Festveranstaltungen in Neubrandenburg, Neustrelitz, Altentrepow, Stasburg sowie der Fackelzug in Jarmen und Woldegk verliefen ohne Vorkommnisse, störungsfrei.

[...]

6. Der Kontrollgruppeneinsatz erfolgte entsprechend den Festlegungen in allen Dienststellen.

Wesentliche Ergebnisse:

- Sicherheit der Dienststellen und Objekte gewährleistet, Dokumente sind aktuell und anwendungsbereit.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Umgang mit Waffen und Munition durchgesetzt.
- Vorgesehene Handlungsvarianten wurden durch Kräfte trainiert, der Formationseinsatz ist vorbereitet.
- In der Personenkontrolle wurde noch nicht in allen Dienststellen eine hohe Wirksamkeit erreicht.

Zusammenfassender Bericht liegt schriftlich vor.

7. Die politisch-ideol. Arbeit mit dem Personalbestand wurde unter Nutzung des FS des Chefs der BDVP vom 05.10.89 fortgesetzt. Individuelle Arbeit und persönliche Gespräche trugen wesentlich zur Motivierung der VP-Angehörigen und zu einer hohen Einsatzbereitschaft bei. Insgesamt ist eine vorbildliche Dienstdurchführung zu verzeichnen. Es wurden keine Disziplinarverstöße gemeldet.

8. Kräfteeinsatz

a) Kommandierungen nach Berlin

- 2 Einsatz-Komp. der 14. VPB ab Neustrelitz 09,56 Uhr
Ankunft Berlin 13,20 Uhr
 - 8 Kräfte VKÜ mit LO ab Neubrandenburg 15,30 Uhr -
Ankunft Berlin 19,40 Uhr
- Mot.-Märsche verliefen ohne Vorkommnisse.

b) In den Dienststellen der Hauptanstrengungen waren eingesetzt:

	VP	FH	Kontr.Offz.	Gesamt
Pasewalk	64	17	2	83
Prenzlau	15	8	1	24
Ueckermünde	25	34	3	62
TPA	24	32	4	60
<u>insgesamt:</u>	<u>128</u>	<u>91</u>	<u>10</u>	<u>229</u>

Die festgelegten Reserven sind in der Lage, kurzfristig die Handlungsbereitschaft herzustellen. Wasserwerfer der 14. VPB wieder einsatzbereit in der Garnison am 05.10.89 - 16,00 Uhr eingetroffen.

Die Einsatzformen im Kr. Pasewalk wurden präzisiert, 1 Kradstreife wurde aufgelöst und eine Kontrollstelle in Löcknitz errichtet

9. Hauptmaßnahmen für den 06.10.1989

- 9.1. Weitere abstrichlose Durchsetzung der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze
- 9.2. Verhinderung von unerwünschten Anreisen in die Hauptstadt Berlin.
- 9.3. Verstärkung der Personenkontrolle und Erhöhung ihrer Wirksamkeit.
- 9.4. Gewährleistung des störungsfreien Transportes der Teilnehmer zum Fackelzug der FDJ nach Berlin. (KOM und Sonderzüge)
- 9.5. Sicherung der Festveranstaltungen, Kranzniederlegungen und Fackelzüge in mehreren Kreisen des Bezirkes.

L.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 6.10.89

Lagebericht

für die Zeit vom 06.10.89, 07.00 Uhr bis zum 06.10.89, 17.00 Uhr

1. Die Führung der Kräfte war in allen Dienststellen gewährleistet.
2. Die Angriffe auf die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen und zur CSSR halten weiter an.

Im Berichtszeitraum wurden bekannt:

- 2 ungesetzliche Grenzübertritte DDR - VR Polen mit 6 Personen, darunter 2 Kinder, davon
 - 1 Grenzübertritt im Bezirk Cottbus mit 4 Personen aus Neustrelitz, darunter 2 Kinder
 - 1 Grenzübertritt im Bezirk Rostock mit 2 Personen aus Anklam.
 - 1 versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt F 104, Raum Ploewen, Kreis Pasewalk durch 1 Person aus Woldegk, Kreis Strasburg
 - 1 versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt DDR - CSSR im Bezirk Dresden durch 2 Personen aus Neubrandenburg
 - 1 ungesetzliches Verlassen der DDR unter Ausnutzung einer genehmigten Touristenreise nach Bulgarien (vermutlich UVR - Österreich) mit 1 Person
 - 1 nichtfristgemäße Rückkehr von einer Privatreise in die BRD durch 2 Personen, weitere Erkenntnisse bisher nicht bekannt
3. Straftaten, die im Zusammenhang mit den Sicherungsmaßnahmen stehen

Sofortmeldepflichtige Vorkommnisse:

- Mißachtung staatlicher Symbole gemäß § 220 StGB

- Staatsflagge der DDR an der Konsumverkaufsstelle Groß-Below, Kreis Altentreptow, durch einen bekannten Täter in Brand gesetzt, EV eingeleitet, BV durchgeführt.
- Unbekannte Täter entwendeten von einem Fahnenmast in Chemnitz* 2 DDR-Fahnen, Bearbeitung als Verfehlung

[...]

Maßnahmen der Personenkontrolle und zur Verhinderung von Reisen nach Berlin

- Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt verlaufen alle befohlenen Maßnahmen ohne besondere Vorkommnisse.
 - Erster Termin der Meldung 06.10.89, 19.00 Uhr, der VPKÄ an BDVP
4. Die geplanten Transporte mit Teilnehmern am Fackelzug der FDJ in Berlin sind laut Zeitplan abgefahren. Vor und während der Abfahrt gab es keine Vorkommnisse. Von 250 geplanten Teilnehmern aus dem Kreis Malchin sind nur 207 abgefahren. Vorrangiger Grund dafür ist, daß die Eltern teilweise ihre Kinder zurückhalten, aus Angst, daß es in Berlin zu Auseinandersetzungen kommt.
Die 48 Teilnehmer der DVP sind programmgemäß zur Teilnahme am Fackelzug abgefahren. (Teilnehmerliste liegt in der FG vor.)
5. Veranstaltungen im Bezirk - vorwiegend Kranzniederlegungen - sind ohne Vorkommnisse durchgeführt und abgeschlossen worden. Die in Friedland und Burg Stargard vorgesehenen Kranzniederlegungen wurden nicht durchgeführt, da weder vom Bürgermeister noch von anderen Institutionen Vorbereitungen dazu getroffen wurden.

[...]

7. Kräfteinsatz:

a) Bezirk:	Führungskräfte	105
(DVP)	Schutzpolizei	239
	ABV	202
	K	91

* Gemeint ist Chemnitz bei Neubrandenburg [d. Hg.].

VK	88
PM	22
F	52
BS	81
SV	31
Sicherst. Kräfte	42
Reserve	150
Gesamt:	1103
FH	1026
FFw	87
<u>Gesellschaftl. Kräfte</u>	<u>25</u>
Insgesamt	2249

8. Die durch den Chef der BDVP befohlenen Aufgaben

- Verlegung 1 Zug der 14. VPB zum VPKA Pasewalk
- Einsatz einer operativen Führungsgruppe 1 : 3 im VPKA Pasewalk
- Fernschriftliche Aufgabenstellung an die Kräfte der Dienststellen und Einheiten weiterer lagebezogener Maßnahmen
 - Personenkontrolle
 - Verhinderung feindlicher Handlungen im Zusammenhang mit Veranstaltungen
 - Kontrolle Beurteilung der Lage und Stabilisierung der Führung

wurden erfüllt.

9. Die an der Lagemeldung am 06.10.89, 07.15 Uhr, vorgetragenen Hauptmaßnahmen sind auch für die weitere Erfüllung der gestellten Aufgaben zweckmäßig.

P.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 07.10.1989

Lagebericht

für die Zeit vom 06.10.1989, 17.00 Uhr bis zum
07.10.1989, 07.00 Uhr

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf die

- Sicherung der Rückführung der Bezirksdelegation der FDJ von Berlin in die Kreise des Bezirkes
- Gewährleistung des störungsfreien Ablaufs aller Veranstaltungen
- Durchsetzung der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze und
- Verhinderung des Wirksamwerdens von Demonstrativtättern.

Die Lage im Berichtszeitraum war gekennzeichnet durch

1. Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertrittes

- 3 ungesetzliche Grenzübertritte DDR - VR Polen
davon 2 im Kreis Pasewalk mit 4 Personen und
1 im Kreis Ueckermünde mit 1 Person.

- 8 versuchte ungesetzliche Grenzübertritte mit 22 Personen
davon
5 im Kreis Pasewalk mit 14 Personen
2 im Kreis Ueckermünde mit 5 Personen und
1 im Kreis Prenzlau mit 3 Personen.

- 2 ungesetzliche Grenzübertritte UVR - Österreich - BRD mit
3 Personen

- 4 ungesetzliche Grenzübertritte CSSR - BRD mit 8 Personen

- 1 ungesetzlicher Grenzübertritt zur BRD auf unbekanntem Weg
mit 2 Personen.

- #### 2. - Verdacht der Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole in Malchin, Konsumverkaufsstelle in der Mühlenstraße, wo unbekannte Täter mit brennenden Zigaretten Löcher in eine Staatsflagge

der DDR und eine Arbeiterfahne einbrannten. Die Fahnen wurden eingerissen.

- Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole in Neustrelitz, wo eine zerrissene Arbeiterfahne auf der Fahrbahn der Strelitzer Straße aufgefunden wurde. Täter sind unbekannt.

[...]

4. Die Rückführung der Teilnehmer am Fackelzug der FDJ in ihre Heimatorte verlief reibungslos. Von der Kreisdelegation Ueckermünde sind 2 FDJ-ler mit dem Sonderzug nicht zurückgekommen. Die Namen der Jugendlichen sind bekannt. Maßnahmen durch die FDJ-Kreisleitung sind eingeleitet. Die Delegationen sind in der Zeit von 00.32 Uhr bis 03.58 Uhr in den Kreisen eingetroffen.
5. Durch die eingesetzte Kontrollgruppe wurden die BS-Wachen Feldberg, Keulenberg, Matzdorf und Helpterberg kontrolliert. Die Sicherheit der Dienstobjekte war gewährleistet. Die Weisungen bei der Aufbewahrung, im Umgang und der Trageweise der Waffen wurden eingehalten. Das Dienstregime ist zweckmäßig organisiert und die eingesetzten Genossen zeigten eine hohe Einsatzbereitschaft:

Kräfteinsatz 07.10.1989, 08.00 Uhr - 08.10.1989, 08.00 Uhr

Führungskräfte	150
Schutzpolizei	240
ABV	208
K	88
VK	62
PM	22
F	55
BS	74
SV	30
Sicherstellungskräfte	46
Reserve	195
Gesamt:	1 125
FH	1223
FFw	21
gesellschaftl. Kräfte	37
Insgesamt:	2 409

Hauptmaßnahmen 07.10.1989

- Verhinderung der Anreise von negativen Personen und Personengruppen in die Hauptstadt Berlin und in Richtung Dresden.
- Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit bei den Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR in den Städten und Gemeinden des Bezirkes (siehe Anlage).
- Beschleunigte Bearbeitung der angefallenen Straftaten zum ungesetzlichen Grenzübertritt im VPKA Pasewalk.
- Weitere verstärkte Einbeziehung der Objekte der Partei, des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Organisationen sowie der Ehrenmale, Ehrenfriedhöfe und Gedenkstätten in die operative Tätigkeit zur Verhinderung des Anbringens von Losungen antisozialistischen Inhalts.

P.
Oberstleutnant der VP

Anlage zur Lagemeldung 07.10.1989, 07.45 Uhr

Am 07. Oktober 1989 finden im Bezirk Neubrandenburg in der Zeit von 09.00 bis 22.00 Uhr nachfolgende bedeutsame Veranstaltungen statt:

- 31 Festveranstaltungen der Räte der Städte und Gemeinden
- 3 Kranzniederlegungen
- 3 Fackelumzüge
- 6 Volksfeste mit KGD -Programm
- 9 Volksfeste
- 1 KGD-Programm in Räumlichkeiten
- 1 BAZ-Fete Neubrandenburg
- 2 Bauernmärkte
- 1 Erntefest
- 2 Liga-Fußballspiele

Durch die Leiter der Volkspolizei-Kreisämter wurden die notwendigen Sicherungsmaßnahmen eingeleitet.

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 07.10.1989

L a g e b e r i c h t

für die Zeit vom 07.10.1989, 07.00 Uhr bis zum
07.10.1989, 17.00 Uhr

1. Alle befohlenen operativen Maßnahmen wurden unter Beibehaltung der Hauptanstrengungen weiterhin durchgeführt.
Die straffe Führung der Kräfte war in allen Dienststellen gewährleistet.

2. Die Lage im Bezirk ist weiterhin gekennzeichnet durch:

- verstärkte Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen.
Im Berichtszeitraum wurden bekannt:

3 ungesetzliche Grenzübertritte DDR zur VR Polen, die als Straftaten einklassifiziert wurden (2 Vollendungen, 1 Versuch) sowie weitere bisher bekannte Angriffe,

insgesamt im Berichtszeitraum: 10 Pers. = 31

Davon

Vollendungen 3 “ = 5

Versuche 7 “ = 26

- 2 Mißachtungen staatlicher Symbole (Malchow/Waren; Neustrelitz)

- 1 öffentliche Herabwürdigung (RWN Neubrandenburg)

- Verdacht einer öffentlichen Herabwürdigung (Schmiererei auf L I O, Raum Dölitz, Kreis Teterow)

[...]

4. Mit Stand 17.00 Uhr wurden von den am 07.10.89 geplanten 34 Veranstaltungen 7 abgeschlossen.

5. Ausgehend von der weiteren Verdichtung der Informationen zur Lage war im Berichtszeitraum die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Die befohlenen spezifischen Maßnahmen zur Personenkontrolle, Gewährleistung einer hohen Verkehrssicherheit und verstärkten operativen Tätigkeit in den Territorien werden durchgesetzt. Durchgeführte Maßnahmen der Kontrollen bestätigen in der Gesamtheit, daß die befohlenen Maßnahmen durchgesetzt werden.

[...]

6. Ausgehend von der Lagemeldung 07.45 Uhr wurde realisiert:

- Erarbeitung einer Aufgabenstellung zur Aktivierung aller Maßnahmen zur rechtzeitigen Aufklärung von Bewegungen in Richtung Berlin, Dresden sowie in Richtung Staatsgrenze zur VR Polen.
- Erarbeitung einer Information zur Nichtteilnahme von Jugendlichen am Fackelzug in der Hauptstadt der DDR.
- Umunterstellung von Kräften und Mitteln der BDVP zur Lösung von Aufgaben im VPKA Psw.

7. Lagebezogen sind die Hauptanstrengungen konzentriert auf die

- zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze;
- Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit bei den Veranstaltungen;
- Sicherung eines lagebezogenen Einsatzes von Kräften und Mitteln bei Vorkommnissen und Straftaten im Territorium;
- Gewährleistung eines stabilen Zusammenwirkens mit den zuständigen Dienststellen der Schutz- und Sicherheitsorgane, insbesondere des MfS.

8. Zur weiteren Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit ist

- die operative Wirksamkeit in den Nacht- und Morgenstunden, unter besonderer Beachtung der Veranstaltungsbeendigungen, zu aktivieren;
- die operative Kontrolle in den Morgenstunden zu erhöhen;
- die Führung in allen Dienststellen stabil zu gestalten.

[...]

W.
Oberstltn. d. VP

I n f o r m a t i o n

zur Nichtteilnahme von Jugendfreunden der FDJ am Fackelzug aus Anlaß des 40. Jahrestages der DDR

Im Zusammenhang mit der Manifestation wurde aus dem Kreis Malchin bekannt, daß Eltern die Teilnahme ihrer Kinder aus Sorge um ihre Gesundheit verwehrt haben.

Insgesamt wurde die Teilnahme von 43 Jugendlichen durch die Eltern verweigert.

Ähnliche Erscheinungen traten im Kreis Malchin bereits zum Pfingsttreffen der FDJ auf.

Weitere Probleme im Zusammenhang mit der Manifestation der Jugend wurden nicht bekannt.

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 08.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand: 08.10.1989, 07.00 Uhr

In Durchsetzung der Befehle Nr. 0129/88 und 0120/89 des Ministers des Innern und des Chefs der DVP sowie der AW 4/89 des Chefs der BDVP wurde die Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes gewährleistet.

Die lagebezogenen Maßnahmen zur Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze zur VR Polen wurden realisiert und an der Erhöhung der Wirksamkeit wurde ständig gearbeitet.

Straftaten/Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR waren:

- 7 Mißachtungen staatlicher Symbole
 - davon 1 x Kreis Altentreptow (bekannt)
 - 2 x Kreis Malchin (unbekannt)
 - 2 x Kreis Neubrandenburg (unbekannt)
 - 1 x Kreis Neustrelitz (bekannt)
 - 1 x Kreis Waren (unbekannt)

- 4 öffentliche Herabwürdigungen
 - davon 1 x Kreis Neubrandenburg (unbekannt)
 - 1 x Kreis Templin (unbekannt)
 - 1 x Kreis Teterow (unbekannt)
 - 1 x Kreis Neustrelitz (bekannt)*

- 1 Zusammenrottung durch ca. 30 Jugendliche vor dem Kreiskulturhaus Prenzlau. Sie rissen 2 Fahnen herunter und riefen: Es lebe das Neue Forum, Staasi raus.
Am 08.10.1989, 0.17 Uhr wurde für das VPKA Einsatzalarm ausgelöst. 8 Personen wurden dem VPKA zugeführt. Nach 40 Minuten war die Zusammenrottung unter Kontrolle und nach 50 Minuten aufgelöst.

* Handschriftliche Ergänzung [d. Hg.]

Demonstrativ-provokatorische Handlung

Am 07.10. 1989 um 8.30 Uhr wurde bekannt, daß eine Person aus Berlin-Biesdorf in der Bushaltestelle in Mirow Kerzen anzündete und zur Unterschrift auf selbst gefertigten Plakaten aufforderte.

Aufforderungen durch gesellschaftliche Kräfte, die Aktion zu beenden, wurde nicht Folge geleistet.

Aktion hatte hohe Öffentlichkeitswirksamkeit, fand aber kaum Resonanz. Die Person war ständig von Jugendlichen umgeben, die nicht aus Mirow stammten. Aktion wurde durch die Person selbständig um 18.45 Uhr beendet.

Maßnahmen zur Unterbindung der Handlungen erfolgten nicht. Nach Meinung des Leiters des VPKA war ausgehend von der Abstimmung mit KDfS ein Einschreiten nicht notwendig.

Die genannten Vorkommnisse und Straftaten hatten keine Auswirkungen auf die im Territorium stattgefundenen Veranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der DDR.

Bei allen Veranstaltungen konnte die Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden.

Die Lage im Kreis Pasewalk war gekennzeichnet durch verstärkte Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen.

- Es erfolgten 12 Angriffe mit 31 Personen, davon 4 Vollendungen mit 6 Personen.

Im Zuführungspunkt TPA befinden sich gegenwärtig 25 zugeführte Personen.

Bei den GT der DDR sind keine und bei den polnischen Sicherheitsorganen 8 zugeführte Personen.

Weitere Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts waren

- 1 Vorbereitung durch 1 Bürger aus dem Kreis Malchin, festgenommen durch Grenzkontrollorgane an GÜST Flughafen Schönefeld (vorläufige Festnahme),
- 1 Verdacht der Vollendung (über CSSR zur BRD) durch 2 Erwachsene und 1 Kind aus dem Kreis Demmin.

[...]

Lagebezogenes Reagieren wurde in dem VPKA Neubrandenburg im Zusammenhang mit dem Nichtauftreten der über die KGD vertraglich gebundene Gruppe „Cilly“ sowie im VPKA Prenzlau im Zusammenhang mit der Zusammenrottung erkennbar.

Die Einleitung zweckmäßiger Sofortmaßnahmen zur Aufklärung der genannten Straftaten wurde in den Dienststellen durchgesetzt.

Die Führung der Dienststellen war durchgehend stabil gewährleistet. Das Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen wurde stabil gewährleistet.

[...]

Lagebezogen sind aus der gegenwärtigen Sicht die Schwerpunkte der operativen Tätigkeit zu konzentrieren auf:

- die Weiterführung der Maßnahmen der Personenkontrolle unter Beachtung der Lage an der Staatsgrenze,
- Gewährleistung einer hohen Ordnung und Sicherheit,
- die Einbeziehung von politisch bedeutsamen Objekten, Anlagen und Einrichtungen zur verstärkten operativen Tätigkeit,
- die weitere Gewährleistung der operativen Aufklärung sowie flexibler Einsatz von Kräften und Mitteln in den Abend- und Morgenstunden,
- den zuverlässigen Schutz und die Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze.

Die aktive Einholung der Lage durch die FG der BDVP ist weiterhin aktiv zu sichern.

W.
Oberstleutnant der VP

Anlage zum Lagebericht (Stand 08.10.1989, 05.30 Uhr)

Die Lage auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und Sicherheit weist keine Besonderheiten auf.

Zusätzlich zu den gemeldeten Straftaten / Vorkommnissen wurde um 04.50 Uhr eine Schmiererei in Neustrelitz in der Strelitzer Straße festgestellt.
(Täter bekannt)

Inhalt sinngemäß: 40 wie weiter - jetzt oder nie -
leugnet nicht - bekannt Wahrheit -
SED

Schriftgröße 3 - 40 cm an den Hauswänden.

Ungesetzlicher Grenzübertritt am GZ 810, Linken durch 3 Täter aus dem Bezirk Schwerin. (06.10.1989)

07.10.1989, 07.23 Uhr, durch GT der VR Polen festgenommen.

08.10.1989, 03.00 Uhr, Übernahme durch die DVP.

Insgesamt werden am 08.10.1989 im Bezirk Neubrandenburg in den Kreisen Malchin, Teterow, Demmin, Neubrandenburg, Strasburg 7 bedeutsame Veranstaltungen durchgeführt.

Kreis	Zeit	Veranstaltung
Malchin	10.00-11.30 Uhr 11.30-13.00 Uhr 20.30 Uhr	Kulturfesttage - Kinderprogramm “ Abbrennen eines Höhenfeuerwerkes
Teterow	09.00-13.00 Uhr 15.00-19.00 Uhr	Erntefest in Walkendorf Erntefest in Walkendorf
Hohen-Demzin	19.00-21.00 Uhr	KGD-Programm
Groß-Wüstenfelde	19.00-01.00 Uhr	Festveranstaltung zum 40. Jahrestag
Demmin		
Tutow	18.00-23.00 Uhr	Veranstaltung im Jugendclub
Neubrandenburg	09.00-18.00 Uhr	Herbstmarkt
Strasburg	08.00-13.00 Uhr	Markttag im Kreiskulturhaus

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, 08. Okt. 1989

L a g e b e r i c h t

für die Zeit vom 08.10.89, 07.00 Uhr, bis 08.10.89, 17.00 Uhr

Die Hauptanstrengungen richteten sich im Berichtszeitraum auf folgende Maßnahmen:

- Durchsetzung der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze
- Gewährleistung des störungsfreien Ablaufes der Veranstaltungen
- Aufklärung der im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag begangenen Straftaten
- Vorbeugung und Verhinderung feindlicher Handlungen und Provokationen

Die Lage im Berichtszeitraum war gekennzeichnet durch:

1. Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts

- 1 versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt durch eine Person aus dem Bezirk Leipzig im Raum Hintersee, Kreis Ueckermünde, GT gestellt
- 1 versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt durch 2 Bürger aus Neustrelitz in Görlitz, Bezirk Dresden, GT gestellt
- 1 versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt durch 1 Bürger aus Malchin auf dem Flughafen Schönefeld gestellt, der über VRU in BRD wollte

2. - Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole in Neubrandenburg, Einsteinstraße 17, wo unbekannte Täter aus einer DDR-Fahne das Emblem heraustrennten*

- Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole in Neubrandenburg, Uns Hüsung 40, wo unbekannte Täter vor dem genannten Haus den schwarzen Streifen der dort angebrachten DDR-Fahne verbrannten

* Handschriftlich wurde ergänzt: „jetzt Täter bekannt“ [d. Hg.].

- Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole in Neustrelitz, wo unbekannte Täter am Bahnhof Süd, Aufgang zum Bahnsteig, 2 DDR-Fahnen aus der Halterung entwendeten
- öffentliche Herabwürdigung in Neubrandenburg, Pharma, Am Tor B des Betriebes brachten unbekannte Täter die Schriftzüge „Neues Forum“, „Glasnost“ und „Perestroika“ an
- öffentliche Herabwürdigung in Demmin, Peenebrücke. Unbekannte Täter brachten an der Peenebrücke (F96) eine Holztafel mit der Losung „Gorbi hilf uns“ an.
Für Kreise Atw. und Demmin verstärkte Kontrolle der F 96 befohlen.

[...]

3. Die im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen in den Kreisen Malchin, Neubrandenburg und Strasburg verliefen ohne Vorkommnisse. Das für den heutigen Abend in Malchin geplante Höhenfeuerwerk wurde aufgrund der Witterung abgesagt.

Leiter der Dienstschrift
L.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, 08. Okt. 1989

L a g e e i n s c h ä t z u n g

Stand 08.10.1989

1. Zum Schutz der Staatsgrenze

- a) Seit dem 01.09.1989 kam es zu insgesamt 74 (Pasewalk 60, Ueckermünde 14) Angriffen auf die Staatsgrenze DDR - VR Polen im Bezirk. Daran waren 169 Personen, davon 17 Kinder beteiligt. Von den Angriffen wurden 33 (Pasewalk 23, Ueckermünde 10) illegale Grenzübertritte vollendet durch 81 Personen (Pasewalk 57, Ueckermünde 24).

An den Angriffen waren nach Bezirken beteiligt:

Neubrandenburg	43 Personen, davon 4 Kinder
Rostock	14 Personen, davon 2 Kinder
Schwerin	18 Personen
Potsdam	16 Personen, davon 3 Kinder
Frankfurt/Oder	5 Personen
Berlin	20 Personen, davon 1 Kind
Magdeburg	12 Personen
Cottbus	5 Personen, davon 3 Kinder
Leipzig	1 Person
Karl-Marx-Stadt	10 Personen, davon 2 Kinder
Erfurt	9 Personen
Halle	10 Personen, davon 2 Kinder
Gera	4 Personen
Suhl	2 Personen

Gegen 110 Personen wurde ein EV eingeleitet und gegen 44 Haftbefehl erlassen.

- b) Im gleichen Zeitraum kam es in anderen Bezirken zu 7 illegalen Grenzübertritten DDR - VR Polen durch 16 Personen, die im Bezirk Neubrandenburg wohnhaft sind.

c) Gegenwärtig werden weitere 7 illegale Grenzübertritte DDR - VR Polen bearbeitet, bei denen der Übertritt auf dem Schutzstreifen durch Fußabdruck* festgestellt wurde.

d) Im Zeitraum vom 01.09.89 bis 08.10.89 verließen insgesamt 379 Personen die DDR über das soz. Ausland,

davon

über	UVR	224,
	CSSR	125,
	VR Polen	30.

2. Straftaten und Vorkommnisse, die im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR standen

- 12 x Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole
Schwerpunktkreise Neustrelitz 4 x, Malchin und Neubrandenburg je 3 x,
Kennzeichnend war, daß Embleme der DDR aus den Fahnen beschädigt oder abgetrennt wurden bzw. Fahnen verbrannt oder zerrissen werden.
- 5 x öffentliche Herabwürdigung, davon 2 in Neubrandenburg und je eine in den Kreisen Neustrelitz, Templin und Teterow
- Am 04.10.89 wurde die Festveranstaltung des Rates der Gemeinde Trantow, Kreis Demmin, durch eine Bürgerin (Mitglied CDU) gestört. Sie trat mit Äußerungen auf, in denen sie forderte, daß Veränderungen zur Reisefreiheit durchgesetzt und wirtschaftliche und allgemeine Reformen verwirklicht werden sollten. Sie wurde durch die Bürgermeisterin am weiteren Auftreten gehindert und sah nach einem Gespräch ihr Fehlverhalten ein.
- Am 07.10.89 gegen 24.00 Uhr kam es im Anschluß an eine Diskoveranstaltung im Kreiskulturhaus Prenzlau zu einer Zusammenrottung von ca. 30 Jugendlichen vor dem Kreiskulturhaus. Zwei Fahnen wurden zerrissen und gerufen: „Es lebe das Neue Forum - Stasi raus!“

* Handschriftlich verbessert in „Schuhabdruck“ [d. Hg.].

Im Zuge der Auflösung durch Kräfte des VPKA wurden 8 Personen zugeführt, die Zusammenrottung war nach 50 Minuten aufgelöst. Gegen 2 Täter wurde ein EV eingeleitet und Haftbefehl erlassen. Ein weiterer wurde zuständigkeitshalber an den Militärstaatsanwalt übergeben.

- Am 07.10.89 um 08.30 Uhr wurde bekannt, daß eine Person aus Berlin-Biesdorf in der Bushaltestelle in Mirow Kerzen anzündete und zur Unterschrift auf selbst gefertigten Plakaten aufforderte. Aufforderungen durch gesellschaftliche Kräfte, die Aktion zu beenden, wurde nicht Folge geleistet.
Aktion hatte eine Öffentlichkeitswirksamkeit, fand aber kaum Resonanz. Die Person war ständig von Jugendlichen umgeben, die nicht aus Mirow stammten. Aktion wurde durch die Person selbständig um 18.45 Uhr beendet.
- Am 04.10.89 unterschrieben 4 Beschäftigte des VEB Betonwerk Nord Milmersdorf eine Liste zur Unterstützung des „Neuen Forums“. Diese Liste sollte in der Folge dem katholischen Pfarrer Fethke übergeben werden.
- Anlässlich des 40. Jahrestages der DDR fanden im Bezirk 119 Veranstaltungen statt, darunter
 - 77 Festveranstaltungen der örtlichen Räte,
 - 17 Volksfeste in Städten und Gemeinden,
 - 9 Kranzniederlegungen und
 - 8 Fackelzüge wurden durchgeführt.

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störungen und Vorkommnisse.

[...]

4. Zum Kräfteinsatz

Gegenwärtig befinden sich 552 Kräfte in nachgeordneten Dienststellen im Einsatz, davon in den Dienststellen der Hauptanstrengungen Paserwalk 126 und Ueckermünde 99.

Leiter der Führungsgruppe

A.
Oberst der VP

L a g e b e r i c h t

für die Zeit vom 08.10.1989, 07.00 Uhr bis 09.10.1989, 07.00 Uhr

Die befohlenen Aufgaben und Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR und zum Schutz der Staatsgrenze wurden im Berichtszeitraum auch weiterhin mit hoher Einsatzbereitschaft durchgesetzt.

1. Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts

- 4 Versuchshandlungen mit 9 Personen im Kreis Pasewalk
- 1 Versuchshandlung mit 1 Person und 1 Verdacht der Vollendung mit 2 Personen im Kreis Ueckermünde
- weitere Straftat des ungesetzlichen Grenzübertritts im Bezirk Dresden durch 2 Bürger aus Neustrelitz (Versuch)

Die Angriffe auf die Staatsgrenze zur VR Polen, insbesondere im Kreis Pasewalk, war in der Berichtszeit rückläufig. Es kam im Kr. Pasewalk zu keinem weiteren vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritt DDR - VR Polen. Im Rahmen der operativen Tätigkeit wurden 20 Personen zugeführt. Die Prüfungshandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

2. Straftaten / Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem

- 40. Jahrestag der Gründung der DDR
 - 4 Mißachtungen staatlicher Symbole, davon
 - 2 x Neubrandenburg (1 unbekannt)
 - 2 x Neustrelitz (unbekannt)
 - 2 öffentliche Herabwürdigungen, davon
 - 1 x Neubrandenburg (unbekannt)
 - 1 x Neustrelitz (bekannt)
- Ergänzend zur Zusammenrottung in Prenzlau
 - gegen 2 Täter Haftbefehl erlassen
 - 1 Täter an MStA übergeben

3. Weitere Straftaten und Vorkommnisse:

- Diebstahl von 2 DDR-Fahnen in Templin durch Angehörige der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR

[...]

4. Die Führung der Kräfte und Mittel war ununterbrochen gewährleistet. Die Führungs-, diensthabenden und operativen Kräfte versahen ihren Dienst mit einer hohen Einsatzbereitschaft.

Die lagebezogene politisch-ideologische Arbeit, besonders mit operativen Kräften, war durchgehend gewährleistet.

Im Personalbestand zeigten sich keine schwankenden Haltungen.

Die operative Tätigkeit ist zu konzentrieren auf die

- Aufklärung der Straftaten gegen die staatliche Ordnung
- Verhinderung von demonstrativ provokatorischen sowie feindlichen Handlungen
- Fortsetzung der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze

L.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 09.10.89

**L a g e b e r i c h t für die Zeit vom 09.10.89, 07.00 Uhr
bis 09.10.89, 16.00 Uhr**

1. - Die Lage im Bezirk ist stabil.
Die zur Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit angewiesenen Maßnahmen werden mit hoher Einsatzbereitschaft weiterhin durchgesetzt.
 - In den Schwerpunktbetrieben des Bezirkes wurde am heutigen Montag mit der Arbeit pünktlich begonnen. Anzeichen von Arbeitsniederlegungen bzw. Nichterscheinen zur Arbeit sind nicht zu verzeichnen.

2. - Die Lage im Bereich der Staatsgrenze zur VR Polen hat sich merklich beruhigt.
 - Gegen 05.00 Uhr erfolgte ein ungesetzlicher Grenzübertritt. 2 Personen wurden nach Vollendung durch die Grenzsicherungsorgane der VRP festgenommen. Eine Auslieferung ist noch nicht erfolgt.
 - Versucher ungesetzlicher Grenzübertritt in Löcknitz festgestellt. Ein Bürger aus Greifswald - § 48 StGB - von Berlin mit Auto nach Löcknitz. Dort durch GT gestellt.

3. Straftaten / Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der DDR.
 - 1 x Mißachtung staatlicher Symbole in Demmin durch unbekanntes Täter;
 - 1 x herabwürdigende Äußerungen durch einen Arbeiter des Kalksandsteinwerkes in Demmin.

- [...]

5. Der gegenwärtige Kräfteinsatz hat sich bewährt.
Das flexible Reagieren auf Veränderungen der Lage ist gesichert.

6. **Hauptanstrengungen**

- a) Weitere Orientierung auf eine verstärkte operative Aufklärung zur rechtzeitigen Aufdeckung antisozialistischer Handlungen;
- b) Gewährleistung der ständigen Bereitschaft zum sofortigen Einsatz der Formation;
vorrangige Orientierung der politisch-moralischen und taktischen Vorbereitung der kaserniert untergebrachten Kräfte der 14. VPB, der 2. Kp. T, der VPKÄ Nbg., Nsz.;
- c) Weitere Konzentration auf die Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze zur VRP sowohl im Grenzbereich und in der Tiefe;
- d) Gewährleistung einer straffen Führung der Einsatzkräfte;
- e) Auswertung der Ergebnisse der Kontrolltätigkeit in der 14. VPB, den VPKÄ Nbg., Nsz., Mal., Ttr., Wrn.

[...]

8. **Wirksamkeit der pol.-ideol. Arbeit**

Bezeichnend für eine höhere Wirksamkeit der pol.-ideol. Arbeit ist eine umfangreiche Aktivität in den Parteikollektiven.

Die Stellv. für pol. Arbeit und die Leitungen der PO gestalten die pol.-ideol. Arbeit zweckmäßig und motivieren so die Einsatzkräfte zu parteilichen Haltungen und hohen Leistungen.

Der innere Zustand der Kollektive ist gefestigt, negative Einflüsse sind nicht aufgetreten.

W.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 10.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand 10.10.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum im Territorium des Bezirkes gewährleistet.

Demonstrativ-provokatorische Handlungen von feindlichen oder feindlich eingestellten Personen/Personengruppen traten nicht in Erscheinung.

Lagebezogen waren die Hauptanstrengungen gerichtet auf

- die Vorbeugung und Verhinderung des Wirksamwerdens feindlicher und anderer negativer Personen und Gruppierungen;
- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze durch verstärkte operative Tätigkeit an den unmittelbaren Zufahrtswegen und in der Tiefe;
- die Gewährleistung der ununterbrochenen, straffen und flexiblen Führung der Einsatzkräfte und
- die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung der Dienstobjekte, Anlagen, Betriebe und Einrichtungen.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

1. 3 Handlungen gem. § 213 StGB, davon
2 Vollendungen
1 Versuch.

2. Verdacht der öffentlichen Herabwürdigung in Demmin durch herabwürdigende Äußerungen über MfS, Partei und Genossen Erich Honecker.

Die Prüfungshandlungen zur Entscheidung der Anzeige sind noch nicht abgeschlossen.

Mißachtung staatlicher Symbole in Teterow durch Abriß einer DDR-Fahne im Kulturraum des VEB Teterower Industrierwerke durch unbekannte Täter.

Weiterhin wird an der Aufklärung einer Straftat

- Mißachtung staatlicher Symbole - die am 08.10.1989 begangen und am 09.10.1989 bekannt wurde - gearbeitet.

3. Weitere Straftaten und Vorkommnisse

- Diebstahl von Genußmittel aus der Konsumverkaufsstelle in Wredenhagen, Kreis Röbel, durch einen Soldaten der WGSS. (bekannt)
- Weitere Straftaten/Vorkommnisse gemäß Rapport hatten keine Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit.
- Verkehrsgeschehen
4 VKU mit 2 Verletzten und einer getöteten Person.
- Brände traten nicht auf.

Ausgehend von einer Aufgabenstellung des Ministers des Innern und Chefs der DVP wurden entsprechend den Festlegungen des Chefs der BDVP in den Dienststellen und Einheiten des Bezirkes, einschließlich der BDVP unverzüglich die Sicherung der Dienstobjekte sowie der durch die Deutsche Volkspolizei zu sichernden Betriebe, Objekte und Einrichtungen verstärkt. Die Waffenkammern der GST und die Jagdwaffenstützpunkte wurden in die verstärkte operative Tätigkeit einbezogen. Die Kontrolle und Anleitung zur Realisierung von Schwerpunktaufgaben wurde im Berichtszeitraum weitergeführt. In 5 Dienststellen und 2 Einheiten erfolgte die Kontrolle der Umsetzung der befohlenen Maßnahmen vom 09.10.1989.

Im Ergebnis der Kontrollen wurde herausgearbeitet, daß die Maßnahmen

- Bildung und Kasernierte Unterbringung der Formationen S;
- Führung der durchgängigen polit-ideologischen Arbeit;
- Organisation der materiell-technischen Sicherstellung, der Versorgung sowie Anpassung der Sonderausrüstung;
- die verstärkte Sicherung der Dienststellen, Objekte und Waffenkammern;
- die Gewährleistung der Stabilität der Führung durch Führungsgruppen und deren jederzeitige Auskunftsfähigkeit zur Lage sowie
- die Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle realisiert werden.

Nicht den Anforderungen entsprach:

- die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Formation Schutzpolizei im VPKA Neustrelitz. Trotz kasernierter Unterbringung konnte die Handlungsbereitschaft erst nach 18 Minuten hergestellt werden.
- Einlaßkontrolle in der 2. Kompanie (T) nicht entsprechend den Weisungen

Die entsprechende Auswertung der Kontrollergebnisse erfolgte.

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienstseinheiten des MfS und den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen ist stabil.

Die politisch-ideologische Arbeit wurde aufgaben- und lagebezogen geführt. Weitere Aufgaben der politisch-ideologischen Arbeit im Zusammenhang mit den gegnerischen Aktivitäten wurden gestellt.

Für den Zeitraum vom 10.10.1989 zum 11.10.1989 sind die Hauptanstrengungen aus der gegenwärtigen Sicht zu richten auf

- die weitere Verhinderung von Handlungen feindlicher und feindlich eingestellter Personen / Personengruppen;
- ausgehend vom Anfall der Angriffe auf die Staatsgrenze eine weitere Durchsetzung der befohlenen Maßnahmen bzw. die Beurteilung der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des gegenwärtigen Kräfteinsatzes;
- die Weiterführung der Kontrolltätigkeit in den nachgeordneten Dienststellen - für den 10.10.1989 sind 2 Kontrollen in BS-Dienststellen des Bezirkes vorgesehen.

[...]

W.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 11.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand 11.10.1989, 07.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die Lage auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes durchgehend gewährleistet.

Demonstrativ-provokatorische Handlungen oder Ansammlungen von Menschen mit Störabsichten o.ä. traten nicht in Erscheinung.

Die in der zum Rapport am 10.10.1989, 07.45 Uhr festgelegten Hauptanstrengungen wurden durchgesetzt und sind weiterhin Grundlage für den Einsatz der operativen und Führungskräfte.

Die Lage war gekennzeichnet:

1. An der Staatsgrenze zur VR Polen durch
4 Handlungen gem. § 213 StGB, davon
2 Vollendungen
2 Versuche.

Ein vollendeter Grenzübertritt zur VR Polen ereignete sich am Gz 828, Raum Linken, durch eine unbekannte Person (bisher keine Festnahme).

Der zweite vollendete Grenzübertritt wurde durch unbekannte zwei Erwachsene und 1 Kind am Gz 771, Raum Pomellen begangen.

Im Vorfeld kam es zu zwei Zuführungen mit 4 Erwachsenen und 2 Kindern (einmal Raum Blankensee, einmal Löcknitz). Dabei hat sich in einem Fall der Verdacht gem. § 213 StGB nicht bestätigt. Belehrung ist erfolgt.

2. Weitere 10 Straftaten des ungesetzlichen Verlassens der DDR über die CSSR bzw. UVR zur BRD durch 15 Erwachsene und Mitnahme von 4 Kindern wurden in der Berichtszeit der DVP bekannt.

3. - Verdacht der Mißachtung staatlicher Symbole in Tutow, Kreis Demmin.

Am 09.10.1989 waren Kräfte des Rates der Gemeinde beauftragt, die am 04.10.1989 an Lichtmasten und sonstigen Aufstellern angebrachten Fahnen einzusammeln. Dabei stellten sie das Fehlen von 19 DDR-Fahnen fest.

- VP bekannt am 10.10.1989, 10.30 Uhr.

- Mißachtung staatlicher Symbole und öffentliche Herabwürdigung in Feldberg, Kreis Neustrelitz am 07.10.1989 gegen 01.00 Uhr durch drei ermittelte Täter.

Eine DDR-Fahne wurde heruntergebrochen und darauf herumgetreten. Dabei wurden herabwürdigende Äußerungen über Mitglieder unserer Partei- und Staatsführung gemacht. Weitere Personen wurden zum Sitzstreik aufgewiegelt.

- Gegen 3 Täter EV eingeleitet, vorläufige Festnahme.

- Zu weiteren Personen erfolgen Überprüfungen zwecks Einleitung OSV.

Handlungen der drei Täter am 10.10.1989 als Straftat einklassifiziert.

- Zum Fahnenabriß vom 07.10.1989 in Malchow, Kreis Waren wurde ein Täter ermittelt.

[...]

Die zur verstärkten Sicherung der Dienstobjekte der DVP, Betriebe und Einrichtungen sowie Waffenkammern und Jagdstützpunkten angewiesenen Maßnahmen werden konsequent durchgesetzt.

[...]

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Diensteinheiten des MfS und den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen ist stabil.

In der Bevölkerung wurden die Veröffentlichungen in der Tagespresse vom 10.10.1989 zu den Störungen anlässlich des 40. Jahrestages der DDR in einigen Großstädten begrüßt.

Der Ehrlichkeit solcher Beiträge steht man näher als Dokumentationen westlicher Medien.

Hauptmaßnahmen:

- Die befohlenen Maßnahmen zur wirksamen Aufklärung, Vorbeugung und Verhinderung von Störungen der staatlichen bzw. öffentlichen Ordnung und Sicherheit, besonders durch negativ bzw. feindlich eingestellte Personen oder Personengruppen sind weiterhin exakt durchzusetzen.
- Die Sicherungsmaßnahmen an und insbesondere in der Tiefe der Staatsgrenze zur VR Polen sind entsprechend den Festlegungen zu realisieren.
- Ausgehend von der Lage ist die Zweckmäßigkeit des Kräfteinsatzes insbesondere in den Hauptrichtungen und die Reservebildung erneut zu beurteilen.

P.
Oberstlttn. der VP

LAGEBERICHT
Stand 12.10.1989, 07.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes durchgehend gewährleistet.

Demonstrativ-provokatorische Handlungen bzw. Ansammlungen von feindlichen oder feindlich eingestellten Personen traten nicht in Erscheinung.

1. Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- Die Vorbeugung und Verhinderung des Wirksamwerdens feindlicher oder anderer negativer Personen und Gruppierungen,
- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze durch verstärkte operative Tätigkeit an den unmittelbaren Zufahrtswegen und in der Tiefe sowie durch die Umdislozierung von Kräften,
- die Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle,
- die Gewährleistung des sicheren Schutzes der Dienststellen der DVP, der Betriebe und Einrichtungen,
- die zielgerichtete Weiterführung der politisch-ideologischen Arbeit in den Dienststellen und kasernierten Einheiten der DVP.

2. Die Lage an der Staatsgrenze war gekennzeichnet durch:

- ein versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt DDR - VRP im Raum der F 104 an der Schillermühle, Kreis Pasewalk, durch 3 Personen aus dem Bezirk Rostock
- ein versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt DDR - VRP im Raum Rieth, Kreis Ueckermünde, durch einen Bürger aus dem Bezirk Neubrandenburg
- Im Raum Linken, Kreis Pasewalk, wurden Spuren eines ungesetzlichen Grenzübertritts durch eine unbekannte Person aus Richtung VRP und wieder zurück in die VRP festgestellt.

- In der Zeit vom 15.09.89 bis 06.10.89 reisten 4 Personen aus dem Kreis Waren über Ungarn und Österreich in die BRD und teilten schriftlich mit, daß sie nicht mehr in die DDR zurückkehren werden.
- Aus dem Kreis Waren kehrten 2 Personen von einer genehmigten Privatreise in die BRD nicht mehr in die DDR zurück.

3. Weitere Straftaten/Vorkommnisse:

- Am 11.10.1989 kam es in der Gemeinde Grauenhagen, Kreis Strassburg, zum Anbringen von 2 Zetteln in der Konsumverkaufsstelle und an der Gemeindeanschlagstafel mit der Überschrift „Mahnwache für politische Gefangene der DDR“ und Forderungen des „Neuen Forums“. Als Täter wurde eine Person aus Prenzlau ermittelt, die im Landbaukombinat Neubrandenburg, BT Prenzlau, beschäftigt und FDJ-Sekretär ist.
Die Bearbeitung erfolgt durch die KD MfS.
- Am 11.10.1989, 15.00 Uhr, wurde bekannt, daß am 09.10.1989 eine Person aus Anklam im Stadtgebiet Anklam Unterschriften für das „Neue Forum“ sammelte.
Bearbeitung durch die KD MfS.
- Am 11.10.1989, 17.00 Uhr, fand in der Johanneskirche in Neubrandenburg ein sogenanntes Friedensgebet mit ca. 300 Teilnehmern statt. Erforderliche Maßnahmen wurden durch das VPKA Neubrandenburg im ZW mit der KD MfS durchgeführt.
Es kam zu keinen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.
- Am 11.10.1989 wurde bekannt, daß in Varchenthin, Kreis Waren, in der Zeit vom 06.10. bis zum 07.10.1989 eine DDR-Fahne vor der Gaststätte durch unbekannte Täter zerrissen wurde.
Bearbeitung durch das VPKA Waren.
- Seit 09.10.1989 verweigert ein Verhafteter in der UHA Prenzlau, inhaftiert seit 27.09.1989 wegen § 213 StGB, die Nahrung.
- Am 10.10.1989 wurde durch einen Bürger im Raum Brüssow, Kreis Pasewalk, ein Flugblatt „Botschaft 7. Oktober“ von der Demokratiebewegung der BRD gefunden und dem zuständigen ABV übergeben. Das Flugblatt wurde mittels eines Ballons abgeworfen.
Weitergabe des Flugblattes an die KD MfS.

[...]

- Durch das VPKA Neustrelitz wurde mit dem Pastor Utpaddel in Rödlin, Kreis Neustrelitz, bezüglich des beabsichtigten Gedenkgottesdienstes im Pfarrhaus Rödlin am 13.10.1989 (siehe Information zum Lagebericht vom 11.10.1989) eine Aussprache geführt. Dieser zeigte sich uneinsichtig und beharrt auf weitere Veröffentlichungen im Schaukasten der Kirche und Durchführung dieser Veranstaltung.
- Am 08.10.1989 führte der Pfarrer Pietsch in der Gemeinde Strasen, Kreis Neustrelitz, ein Forum mit Jugendlichen zum Thema: „Jugend, Gewalt und Neonazismus“ durch. Dabei äußerte er, daß in den Südbezirken neonazistische Gruppen bestehen sollen und sich solche Kräfte auch in unserem Bezirk formiert haben sollen. Diese Gruppen sollen in Nonnenhof und Hinterste Mühle Treffs durchführen. KD MfS ist informiert.

4. Der Kräfteinsatz entsprach der Lage und den Erfordernissen.

Ab 12.10.1989, 10.00 Uhr, wird dem VPKA Ueckermünde ein Kontrollboot des WS-GP Anklam unterstellt.

Am 12.10.1989 erfolgt bis 09.00 Uhr der Austausch der kommandierten Kräfte in den VPKÄ Pasewalk und Ueckermünde. Der zur BDVP Dresden kommandierte Einsatzzug der 2. Kp. (T) traf am 11.10.89 um 20.53 Uhr ohne Vorkommnisse im Objekt Pasewalk ein.

Auf einer Beratung des Grenzunterabschnittes VI der GT der DDR am 11.10.1989 wurde der Kräfteinsatz neu präzisiert. Ab sofort werden durch die GT an den GZ 869, 885, 888, 891 im Kreis Ueckermünde je 1 Posten in Stärke 1:1 eingesetzt.

Darüber hinaus erfolgt der Einsatz einer Beobachtungstreife in Stärke 1 : 1 zwischen Ahlbeck und Rieth.

Täglich ab 02.00 Uhr wird eine weitere Verstärkung der Streifen im Bereich der Staatsgrenze vorgenommen.

5. Die festgelegten Maßnahmen gemäß FS vom 09.10.1989 zur zielstrebigen Weiterführung der polit.-ideolog. Arbeit werden in den Dienststellen verwirklicht. Die Kräfte zeigen eine hohe Einsatz- und Leistungsbereitschaft.

B.
Oberstltn. der VP

Information zu Versorgungsproblemen im Kreis Prenzlau

Die Versorgungsaufgaben durch den Handelstransport und der GHG WtB werden trotz einiger Probleme mit Transportfahrzeugen gelöst. Kritische Bemerkungen gibt es von Futterfahrern der LPG (T) Prenzlau zum unverantwortlichen Umgang mit Lebensmitteln.

So wurden heute 5 Tonnen Tomaten vom Betrieb der OGS abgefahren, die zum Teil durch Verlesen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnte. Ferner werden vorrangig von den beiden HO-Kaufhallen über 1000 Brötchen zum Verfüttern abgeholt, obwohl sich daraus z.B. Semelmehl herstellen läßt, daß es seit geraumer Zeit in der ganzen Stadt kaum oder gar nicht gibt. Altes Brot wird zum Teil LKW-weise zur Viehfütterung zusammengefahren.

Zu Versorgungsfragen gibt es z.B. im VEB Kraftverkehr kritische Diskussionen darüber, daß Fleischwaren, wie Schinken und normale Wurst fast ausschließlich nur in Delikatläden verkauft werden.

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, 13.10.1989

Lagebericht

Stand 13.10.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet. Demonstrativhandlungen, Provokationen bzw. Ansammlungen von feindlichen oder negativ eingestellten Personen waren nicht zu verzeichnen.

1. Die Hauptanstrengungen waren auf

- Die Vorbeugung und Verhinderung des Wirksamwerdens von feindlichen bzw. negativen Personen,
- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze zur VRP bzw. deren Tiefe,
- die Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle und
- die zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit zur Auswertung der Veröffentlichung zur Tagung des Politbüros des ZK der SED gerichtet.

2. Die Lage an der Staatsgrenze war gekennzeichnet durch 10 Zuführungen von insgesamt 21 Personen, davon 2 durch DVP zur Klärung des Sachverhalts.

In 5 Fällen (8 Personen) konnte bisher der Versuch des ungesetzlichen Grenzübertritts nachgewiesen werden.

Im Berichtszeitraum waren weiterhin zu verzeichnen:

- 7mal Verdacht des ungesetzlichen Grenzübertritts UVR - BRD (12* Personen, davon 3 Kinder)
- 1* mal nichtfristgemäße Rückkehr von genehmigten Reisen in die BRD (2 Personen)

* Zahlenangabe durch VP handschriftlich nachgetragen bzw. korrigiert [d. Hg.].

3. Weitere Straftaten und Vorkommnisse:

- Am 12.10.1989, 06.30 Uhr, Feststellung der Aufschrift „Neues Forum“ in einem Schaukasten in Neubrandenburg, Rühlower Straße 1. Täter unbekannt.
- In der Zeit vom 11.10. - 12.10.1989, 03.00 Uhr, wurden in Neustrelitz im Bereich der Mühlenstraße, Sassenstraße, Markt, Seestraße, Strelitzer Straße Aufschriften an Hausmauern, Containern usw. (5 mal „Geheime Wahlen“, 1 mal „Neues Forum“) mittels Kreide durch unbekannte Täter angebracht.

Einsatz von 6 zusätzlichen Zivilaufklärern in den Nachtstunden wurde veranlaßt.

- Anbringen einer Losung mittels schwarzer Nitrofarbe (Schrifthöhe 30 - 70 cm) „Dialog statt Schweigen, neues Forum macht mit“ am Heizhaus des Kreiskulturhauses Malchin gegen 17.30 Uhr. Gleichzeitig wurde ein Zettel mit der Aufschrift „Neues Forum“ an einem Plakat zum 40. Jahrestag der DDR im Foyer des Kreiskulturhauses entdeckt.

Täter durch VPKA ermittelt.

- Öffentliche Herabwürdigung durch Entrichten des faschistischen Grußes in Waren durch namentlich bekannten Bürger aus der Wohnung heraus.
Gewahrsamsnahme erfolgt, Vernehmungsfähigkeit war aufgrund starker Alkoholeinwirkung nicht gegeben.

Weitere Bearbeitung durch VPKA

- Zur Mißachtung staatlicher Symbole in Varchentin, Kr. Waren, vom 12.10.1989 (Lagebericht vom 12.10.1989) wurde der Täter ermittelt und festgenommen; EV eingeleitet.

[...]

- Am 12.10.1989 wurde ein Diebstahl von 1 Faß Bier und einem Kasten „Pilsner Bier“ durch 2 Angehörige der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte im Hofgelände des Getränkebetriebes Neustrelitz

festgestellt. Handlungen wurden durch FStW-Besatzung der ZKS Neustrelitz beobachtet. 1 Täter festgenommen, zweite Person flüchtig.

Weitere Bearbeitung durch VPKA

- Durchführung eines Schießens mit großkalibrigen Waffen auf dem Schießplatz Densow, OT Annenwalde, Kr. Templin, durch Angehörige der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte trotz eines Verbots aus dem Jahre 1986.

Aussprache des Leiters VPKA Templin in der Kommandantur Fürstenberg ergab, daß angeblich eine schriftliche Genehmigung des MfNN* vom 13.04.1989 vorliegt. Aufgrund dieses Schreibens wurde Schießen weitergeführt.

Erneutes Treffen zur Vorlage des Schreibens zwischen dem 2. Sekretär der Kreisleitung der SED, dem Leiter VPKA, dem Leiter der KdFS und dem Kommandeur der Garnison Vogelsang findet am 13.10.1989, 10.00 Uhr, statt.

[...]

M.
Major der VP

* Gemeint ist das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) [d. Hg.].

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 14.10.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 13.10.1989, 07.00 Uhr, bis 14.10.1989, 07.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes gewährleistet. Störungen durch feindlich eingestellte Personen / Personengruppen sowie Demonstrativhandlungen traten nicht auf.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- Vorbeugung, Verhinderung und Aufklärung demonstrativ-provokatorischer Handlungen,
- Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze,
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in den Dienststellen und Einheiten,

Im Berichtszeitraum war die Lage gekennzeichnet:

a) Staatsgrenze

- 5 Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen
davon

Vollendungen = 2 mit 5 Personen

Versuche = 3 mit 9 Personen

davon 3 Kinder

weitere Prüfungshandlungen werden gegenüber 15 weiteren Personen durchgeführt.

- versuchter ungesetzlicher Grenzübertritt an der Staatsgrenze der DDR zu Berlin (West) durch einen Bürger aus dem Kreis Altentreptow
- Mißbrauch von Reisen in die UVR

Strasburg	= 2 Personen,
Röbel	= 1 Person

b) andere Straftaten

- öffentliche Herabwürdigung in Neubrandenburg
- Widerstand gegen staatliche Maßnahmen in Pasewalk

beide Handlungen begangen durch je einen Bürger

- Ankündigung einer Demonstrativhandlung durch einen Bürger in Demmin (herausgearbeitet bei der Befragung durch Kriminalpolizei)

[...]

Das Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen wurde entsprechend den Anforderungen weiter organisiert und gewährleistet ein abgestimmtes koordiniertes Handeln. Im Zusammenhang mit der Zuführung von Kräften der Grenztruppen der DDR wurde eine weitere Dichte bei der Sicherung der Tiefe sowie der Staatsgrenze unmittelbar erreicht. Der Kräfte- und Mitteleinsatz wurde mit den zuständigen VPKÄ abgestimmt. Die weitere Zuführung von Kräften der Grenztruppen erfolgt am 20.10.1989. Die Übergabe der Grenzverletzer durch die polnischen Grenztruppen wurde im Berichtszeitraum weiter realisiert. Die Übergabe der Grenzverletzer erfolgt gegenwärtig ohne entsprechende Protokolle. (Übergabe von 5 Personen am 13.10.1989). Nach Informationen der Grenztruppen der DDR sind die polnischen Kräfte angehalten worden, eine Übergabe so schnell wie möglich zu realisieren.

Die materiell-technische Sicherstellung der operativen Aufgaben erfolgte vollständig und durchgängig. Entsprechend der Festlegung des Stellv. des Ministers wurde der Hydromil* 517 mit einem geeigneten Kühlerschutz versehen.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze wurde entsprechend den Weisungen ein Jagdverbot in Handlungstreifen der Grenztruppen (5 km Tiefe der Staatsgrenze) ausgesprochen und durchgesetzt.

* *Hydromil: Wasserwerfer der Bereitschaftspolizei [d. Hg.].*

Ausgehend von den befohlenen Maßnahmen sind die Hauptanstrengungen weiter zu richten auf:

- die Verhinderung von Handlungen feindlich eingestellter Personen/ Personengruppen unter besonderer Kontrolle möglicher Aktivitäten kirchlicher Kreise in Neustrelitz (nach noch nicht voll bestätigten Informationen Handlungen geplant am 14.10.89, 10.00 Uhr, bzw. 15. oder 16.10.1989)
- weitere Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen sowie anderer Abschnitte entsprechend dem Befehl des Ministers des Innern und Chefs der DVP,
- verstärkte Einbeziehung von Stützpunkten (Waffen) der GST und anderer gesellschaftlicher Organisationen,
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung in den Dienststellen und Einheiten sowie Durchsetzung der Maßnahmen der verstärkten Sicherung,
- Kontrolle und Überwachung der Schwerpunktveranstaltungen sowie Realisierung der befohlenen Maßnahmen durch die FG der BDVP.

W.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 15.10.1989

Lagebericht

Stand: 15.10.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet. Demonstrativhandlungen, Provokationen bzw. Ansammlungen von feindlich oder negativ eingestellten Personen waren nicht zu verzeichnen.

1. Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- die Vorbeugung und Verhinderung des Wirksamwerdens feindlicher oder anderer negativer Personen bzw. Personengruppen
- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze
- abstrichslose Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle
- sicheren Schutz der Dienststellen der DVP, der Betriebe und Einrichtungen.

Die Lage an der Staatsgrenze war gekennzeichnet durch

- 19 Zuführungen mit 46 Personen
- 7 Versuche mit 13 Personen des ungesetzlichen Grenzübertritts im Kreis Pasewalk
- in den Zuführungspunkten befinden sich noch 28 Personen, die überprüft werden müssen
- 1 Vollendung mit 2 Personen des ungesetzlichen Grenzübertritts am GZ 820, Raum Linken.
- 1 versuchter Grenzübertritt von 2 Bürgern aus Neubrandenburg, die an der GÜST Bahnhof Bad Schandau festgenommen wurden.

Weitere Vorkommnisse und Straftaten:

- öffentliche Herabwürdigung in Strasburg, Täter unbekannt
- Diebstahl persönlichen Eigentums durch unbekannte Angehörige der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR in Buchholz, Kreis Röbel.

[...]

Die befohlenen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit der GST-Waffenkammern wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand der GST durchgesetzt.

Am 14.10 1989, 08.30 Uhr stellte der ehemalige DDR-Bürger K[...], Roland, geb. [...], wohnhaft gewesen in Neustrelitz, an der GÜST Herrnburg beim PKE den Antrag auf Übersiedlung von der BRD in die DDR.

Der K[...] verließ am 05.10.1989 über die Botschaft der BRD in Prag die DDR.

Als Grund seiner Rückkehr gibt er an, daß er sich das Leben in der BRD anders vorgestellt hätte.

Er wurde in das zentrale Aufnahmeheim Röntgenthal, Kreis Bernau überführt.

Die komplexe Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet.

Die politisch-ideologische Arbeit wird weiter zielstrebig geführt.

B.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 16.10.1989

Lagebericht

Stand: 16.10.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet.

Störungen feindlicher oder feindlich eingestellter Personen sowie Demonstrativhandlungen traten nicht auf.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- die Vorbeugung und Verhinderung des Wirksamwerdens feindlich eingestellter Personen oder Personengruppen,
- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze durch verstärkte Kontrolltätigkeit,
- Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle,
- Gewährleistung der Sicherheit der Dienststellen sowie bedeutsamer Anlagen, Objekte, Betriebe und Einrichtungen,
- Kontrolle und Anleitung in den nachgeordneten Dienststellen und Einheiten.

Die Lage an der Staatsgrenze zur VR Polen war gekennzeichnet durch

- 25 Zuführungen mit 69 Personen, davon 16 Kinder im Alter von 1-16 Jahren,
- 9 Versuche mit 19 Personen des ungesetzlichen Grenzübertritts im Kreis Pasewalk,
- in den Zuführungspunkten befinden sich noch 48 zu überprüfende Personen,
- 3 Vollendungen mit 5 bekannten Personen - Festnahme auf dem Territorium der VR Polen - und eine mit unbekanntem Personen.

Im Raum Ahlbeck, Kreis Wolgast erfolgte die Festnahme von 2 Bürgern aus Malchow, Kreis Waren durch GT der DDR wegen Verdacht des versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts.

- Nach Anzeige und Überprüfung von Einleitung EV abgesehen.

Weitere Vorkommnisse und Straftaten:

- Anbringen von Losungen in Burg Stargard
 - im Buswartehäuschen („Neue Reformen“)
 - am Giebel eines Abrißhauses („Wir wollen Wohnungen“)
- Anbringen einer Losung in Neubrandenburg auf Betriebsgelände der Fa. Kölpin („Reform!“)

In allen 3 Fällen Täter unbekannt.

[...]

Im Kreis Neustrelitz wird durch mehrere Bürger unabhängig voneinander informiert, daß Kfz.-Fahrer aus den Nordbezirken an Tankstellen in Südbezirken abgewiesen wurden. Grund:

Demonstrationen in Südbezirken nicht angeschlossen.

Die komplexe Führung der Kräfte und Mittel wurde durchgehend gewährleistet und die zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit in den Dienststellen und Einheiten fortgesetzt.

Bei allen operativen und Führungskräften ist eine hohe Einsatz- und Leistungsbereitschaft zu verzeichnen.

Das Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen ist stabil und gewährleistet ein koordiniertes Handeln.

Zur Intensivierung des Einsatzes von Kriminalisten im VPKA Pasewalk werden am 16.10.1989 4 weitere Kriminalisten eingesetzt.

P.
Oberstltn. d. VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 17.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand - 17.10.1989, 07,00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet. Demonstrativ-provokatorische Handlungen sowie Ansammlungen von negativen Personen mit Störabsichten traten nicht auf.

Die Hauptanstrengungen waren auf

- den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze zur VRP,
- die Vorbeugung und Verhinderung feindlicher Handlungen und Provokationen, insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen
- sowie die Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle gerichtet.

Die Lage an der Staatsgrenze war gekennzeichnet durch 20 Zuführungen mit 49 Personen. In 14 Fällen (35 Personen, davon 5 Kinder) wurde der Versuch des ungesetzlichen Grenzübertritts nachgewiesen. In 2 Fällen (5 Personen, davon 1 Kind) wurde der ungesetzliche Grenzübertritt vollzogen. Täter wurden jeweils einmal durch Grenztruppen der DDR bzw. VRP gestellt.

Gegenwärtig befinden sich 30 Personen in den Zuführungspunkten. Bei den Grenztruppen der DDR befindet sich z. Zt. keine Person mehr.

Weitere Vorkommnisse und Straftaten:

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Herabwürdigung in Neubrandenburg (Rapport vom 16.10.89) wurde als Verursacher der selbständige Handwerksmeister K[...] ermittelt. (Bezirkstagsabgeordneter der NDPD)

Bei den gemeldeten öffentlichen Veranstaltungen im Bezirk gab es keine Vorkommnisse.

[...]

M.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 18.10.89

L a g e b e r i c h t

Stand: 18.10.89, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit konnte durchgängig gewährleistet werden. Demonstrativ-provokatorische Handlungen traten nicht auf.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im grenznahen Raum sowie den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze zur VRP;
- die Durchsetzung zweckmäßiger operativer Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von Veranstaltungen;
- die Organisation der operativen Aufklärung zum rechtzeitigen Erkennen demonstrativ-provokativer Aktivitäten;
- die effektive Durchsetzung der Maßnahmen der Personenkontrolle.

An der Staatsgrenze zur VRP zeichnet sich eine gleichbleibende Entwicklung. Es kam insgesamt zu:

- 2 vollendeten Grenzübertritten DDR/VRP mit insgesamt 3 Personen. Alle 3 Grenzverletzer wurden gestellt und an die zuständigen Organe der DDR übergeben;
- 1 vollendeten Grenzverletzung VRP/DDR durch 2 jugendliche polnische Bürger (Schüler). Beide Schüler wurden durch Angehörige der Grenztruppen gestellt und an die VRP übergeben;
- 17 Zuführungen im Vorfeld mit 46 erwachsenen Personen und 6 Kindern.

Die Angriffe bzw. Annäherungen an die Staatsgrenze erfolgten in 6 Fällen mit PKW und in 11 Fällen zu Fuß.

Die Heimatanschriften der zugeführten Personen sind besonders die Bezirke Berlin, Halle, Cottbus, Rostock und Potsdam. Bezeichnend ist dabei, daß nach Abreise vom Heimatort mit der Reichsbahn über verhältnismäßig lange Strecken Taxis benutzt werden.

Z.B.

- 3 Personen mit der Deutschen Reichsbahn von Brandenburg nach Neubrandenburg. Von dort mit Taxi nach Pasewalk und weiter mit KOM nach Löcknitz.

Eine weitere Methode zeichnet sich dahingehend ab, daß mit eigenem PKW bis in den grenznahen Raum gefahren wird. Die PKW werden dort abgestellt und weiter zu Fuß der Versuch des ungesetzlichen Grenzübertritts unternommen.

An der Staatsgrenze der DDR zur CSSR wurden 3 Personen aus Neubrandenburg beim Versuch des ungesetzlichen Grenzübertritts durch die Grenztruppen der DDR festgenommen. Die Absicht bestand darin, über Ungarn und Österreich in die BRD zu gelangen. In zwei Fällen wurde eine genehmigte Reise nach Ungarn durch insgesamt 3 Personen und 2 Kinder zum Verlassen der DDR ausgenutzt.

- 1 Person aus Neubrandenburg

Die Ehefrau und die 2 Kinder befinden sich noch am Wohnort (Humboldtstr. [...])

- 2 Personen und 2 Kinder aus Lychen

Im Berichtszeitraum wurde bekannt, daß insgesamt 7 Personen nicht fristgemäß von einer Reise in die BRD zurückgekehrt sind.

- 4mal wegen Erkrankung
- 2mal ist der Grund unbekannt
- 1mal wurde die Entscheidung in der BRD gefaßt, nicht zurückzukehren.

Im Bezirk wurden 39 genehmigte Veranstaltungen durchgeführt. Schwerpunkte lagen dabei in Neubrandenburg und Waren.

Von der Gesamtzahl der Veranstaltungen waren 18 Jugendtanzveranstaltungen.

Die Überwachung erfolgte im Rahmen der operativen Tätigkeit und wurde mit hoher Einsatzbereitschaft realisiert. Während der Veranstaltungen kam es zu keinen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Veranstaltung „Theater - Messe - Disko“ wurde von Künstlern des Friedrich-Wolf-Theaters Neustrelitz gestaltet. Es wurde bekannt, daß am Schluß der Veranstaltung eine Resolution verlesen werden sollte (durch Künstler des Theaters).

Durch operativ eingeleitete Maßnahmen in Abstimmung mit der KdFS und VPKA Neubrandenburg wurde erreicht, daß die Veranstaltung ohne Vorkommnisse verlief; die Resolution wurde nicht verlesen.

Im Rahmen der operativen Aufklärung wurde bekannt, daß in der Zeit von 19.30 bis 21.30 Uhr in der Johanniskirche Neubrandenburg eine Veranstaltung des „Friedenskreises“ stattfinden sollte. An dieser Veranstaltung haben ca. 700 Bürger und 100 Pendler teilgenommen. Gegen 21.30 Uhr haben sich Pastor Rabe und Superintendent Winkelmann der Versammlung angeschlossen. Sie hatten bis zu diesem Zeitpunkt an einer Aussprache beim 1. Sekretär der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED teilgenommen.

Während und nach der Veranstaltung kam es zu keinen Ausschreitungen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Überwachung der Veranstaltung und zum schnellen operativen Einsatz entsprachen der Lage.

Das Zusammenwirken mit Kräften der Dienstseinheiten des MfS war durchgängig gewährleistet.

Der Anfall von weiteren Vorkommnissen bzw. Ereignissen war gering:

[...]

- In Röbel saßen 2 namentlich bekannte Antragsteller vor dem Rathaus mit einer Kerze. Es kam zu keiner Ansammlung größerer Gruppen. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wurde nicht gefährdet. Die Observation war durchgängig organisiert. Erforderliche Maßnahmen wurden mit dem Stellv. für Inneres des Rates des Kreises abgestimmt;

[...]

- In der Telefonzelle Cölpiner Str. in Neubrandenburg wurde ein Flugblatt in der Größe A 4 gefunden. Darauf waren mit Computerschrift die Ziele der SPD und ein Aufruf zur Gründung von Ortsverbänden enthalten.

Die Führung der Kräfte war durchgängig gewährleistet.

Die politisch-ideologische Arbeit war gerichtet auf die Motivierung der Einsatzkräfte zur exakten Erfüllung der Einsatzaufgaben.

B.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 18.10.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 18.10.1989, 07.00 Uhr, bis 15.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes gewährleistet.

Lagebezogene Straftaten/Vorkommnisse traten nicht auf.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- die Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze, insbesondere der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen
- eine weitere Aufklärung von Handlungen feindlich bzw. negativ eingestellter Personen/Personengruppen,
- die Durchsetzung lagebezogener Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit,

Die Lage im Territorium war gekennzeichnet durch:

- a) Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR
 - VR Polen - 3 Zuführungen mit 8 Personen davon 3 Kinder
 - Im Rahmen der Prüfungshandlungen wurden 4 Versuche mit 8 Personen herausgearbeitet, (Zeitraum ab 18.10.89, 0.00 Uhr)
 - Prüfungshandlungen werden zur Zeit noch zu 36 Personen geführt.
 - andere Abschnitte
 - nicht fristgemäße Rückkehr von einer Privatreise nach Berlin (West) durch eine Bürgerin aus Ueckermünde
- b) Andere Straftaten und Vorkommnisse
 - Die Prüfungshandlungen zur Ordnungswidrigkeit gegenüber Repräsentanten staatlicher Organe bzw. gesellschaftlicher Einrichtungen in Neustrelitz sind noch nicht abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit der Präzisierung der Veranstaltungsübersicht wurde herausgearbeitet, daß am 18.10.1989 im Bezirk 37 genehmigte Veranstaltungen, davon 15 Jugendtanzveranstaltungen stattfinden. Schwerpunkte bilden die Kreise Neubrandenburg mit 8, Ueckermünde mit 6 und Waren mit 5 Veranstaltungen.

Kirchliche Veranstaltungen sind geplant in:

- Neubrandenburg, Johanneskirche, Beginn 17.00 Uhr
- Strasburg, Evangelische Kirche, Beginn 18.30 Uhr
- Rothemühl, Kreis Ueck., Beginn 18.00 Uhr

Die Kontrolle der Veranstaltungen wird gewährleistet.

Die Schwerpunkte der operativen Tätigkeit werden auf die genannten kirchlichen Veranstaltungen unter Beachtung der aktuellen Erfordernisse konzentriert.

[...]

Die Hauptanstrengungen sind weiterhin gerichtet auf:

- die Einhaltung/Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit den genannten Veranstaltungen unter besonderer Beachtung der Aufklärung und Sicherung der Handlungsbereitschaft bei Lagen,
- die weitere Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze,
- die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung der Dienststellen,
- Durchsetzung weiterer lagebezogener Maßnahmen.

W.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, 19.10.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 18.10.1989, 07.00 - 19.10.1989, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum konnte lagebezogen die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden. Vorkommnisse und Straftaten gefährdeten nicht die Sicherheit des Staates.

In Durchsetzung der Befehle und Weisungen wurde mit dazu beigetragen, den Dialogprozeß positiv zu beeinflussen.

Die Hauptanstrengung war gerichtet auf die

- Einhaltung/Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit Veranstaltungen unter Beachtung der durchgehenden Aufklärung und Sicherung der Handlungsbereitschaft bei Lagen;
- Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze mit Schwerpunkt Staatsgrenze der DDR zur VR Polen;
- Gewährleistung einer stabilen Führung sowie aufgaben- und sachbezogenen politisch-ideologischen Arbeit;
- Abstimmung und Koordinierung operativer Maßnahmen zur Beherrschung der Lage im Zusammenwirken mit der BVfS.

Die Lage im Territorium war gekennzeichnet durch:

- a) weiter anhaltende Bewegung von Personen und Kfz in Richtung Staatsgrenze der DDR zur VR Polen.

Im Berichtszeitraum erfolgten 10 Zuführungen mit insgesamt 27 Personen, davon 8 Kinder. Eine Person führte einen Trommelrevolver, Kal. 7 mm, stark angerostet, aber funktionstüchtig, jedoch ohne Munition mit sich. Die Zuführungen erfolgten in 4 Fällen durch die DVP und in 6 Fällen durch die Grenztruppen der DDR. Bei den Zugeführten handelt es sich überwiegend um Bürger aus den Bezirken Berlin, Leipzig und Rostock. Vollendete ungesetzliche Grenzübertritte traten nicht auf. In 15

Fällen konnte 35 Personen der Versuch des ungesetzlichen Grenzübertritts nachgewiesen werden.

In den Zuführungspunkten befinden sich noch 26 Personen.

- b) Am 18.10.1989, 17.00 Uhr, fand in der Neubrandenburger Johanneskirche ein Friedensgottesdienst mit anschließendem Marsch zur katholischen Kirche statt. Der Friedensgottesdienst wurde vor der katholischen Kirche fortgesetzt und um 18.20 Uhr beendet (3000 Teilnehmer). Im Marsch wurden 5 Transparente/Plakate mit den Inhalten „Reisefreiheit“, „Meinungsfreiheit“, „Offenheit“ und 2mal „Reformen“ mitgeführt. Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Gottesdienst und Marsch traten nicht auf.

Am 18.10.1989 in der Zeit von 21.00 - 21.10 Uhr begingen 3 namentlich bekannte Bürger aus einer Gruppe heraus in Neubrandenburg, Bahnhofskreuzung im Bereich des Fritz-Reuter-Denkmal rowdyhafte Handlungen, die in der Folge als Rowdytum eingestuft wurden. Diese Personen forderten andere auf, für Demokratie und Reisefreiheit zu demonstrieren.

Röbel

- Anzünden von Kerzen am 18.10.1989 in der Zeit von 18.00 -19.00 Uhr durch 6 namentlich bekannte Personen vor dem Rathaus in Röbel. Handlung wurde durch Personen selbständig gegen 21.00 Uhr beendet.

[...]

Im Zusammenhang mit weiteren Veranstaltungen, insbesondere der Kirche, in Rothemühl, Kreis Ueckermünde, 12 - 15 Teilnehmer und in Stralsburg mit 25 Teilnehmern gab es keine öffentlichkeitswirksamen Handlungen bzw. Vorkommnisse.

Ausgehend von den Veranstaltungsmeldungen der Kreise finden im Territorium des Bezirkes in der Zeit vom 18.10. - 24.10.1989

85 Veranstaltungen mit den Schwerpunkten

- Fußballspiele in Neustrelitz am 19.10.1989 DDR - Wales (U 18), in Neubrandenburg am 22.10.1989 Post Neubrandenburg - Vorwärts Frankfurt/O. ,

- in Prenzlau am 22.10.1989 Lok Armaturen Prenzlau - KWO Berlin,
- Speedway in Neubrandenburg am 21.10.1989 um den Pokal des Bezirksvorstandes des VdgB

statt.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel wurde weiter verwirklicht, und die Durchsetzung der lagebezogenen Maßnahmen war gesichert.

Die vorbereiteten und abgestimmten Maßnahmen im Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen des MfS im Zusammenhang mit den kirchlichen Veranstaltungen erwies sich als zweckmäßig.

Die Führungs- und operativen Kräfte erfüllten die ihnen übertragenen Aufgaben. Die Bereitschaft, sich den Forderungen zu stellen, wurde in den geführten Kollektivgesprächen unter Teilnahme von Führungskadern der BDVP bestätigt.

[...]

Unter Beachtung der Lageentwicklung sind die Hauptanstrengungen weiter zu richten auf die:

- Kontrolle und Überwachung von Veranstaltungen unter besonderer Beachtung von Veranstaltungen der Kirche.
- Gewährleistung einer wirksamen Aufklärung durch alle operativen Kräfte zum rechtzeitigen Erkennen von Handlungen feindlich bzw. negativ eingestellter Personen/Personengruppen.
- weitere wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen mit den Schwerpunkten:
 - F 104 (Löcknitz/Linken),
 - Räume nördlich und südlich der GÜST Linken,
 - Sicherung einer stabilen Führung der sowie in den Dienststellen und Einheiten unter strikter Durchsetzung der Einheit von politischer und fachlicher Führung,
 - Koordinierung und Abstimmung aller erforderlichen operativen Maßnahmen mit den Dienststellen des MfS sowie entsprechend der Zuständigkeit mit den Grenztruppen der DDR.

Schlußfolgerungen:

1. Ausgehend von den gewonnenen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Kirche in Neubrandenburg und dem nachfolgenden Marsch am 18.10.1989 zeigte sich, daß nach Auflösung der Menschenansammlung Gruppen teilweise unter Alkoholeinwirkung stehend ca. 3 Stunden nach Beendigung selbständig weiter handelten.
Die Handlungsfähigkeit der Kräfte ist ausgehend von diesen Erfahrungen über längere Zeit stabil aufrecht zu erhalten.
2. Trotz exakter Festlegung zur Erfassung der Veranstaltungen wurden durch 7 Dienststellen keine Veranstaltungen für den Zeitraum vom 18.10. bis 24.10. 1989 gemeldet. Nach Kontrollanrufen wurde gleichfalls durch diese Dienststellen Fehlmeldung gegeben.
Die gewonnenen Erfahrungen zeigen, daß dies nicht durchgängig der Realität entspricht.

Die Kontrolle der Durchsetzung der Weisungen ist zu aktivieren.

Vorschläge:

3. Der Kräfte- und Mitteleinsatz im Zusammenhang mit nichtgenehmigten Veranstaltungen ist nach Abschluß auch friedlich verlaufender Demonstrationen/Märsche zu sichern.
Die operative Aufklärung sowie Bildung ausreichender handlungsfähiger Reserven ist zu gewährleisten. (endgültige Auflösung von Menschenansammlungen)

[...]

W.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 20.10.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 19.10.89, 06.00 - 20.10.89, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum wurde die öffentliche Ordnung und Sicherheit ununterbrochen gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf die

- Kontrolle und Überwachung von Veranstaltungen unter besonderer Beachtung von Veranstaltungen der Kirche,
- Gewährleistung einer wirksamen Aufklärung durch alle operativen Kräfte zum rechtzeitigen Erkennen von Handlungen feindlich bzw. negativ eingestellter Personen oder Personengruppen,
- weitere wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen,
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung der Dienststellen,
- Abstimmung und Koordinierung operativer Maßnahmen im Zusammenwirken BVfS.

Die Lage im Territorium war gekennzeichnet durch:

1. eine rückläufige Entwicklung der Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen.

Im Berichtszeitraum erfolgten 8 Zuführungen mit insgesamt 14 Personen, davon 3 Kinder.

In 3 Fällen wurde der Versuch nachgewiesen und ein EV eingeleitet, davon 1 mal Einlieferung in die UHA Prenzlau mit Haftbefehl.

Die Zuführungen erfolgten in 3 Fällen durch Grenztruppen der DDR und in 5 Fällen durch die DVP.

Bei den zugeführten Personen handelt es sich um Bürger aus den Bezirken Magdeburg, Potsdam und Leipzig. Die Annäherung an die Staatsgrenze erfolgte in 4 Fällen mit PKW.

Zu Personen, die am 18.10.1989 vorgeführt wurden, erfolgte in 6 Fällen der Nachweis des ungesetzlichen Grenzübertritts, davon 2 Haftbefehle erlassen.

In einem Fall kam es im Raum Linken zu einem vollendeten Grenzübertritt durch eine Person, die bisher noch nicht durch die Grenztruppen der VR Polen übergeben wurde.

In den Zuführungspunkten befinden sich noch 6 Personen.

Weiterhin wurden 2 Fälle des ungesetzlichen Grenzübertritts über Ungarn zur BRD durch 3 Erwachsene und 2 Kinder bekannt. Dabei waren eine Ärztin der Poliklinik Friedland sowie ein Chirurg und eine Zahnärztin des Kreiskrankenhauses Röbel.

2. Am 19.10.89 fand in der Zeit von 20.00 Uhr bis 22.20 Uhr in der Marienkirche in Röbel eine Zusammenkunft von ca. 1000 Personen zum Thema „Für demokratische Erneuerung“ statt. Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung traten keine Störungen bzw. besonderen Vorkommnisse auf.

Am 19.10.89, 17.30 Uhr bis 19.00 Uhr erfolgte eine teilweise Störung des Fahr- und Fußgängerverkehrs im Bereich des Busbahnhofes, Bahnhofsvorplatzes und der Thälmannstraße in Neubrandenburg durch 10 Jugendliche. Nach der Aufforderung durch eingesetzte Kräfte des VPKA zur Unterlassung der Störung und deren Nichtbefolgung wurden 6 Personen zum VPKA zugeführt. (alle standen unter Alkoholeinfluß). Nach der Durchführung von Befragungen zum Sachverhalt und Befehlen sowie der Ausnüchterung wurden die Personen einzeln in unterschiedlicher Zeitfolge aus dem VPKA bis 22.40 Uhr entlassen. Zeugen dieser Störungen äußerten sich lobend bezüglich der Maßnahmen der DVP.

Am 19.10.89, 14.15 Uhr beging ein namentlich bekannter Täter in Stavenhagen eine öffentliche Herabwürdigung gegenüber einem ABV im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Eingabe.

3. Weitere Straftaten und Vorkommnisse:

- Diebstahl persönlichen Eigentums durch unbekannte Angehörige der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR in Storkow, Krs. Templin (Autoradio und Lautsprecher)

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel im Territorium des Bezirkes wurde durchgehend gewährleistet und lagebezogen stabil gestaltet.

Die eingesetzten Führungs- und operativen Kräfte versahen diszipliniert und verantwortungsbewußt die ihnen übertragenen Aufgaben.

In den Dienststellen und Einheiten wurde die zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit fortgesetzt.

P.
Oberstleutnant der VP

Anlage

Im Zeitraum vom 01.09. bis 19.10.1989 ereigneten sich insgesamt 175 Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen im Territorium des Bezirkes,

davon 153 im Kreis Pasewalk
 22 im Kreis Ueckermünde.

Die öffentlichen Schwerpunkte der angegriffenen Räume waren

- Raum Grambow (27 mal)
- Raum Linken (17 mal)
- Raum Löcknitz (20 mal)
- Raum Bismark (16 mal)

Die zeitlichen Schwerpunkte sind 17.00 bis 20.00 Uhr und 05.00 bis 06.00 Uhr.

Festnahmen erfolgten durch die

DVP	=	88
GT/DDR	=	125
GT/VR Polen	=	64

Führungsgruppe
BDVP Neubrandenburg

21.10.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 20.10., 06.00 bis 21.10., 06.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Bezirk war jederzeit gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf

- das rechtzeitige Erkennen von Handlungen feindlichen oder negativen Charakters
- die Kontrolle und Aufklärung von Veranstaltungen der Kirche
- die Sicherung von Schwerpunktveranstaltungen
- die Durchsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze
- die Aufrechterhaltung einer hohen Einsatzbereitschaft der Kräfte und Mittel und die Sicherheit der Dienststellen.

Die geplanten durchgeführten Veranstaltungen im Bezirk, darunter die Hauptveranstaltung Werner Seelenbinder-Ehrung in Neubrandenburg, verliefen ohne Vorkommnisse.

Die Lage im Bezirk war gekennzeichnet:

1. Zum Schutz Staatsgrenze

Durch das VPKA Pasewalk 8 versuchte illegale Grenzübertritte mit 19 Personen, darunter 3 Kinder gemeldet, davon wurden 6 durch die DVP, 1 durch Grenztruppen und 1 durch die Zollorgane, gestellt.

In 4 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es erfolgte keine Einlieferung in die UHA.

Eine Vollendung VR Polen - DDR durch einen polnischen Bürger im Bezirk Frankfurt/Oder wurde durch Kräfte der DVP des VPKA Prenzlau auf der A 2 festgestellt und die Festnahme erfolgte.

2 Bürger aus dem Kreis Templin überschritten im Kreis Angermünde GZ 572 die Staatsgrenze, dabei wurde 1 Person durch Grenztruppen der VR Polen gestellt, die andere Person ist flüchtig.

Gegenwärtig befinden sich noch 5 zugeführte Personen im VPKA Pasewalk.

Des Weiteren wurde 1 versuchter illegaler Grenzübertritt DDR - CSSR im Kreis Annaberg-Buchholz durch 1 Person aus dem Kreis Templin sowie 1 versuchter illegaler Grenzübertritt DDR - BRD im Kreis Gadebusch durch 1 Person aus Burg Stargard bekannt.

2. Weitere anlaßbezogene Vorkommnisse und Erscheinungen

- Am 20.10.1989, 10.00 Uhr, erschienen im VPKA Strasburg 2 namentlich bekannte Bürger und stellten einen Antrag zur Durchführung einer Straßenlistensammlung in den Kreisen Pasewalk, Prenzlau, Strasburg, Templin und Ueckermünde mit dem Ziel, Abgeordnete zu veranlassen, den Generalsekretär nicht zum Vorsitzenden des Staatsrates zu wählen. Antrag wurde nach Gesprächsführung abgelehnt. Ein weiteres Gespräch ist für den 23.10.1989 vorgesehen, da Antragsteller mit der Entscheidung nicht einverstanden sind.

- Am 20.10.1989 kam es in der Stadt Anklam um 18.00 Uhr zu einer Ansammlung von Personen, die durch Zulauf bis zu 200 Personen anstieg. Ab 18.00 Uhr bewegte sich dieser Demonstrationzug durch die Straßen der Innenstadt. Auf dem Marktplatz wurden Rufe laut, wie „Anklam - erwache, wir bleiben hier“ und sangen Arbeiterlieder. Dieser Demonstrationzug wurde an der KD MfS vorbeigeführt. Dort kam es zu Rufen „Stasi raus“. Um 19.40 Uhr wurde ein Parkplatz in Nähe der Wohnung des Bürgermeisters erreicht. Der Bürgermeister führte mit einer Abordnung ein Gespräch, in dem sie die Forderung erhoben, an Aussprachen mit führenden Persönlichkeiten der Stadt teilzunehmen. Sie teilten mit, daß sie am 24.10.1989 die Maßnahme wiederholen werden. Danach löste sich die Demonstration in kleinere Gruppen in verschiedenen Richtungen auf.
Von einzelnen Gruppen wurde gerufen „Bullen raus“.
Etwa 30 Personen marschierten ohne Rufe am VPKA vorbei und lösten sich danach auf.

- Am 20.10.1989, um 19.30 Uhr, kam es in der Nikolaikirche in Pasewalk zu einer Zusammenkunft von 100 Personen. Gegen 21.00 Uhr wurde durch eine weibliche Person ein Aufruf des „Neuen Forums“ verlesen, der von 40 Personen unterschrieben wurde. Es wurde festgestellt, daß diese weibliche Person mit einem Pkw mit dem polizei-

lichen Kennzeichen IP 55-04 angereist war. Gegen 21.30 Uhr wurde die Zusammenkunft ohne Störung beendet. Dem PdVP Berlin wurde zur Überprüfung das polizeiliche Kennzeichen mitgeteilt.

- Am 19.10.1989 gegen 23.30 Uhr in Alt Schwerin (bekannt geworden am 20.10.) wurden 6 handschriftlich gefertigte Aufrufe zur Teilnahme an einer Aussprache von „Unmündigen“ für den 22.10.1989, 20.00 Uhr in der Marienkirche in Waren sichergestellt. Ermittlungen werden geführt.
- Am 20.10.1989 um 20.35 Uhr wurde in Neubrandenburg - Busbahnhof durch 1 weibliche und 4 männliche vorbestrafte Personen ruhestörender Lärm verursacht. Es wurde u.a. „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen. Nach Zuführung als Ordnungswidrigkeit eingestuft.
- Am 20.10.1989, 06.20 Uhr wurden Schriften A 4-Format an einem Innenfenster der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Neubrandenburg, Große Wollweberstr. 11 festgestellt. Inhalt „Stellungnahme des Neuen Forums“ und „Aufruf an alle Mitglieder der SED“.
- Am 20.10.1989, 16.15 Uhr, wurde ein Angehöriger der DVP in Prenzlau durch 10 Angehörige der NVA in der Nähe des Bahnhofes von einem Lkw der NVA aus beschimpft „Ihr Bullen, wir fordern Freiheit“. Transportverantwortlicher der NVA wurde namentlich festgestellt.

[...]

Führung und Einsatzbereitschaft der Kräfte war ununterbrochen gewährleistet.

Die Einsatzbereitschaft des Hydromil ist am 20.10.1989 ab 17.00 Uhr wieder hergestellt.

[...]

B.
Oberstltn. der VP

Anlage

Informationen, Stimmungen und Meinungen

Kreis Altentreptow

Eine Handwerkerbrigade stellte an die LPG Mölln die schriftliche Forderung, mehr Lohn zu bekommen. Sie sind der Meinung, daß sie zu wenig und die Angestellten zu viel Geld bekommen. Dagegen verfaßte die Melkerbrigade ein Gegenschreiben, das beinhaltet, daß die Handwerker im Unrecht sind und sie erst mehr leisten müssen, wenn sie mehr Geld verdienen wollen. Diese schriftliche Meinungsäußerung wird vom Vorstand der LPG und der Parteiorganisation behandelt.

Kreis Templin

Im Betriebskollektiv der WWD Küste, Meisterbereich Templin, herrscht die Meinung vor, daß Egon Krenz es nicht in den Griff bekommt. Als engster Mitarbeiter Erich Honeckers war er mitverantwortlich. Der Ortsparteisekretär von Templin und seine Ehefrau wurden am 19.10.1989 in den späten Abendstunden im Stadtgebiet durch 2 unbekannte Pärchen mit den Worten: „Na Ihr Parteibonzen - wollt Ihr uns nicht gleich einsperren lassen“ belegt. Im Trockenwerk Haßleben wird so diskutiert: „Wir gehen alle in die LDPD, der Gerlach gefällt uns.“

Kreis Prenzlau

Im Milchhof von Prenzlau wird von Arbeitskollektiven die Meinung vertreten, daß sich die DDR mit der Solidarität mit anderen Staaten übernommen hat. Man sollte erst unsere Verkaufsstellen mit Waren füllen. In vielen Diskussionen der Bürger spielen die Versorgung der Bevölkerung mit Waren sowie das Preisgefüge und die Bereitstellung von Ersatzteilen eine große Rolle.

Kreis Neustrelitz

Am 20.10.1989 wurde von der Betriebsgewerkschaftsleitung des Friedrich-Wolff-Theaters ein Antrag auf Genehmigung einer Demonstration am 19.11.1989 gestellt. Es wird sich dabei auf ein Treffen der Theaterschaffenden der DDR in Berlin am 15.10.1989 bezogen. Daran nehmen teil der

Stellv. des Ministers der Kultur Böttger, Professor Minetti, Vorsitzender des Verbandes der Theaterschaffenden und Mitglied des ZK der SED sowie Prof. Wekwerth, Präsident der Akademie der Künste der DDR und Mitglied des ZK der SED.

An der Wandzeitung der Ingenieurschule für Bauwesen wurden folgende Artikel veröffentlicht:

1. Ich schlage u.a. vor:

- Verzicht auf den Führungsanspruch durch die SED
- schnellstmögliche Neuwahlen für alle Volksvertretungen mit allen politischen Interessengruppen
- Beseitigung aller Privilegien für auserwählte Funktionäre und andere Bürger
- Schaffung neuer Formen von Gemeineigentum
- Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien und Veränderungen der Planwirtschaft
- für Leiter in allen Ebenen müssen fachliche Fähigkeiten erste Bedingungen sein
- wichtiges Ziel: die Einheit Deutschlands.

gez. Helmut B[...]

2. Die Zukunft Deutschlands kann in der Realität nur in einer späteren Zeit und nur in der Gemeinsamkeit aller beteiligten Staaten und Menschen gelöst werden.

gez. B[...]

3. Aus eigener Entscheidung bin ich in einer Situation, aus der heraus ich nicht mehr um Gehör für Vorschläge, die DDR betreffend, bitten kann. Aber immer noch als Staatsbürger, der die Gesetze achtet, bisher seinen Verpflichtungen nachzukommen glaubt und das auch weiterhin vorhat, äußere ich meine Meinung:

Eine gesellschaftliche Kraft, die dieses Land führungslos in die jetzige Situation hat treiben lassen, kann nicht weiter auf ihrem Machtmonopol bestehen und gleichzeitig Meinungsfreiheit verordnen. Alle Macht kann nur vom Volke ausgehen, wenn sich alle demokratischen Kräfte organisieren und sich zu Parteien konstituieren können. Auch die SED könnte sich dann, wie andere Kräfte auch, durch die Überzeugungskraft ihrer Ideen und wirkliche Wahlen die Führungsrolle antragen lassen.

gez. Dr. G. R[...]
Schulangehöriger

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 22.10.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 21.10.1989, 06.00 Uhr bis
22.10.1989, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Bezirk durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf:

- die vorbeugende Tätigkeit zum Erkennen von Handlungen feindlicher oder negativer Kräfte;
- die Kontrolle und Sicherung von Schwerpunktveranstaltungen, insbesondere der Aufklärung von Veranstaltungen der Kirche;
- die Durchsetzung der Maßnahmen zum Schutz der Staatsgrenze zur VRP;
- die Sicherung einer hohen Einsatzbereitschaft der Kräfte und Mittel und die Sicherheit der Dienststellen.

Im Zusammenhang mit der Sicherung der Staatsgrenze zur VRP erfolgten 15 Zuführungen mit 32 Personen (davon 3 Kinder; 1 x VPKA Uecker-
münde, 14 x VPKA Pasewalk) zur Klärung des Sachverhalts. In 8 Fällen konnte der Versuch des ungesetzlichen Grenzüberttritts nachgewiesen werden.

Die zugeführten Personen kamen schwerpunktmäßig aus den Bezirken Halle, Dresden, Erfurt und Berlin.

12 Zuführungen erfolgten durch die DVP und 3 durch die Grenztruppen der DDR.

Die im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen verliefen ohne Vorkommnisse.

Von den 2 stattgefundenen kirchlichen Veranstaltungen, Friedensgebet Stadtkirche Neustrelitz und Treffen des Pfarrers Lukas (Bezirkstagsabgeordneter) mit CDU-Mitgliedern in Jarmen, gingen keine Störungen aus.

Die vermutete Veranstaltung der Kirche in Stavenhagen fand nicht statt und soll am 22.10.1989 um 14.00 Uhr als öffentliches Abendmahl auf dem Marktplatz durchgeführt werden.

Weitere Vorkommnisse:

Am 21.10.1989 gegen 12.30 Uhr ereignete sich der Absturz einer MiG-29 der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte an der Bezirksgrenze zwischen den Kreisen Demmin und Grimmen im Raum Medrow - Langenfelde. Angehörige der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte am Ort. Keine Opfer in der Bevölkerung. Sicherungsmaßnahmen durch VPKA Grimmen. Ablösung erfolgte durch Kräfte VPKA Demmin und ab 18.15 Uhr durch Kräfte der NVA.

Am 21.10.1989 erfolgte die Anzeige einer Bürgerin aus Neubrandenburg wegen Verdacht der Körperverletzung durch einen Angehörigen des VPKA. Untersuchungskommission unter Leitung des Leiters der Abteilung Schutzpolizei der BDVP eingeleitet. Verdächtiger wurde festgestellt. Vorläufiges Untersuchungsergebnis liegt vor. Festlegung, daß dem Chef der BDVP am 23.10.1989 mit Dienstbeginn ein Bericht mit Vorschlag über abschließende Bearbeitung vorzulegen ist.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel war im genannten Zeitraum ununterbrochen gewährleistet.

Der Informationsaustausch mit den Nachbarbezirken ergab keine Besonderheiten.

M.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 23.10.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 22.10.1989, 07.00 Uhr, bis 23.10.89, 06.00 Uhr

Lagebezogen war im Territorium des Bezirkes die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Straftaten und Vorkommnisse gefährdeten nicht die Sicherheit des Staates. Die befohlenen Maßnahmen zur Beherrschung der Situation wurden in den Dienststellen und Einheiten durchgesetzt.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf die

- Aufklärung und Überwachung von Aktivitäten feindlich bzw. negativ eingestellter Personen/Personengruppen,
- Sicherung des Dialogprozesses durch geeignete Maßnahmen,
- zuverlässige Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen.

Im Berichtszeitraum war die Lage gekennzeichnet

- Ansammlung von ca. 30 Personen auf dem Marktplatz in Stavenhagen, Kreis Malchin infolge einer kirchlichen Veranstaltung.
Personen führten am 22.10.1989 in der Zeit von 14.40 Uhr bis ca. 15.50 Uhr ein Gespräch mit dem Bürgermeister.
Im Mittelpunkt standen
 - Wohnungsfragen,
 - Durchführung von Parteiveranstaltungen während der Arbeitszeit,
 - Durchführung von Stadtverordnetenversammlungen zu Zeiten, die eine Teilnahme von Bürgern erschwert.

Die Ansammlung löste sich zur genannten Zeit selbständig auf.

Im Zusammenhang mit der kirchlichen Veranstaltung in Stavenhagen befanden sich ca. 70 Personen in der Einrichtung. Ca. 150 hielten sich in der Zeit von 14.00 Uhr bis 14.30 Uhr davor auf.

Aktivitäten von kirchlichen Kreisen in der Öffentlichkeit waren nicht zu verzeichnen.

- Handlungen gegen die staatliche Sicherheit durch Beschmieren eines Schildes mit „SED raus“ in Spantekow, Kreis Anklam, ohne Öffentlichkeitswirksamkeit. (Schild wurde gegen 06.45 Uhr durch Parteisekretär der LPG (T) Spantekow aus der Erde gezogen)
- Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR zur VR Polen
 - eine Vollendung durch 4 Personen im Bereich Zopfenbeck, Kreis Ueckermünde
(Spuren auf Kontrollstreifen wurden nachweislich auf polnischer Seite beseitigt).
Im Rahmen der Prüfungen wurden 4 Bürger aus Eggesin, davon 2 Waldarbeiter des Militärforstbetriebes Eggesin ermittelt, die im Verdacht stehen, diese Handlung begangen zu haben,
 - 4 versuchte ungesetzliche Grenzübertritte im Kreis Pasewalk mit 8 Personen, davon
 - 2 Personen, zu denen Fahndungsmaßnahmen wegen Verdachts einer Straftat gem. § 213 StGB eingeleitet waren (Festnahme durch DVP)
 - 1 Kleinkind von 6 Monaten.
- Weitere Vorkommnisse
 - Beschädigung Schaukasten der Johanneskirche in Neubrandenburg. Unbekannte Täter zerschlugen die Scheiben des Schaukastens und entfernten säuberlich den Beschluß der 5. Synode (Tatzeit 20.10.1989, 17.00 Uhr, bis 22.10.1989, 07.45 Uhr, zuständiger Pastor verständigt, hatte Handlung bereits selbst festgestellt, nach seiner Meinung handelt es sich um eigene Gemeindeglieder).
 - natürlicher Tot (Herzinfarkt) des Stellv. für Inneres des Rates des Kreises Prenzlau am 22.10.1989 gegen 19.31 Uhr.

[...]

Die Führung der Dienststellen wurde weiter verwirklicht und das Zusammenwirken, insbesondere mit den zuständigen Dienststellen des MfS und

entsprechend der Zuständigkeit mit den Grenztruppen der DDR stabil gewährleistet.

Operativität und Flexibilität war zur Beherrschung der Lage in den VPKÄ Malchin, Pasewalk und Ueckermünde zu erkennen.

Ausgehend von der Beurteilung der Lage sind die genannten Hauptanstrengungen in konsequenter Durchsetzung der Einheit von politischer und fachlicher Führung weiter zu verwirklichen.

Schlußfolgerungen:

1. Die operative Aufklärung zum rechtzeitigen Erkennen von feindlichen Handlungen ist im engen Zusammenwirken der Dienstzweige und Dienststellen sowie den Diensteinheiten des MfS weiter zu sichern. Die Kontrolle von Veranstaltungen / größeren Zusammenkünften ist unter Einbeziehung von gesellschaftlichen Kräften zu erhöhen.
2. Ausgehend von dem vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritt südlich Zopfenbeck (GZ 860) im Kreis Ueckermünde ist zu erkennen, daß
 - die Grenzsicherungsmaßnahmen durch Ortskundige aufgeklärt wurden (zur Zeit kein Kräfteinsatz der GT im Bereich/bisher noch kein Angriff in diesem Abschnitt)
 - die Handlungen der polnischen Seite, eine Festnahme von Grenzverletzern auf dem Territorium der VR Polen ausschloß (durch polnische Seite wurde keine Information gegeben).

Führungsgruppe

W.

Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 22.10.1989

Information

Im Schaufenster der evangelischen Kirche in Ferdinandshof, Kreis Ueckermünde, wird zum Besuch einer Landesjugendnacht-Veranstaltung nach Greifswald am 28.10.1989, 18.00 Uhr bis 29.10.1989, 08.00 Uhr, eingeladen.

Veranstaltungsort: Jacobikirche Greifswald,
angekündigt werden: die KKB-Band Bergen, Studioteam aus Leipzig,
Minirock aus Zwickau, Liedermacher Jankowski,
der Leipziger Tanz- und Pantomimenkreis.

FG BDVP Rostock wurde am 22.10.1989, 23.00 Uhr verständigt.

Aktivitäten der Ortsgruppe CDU Fahrenwalde, Kreis Pasewalk:
Im Verlaufe der letzten 3 Tage wurde bekannt, daß sich die Ortsgruppe am 12. 10.1989 zusammenfand und einen offenen Brief verfaßte aus dem hervorgeht, daß gegenüber den Ausgereisten kein Haß bestehen soll, daß für freie Wahlen eingetreten werden soll und daß man Versammlungen mit allen Einwohnern anstrebt.

Dieser Brief wurde an den Kreisvorstand der CDU weitergeleitet. Seit diesem Zeitpunkt sind keine weiteren Aktivitäten festzustellen.

Nach noch nicht überprüften Informationen sollen Fahrzeuge des Schlacht- und Verarbeitungsbetriebes Pasewalk beim Endempfänger in Berlin, Hauptstadt der DDR, nicht entladen worden sein.

Durch den Taxifahrer M[...] aus Prenzlau wurde bekannt, daß durch Bürger im Stadtgebiet von Prenzlau, an der Straßenkreuzung Wilhelm-Pieck-Straße/Neubrandenburger Straße, selbstgefertigte Aufkleber mit der Aufschrift „Egon mach was draus, Polizei und Stasi muß raus“ verteilt. Sachverhalt wurde überprüft, hat sich nicht bestätigt.

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 24.10.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 23.10.89, 07,00 Uhr bis 24.10.89, 06,00 Uhr

Im Berichtszeitraum war im Territorium des Bezirkes die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze, insbesondere der Staatsgrenze der DDR zur VR Polen,
- zielstrebige Aufklärung von Aktivitäten feindlicher bzw. negativ eingestellter Personen/Personengruppen,
- Kontrolle und Überwachung von Veranstaltungen, insbesondere der Kirche.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- 4 versuchte Angriffe auf die Staatsgrenze zur VR Polen mit 9 Personen,
- 7 Angriffe mit 13 Personen auf die Staatsgrenze zur CSSR/Ungarn mit dem Ziel, in die BRD zu gelangen, dav. 6 m, 11 Pers. vollend.
- 5 mal nichtfristgemäße Rückkehr mit 7 Personen.
- Um 19,00 Uhr erfolgte eine Zusammenkunft von ca. 1.100 bis 1.200 Personen in der Georgenkirche Waren mit anschließender Bewegung von ca. 800 Personen zur Marienkirche (ca. 500 m). Fackeln und Kerzen wurden mitgeführt, jedoch keine Transparente. Vor Beendigung wurde eine Ansprache gehalten. Die näheren Umstände werden gegenwärtig noch geprüft. Gegen 20,10 Uhr löste sich die Ansammlung ohne Vorkommnisse auf.
- Um 18,00 Uhr erfolgte ein Friedensgebet in der Maria-Magdalenen-Kirche in Templin mit ca. 500 Personen, bei dem auch Unterschriften für das „Neue Forum“ gesammelt wurden.
Gegen 18,50 Uhr formierten sich spontan aus dieser Personengruppe ca. 350 und bewegten sich durch das Zentrum der Stadt. Kerzen wurden

mitgeführt und wurden teilweise vor dem VPKA, ehem. Gebäude der KDfS, HO-Kaufhaus, Kaufhalle und Gaststätte abgestellt. Eine große Anzahl der Teilnehmer waren kreisfremde Bürger. Die Initiatoren der Ansammlung standen teilweise unter Alkoholeinfluß. Öffentliche Bekundungen durch die Demonstranten wurden nicht vorgenommen. Die Demonstration war von der Kirche nicht geplant und erfolgte spontan.

- Im Stadtgebiet Anklam wurden in Briefkästen Zettel gefunden mit dem Inhalt „Aufruf zu einer Demonstration am 24.10.89 um 17,00 Uhr auf dem Markt“. Weitere Prüfungshandlungen werden durch Kräfte des MfS vorgenommen.
- Es wurde bekannt, daß im Theater in Anklam eine Resolution existieren und dem Bürgermeister am 24.10.89 um 17,00 Uhr bekanntgegeben werden soll. Maßnahmen zur Prüfung wurden eingeleitet. Diese Demonstration soll mit einer Aussprache führender Funktionäre des Kreises verbunden werden. Im Falle einer Demonstration wird den Teilnehmern vorgeschlagen, eine gemeinsame Aussprache im Saal des TBK durchzuführen.
- 16,45 Uhr Mitteilung von Grenztruppen der DDR, UA VI, daß Pastor aus Ahlbeck mit 2 Personen aus der BRD Kontakt zu einem Grenzposten aufgenommen hatte und Fragen zum Dienst und zum Grenzverlauf stellte. Untersuchungen werden durch Grenztruppen geführt.

[...]

Andere Vorkommnisse:

[...]

- 12 Bürger sprachen am 23.10.89 im VPKA Demmin zu neuen Reisebestimmungen vor. Sie nehmen an, daß die Volkskammer am 24.10.89 neue Reisebestimmungen beschließen wird.

[...]

P.
Oberstltn. der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 25.10.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 24.10.1989, 07.00 Uhr bis 25.10.1989, 06.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im gesamten Territorium durchgängig gewährleistet. Die Führung der Kräfte war gesichert. An allen Schwerpunkten der operativen Tätigkeit zeigten die eingesetzten Genossen eine hohe Einsatzbereitschaft. Die politisch-ideologische Arbeit war lagebezogen organisiert und auf die Motivierung der Genossen zum ruhigen, überlegten und politisch richtigem Handeln orientiert.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf die

- Gewährleistung der Sicherheit an der Staatsgrenze zur VRP sowie im grenznahen Raum,
- operative Aufklärung bekannter und spontan entstandener Menschenansammlungen sowie die Vorbereitung von Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen,
- operative Überwachung der Objekte der Partei und des Staatsapparates sowie die verstärkte Sicherung der Dienstobjekte der DVP.

Folgende lagebedingte Erscheinungen und Aktivitäten der Bevölkerung in der Öffentlichkeit charakterisieren die Situation im Territorium des Bezirkes:

1. Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR

- 5 versuchte ungesetzliche Grenzübertritte DDR-VRP durch 7 Bürger vorwiegend aus den Bezirken Berlin, Frankfurt/Oder und Schwerin,
- 1 vollendeter Grenzdurchbruch zur VRP durch 3 Personen, die auf polnischem Gebiet noch nicht festgenommen worden sind,
- In 11 Fällen wurden Reisen in die Ungarische Republik und die Sozialistische Republik Rumänien zum ungesetzlichen Grenzübertritt ausgenutzt. Daran waren 16 Bürger beteiligt, darunter 3 Kinder.

2. Demonstrativhandlungen durch Kirche und Bevölkerung

- Im Theater Anklam wurde um 14.00 Uhr eine Dialogveranstaltung (40 Teilnehmer) mit führenden Funktionären des Kreises durchgeführt. Dabei wurden u.a. solche Probleme aufgeworfen wie
 - nach dem Inhalt der Demokratie und dem neuen Wahlgesetz
 - das Begrüßen der ersten Gegenstimmen bei der Wahl des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR
 - die Ablehnung der Machtkonzentration in einer Hand
 - die Kontrolle der Staatsorgane durch das Volk.

Das Angebot, den Dialog im Kulturraum des TBK weiterzuführen, wurde von den Teilnehmern nicht angenommen.

Um 16.30 Uhr fand in der Marienkirche in Anklam eine Veranstaltung unter der Losung: "Zum Frieden in der Welt und der Zukunft in unserem Lande" statt. Von den 400 Teilnehmern dieser Veranstaltung wurde eine Resolution der Möbelwerker, Arbeitern des LIW und des KfL verlesen. Der Text der Resolution ist bekannt. Die in der Kirche Versammelten begaben sich in einer Demonstration zum Markt, wo sich inzwischen ca. 250-300 Personen versammelt hatten. Vor diesen ca. 800 Teilnehmern sprach der Bürgermeister und drei weitere Funktionäre sowie der Pastor Modraw unter viel Beifall. Als einziger Redner wurde der 1. Sekretär der KL/FDJ während seiner Rede ausgepiffen. Das Angebot, den Dialog im Kulturraum des TBK weiterzuführen, wurde von ca. 500 Teilnehmern angenommen und diese Zusammenkunft dauerte bis 20.10 Uhr. Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störungen.

- Gegen 17.15 Uhr versammelten sich ca. 40 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 18 Jahren am Gemeinderaum der ev. Kirche in Demmin. Von der Gruppe gingen keinerlei Aktivitäten aus. Gegen 18.20 Uhr löste sich die Gruppierung auf und die Jugendlichen verließen das Kirchengrundstück in verschiedenen Richtungen.
- In Malchin fanden sich gegen 16.10 Uhr ca. 80-100 Personen - vorwiegend medizinisches Personal, Lehrer und der Künstler Günter Kaden aus Wendischhagen - ein mit der Forderung zum Dialog. Diesem Dialog wurde stattgegeben. Er fand um 16.30 Uhr im Rathaussaal statt und verlief ohne Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Über inhaltliche Fragen kann noch keine Auskunft gegeben werden.

[...]

- In der Gemeinde Potzlow im Kreis Prenzlau läuteten um 19.00 Uhr die Kirchenglocken. Danach erschienen ca. 30-35 Personen zwischen 14 und 50 Jahren auf der Straße und riefen:
„...Freiheit, Potzlower, zieht euch an, kommt raus...“
Sofortmaßnahmen durch den Rat des Kreises bewirkten eine friedliche Beendigung der Demonstration. Die Forderungen bestanden in zwei Problemen:
 - Ablösung der Bürgermeisterin, da diese Alkoholikerin ist
 - Endlich Wiedereröffnung der Gaststätte.

Die Bürger wurden zu der am Donnerstag stattfindenden Gemeinderatssitzung eingeladen, zur Beratung dieser Probleme.

- Das Ehepaar K[...], Harald und Kathleen wurden durch den Ltr. KDfS auf frischer Tat in Strasburg gestellt beim Anbringen von Schriften zur Durchsetzung von Forderungen. Mit Schreibmaschine gefertigte Zettel wurden an öffentliche Gebäude angeklebt.
 - Konsum-Kaufhalle am Hotel
 - Kaufhaus Kontakt
 - Deutsche Post
 - Sparkasse
 - Kino
 - Kirche
 - Busbahnhof
 - Heinrich-Heine-Straße

Aufruf der Bürger zum Umzug am 28.10.1989, 10.00 Uhr auf dem Marktplatz.

Motto: Veränderungen jetzt - nicht irgendwann

Reisegesetz jetzt - nicht irgendwann

Maßnahmen: Zettel beseitigt. Weitere Maßnahmen im ZW mit KDfS.

- In Lychen im Kreis Templin kam es gegen 19.00 Uhr zu einer Demonstration von ca. 50 Bürgern. Sie verlief als Schweigemarsch mit Fackeln, ohne Rufe, Losungen und Sprechchöre. Eine Zielstellung war nicht zu erkennen. Beim Pfarrer wurde um Einlaß in die Kirche ersucht, die er auch gewährte. Der stellv. Bürgermeister (CDU) stellte sich dem Dialog, der inzwischen auf 100 Personen angewachsenen Menschenansammlung.
Gesprächsinhalt waren:
 - Versorgungsengpässe
 - Wohnungsprobleme

- Anfechtung der Wahlergebnisse vom Mai 1989.
50 Personen wurden personifiziert. Davon 3 Stadtverordnete, 1 Kreis-
tagsabgeordneter und 2 Mitarbeiter des Rates der Stadt Lychen. Ein Bür-
ger aus Berlin, der auch Fragen zum Wahlergebnis stellte, konnte noch
nicht namhaft gemacht werden.
- Erst am 24.10.89 wurde bekannt, daß sich am 23.10.89 vor der Stadt-
kirche in Malchow eine Gruppe von ca. 50-60 Bürgern zusammenge-
funden hatte und vom Pastor Beckmann Einlaß in die Kirche forderten.
Dieser schloß die Kirche nicht auf und forderte die Demonstranten zur
Ruhe und Ordnung auf. Eine namentlich unbekannte Person, die sich
als Vertreter des „Neuen Forum“ Waren ausgab, sprach zu den Ver-
sammelten vor der Kirche. Inhalt:
 - Sie wollen den Sozialismus nicht angreifen
 - Sie seien für den Sozialismus
 - Sie wollen nur über Probleme sprechen und den Bürgermeister bitten,
ihnen dazu einen Raum zur Verfügung zu stellen.
 Der Bürger K[...] forderte die Versammelten zu einem Schweigemarsch
auf, dem jedoch keiner Folge leistete. Die öffentliche Ordnung und
Sicherheit wurde nicht gestört.
- Um 19.30 Uhr begann in der Turnhalle der Friedrich-Detloff-Ober-
schule* ein durch den Kulturbund einberufenes öffentliches Forum. 350
Personen nahmen daran teil. Eingeladen dazu waren Vertreter des
„Neuen Forum“, Vertreter des Partei- und Staatsapparates nahmen dar-
an teil. Inhaltliche Fragen sind bisher nicht bekannt geworden.

[...]

4. Bekanntgewordene, vorgesehene Veranstaltungen

- Veranstaltung in der Johanneskirche in Neubrandenburg mit an-
schließender Demonstration und Kundgebung auf dem Karl-Marx-
Platz (Maßnahmen sind vorbereitet).
- Weiterführung des begonnenen Dialogs in Anklam am 25.10.89,
19.00 Uhr und am 28.10.89, 10.00 Uhr im Volkshaus.
- Friedensgebet am 25.10.89, 19.30 Uhr in der Stadtkirche Neustrelitz.
Anschließend Schweigemarsch zur katholischen Kirche.

* *In Waren/Müritz [d. Hg.].*

- Dialogveranstaltung am 26.10.89, 19.00 Uhr im Kreiskulturhaus Neustrelitz. Einladung durch Kreisausschuß NF.
- In der Gemeinde Hohen Güstrow will der Bürger M[...] auf Grund der Kritik der Sachsen, daß sich im Norden nichts tut, eine Demonstration im Saal der Gemeinde durchführen. Dafür Bauernstube zur Verfügung gestellt und an LPG-Vorstand verwiesen. Weiteres nicht bekannt.
- Weiterführung des Dialogs in Lychen, Krs. Templin am 25.10.89. Dazu bereits Festlegungen durch den 1. Sekretär der KL/SED getroffen.
- Am 29.10.89 im Rahmen des Gottesdienstes eine Zusammenkunft von Bürgern in bzw. vor der Kirche in Ueckermünde.
- Am 25.10.89 will der Pastor der ev. Marktkirche in Penzlin, Krs. Waren um 19.30 Uhr einen Fürbittgottesdienst mit anschließendem Marsch zum Bahnhofplatz durchführen. Informationspflichten sind seitens des VPKA erfüllt.
- Am 25.10.89, 19.30 Uhr Veranstaltung in der Kirche in Loitz, Teilnehmerzahl unbekannt.

Eingeleitete Umgruppierung von Kräften

- Der Hydromil ist seit 04.00 Uhr im Objekt 2 stationiert und einsatzbereit.
- Die zwei Kompanien der 14. VPB verlegen zugweise auf unterschiedlichen Marschstraßen in die befohlenen Unterbringungsobjekte. Eintreffen der ersten Züge zwischen 08.15 Uhr und 08.20 Uhr. Abschluß der Verlegung 09.00 Uhr.
- Die Ablösung der kommandierten Kräfte in den VPKÄ Pasewalk und Ueckermünde erfolgt bis 09.00 Uhr.
- Die Herstellung der Einsatzbereitschaft der 2 Einsatzzüge der BDVP erfolgt wie befohlen.

[...]

B.
Oberstltn. d. VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 26.10.1989

L a g e b e r i c h t (Stand 26.10.1989, 06.00 Uhr)

Im Berichtszeitraum war im gesamten Territorium des Bezirkes die öffentliche Ordnung und Sicherheit ununterbrochen gewährleistet.

Straftaten und Vorkommnisse gefährdeten nicht die Sicherheit des Staates. Die befohlenen Maßnahmen zur Beherrschung der komplizierter gewordenen Situation wurden in den Dienststellen und Einheiten durchgesetzt.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf die

- zielstrebige Aufklärung von Aktivitäten feindlich bzw. negativ eingestellter Personen/Personengruppen,
- Kontrolle und Überwachung von Veranstaltungen der Kirche,
- wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze zur VR Polen.

Die Lage im Bezirk wird durch folgende Erscheinungen und Aktivitäten in der Öffentlichkeit charakterisiert:

1. Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR

- 3 Versuche des Angriffs auf die Staatsgrenze zur VR Polen mit 5 Personen und 1 Vollendung mit 1 Person. Die Bürger kamen insbesondere aus dem Bezirk Schwerin.
- In 3 Fällen wurden Reisen in die Ungarische Republik zum Verlassen der DDR in die BRD ausgenutzt. Daran waren 7 Bürger beteiligt, davon 3 Kinder. Unter anderem waren das ein Zahnarzt vom Krankenhaus Malchow und ein Facharzt für Anästhesie vom Kreis-krankenhaus Waren.

2. Eine weitere Zunahme von Demonstrativhandlungen durch Kirche und Bevölkerung ist erkennbar.

Das wird deutlich durch:

- Am 25.10.1989, 17.00 Uhr begann in der Johanneskirche in Neubrandenburg das „Friedensgebet“ für ca. 1 000 Teilnehmer in der Kirche und 4 000 Teilnehmer im unmittelbaren Bereich vor der Kirche. Um 17.35 Uhr begann der Demonstrationenzug in Richtung Bahnhof über den Ring und die Große Wollweber Straße zum Karl-Marx-Platz. Im Marschblock wurde ein Bild des Generalsekretärs des ZK der KPdSU sowie Transparente und Plakate mit folgendem Inhalt mitgeführt:

- „Wir sind kein Eigentum des Staates“
- „Freie Wahlen - Neues Forum“
- „Freies Wahlrecht“
- „Aus alten Fehlern nicht gelernt“
- „Amtshäufung - Machtmißbrauch“
- „Pluralismus statt Machtmonopol“
- „Jetzt oder nie gegen Ämterhäufung - ungarische Demokratie“
- „Einmischung in Innere Angelegenheiten, freie Wahlen, Reisefreiheit“
- „Leistungsprinzip - gutes Geld für gute Arbeit“
- „Presse-, Reise-, Meinungsfreiheit - Neues Forum“

Am Forum auf dem Karl-Marx-Platz nahmen ca. 20 000 Personen teil. Während der gehaltenen Reden gab es teilweise Pfiffe und Zurufe gegen gewählte Abgeordnete, für das „Neue Forum“, für Presse- und Meinungsfreiheit.

- 19.30 Uhr bis 21.50 Uhr Veranstaltung in der Stadtkirche Neustrelitz mit anschließendem Marsch durch die Stadt.

ca. 1500 Teilnehmer

Eröffnung durch Vertreter Kirche „Friedensgebet“.

Aufruf zur Sachlichkeit in Diskussionen.

2 Redner vom Theater forderten zur Demonstration am 19.11. auf. Bürger sollten keine Angst haben, weil Sicherheitskräfte jetzt nicht eingreifen, zum Mitführen von Plakaten wurde aufgefordert.

Ein Bürger christlichen Glaubens forderte Abschaffung Partei. Ein Umweltschützer forderte Abschaffung des Flugbetriebes wegen Verunreinigung der Luft. Ein Arzt bekannte sich zum Mitbegründer des „Neuen Forum“.

Ein Teilnehmer wies auf das Anwachsen der Demonstration in Neubrandenburg von 200 auf 20 000 hin und schlußfolgerte, daß das auch in Neustrelitz möglich sei.

Verlesung einer Resolution an Staatsrat, 1. Sekretär BL/SED und Vorsitzender Rat des Kreises mit Inhalt zur Zulassung oppositioneller Gruppen, wie „Neues Forum“ und „SDP“, Abschaffung der Wehrpflicht, Reduzierung der Armee und Polizei, sowie diverse kommunale Probleme mit gezielten provozierenden Fragen.

- In Strasburg fand ein Abendgottesdienst mit 250 Personen statt. Dabei wurden Wohnungsfragen und Reisemöglichkeiten angesprochen.
- Um 19.00 Uhr fand im Volkshaus Anklam eine Dialogveranstaltung unter Teilnahme des 1. Sekretärs der KL der SED, des Vorsitzenden des Rates des Kreises und des Bürgermeisters statt.
Teilnehmer ca. 700 Personen.
Für den 26.10.1989, 10.00 Uhr wurde ein weiteres Dialog-Gespräch im Rat der Stadt vereinbart. Der Leiter des Knabenchores Anklam forderte vor dem Volkshaus zur Teilnahme an einer Veranstaltung in der Marienkirche am 26.10.1989, 19.30 Uhr auf als Fortsetzung des Dialoggespräches.
- Am Bürgerforum im Kreis Kulturhaus Prenzlau beteiligten sich ca. 400 Personen. Geführte Diskussionen beinhalteten u.a. Abschaffung Führungsrolle der Partei, Zulassung oppositioneller Gruppen wie „Neues Forum“, Abschaffung der Wehrpflicht, Reduzierung der Armee und Polizei sowie kommunale Probleme mit provozierenden Fragen.
- Die in Loitz, Kreis Demmin, in der Kirche St. Marien durchgeführte Veranstaltung deklariert als Friedensgebet hatte ausschließlich kirchlichen Charakter. Es wurden Kirchenlieder gesungen und Gebete verrichtet.
- Auch der in Penzlin in der Magdkirche Fürbittgottesdienst wurde durchgeführt mit ausschließlich kirchlichem Charakter. Ein vorgesehener Marsch zum Bahnhofsvorplatz fand nicht statt.

- Bürgerforum im RWN-Werkrestaurant in Teterow mit ca. 500 Besuchern unter Leitung des Rates der Stadt Teterow. Die Diskussionen beinhalteten: unzureichende Ergebnisse in Wohnungs- und Versorgungsfragen, Parteiarbeiter in die Produktion.
- Für den 26.10.1989, 19.00 Uhr wurde eine Veranstaltung in der evangelischen Kirche angekündigt.

Bei den im Bezirk durchgeführten Veranstaltungen gab es keine Ausschreitungen.

Ein Einschreiten der DVP war nicht erforderlich. Die verkehrsorganisatorischen Maßnahmen wurden bei allen Veranstaltungen mit Demonstrationen im erforderlichen Umfang durchgeführt.

[...]

4. Bekanntgewordene, vorgesehene Veranstaltungen

- In der Veranstaltung am 25.10.1989 im Volkshaus Anklam wurde eine Weiterführung des Dialogs für den 26.10.1989, 10.00 Uhr im Rat der Stadt vereinbart. Kirche verlangte eine weitere Veranstaltung am 26.10.1989, 19.30 Uhr, in der Marienkirche.
- Auf dem Bürgerforum im RWN-Restaurant Teterow wurde eine Veranstaltung am 26.10.1989, 19.00 Uhr, in der evangelischen Kirche angekündigt.
- Dialogveranstaltung am 26.10.1989, 19.00 Uhr, im Kreiskulturhaus Neustrelitz, Einladung durch Kreisausschuß der NF.
- Am 29.10.1989 im Rahmen des Gottesdienstes eine Zusammenkunft von Bürgern in bzw. vor der Kirche in Ueckermünde.
- Am 26.10.1989, 20.00 Uhr, Nikolaikirche Röbel, Versammlung für Demokratische Erneuerung, 1. Sekretär KL/SED und Vorsitzender des Rates des Kreises nehmen teil,
Veranstalter: Dr. Seite, Tierarzt Walow
Sander, Ingenieur Wieddkuhl
Dr. Timm, Pastor Röbel

-
- am 27.10.1989, 19.30 - 21.00 Uhr, Klein-Fredenwalde, Biblische Unterweisung, Veranstalter: evangelische freikirchliche Gemeinde Tempelin
 - am 27.10.1989, 19.00 bis 22.00 Uhr, Rutskow, Gaststätte, Kreis Anklam, Erfahrungsaustausch Kirchenvertreter
 - Vertreter der Kirche rief in Neustrelitz während der Veranstaltung in der Kirche zu einer Demonstration am 26.10.1989, 17.00 Uhr auf
 - Theaterschaffende aus Neustrelitz riefen während der Veranstaltung in der Kirche zu einer Demonstration am 19.11.1989 auf.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel wurden durchgehend gewährleistet.
Die operativen und Führungskräfte zeigten eine hohe Einsatzbereitschaft.
Die politisch-ideologische Arbeit wurde zielstrebig fortgesetzt.

L.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 27.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand: 27.10.1989, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war auf dem Territorium des Bezirkes die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet.

Insbesondere waren die Anstrengungen gerichtet auf:

- die Aufklärung und Überwachung der Aktivitäten feindlich bzw. negativ eingestellter Personen und Veranstaltungen der Kirche,
- die Sicherung von Veranstaltungen zur Fortführung des Dialogprozesses
- sowie die wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze zur VR Polen.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

1. Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR

- 3 Versuche des ungesetzlichen Grenzübertritts zur VRP mit 3 Personen sowie einer Vollendung mit 1 Person (Richtung VRP - DDR). Person konnte nicht gestellt werden,
- in 3 Fällen wurden Reisen in die Ungarische Republik bzw. die BRD ausgenutzt (insgesamt 11 Personen),
- in einem Fall erfolgte die nichtfristgemäße Rückkehr von einer Privatreise in die BRD.

2. Kirchliche Veranstaltungen

Insgesamt 4 kirchliche Veranstaltungen (Anklam, Neustrelitz, Röbel und Teterow).

Daran beteiligten sich ca. 6500 Teilnehmer. Die Veranstaltungen in Neustrelitz und Röbel fanden außerhalb der Kirche statt und waren nicht genehmigt.

In Neustrelitz begann um 17.00 Uhr ein Schweigemarsch der evangelischen Kirche vom Rummelplatz an der Wilhelm-Külz-Straße in Richtung Strelitzer Straße zum Rathaus mit ca. 1200 Teilnehmern.

Brennende Kerzen wurden mitgeführt, sowie 6 Transparente und Losungen.

Inhalt:

- Ökologie statt totale Ökonomie
- rechtliche Grundlage für Neues Forum
- freie Wahlen
- Reformen zum Wohle der Bürger
- Stasi in die Produktion

Bis zum Marktplatz war die Anzahl der Teilnehmer auf ca. 3400 gewachsen. Es erfolgte eine symbolische Resolutionsübergabe an den Bürgermeister, der im Anschluß zu den Bürgern sprach. Die F 96 am Marktplatz wurde nicht gesperrt.

Um 17.55 Uhr wurde die Veranstaltung ohne Vorkommnisse beendet.

Um 19.00 Uhr begann im Kreiskulturhaus in Neustrelitz die gemeldete Veranstaltung der Nationalen Front mit ca. 300 Teilnehmern.

Hauptinhalt (auch als Resolution übergeben) war:

- Pressefreiheit
- Wahlgesetzgebung
- Zulassung Neues Forum
- Versorgung der Bevölkerung
- Stadtobjekte Seewalde und Wilhelminenhof
- Wohnungen in Neustrelitz
- Aufforderung an 1. Sekretär der KL SED, sich für das Neue Forum einzusetzen, (wurde vom 1. Sekretär und ZK Mitglied Sakowski zugesichert)

Ende der Veranstaltung um 21.35 Uhr.

In Anklam wurde der um 10.00 Uhr im Rat des Kreises begonnene Dialog um 20.00 Uhr in der Marienkirche fortgesetzt. Teilnehmer ca. 400 Personen. 1. Sekretär der KL SED, Bürgermeister und weitere Mitglieder des Rates des Kreises und des Rates der Stadt befanden sich in der Kirche. Veranstalter sicherte, daß angetrunkenen Personen kein Zutritt gewährt wurde. Es fand eine sachliche Diskussion zu kommunalpolitischen Problemen statt, indem der Leiter des Theaters Anklam seine Forderung, wie bereits in einem Handzettel verbreitet, zur Errichtung eines Feierabendheimes wiederholte. Gegen 22.50 Uhr war die Veranstaltung ohne Vorkommnisse beendet.

Teilnehmer ca. 400 Personen.

In Röbel begann die Veranstaltung der Kirche um 19.52 Uhr auf dem Marktplatz (Teilnehmer ca. 2000 Personen). Sekretär KL SED nahm teil. Er sprach zu Problemen des Bauwesens im Kreis Röbel und schlug vor, den Dialog in Arbeitsgruppen fortzusetzen. In der Diskussion traten als weitere Sprecher Dr. Seiter, Pastor Thomas, die Ehefrau des Pastors Timm, Pastor Schäper sowie ein Herr Meier aus Wredenhagen auf (insgesamt 30 Bürger). Es durfte nur sprechen, wer sich namentlich vorstellte.

Inhalte:

- Augenzeugenberichte über Polizeieinsatz in Berlin
- Mißfallen über Wehrdienst, Wehrunterricht an Schulen, Zivilverteidigung und Kampfgruppen der Arbeiterklasse
- für Wehersatzdienst wie in VR Polen
- Versorgungs- und Wohnungsfragen
- Bürger Meier äußerte, daß er beim Reservistenwehrdienst in Prora wie der letzte Dreck behandelt wurde.

Der 1. Sekretär der KL SED und Personen mit progressiven Fragestellungen wurde teilweise durch Pfiffe und Sprechchöre unterbrochen. Zur Veranstaltung waren Personen mit 20 PKW sowie Zweiradfahrzeugen aus dem Kreis Wittstock angereist. 2 Züge der 14. VPB waren von 19.30 Uhr bis 23.00 Uhr zur Sicherung von Objekten in Röbel eingesetzt, Rückankunft der Züge in Neustrelitz am 27.10.1989, 0.15 Uhr. Das Zusammenwirken mit der BDVP Potsdam zur Einleitung notwendiger Kontrollmaßnahmen war ständig gewährleistet. Um 21.55 Uhr wurde die Veranstaltung ohne Vorkommnisse beendet. Bis 22.15 Uhr hatten die Teilnehmer den Marktplatz und die Umgebung verlassen. (Gegen Ende ca. 3000 Teilnehmer)

Die gemeldete Veranstaltung der Kirche in Teterow (Friedensgebet) verlief ohne Vorkommnisse in der Zeit von 19.00 Uhr bis 21.55 Uhr. Nach Eröffnung in der Kirche mit ca. 400 Teilnehmern wurden die Gespräche in 3 Gruppen in der Kreisleitung der SED, dem Kulturhaus und dem RWN Restaurant fortgesetzt.

Inhalte:

- Zulassung Neues Forum
- Kommunalpolitik
- Fragen der gegenwärtigen Gesellschaftspolitik

3. Rechtsverletzungen und andere Vorkommnisse

Um 20.41 Uhr erfolgte ein anonymes Anruf in der Kreisleitung der SED in Ueckermünde mit dem Wortlaut: „Dein Stall brennt bald, Du Socke!“ Einsatz FStW zur Kontrolle der Umgebung und weiterer Überwachung veranlaßt. Weitere Bearbeitung VPKA Ueckermünde.

[...]

Anbringen einer Schrift zwischen dem 25. und 26.10.1989 in Sanzkow, Kreis Demmin, „Reformen nicht / Egon nein“.
Überprüfung durch VPKA Demmin und Entfernung der Schrift.

[...]

Am 26.10.1989 um 10.00 Uhr traf der Vertreter der Ständigen Vertretung der BRD und ein Mitarbeiter im Hotel „Vier Tore“ ein. Aufenthalt bis 27.10.1989 geplant, bisher keine Aktivitäten bekannt. Besuch ist bei Zuständigen bekannt.

[...]

4. Bekanntgewordene, vorgesehene Veranstaltungen

- Aufruf zu einer Demonstration am 04.11.1989, 10.00 Uhr in Röbel vom Hafen zum Bahnhof,
- Eintreffen von ca. 50 Teilnehmern aus 15 Ländern (UNO-Friedenscamp) in Neubrandenburg am 27.10.1989, und Weiterfahrt nach Warenhof.

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie das Zusammenwirken mit den Bezirksführungsorganen und den Nachbarbezirken wurde durchgehend gewährleistet.

M.
Major der VP

Handschriftlicher Nachtrag:

PZ. - Zuführung 16jährige Bürgerin = Ankleben v. Zettel (03⁴⁵)

NBG - Aussage über Beratung WAB: 380 Teilnehmer - Saal überfüllt; Stoßrichtung gegen Partei; Wahlbetrug, Privilegien

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 28.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand: 28.10.1989, 06.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes war durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- die Aufklärung, Überwachung von Aktivitäten feindlich bzw. negativ eingestellter Personen und Veranstaltungen der Kirche;
- die Sicherung von Veranstaltungen zur Fortführung des Dialogprozesses.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

1. Angriffe gegen die Staatsgrenze der DDR durch
 - ungesetzliches Verlassen der DDR über die Ungarische Republik mit gültigen Reisedokumenten.

2. 8 Veranstaltungen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage und durch die Kirche, wie
 - Demmin
18.20 - 19.00 Uhr, 100 Personen
Nicht genehmigte Demonstration
2 Transparente
 - "Wir wollen Wohnungen, mehr Lohn, volle Geschäfte und Freiheit"
 - "Redefreiheit, Reisefreiheit und Dialog"

 - Neustrelitz/Feldberg
17.50 - 22.00 Uhr, 450 Teilnehmer
Friedensgebet in der Kirche mit anschließendem Schweigemarsch (ca. 1000 m)
Führten brennende Kerzen mit.
Nicht genehmigt.

- Teterow/Gnoien
17.00 - 20.10 Uhr, 100 Teilnehmer
Öffentliche Aussprache des Bürgermeisters im Rat der Stadt

- Fredenwalde/Templin
19.30 - 21.00 Uhr, 15 Teilnehmer
Biblische Unterweisung der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde.

- Milmersdorf/Templin
19.00 - 22.45 Uhr, 50 Teilnehmer
Friedensangebot der Kirche; Dialoggespräch zwischen Bürgermeister und Kirche im Kirchengebäude

- Penzlin/Waren
18.00 - 20.15 Uhr, 200 Personen
Dialogveranstaltung zwischen Bürgermeister und Kirche im Veteranenklub

- Malchow/Waren
19.30 - 20.55 Uhr, 300 Personen
Veranstaltung der Kirche mit anschließender Demonstration.
Führten Kerzen mit.
Nicht genehmigt.

- Waren
19.30 - 22.45 Uhr, 350 Teilnehmer
Dialoggespräch der LDPD im Kreiskulturhaus zum Thema
„Erneuerung und wie weiter, neues Forum, neues Denken“

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störungen bzw. Ausschreitungen. Verkehrsorganisatorische Maßnahmen wurden lagebezogen in erforderlichem Umfang durchgeführt.

[...]

4. Bekanntgewordene vorgesehene Veranstaltungen

- 28.10.89, 08.30 Uhr Dialoggespräch in der BPS Neubrandenburg
- 14.00 Uhr Gespräch im Haus des Handwerks Neubrandenburg
- 14.30 Uhr Öffentliches Gespräch im Rathaus Friedland

09.00 Uhr Dialogveranstaltung im Plenarsaal des Rates des
Kreises Strasburg

29.10.89, 08.00 Uhr Friedensgebet Marienkirche Ueckermünde mit
anschließendem Dialog im Ueckerpark

15.30 Uhr Friedensgebet in der Kirche Friedland

18.00 Uhr Friedensgebet in der katholischen Kirche Burg
Stargard

31.10.89, 19.00 Uhr Altentreptow MZE und KKH

Dialogveranstaltung mit 1. Sekretär der KL SED
(Sollte ursprünglich am 27.10.89 stattfinden.)

Des weiteren finden am 28.10.89

- die Eröffnung der Woche des sowjetischen Films sowie
 - 113 Tanz- und Discoververanstaltungen
 - 7 Preisskat
 - 4 größere Familienfeiern
 - 2 Bauernmärkte
- statt.

5. Informationen

- Kleben von Zetteln am 27.10.89, 03.00 Uhr in Prenzlau
Als Täter wurde S[...], A[...], [...], festgestellt.
 - Ist psychisch krank, war bereits im Spezialkinderheim,
wegen Krankheit gegenwärtig nicht dort
 - keine Straftat
 - Wurde von der Jugendhilfe Pasewalk zur weiteren Veranlassung
übernommen
- Information des VPKA Gransee zum Niederschlagen eines VP-
Angehörigen durch verummte Personen hat sich nicht bestätigt.
VP-Angehöriger hat sich unter Alkohol stehend selbst verletzt.
- Aus den Lageberichten der Kreise ging hervor, daß
 - in der MVA Medrow/Demmin bisher kein Gespräch durchge-
führt wurde und die geplante Veranstaltung mit dem Kreisvorsit-
zenden des FDGB und Mitgliedern der Kreisleitung der SED
ohne Begründung nicht stattfand;
 - im VEB Maschinenbauhandel Rostock BT Neubrandenburg bis-
her kein Gespräch stattfand.

6. Kontrolle und Anleitung

Zur Kontrolle der Durchsetzung der befohlenen Aufgaben und Maßnahmen wurden in den

VPKÄ Neustrelitz

Prenzlau

Templin

StVE Neustrelitz

Kontrollgruppeneinsätze durchgeführt.

Es wurde festgestellt, daß zielstrebig und mit der notwendigen Einsatzbereitschaft an der Umsetzung der Festlegungen gearbeitet wird.

In den VPKÄ Prenzlau und Templin gab es Meinungsäußerungen in den Richtungen,

- ob die Politschulung so wie bisher durchgeführt und
- ob die Maßnahmen in Bezug auf die Grenze noch notwendig sind;
- Privilegien leitender Kader;
- Reisegesetz und Werbung, Reisegesetz - Ehepartner
- Dynamozeitung kann abgeschafft werden, das Papier für andere Zeitungen;
- Warum konnte die Lage sich so entwickeln; wo war der Kontrollmechanismus der Partei?
- Verunsicherungen im Dienst - Verhalten, Bürgernähe.
- VPKA Prenzlau - 1 Angehöriger der F steht zur Entlassung wegen Bereicherung
- VPKA Templin - Ehepartner von 3 Angehörigen verließen Partei
- VPKA Neustrelitz -

FH (Arzt) gab Ausweis mit Begründung, nicht mehr bereit, DVP wegen Befugnisüberschreitungen zu unterstützen, ab.

Am 28.10.89 sind Kontrollen in weiteren 5 Dienststellen geplant.

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie das Zusammenwirken mit den bezirklichen Führungsorganen und Nachbarbezirken wurde durchgehend gewährleistet.

E.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, 29.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand 29.10.1989, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war auf dem Territorium des Bezirkes die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- die Sicherung von Veranstaltungen zur Fortführung des Dialogprozesses und anderer Veranstaltungen im Territorium,
- wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze zur VR Polen,
- zielstrebige Aufklärung von Aktivitäten feindlich bzw. negativ eingestellter Personen/Personengruppen.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

Androhung eines Gewaltaktes gegen die Kreisleitung der SED Ueckermünde (5 anonyme Anrufe).

Am 28.10.1989, 16.52 Uhr, erfolgte durch eine unbekannte männliche Person eine Androhung von Gewaltakten auf dem Apparat des Diensthabenden der Kreisleitung der SED Ueckermünde:

„Angsthase, du verbrennst heute, warte bis ich rüberkomme, denn wirst du Angst haben.“

Danach kamen folgende Anrufe:

20.15 Uhr: „Paß bloß auf, wenn ich rüberkomme!“

20.25 Uhr: im bayrischen Dialekt:

„Gruß aus Bayern von Schönhuber, der kommt morgen zur Demo“

21.35 Uhr: „In einer Stunde brennt in Altwigshagen die Strohmiete, Du rote Sau Du“

23.39 Uhr: „Nimm die Bullenschweine von der Straße oder die Tankstelle geht weg“

Maßnahmen:

- Verstärkte Innen- und Außensicherung der Kreisleitung der SED,
- Sicherung Strohmiete im Bereich Altwigshagen durch ABV und FH, gedeckte Beobachtung Tankstelle,
- Installation einer Fangeinrichtung des Fernmeldeamtes Pasewalk war um 04.45 Uhr noch nicht abgeschlossen
- Einsatzgruppe K im Einsatz
Bereitstellung von Kräften zum schnellen Einsatz bei möglicher Feststellung der Anrufstelle.

Verdacht der Brandstiftung in Röbel (Moped)

6 Veranstaltungen zur Fortführung des Dialogprozesses

- Neubrandenburg Bezirksparteischule
08.30 - 12.20 Uhr, Teilnehmer 200
- Strasburg, Plenarsaal Rat des Kreises
09.00 - 12.45 Uhr, Teilnehmer 300
- Neubrandenburg, Haus des Handwerks
14.30 - 18.45 Uhr, Teilnehmer 120
- Friedland, Rathaus
14.30 - 18.45 Uhr, Teilnehmer 80
- Demmin, Kultur- und Sporthalle
13.30 - 16.10 Uhr, Teilnehmer 170
- Malchow, Haus der Werktätigen
09.00 - 11.30 Uhr, Teilnehmer

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen standen solche Fragen, wie:

- Analysierung der Fehler vergangener Jahre,
- Ablösung von Leitern, die Fehler in der Arbeitsorganisation machten und Einsetzen fähiger Kader,
- noch ungenügende Medienpolitik,
- Probleme des Umweltschutzes,
- Lohnpolitik und Preise.

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Vorkommnisse.

[...]

Die am 28.10.1989 in VPKÄ Malchin, Röbel, Ueckermünde und Waren durchgeführten Kontrollen ergaben:

1. Der Inhalt und die Organisation der politisch-ideologischen Arbeit entsprechen den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage. Der politisch-moralische Zustand ist stabil.
Die Aufgaben werden mit hoher Einsatzbereitschaft gelöst.
2. Die Führung der Kräfte ist gewährleistet. Die erforderlichen Kontrollen werden durchgeführt.
3. Der Kräfteinsatz ist zweckmäßig.
4. Die Führungsdokumente gewährleisten die Erfüllung der Aufgaben.
5. Das DHS ist weisungsmäßig organisiert.

Bekanntgewordene vorgesehene Veranstaltungen:

29.10.89,	09.30 Uhr	Friedensgebet in der Marienkirche Ueckermünde mit anschließendem Marsch zum Ueckerpark
-----------	-----------	--

15.30 Uhr	Friedensgebet - Friedländer Kirche
18.00 Uhr	Friedensandacht in Katholischer Kirche Burg Stargard

Am 27.10.1989 konstituierte sich in Anklam eine Bürgerversammlung im Rathaus. Im Ergebnis wurden für die kommenden Tage folgende Dialogveranstaltungen festgelegt:

30.10.89, im Theater	19.30 Uhr	Jugend ohne Zukunft? Alter ohne Ende? Gesprächsleiter Wolfgang Bordel
01.11.89, Theater	19.30 Uhr	Sinnvolle Freizeit in Anklam und Umgebung Gesprächsleiter Wilfried Scheffler
06.11.89, Theater	19.30 Uhr	Demokratie - jetzt oder nie? Gesprächsleiter Michael Wassermann (Direktor Museum)
13.11.89, Theater	19.30 Uhr	Reisepaß kontra Massenflucht Gesprächsleiter Reiner Friedler (Bürgerinitiative)

Am 03.11.1989 erfolgt um 15.30 Uhr im Rathaus eine weitere Zusammenkunft der Bürgerversammlung, um neue Themen festzulegen.

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie das Zusammenwirken mit den bezirklichen Führungsorganen und Nachbarbezirken wurde durchgehend gewährleistet.

P.
Osl. d. VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, 29.10.1989

Information

Der Leiter des VPKA Templin und der Stellv. des Inneren beim Rat des Kreises Templin führten im Ergebnis der heutigen Sitzung des Sekretariats der Kreisleitung der SED in der Wohnung des Gemeindepfarrers, Herrn Reiner Steffen Schulz, im Beisein des Superintendenten, Herrn Schulz Ehrenberg, ein Gespräch.

Es wurde über ein gemeinsames beiderseitiges Handeln zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen gesprochen. Außerdem wurden Gespräche angeboten, die nach dem Friedensgebet am Montag, dem 30.10.1989, geführt werden sollen.

Während des geführten Gesprächs zeigten sich beide kirchliche Gesprächsteilnehmer den aufgeworfenen Problemen aufgeschlossen gegenüber.

Sie sind bereit, mit leitenden Persönlichkeiten des Kreises in Gespräche einzutreten.

Der Volkspolizei wurde der Dank für das umsichtige Handeln am vergangenen Montag ausgesprochen.

Die kirchlichen Vertreter äußerten ihr Mißfallen darüber, daß die Teilnehmer nach der Demonstration von ihren Betriebsleitern zur Stellungnahme aufgefordert wurden.

Der Leiter des VPKA Templin wurde gebeten, seinen Einfluß dahingehend auszuüben, daß nicht so viele Angehörige der Staatssicherheit die Demonstration begleiten.

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 30.10.1989

Lagebericht

Stand 30.10.1989, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war auf dem Territorium des Bezirkes die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet.

Die Anstrengungen waren insbesondere auf folgende Probleme gerichtet:

- die Aufklärung, Überwachung von Aktivitäten feindlicher bzw. negativ eingestellter Personen und Veranstaltungen der Kirche;
- die Sicherung von Veranstaltungen zur Fortführung des Dialogprozesses und anderer Veranstaltungen im Territorium;
- wirksame Sicherung der Tiefe der Staatsgrenze zur VR Polen.

Die Lage war gekennzeichnet durch

- 6 Veranstaltungen zur Fortsetzung des Dialogprozesses
 - Malchin, Rathaussaal
09.30 - 12.15 Uhr, ca. 120 Personen
 - Ueckermünde, Marienkirche
09.30 - 11.47 Uhr, ca. 1000 Personen
11.50 - 13.23 Uhr, Ueckerplatz, ca. 2000 Personen
Kommandierte Kräfte um 14.00 Uhr zurückgeführt.
 - Friedland, Kirche am Markt
15.30 - 17.06 Uhr, ca. 350 Personen, davon 100 Personen mit kurzzeitigem Marsch, dann Auflösung.
 - Burg Stargard, kat. Kirche (Kirchengelände)
18.00 - 19.20 Uhr, ca. 400 Personen
 - Malchow, Krs. Waren, in Gaststätte „Sandfeld“
15.00 - 18.00 Uhr, ca. 250 Personen, vom Rat der Stadt Malchow organisiert

- Waren, in Turnhalle der Fr.-Dethloff-Oberschule
19.00 - 22.00 Uhr, ca. 500 Personen,
vom Rat der Stadt Waren organisiert

Im Mittelpunkt der Veranstaltungen standen solche Meinungen und Fragen bzw. die Transparente hatten folgende Inhalte, wie:
siehe Anlage

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Vorkommnisse.

[...]

Gegen 18.45 Uhr wurden im Raum der Lokleitung im Bahnwerk Neustrelitz 2 Listen A 4 mit 70 Unterschriften durch den Polit. RBD Greifswald gefunden.

Inhalt:

- Abschaffung von Privilegien
- zur Rolle der Gewerkschaften
- Leistungsprinzip

In Abstimmung BVfS wird der Sachverhalt selbständig durch die RBD geklärt.

[...]

1 Angriff auf die Staatsgrenze am GZ 870 Raum Hintersee mit 4 Personen durch GT DDR, OSV durch DVP eingeleitet.

1 vollendeter Grenzübertritt mit 3 Personen, Festnahme durch poln. Organe, bisher nur Inf., Rückführung ist vorgesehen.

1 Angriff auf die Staatsgrenze Raum Schmagerow, 3 Personen, davon 1 weiblich, durch GT der DDR festgestellt und Zuführung zum VPKA.

2 männliche Personen wurden nach Befragung wieder entlassen, weibliche Person war abgängig aus Jugendwerkhof Moritzburg, Raum Dresden.
Rückführung wird am 30.10.1989 über Inneres geklärt.

Bekanntgewordene vorgesehene Veranstaltungen/Demonstrationen

- | | | |
|-------------|-----------|--|
| 30.10.1989, | 19.00 Uhr | Friedensgottesdienst in der ev. Kirche mit anschließender Prozession zur kath. Kirche in Malchin |
| | 18.00 Uhr | Friedensgebet in der ev. Kirche in Templin |
| | 19.00 Uhr | Demonstration in Lychen. |

Die am 29.10.1989 in den VPKÄ Altentreptow, Anklam, Demmin und Neubrandenburg durchgeführten Kontrollen ergaben:

1. Die politisch-ideologische Arbeit wird auf der Grundlage der gegebenen Orientierung unter Nutzung aller Möglichkeiten durchgeführt.
2. Im Personalbestand ist nach wie vor eine hohe Disziplin und Einsatzbereitschaft vorhanden. Das DHS ist stabil.
3. In den Dienststellen ist die Führung gewährleistet.
4. Die geforderten Dokumente sind vorhanden. Die Besetzung der Dienststellen entspricht der erteilten Weisung.

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie des Zusammenwirkens mit den bezirklichen Führungsorganen und Nachbarbezirken wurde durchgehend gewährleistet.

Schlußfolgerung:

Ich schlage vor, zur rechtzeitigen Erfassung der Dialogveranstaltungen bzw. vorgesehenen Demonstrationen, daß die Führungsgruppe der BDVP täglich bis 12.00 Uhr, an Sonn- und Feiertagen bis 07.30 Uhr, Kontakt zu allen VPKÄ aufnimmt.

R.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 31.10.1989

L a g e b e r i c h t

Stand: 31.10.1989 - 06,00 Uhr

Im Berichtszeitraum gab es keine Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes.

Demonstrativ-provokatorische Handlungen sind nicht aufgetreten.

Durchgeführte Dialogveranstaltungen verliefen ruhig und ohne Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Die in der „Freien Erde“ am 30.10.1989 veröffentlichte Teilnahme von 5.000 - 6.000 Teilnehmern am Gottesdienst und der anschließenden Demonstration zum Ueckerpark wurde von Mitarbeitern der Bezirkspresse der Partei geschätzt und ohne Abstimmung veröffentlicht. Nach nochmaliger Abstimmung mit der KL/SED und der KDfS wird vom Leiter VPKA die Teilnahme mit 2.000 - 3.000 angegeben.

Die in der Information vom 29.10.89 dargelegte Forderung einer Stellungnahme von Teilnehmern an der Demonstration in Lychen gegenüber den Betriebsleitern kann nicht bestätigt werden. Geführte Gespräche waren nicht mit der Abgabe von Stellungnahmen verbunden.

Die Hauptanstrengungen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit waren gerichtet auf:

- die frühzeitige Aufklärung geplanter, aber nicht genehmigter Veranstaltungen,
- Veranstaltungen durch die Kirche, insbesondere mit Auswirkungen auf die Öffentlichkeit,
- die Sicherung von Dialogveranstaltungen und Veranstaltungen anderer Art im Territorium,
- eine ständige Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Bezirk.

Geplante bzw. bekannt gewordene Veranstaltungen zur Fortsetzung der Dialogpolitik seitens der Partei und des Staatsapparates und der Kirche, bestimmten das Geschehen in den Kreisen des Bezirkes. 4 Veranstaltungen (Anklam, Malchin, Templin und Lychen) waren bereits aus vorangegangenen Lageberichten bekannt. 3 weitere Veranstaltungen in Demmin, Jarmen und Waren wurden als Ergänzung gemeldet. 1 Veranstaltung in Waren in der Skt.-Georgen-Kirche mit anschließender Demonstration und ca. 2.000 Teiln. wurde erst mit dem Lagebericht bekannt.

Die durchgeführten Veranstaltungen verliefen ruhig und ohne Auswirkungen auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Zunehmend stellen sich Funktionäre der Partei und des Staatsapparates den Fragen und Problemen der Bürger. Nach wie vor werden die Dialogangebote in geschlossenen Räumen angenommen, aber gleichzeitig die Durchführung in der Öffentlichkeit verlangt.

Konzentrationen der Bevölkerung gab es bei den Veranstaltungen in Malchin (800 - 1.000), in Templin (1.800) und Waren (2.000).

- Um 19,00 Uhr begann die Friedensandacht in ev. Kirche in Malchin. Nach Beendigung des Gottesdienstes um 20,10 Uhr formierte sich die Prozession in der Steinstraße und bewegte sich zur kat. Kirche. Ein Transparent mit der Aufschrift „Neues Forum“ wurde mitgeführt. Bezeichnend war, daß sich in dieser Prozession viele junge Menschen und auch Kinder befanden. Festgestellt wurde auch die Teilnahme einer großen Anzahl Bürger, die nicht in Malchin wohnen. Während des Marsches kam es zu keinerlei Äußerungen. Nach Erreichen der kat. Kirche löste sich die Prozession auf. Mitgeführte Kerzen wurden auf der Treppe beim Rat der Stadt abgelegt. Ab 21,05 Uhr gab es in der Stadt wieder den normalen Personenverkehr.
- Ca. 800 Personen nahmen an einem Friedensgebet in der Maria-Magdalenen-Kirche in Templin teil. Weitere 1.000 Personen vor der Kirche wurden über Lautsprecher vom Geschehen in der Kirche informiert. Im Anschluß an das Friedensgebet formierte sich der Demonstrationzug in Richtung der vorgesehenen Dialogräume. Diese waren vorbereitet in den Seebadlichtspielen, dem Rat der Stadt, dem FDGB-Kreisvorstand und dem Jugendklub der FDJ-Kreisleitung. In allen Dialogräumen, in denen sich die Repräsentanten des Kreises und der Stadt der Diskussion stellten, wurde ruhig und sachlich über Probleme diskutiert. In der Demonstration mitgeführte Transparente trugen Losungen, wie:

„Die Schorfheide darf kein Schilderwald sein“

„Kein Freiheitsentzug - sondern Wehrersatzdienst“

Diese u.a. Probleme der Kommunalpolitik waren auch Inhalt der Aussprachen.

- In Waren wurde in der Skt.-Georgen-Kirche ein Fürbittgottesdienst (19,00-19,50 Uhr) abgehalten. Im Anschluß daran begaben sich die Teilnehmer durch die Lange Straße zum Neuen Markt. In diesem Zug wurden Transparente mitgeführt, die die Zulassung des „Neuen Forums“ forderten. Aufgetreten als Redner sind der Bürgermeister der Stadt Waren, der Pastor Harder und ein Mitglied des „Neuen Forums“. Zum letzten gibt es widersprüchliche Aussagen. Die Prüfung ist eingeleitet und erfolgt in Zusammenarbeit mit der KDfS.

Bei weiteren Veranstaltungen lag die Teilnahme zwischen 25 und 300 Personen. Auswirkungen auf die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit traten nicht auf. Die Leiter der VPKÄ hatten ihre Kräfte verantwortungsbewußt auf die Erfüllung der Aufgaben eingestellt. Es kam zu keinen Zwischenfällen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Veranstaltung im Theater in Anklam unter Leitung des Intendanten. Sie stand unter der Losung:

„Jugend ohne Zukunft? - Alter ohne Ende?“

Weitere Veranstaltungen, die von der „Bürgerversammlung“ geplant und vorbereitet sind, finden bis zum 13.11.1989 statt. (Zusammensetzung der „Bürgerversammlung“ siehe Anlage)

- Die Veranstaltung im Theater Anklam begann um 19,30 Uhr und wurde um 21,45 Uhr beendet.
Die Diskussion verlief sehr sachlich. Redner wurden nicht durch Pfiffe unterbrochen. Besonderen Beifall gab es
 - wenn Vertreter des „Neuen Forums“ auftraten,
 - wenn Redner von der Reduzierung des Staatsapparates sprachen.

Dann wurden Forderungen erhoben

- zur Neuschaffung eines Altersheimes,

-
- zur Reduzierung im Ministerium für Staatssicherheit.
Dem Aufruf zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung wurde Folge geleistet.

 - Die Veranstaltungen in Demmin und Jarmen waren von den örtlichen Räten organisiert und waren von 200 bis 300 Personen besucht. Sachliche Diskussionen zur Kommunalpolitik waren bestimmend. (z.B. Wohnungsbau, Heizungsbau für die Schule u.a.) Es gab keine Angriffe gegen Funktionäre.

 - In einer planmäßigen Beratung der AG Handwerker und Gewerbetreibende im Kreiskulturhaus Waren, an der 25 Pers. teilnahmen, erfolgte eine Aussprache zur politischen Lage und zu arbeitsrechtlichen Erfordernissen.

 - Während einer Veranstaltung des Rates der Stadt Feldberg, an der 300 Bürger teilnahmen, forderte der Parteisekretär des Rates der Stadt, Heinrich, den Bürgermeister (Mandatsträger SED) zur Niederlegung seines Amtes auf. Hintergründe sind nicht bekannt. KL/SED ist informiert.

Im Zusammenhang mit geführten Gesprächen in der Stadt Malchow wurden kritische Äußerungen zum Ferienheim des MdI bekannt.

Inhaltlich geht es dabei um folgende Probleme:

- a) keine Privilegien für einzelne Personen und Einrichtungen, auch nicht für das FH Malchow.

- b) Der Strand ist wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der ursprüngliche Zustand sollte wieder hergestellt werden.

- c) Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Räumlichkeiten des FH auch durch Bürger der Stadt genutzt werden können (Kegelbahn).

Zu diesen Problemen liegen dem Bürgermeister 5 Eingaben vor. Die Absicht des Bürgermeisters, die geplante nächste Ratssitzung im FH Malchow durchzuführen, wurde vom Leiter des FH abgelehnt. Ein Schreiben des Bürgermeisters liegt auch bei der Abt. Bauwesen der BDVP vor.

Kennzeichnend für die Lage im Bezirk sind weiterhin Straftaten und Ordnungswidrigkeiten.

- Feststellung von Schmierereien an den Türen der Badeanstalt in Jatznick, Kr. Pasewalk.
Inhalt: „Wir fordern das Neue Forum“
„SED nein - SDP ja“
„Lieber ein halbes Deutschland ganz, als ein ganzes Deutschland halb“

Letztere Losung ist verbunden mit der Darstellung der Umriss des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Dabei wurden Teile der CSSR und der VRP eingeschlossen. Entscheidung - Zusammenwirken mit KdFS, keine Anzeige. Am 31.10.89 erfolgt nochmalige Wertung und Beurteilung durch Leiter Kriminalpolizei der BDVP.

- Verletzung der Staatsgrenze im Kr. Ueckermünde am GZ 886 vermutlich durch 2 Personen in Richtung VRP. Festgestellt durch GT/DDR. Verursacher unbekannt. Seitens der GT/VRP noch keine Meldung.
- 6 Verkehrsunfälle mit 5 Verletzten.

[...]

Hervorzuheben sind:

- VKU in Neubrandenburg mit geringem Sachschaden mit Beteiligung des Vizekonsuls des Generalkonsulats der UdSSR in Rostock.

[...]

- Sicherstellung einer Jagdwaffe von Angeh. der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR bei der unerlaubten Ausübung der Jagd im Militärjagdgebiet Densow. Sicherstellung erfolgte durch den Jagdleiter und Übergabe an die DVP. Tatortarbeit durchgeführt.

[...]

Vorgesehene, bekanntgewordene Veranstaltungen:

- Anklam 01.11.1989 - Dialogveranstaltung
Thema: Gemeinsam für Ruhe, Ordnung und Sicherheit
Gesprächspartner: Leiter VPKA und Leiter KDfS
Meldung erfolgte vom Stellv. für PA des Leiters des VPKA an die Polit.
Abteilung der BDVP.
- Pasewalk 01.11.1989 - 19,00 Uhr
Friedensgottesdienst mit anschl. Demonstration und Meeting auf dem
Neuen Markt.
- Neustrelitz 03.11.1989 - 19,30 Uhr
Gespräch auf Einladung des Pfarrers der Stadt Mirow
Themen: „Demokratie jetzt oder nie“
„Keine Wende in Mecklenburg? Kein Bedarf?
Wollt Ihr das?“

Die zu den VPKÄ kommandierten Kräfte wurden ordnungsgemäß verabschiedet und in die Heimatdienststellen zurückgeführt.

Die Führung war durchgängig gewährleistet. Die Durchsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Amnestie sind vorbereitet und mit den örtlichen Organen abgestimmt. In den Bezirk werden von insgesamt 19 Amnestierten 4 entlassen.

R.
Oberstltn. d. VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 01.11.1989

L a g e b e r i c h t

Stand: 01.11.1989 - 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- eine ständige Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Bezirk;
- die frühzeitige Aufklärung geplanter, aber nicht genehmigter Veranstaltungen, insbesondere solcher, die von der Kirche ausgehen und Auswirkungen auf die Öffentlichkeit haben;
- die Sicherung von Veranstaltungen zur Weiterführung des Dialogprozesses und der öffentlichen Aussprache.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- 20 Veranstaltungen zur Fortsetzung der breiten öffentlichen Aussprache, davon 4 in Räumen der Kirche
 - Altentreptow
Veranstaltung der Kreisleitung der SED in der Mehrzweckeinrichtung
19.00 Uhr - 21.40 Uhr, 1 000 Teilnehmer
Inhaltliche Schwerpunkte:
 - Baugeschehen
 - Wohnungsfragen
 - Versorgungsprobleme
 - Anfragen zum nicht gebauten Heizkraftwerk
 - Demmin
Bürgergespräch zu Fragen der Jugendpolitik durch den Rat der Stadt
in der Kultur- und Sporthalle
17.00 Uhr - 19.20 Uhr, 80 Teilnehmer

- mehr Demokratie in den Volksvertretungen
 - wohnen und bauen in der Kreisstadt
 - ökologische Probleme des Kreises
 - Handel und Dienstleistungen
 - Kunst und Kultur
 - Volksbildung
 - Jugendarbeit
 - Aktivierung der Jugend- und Gewerkschaftsarbeit
- 19.30 Uhr - 22.45 Uhr mit insgesamt 700 Teilnehmern
-
- Wesenberg/Neustrelitz
- Gottesdienst/Rundtischgespräch mit dem Bürgermeister in der evangelischen Kirche (ohne Demonstration)
- 19.30 Uhr - 22.15 Uhr, 400 Teilnehmer
-
- Gebetsstunde im Bornim-Heim Neustrelitz (kirchliche Einrichtung)
- 19.00 Uhr - 21.00 Uhr, 30 Teilnehmer
-
- Strasburg
- Forum der Jugend im Plenarsaal des Rates des Kreises
- 19.00 Uhr - 21.30 Uhr, 50 Teilnehmer
-
- Templin
- Klubgespräch zu Gegenwartsfragen in der Aula der Pädagogischen Fachschule
- 19.30 Uhr - 22.40 Uhr, 450 Teilnehmer
- Inhaltliche Schwerpunkte:
- führende Rolle der SED muß weg
 - Opposition zulassen
 - Forderungen Staasi weg
 - Umweltschutz
-
- Gnoien/Teterow
- Klubgespräch im Kulturhaus
- 20.00 Uhr - 23.15 Uhr, 500 Teilnehmer
- Inhaltliche Schwerpunkte:
- Probleme, die die Einwohner gegenwärtig bewegen
 - Kritik an Versorgungsfragen
 - “ Praktiken staatlicher Leiter
 - “ gegen Privilegienwirtschaft

evangelische Kirche
Reformationsgottesdienst
19.00 Uhr - 20.45 Uhr, 50 Teilnehmer

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störungen und Ausschreitungen.

[...]

Die eingesetzten Kräfte erfüllten die gestellten Aufgaben diszipliniert und verantwortungsbewußt. Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet.

Für den 01.11.1989 wurden bisher 10 Veranstaltungen in 8 Kreisen zur Weiterführung der öffentlichen Aussprache bzw. der Kirche bekannt.

Schwerpunkte:

- Neubrandenburg - Johanneskirche
Friedensgebet mit anschließender Demonstration
Beginn 17.00 Uhr
- Neustrelitz - Stadtkirche
Friedensgebet, anschließende Demonstration
ist zu erwarten
Beginn 19.30 Uhr
- Pasewalk - Nikolaikirche
Friedensgottesdienst mit anschließender
Demonstration
Beginn 19.00 Uhr

P.
Oberstltn. der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 02.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 01.11.89, 07.00 Uhr bis 02.11.89, 06.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war im Berichtszeitraum die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet. Die befohlenen lagebezogenen Aufgaben und Maßnahmen wurden weiter realisiert. Die durchgeführten Dialogveranstaltungen und Veranstaltungen der Kirchen verliefen ohne Störungen.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf die

- frühzeitige Aufklärung von Veranstaltungen und Verdichtung von Auskunftsangaben,
- Sicherung von Dialogveranstaltungen und kirchlichen Veranstaltungen durch zweckmäßige operative Maßnahmen.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

19 Veranstaltungen zur Fortsetzung des Dialogprozesses in Kirchen und anderen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen.

4 kirchliche Veranstaltungen wurden in der Öffentlichkeit durchgeführt.

Schwerpunkte:

- **Neubrandenburg**, Johanniskirche

17.00 - 20.15 Uhr

Friedensgebet (5.000 Teiln.) mit anschließendem Marsch durch die Innenstadt und öffentlicher Aussprache auf dem Karl-Marx-Platz mit ca. 15.000 Teilnehmern;

Im Marschblock wurden 24 Transparente mit Inhalten, wie

„Taten statt Worte“

„Wahlgesetz und Reformen“

„Wir vertrauen der SED“

„Umweltschutz“

mitgeführt.

An dem Forum nahmen leitende Genossen der Bezirks- und Kreisparteiorganisation teil.

Während der Aussprache auf dem Karl-Marx-Platz ergriffen insgesamt 50 Redner das Wort.

Im Mittelpunkt standen Fragen, wie

- Demokratie
 - Leistungsprinzip
 - Zulassung „Neues Forum“
 - Wehrdienst
 - kommunale Belange des Territoriums.
- **Neustrelitz**, evangelische Kirche
19.30 - 21.50 Uhr (Teilnehmer 3.000)
Friedensgebet mit anschließendem Marsch durch die Stadt bis katholischen Kirche.
Während des Marsches wurde eine Vielzahl von Kerzen sowie ein Transparent (kein Führungsanspruch für SED - weg mit den Privilegien) mitgeführt. Eine öffentliche Diskussion erfolgte nicht.
 - **Pasewalk**, Sankt Nikolaikirche
19.00 - 22.13 Uhr (Teilnehmer 2.500)
Friedensgebet mit anschließendem Marsch zum Neuen Markt und öffentlicher Aussprache.
Im Demonstrationzug wurde ein Transparent (Wir fordern freie Wahlen) mitgeführt.
In der Aussprache standen vorwiegend kommunale Probleme (Wohnungen) sowie Fragen des Wehrdienstes im Mittelpunkt.
An der Aussprache beteiligten sich der 1. Sekr. KL-SED, Vors. des Rates des Kreises und die Bürgermeisterin der Stadt Pasewalk.
 - **Penzlin**, Krs. Waren
19.00 - 21.45 Uhr Gottesdienst mit anschließendem Marsch zum Haus des LPG-Vorsitzenden K[...] B[...]. Vor seinem Haus wurden 70-100 Kerzen abgestellt und die Forderung erhoben, daß er seine angebliche Äußerung, die sich nach Meinung der Teilnehmer gegen den Dialog richtet, zurück nimmt.

Bei allen Veranstaltungen wurde die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet und taktisch richtig gehandelt.

[...]

Auf den Hauptverkehrswegen (Straße/Schiene) des Territoriums wurde eine hohe Flüssigkeit gesichert.

Verkehrseinschränkende Maßnahmen im Zusammenhang mit den Mär-
schen / Demonstrationen hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf den
störungsfreien Verkehrsablauf.

Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Die
rechtzeitig eingeleiteten operativen Maßnahmen zur Aufklärung von Ver-
anstaltungen, Sicherung der Tiefe und Maßnahmen der Verkehrsorganisa-
tion sowie die Maßnahmen zur wirksamen Sicherung der Dienststellen er-
wiesen sich als zweckmäßig.

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienstseinheiten des MfS war
durchgehend gewährleistet.

Ausgehend von den Veranstaltungsmeldungen der nachgeordneten Dienst-
stellen für den Zeitraum vom 01.11. bis 07.11.89 wurden

- 2 Dialogveranstaltungen
 - Demmin 02.11.1989
 - Waren 03.11.89
- 1 Demonstration
 - Röbel 04.11.89
- 2 kirchliche Veranstaltungen
 - Prenzlau 05.11.89
 - Templin, Alt-Temmen 05.11.89
- 50 öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

gemeldet.

Ausgehend von den gewonnenen Erfahrungen sind im Rahmen der Arbeit
der Führungsgruppe die weitere Verdichtung der Veranstaltungen und
Auskunftsangaben zu realisieren.

Es ist verstärkt darauf Einfluß zu nehmen, daß Termine und Meldungen
sowie inhaltliche Schwerpunkte zu bedeutsamen Veranstaltungen aktiv
unter Kontrolle gehalten werden.

W.
Oberstleutnant der VP

Chiffriert**Kdr. der 14. VPB**

Neustrelitz

03.11.1989

Einsatz von Einheiten

Aus dem Bestand der 14. VPB ist eine Einsatzkompanie am 04.11.1989 in den Raum Berlin zu verlegen.

Diese Einheit wird als Reserve des Ministers des Innern und Chefs der DVP zur Sicherung des MdI als Dienststelle eingesetzt.

[...]

BDVP Neubrandenburg

- Der Chef -

Kahmann

Generalmajor

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 03.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 02.11.1989, 07.00 bis 03.11.1989, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes Neubrandenburg durchgehend gewährleistet. Die durchgeführten Dialogveranstaltungen verliefen ohne Störungen.

Die Hauptanstrengung der vorbeugenden operativen Tätigkeit war insbesondere gerichtet auf die

- frühzeitige Aufklärung und Überwachung von Aktivitäten feindlicher bzw. negativ eingestellter Personen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen;
- ständige Verdichtung der vorliegenden Auskunftsangaben zur Veranstaltungstätigkeit;
- Sicherung der Dialogveranstaltungen und anderer Veranstaltungen im Territorium;
- ständige Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Bezirk.

Die Lage im Bezirk war gekennzeichnet durch:

- 8 Veranstaltungen der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen zur Fortsetzung des Dialogprozesses in öffentlichen Gebäuden, Einrichtungen und im Freien sowie
- die in der Kreisstadt Teterow durchgeführte Veranstaltung durch einen vorläufigen Sprecher des „Neuen Forums“.

Schwerpunkte stellten die Veranstaltungen in:

- **Waren** unter der Thematik „Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der Ökonomie und der staatlichen Jagdwirtschaften“ in der Zeit von 19.00 - 22.00 Uhr.

Diese Veranstaltung war durch den Rat des Kreises Waren vorbereitet und wurde im Kreiskulturhaus durchgeführt. Die Eröffnung wurde durch den Leiter der Zentralen Naturschutzlehrstätte „Müritzhof“ vorgenommen. Mit Abschluß der Veranstaltung war die Teilnehmerzahl auf 2 000 Personen angewachsen. Bei den Teilnehmern handelte es sich um Bürger des Kreises Waren, die insbesondere aus den Gemeinden, die an die Gebiete der staatlichen Jagdwirtschaft angrenzen, kamen.

Im Verlauf der Aussprache wurde ein Beschluß des Sekretariats der KL der SED Waren, der den Vorschlag zur Aufhebung der staatlichen Jagdwirtschaften an die Regierung der DDR zum Inhalt hatte, verlesen. Der Leiter der Naturschutzlehrstätte unterbreitete den Vorschlag, die Gebiete in einen Nationalpark umzuwandeln.

Im weiteren wurden durch namentlich unbekannte Personen Unterschriften für die Beseitigung der Staatsjagdgebiete und für das „Neue Forum“ gesammelt.

- **Malchin** als Rathausgespräch zu Fragen Handel und Versorgung, Dienst- und Reparaturleistungen, an der ca. 600 Personen teilnahmen. Auf Grund der hohen Teilnehmerzahl wurden die Veranstaltungen mit Beginn 19.00 Uhr von der Filmbühne auf den Marktplatz verlegt. Im Verlauf der Veranstaltung fiel die Lautsprecheranlage des Rates der Stadt aus. Zur Fortsetzung forderte der Bürgermeister und der Sekretär für Wirtschaftspolitik der Kreisleitung der SED den Einsatz eines Funkstreifenwagens der Volkspolizei. Die Forderung wurde zurückgewiesen. Um 20.50 Uhr wurde die Veranstaltung abgebrochen. Vorkommnisse traten nicht auf.
- **Burg Stargard** zu Problemen der Kommunalpolitik. An der durch den Bürgermeister geleiteten Veranstaltung in der Zeit von 19.00 - 21.20 Uhr nahmen ca. 800 Personen teil. Die Aussprache war insbesondere gekennzeichnet durch Fragen zum gesellschaftlichen Leben in der Stadt, zur Kommunalpolitik und zu persönlichen Belangen.
- **Demmin** zu Versorgungsfragen der Stadt Demmin. An der Aussprache nahmen die Ratsmitglieder für Handel und Versorgung des Rates des Kreises und der Stadt Demmin teil. Die Veranstaltung wurde um 22.30 Uhr beendet, die Teilnehmerzahl betrug ca. 200 Personen, vorwiegend Beschäftigte des Handels.

- **Teterow** auf dem Marktplatz mit anschließender Demonstration zum Platz des Friedens dar.

Durch den **P[...]** **F[...]**, Freischaffender Künstler, wurde am späten Nachmittag über Lautsprecher (PKW Wartburg 353 Tourist mit Dachgepäckträgern und aufmontierten Lautsprechern) zur Teilnahme an einer Kundgebung um 20.00 Uhr auf dem Marktplatz in der Kreisstadt sowie in angrenzenden Gemeinden aufgerufen. An der Kundgebung, die auf dem Markt begann, nahmen ca. 1000 Personen teil, die sich zuvor in und an der Kirche gesammelt hatten. Sie nahmen im Halbkreis auf dem Markt Aufstellung und durch einen namentlich unbekanntem Sprecher wurden aggressive Forderungen verlesen.

- Wir fordern die Zulassung von sozialistischen Oppositionsparteien!
- Wir wollen die Möglichkeit, Parteien frei zu wählen!
- Wir fordern die Zulassung des „Neuen Forums“!
- Ob der Sozialismus noch zu retten ist, wissen wir nicht, wir wissen nicht, wie weit sie sich runtergewirtschaftet haben!
- Man schenkt uns nichts, deshalb brauchen wir immer wieder Demos!

Unter Zurücklassung von brennenden Kerzen und unter Mitführung eines Transparentes mit der Aufschrift „Neues Forum“ begaben sich die Personen zum Platz des Friedens. Dort wurden die gleichen Forderungen wiederholt. Mit der Auflösung der Demonstration begaben sich die Teilnehmer zur KL der SED und stellten auf den Stufen brennende Kerzen ab. Während dieser Handlungen wurden keine Äußerungen der Teilnehmer wahrgenommen.

Weitere Aktivitäten von Vertretern des Neuen Forums gab es in der Gemeinde Gerswalde, Kreis Templin, Groß Plasten und Deven, Kreis Waren. In Gerswalde fand nach unbestätigten Angaben eine Gründungsveranstaltung im Gemeindekirchenraum statt.

In den Orten des Kreises Waren wurden Handzettel mit folgendem Inhalt geklebt:

- Demokratie für Wahlen
- Pressefreiheit
- Zulassung politischer Parteien
- Reisefreiheit
- Justizreform

Prüfungshandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

- Nach Abschluß des Lageberichtes an das MdI wurde aus Ueckermünde bekannt:

Eine durch die SED-Kreisleitung popularisierte Dialogveranstaltung im Kulturraum der Gießerei Ueckermünde mußte auf Grund der Teilnehmerzahl von 3 000 kurzfristig in den Ueckerpark verlegt werden (Beginn 19.38 Uhr).

Entgegen dem vorgesehenen Ablauf ergriff ein Herr **Joachim Brummund** als erster das Wort und stellte sich als Vertreter des Neubrandenburger „Neuen Forums“ vor. Er verlas Schwerpunkte der Konstituierung des Neuen Forums in Neubrandenburg am 01.11.1989. Dabei wurde ausgeführt, daß die Führungskräfte des Kreises (außer Ratsvorsitzender) nicht anerkannt werden. Es wurden personelle Veränderungen, die Veränderung des Artikels 1 der Verfassung sowie Aufgabe der Führungsrolle der SED (soll eine Partei von vielen werden) gefordert.

Im Anschluß kamen geplante Redner zu Wort. Die Ausführungen des 1. Sekretärs der Kreisleitung fanden wenig Resonanz.

Um 22.45 Uhr waren nur noch 200 Personen anwesend. Die Gespräche wurden ohne Vorkommnisse beendet.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Die Angehörigen und Zivilbeschäftigten erfüllten verantwortungsbewußt und mit hoher Einsatzbereitschaft die gestellten Aufgaben.

Aus den Lageberichten der nachgeordneten Dienststellen wurde bekannt, daß am

03.11.1989,	19.00 Uhr,	die öffentliche Veranstaltung im Pfarrhaus der Gemeinde Kasdorf,
08.11.1989,	19.30 Uhr,	Friedensgebet in der evangelischen Kirche Neustrelitz,
19.11.1989		große Demonstration in Neustrelitz

geplant sind.

R.
Oberstleutnant der VP

Anlage zu Stimmungen und Meinungen:

- Unter der Bevölkerung des Kreises Neustrelitz wird zur Zeit stark diskutiert, daß personelle Veränderungen unmittelbar in allen Ebenen notwendig sind.
- Im Kreis Prenzlau spielten in Meinungsäußerungen Probleme eine Rolle, wie:
 - Amnestie war notwendig und ist richtig.
 - Da in DDR-Medien noch nicht über alles informiert wird, ist das Westfernsehen weiter notwendig.
 - Der SED wurde die Führungsrolle entsagt.
- Durch den Rat des Kreises Waren wurden mit sofortiger Wirkung 8 Arbeitsgruppen gebildet, die in Dialoggesprächen die weitere Strategie zur Arbeit auf kommunalpolitischem Gebiet herausarbeiten sollen. Dazu sind in der Zeit vom 04.11.1989 bis 21.12.1989 36 Veranstaltungen geplant.
- FH der DVP **H[...]** **Z[...]** aus Holzendorf, Kr. Strasburg, sowie der Wehrleiter **G[...]** **S[...]** aus Groß Milzow, Kr. Strasburg, gaben ihr Parteidokument beim Parteisekretär ab. Grund: kein Vertrauen zur Partei.

In Groß Milzow forderten Mitglieder der GO des VEG den Parteisekretär auf, ein Schreiben an das ZK der SED zu senden mit der Aufforderung, über Verbleib und Verwendung von Beitragsgeldern (ca. 5 Mio Mark) zu berichten; bei Nichtbefolgung wollen sie ab Dezember 1989 keinen Parteibeitrag mehr entrichten.

Weitere bekanntgewordene Veranstaltungen (Ergänzung)

- | | | |
|----------|-----------|---|
| 04.11.89 | 10.00 Uhr | Dialogveranstaltung im Kulturraum des KfL <u>Anklam</u>
Thema: Nahrungsmittel, Produktion, Bedarf, Qualität
Leiter: Norbert Gehrke (Mitglied Bürgerkomitee und Vorsitzender des Kooperationsrates Anklam) |
| 04.11.89 | 10.00 Uhr | kirchliche Veranstaltung in <u>Röbel</u>
Demonstration vom Hafen zum Bahnhof |
| 04.11.89 | 16.00 Uhr | <u>Waren</u> , Rathaussaal
Thema: Stadtbauliche Entwicklung
Verantw.: Stadtbaudirektor Otto |
| 04.11.89 | 19.00 Uhr | <u>Malchow</u> , Filmpalast, LDPD |
| 04.11.89 | 09.00 Uhr | <u>Malchow</u> , Klubhaus, R.d.St. Malchow
Handelspolitik, verantw.: Stadtrat
Handel u. Versorgung |
| 05.11.89 | 09.30 Uhr | <u>Ueckermünde</u> , Marienkirche, Gottesdienst mit anschließendem Dialog im Ueckerpark |
| 05.11.89 | 08.00 Uhr | <u>Waren</u> , Kreiskulturhaus, Sekretariat der SED KL, interessierende Fragen der Mitglieder der SED |
| 05.11.89 | 19.00 Uhr | <u>Waren</u> , Turnhalle Feldstr.
Neues Forum |
| 06.11.89 | 19.30 Uhr | <u>Anklam</u> , Theater, Dialogveranstaltung
Bürgerversammlung
Thema: Demokratie - jetzt oder nie?
Gesprächsleiter: Michael Wassemann
(Direktor Museum) |

06.11.89	15.00 Uhr	Deutsche Reichsbahn, Kulturraum Einsatzstelle <u>Templin</u> , öffentl. Aussprache zu gegenwärtigen Fragen Teiln.: ca. 200 KL SED, R.d.Krs., R.d.Stadt, Polit. Abt. des Reichsbahnamtes <u>Neustrelitz</u>
06.11.89 jeden Montag	19.30 Uhr	<u>Ueckermünde</u> , Marienkirche - Friedensgebet
06.11.89	19.30 Uhr	<u>Waren</u> , HDW Rachowstr., ca. 30 Personen, Thema: Dienstleistung R.d. Krs. ÖVW - Ratzmann
06.11.89	19.30 Uhr	<u>Waren</u> , Kulturraum Gebäudewirtschaft kreisliches Bauen, Rat des Kreises Kreisbaudirektor Gen. Wandt, ca. 70 Personen
06.11.89	20.00 Uhr	<u>Waren</u> , Neuer Markt, Fürbittgottesdienst ev. Kirche
06.11.89	19.00 Uhr	<u>Malchow</u> , Klubhaus, Bau- und Stadtentwicklung, R. d. Stadt Gen. Schnurpfeil u. Kommission Bauwesen
06.11.89	19.00 Uhr	<u>Bocksee</u> , Einwohnerversammlung, Kommunalpolitische Fragen, R.d. Gemeinde Gen. Beiersdorf
06.11.89	14.00 Uhr	ZBO <u>Waren</u> , öffentl. erweiterte Parteiversammlung (Fragen zur Politik der Wende)
08.11.89	19.30 Uhr	<u>Penzlin</u> , Kirche, Fürbittgottesdienst mit Kerzenmarsch
09.11.89	19.00 Uhr	<u>Lupendorf</u> , R.d. Gemeinde, Einwohnervers.

ab 10.11.89 jeden Freitag während der „Friedensdekade“	19.30 Uhr	<u>Luckow</u> Kirche
ab 12.11.89 tägl. während „Friedensdekade“	19.30 Uhr	<u>Ferdinandshof</u> , Betsaal
ab 12.11.89 tägl. während „Friedensdekade“	19.00 Uhr	<u>Eggesin</u> , Kirche
13.11.89	19.30 Uhr	<u>Anklam</u> , Theater, Dialogveranstaltung Bürgerversammlung Thema: Reisepaß kontra Massenflucht Gesprächsleiter: Reiner Friedler (Bürgerinitiative)

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 04.11.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 03.11.89, 07.00 Uhr bis 04.11.89, 06.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes Neubrandenburg durchgehend gewährleistet. Bei allen durchgeführten Veranstaltungen wurden Störungen nicht zugelassen.

In den letzten Tagen war jedoch ein zunehmendes Engagement von Funktionären der KL der SED, der Räte der Kreise, Betriebsleitungen und Betriebskollektiven spürbar, um die Dialogveranstaltungen in den Betrieben/Einrichtungen sachkundiger und konstruktiver zu führen.

In der vorbeugenden operativen Tätigkeit war die Hauptanstrengung gerichtet auf:

- die frühzeitige Aufklärung und Überwachung von Aktivitäten feindlicher bzw. negativ eingestellter Personen im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen;
- die Sicherung der Dialogveranstaltungen und anderer Veranstaltungen im Territorium;
- ständige Verdichtung von Meldungen und Informationen und Gewährleistung der Auskunftsbereitschaft zur Veranstaltungstätigkeit und der allgemeinen polizeilichen Lage.

Die Lage im Bezirk war charakterisiert durch:

- 6 Veranstaltungen der staatlichen Organe, der SED, der gesellschaftlichen Organisationen sowie Betriebsleitungen zur Weiterführung des Dialogprozesses in öffentlichen Gebäuden, Betrieben und im Freien;
- 5 kirchliche Veranstaltungen, die der gegenwärtigen Situation in der DDR gewidmet waren;
- die Verteilung (Postkastenwurfsendung) von Flugblätter in der Nacht zum 03.11.89 in der Ortschaft Carpin, Krs. Neustrelitz. Die Flugblätter wurden über das Friedrich Wolf Theater Neustrelitz (Herr L[...]) an einen Bürger in Carpin (Herr St[...]) weitergeleitet. Herausgeber ist das Staatshausspielhaus Dresden. Inhalt - siehe Anlage bezieht sich auf Fragen in Richtung „Neues Forum“.

Schwerpunkte waren die Veranstaltungen:

- Altentreptow, VEB (K) Ausbau, Kulturraum, Aussprache der Werktätigen des Betriebes zur Entwicklung der Stadt und des Betriebes, Versorgungsfrage, warum Führungsanspruch durch die SED, Teilnahme des 2. Sekr. der KL der SED
16.30 - 18.50 Uhr, ca. 60 Personen
Veranstalter: VEB (K) Ausbau
- Altentreptow, VEB Käsewerk, Kulturraum, Aussprache der Werktätigen des Betriebes zu Hinweisen und Vorschlägen zur Veränderung der Situation des Betriebes, Ersatzteile, soziale Belange des Betriebes, Teilnahme des 1. Sekr. der KL der SED
16.15 - 19.15 Uhr, ca. 40 Personen
Veranstalter: VEB Käsewerk
- Malchin, Marktplatz, Rathausgespräch zu Fragen Handel und Versorgung, Dienstleistungen und Reparatur, Teilnahme R.d.St. Stellv. für Handel und Versorgung
19.00 - 21.10 Uhr, ca. 800 Personen
Veranstalter: Rat der Stadt
- Anklam, Rathaus, „Bürgerinitiative“, Zusammenstellung und Beratung von Themen für Dialoggespräche/Veranstaltungen
15.30 - 16.15 Uhr, ca. 30 Personen
Veranstalter: Rat der Stadt
- Anklam, Rathaus, „Bürgerinitiative“, Rathausgespräch zum Generalbebauungsplan Anklam
19.00 - 21.30 Uhr, ca. 130 Personen
Veranstalter: Rat der Stadt
- Waren, Filmpalast Malchow, öffentliche Mitgliederversammlung der LDPD
19.00 - 21.40 Uhr, ca. 430 Personen
Veranstalter: Ortsgruppe der LDPD
- ca. 70 Bürger der Gemeinden Gerswalde, Kagstedt, Flieth führten in Hassleben und Steglitz die Gründungsveranstaltung des Neuen Forum durch. Offizielle Beantragung beim Rat der Stadt ist nicht erfolgt. Weitere Ermittlungen werden durch KDfS geführt.

5 Veranstaltungen der Kirche

- Altentreptow, Pfarrhaus Kastorf, öffentliche Dialogrunde
19.00 - 21.45 Uhr, ca. 40 Personen
Veranstalter: Pfarrer Hesler, Dirk
- Neubrandenburg, Wohnung Fam. G[...], Schwedenstr. [...]
Hausbibelstunde
14.30 - 15.30 Uhr, ca. 8 Personen
Veranstalter: Pfarrer Zuther
- Neustrelitz, ev. Kirche Mirow, Friedensgebet, Demokratie jetzt oder
nie, keine Wende in Mecklenburg
19.30 - 21.45 Uhr, ca. 600 Personen
Veranstalter: Pfarrer der Stadt Mirow
- Strasburg, ev. Kirche Woldegk, Gottesdienst
19.00 - 21.45 Uhr, ca. 350 Personen
Veranstalter: ev. Kirche Woldegk
- Ueckermünde, ev. Kirche Torgelow, Friedensgottesdienst,
die gegenwärtige Situation in der DDR
19.00 - 20.45 Uhr, ca. 450 Personen
Veranstalter: ev. Kirche Torgelow

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel im Verantwortungsbereich war durchgehend gewährleistet.

Die eingesetzten Angehörigen und Zivilbeschäftigten erfüllten die gestellten Aufgaben verantwortungsbewußt.

Das Zusammenwirken mit den Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit, der BL der SED, der KL der SED sowie staatlichen Organen war durchgehend gewährleistet.

[...]

BDVP Neubrandenburg
Leiter der Dienstschrift

R.
Oberstltn. d. VP

- Anlagen:
1. Weitere bekanntgewordene Veranstaltungen
 2. Inhalt der Postwurfsendung in Carpin, Krs. Nsz.
 3. Hinweise zu Veranstaltungen/Meinungen

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 05.11.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 04.11.1989, 06.00 Uhr bis 05.11.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Bezirk durchgehend gewährleistet. Durchgeführte öffentliche Veranstaltungen verliefen ohne Störungen und Vorkommnisse.

Die Hauptanstrengungen waren auf die

- Aufklärung und Überwachung von Aktivitäten feindlich und negativ eingestellter Personen, besonders hinsichtlich der Anreise zur Demonstration am 04.11 1989 in Berlin und
- die Sicherung von Dialogveranstaltungen und anderen Veranstaltungen im Bezirk gerichtet.

Die Lage im Bezirk war wie folgt gekennzeichnet:

1. 5 Dialogveranstaltungen

- Neustrelitz, Mensa der Ingenieurschule für Bauwesen, öffentliche Kreistagssitzung, Diskussion zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.
Dabei besonders
 - Wohnungspolitik, Vergabe, Werterhaltung
 - Energie und Umwelt
 - Handel und Versorgung
 - Kultur
 - Ablösung des 2. Sekretärs der KL der SED und des Genossen Dust wurde gefordert
 - Bildung eines Kuratoriums zur Erhaltung der Stadtkirche
 - Abschaffung Wehrunterricht und Benotung im Staatsbürgerkundeunterricht
 - ABV sollte dem Rat der Gemeinde und die Schutzpolizei und die VK dem Kreistag unterstellt werden

08.25 - 12.10 Uhr, ca. 350 Personen

- Neubrandenburg, BPS, Stadtgespräch zu Fragen der Kommunalpolitik, Teilnahme des 1. Sekretärs der KL der SED und des Oberbürgermeisters
09.00 - 13.00 Uhr, ca. 120 Personen
Fortsetzung im Haus des Handwerks um 14.00 Uhr, ca. 80 Personen
Ende 17.00 Uhr

 - Anklam, Kreisbetrieb für Landtechnik
Thema: Nahrungsmittel, Produkte, Bedarf, Qualität
Bürgermeister nahm teil
10.00 - 11.50 Uhr, ca. 50 Personen

 - Waren, Rat der Stadt, Rathausaal, Probleme der Stadtentwicklung, Leitung Stadtbaudirektor
19.00 - 20.35 Uhr, ca. 50 Personen

 - Malchow, Rat der Stadt, Stadtrat für Handel und Versorgung, Probleme der Versorgung der Bevölkerung
09.00 - 11.00 Uhr, ca. 50 Personen
2. In Röbel fand eine Demonstration für „demokratische Erneuerung“ statt, zu der die Kirche und namentlich bekannte Personen aufgerufen hatten.
Zeitraum: 14.00 - 15.10 Uhr, ca. 2 000 Personen
60 Transparente
Inhalt: - Weg mit MfS, KG und GST
- gegen führende Rolle der SED
- für Umweltschutz
- Abschaffung Delikat- und Exquisitläden
- Verantwortliche, stellt Euch der Vertrauensfrage.

Ein Transparent mit letztgenannter Losung wurde von 3 Personen vor der SED-Kreisleitung abgestellt.

Transparent wurde nach Passieren des Demonstrationzuges von Mitarbeitern der KL entfernt.

[...]

D.
Oberstltn. der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 06.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 05.11.89, 07,00 Uhr bis 06.11.89, 05,00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes Neubrandenburg durchgehend gewährleistet. Die durchgeführten Dialogveranstaltungen in Räumen und im Freien verliefen ohne Störungen. Die durchgeführte Demonstration in der Kreisstadt Ueckermünde hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Flüssigkeit des Straßenverkehrs. Die durchgesetzte Umleitungsvariante hat sich als zweckmäßig erwiesen.

Die Hauptanstrengung der vorbeugenden operativen Tätigkeiten war insbesondere gerichtet auf

- die Sicherung der Veranstaltungen zur Fortführung des Dialogprozesses und anderer Veranstaltungen im Bezirk;
- die ständige und frühzeitige Aufklärung und Überwachung von Aktivitäten feindlicher bzw. negativ eingestellter Personen im Zusammenhang mit der Vorbereitung, Durchführung und Beendigung von Veranstaltungen;
- die ständige Verdichtung von Meldungen und Informationen zur Sicherung einer exakten Beurteilung der Lage und die Auskunftsbereitschaft zur gesamten Veranstaltungstätigkeit.

Die operative Lage im Bezirk war charakterisiert durch:

1. die Durchführung von 8 Dialogveranstaltungen in den Kreisen Malchin, Neubrandenburg, Templin, Teterow, Ueckermünde und Waren, davon fand eine im Freien statt.

Als Schwerpunktveranstaltungen sind zu beurteilen

- Friedland, unter der Thematik „Dialog mit Volksvertretern“ in der Zeit von 14,00 - 16,30 Uhr.
Diese Veranstaltung wurde durch den Rat der Stadt Friedland vorbereitet und durch den Leiter des Meliorationskombinates geleitet. Als Gesprächspartner stellten sich der Vorsitzende der BPKK, Gen. Dieter Müller, der Kreisschulrat, Kreisbaudirektor, Stellv. d.Vors. des

Rates des Kreises, das Ratsmitglied für Handel und Versorgung sowie der Bürgermeister. In der Aussprache nahmen 15 Redner zu Fragen der Kommunal- und Wohnungspolitik, der Rolle der SED und der Blockparteien in der Vergangenheit das Wort.

Ein namentlich bekannter Redner sprach zu vorherrschenden, aus seiner Sicht vorliegenden Privilegien und äußerte dabei gezielte Angriffe gegen die Kandidatin des Politbüros, Genn. M. Müller.

- die Zweckmäßigkeit der AIV* wurde angezweifelt,
 - Eigenheim und Jagdschloß sollten umfunktioniert,
 - ein Kraftfahrzeug „Volvo“ sollte einer kinderreichen Familie übergeben und
 - das Gebäude der AIV dem Gesundheitswesen zugeführt werden.
- Kritisch ist die aufgetretene Stimmung und die Atmosphäre zu werten, die gegen die Führungsrolle der SED und die Wirksamkeit der örtlichen Volksvertretungen gerichtet war.

- Ueckermünde, Dialog zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung in der Zeit von 10,40 bis 13,10 Uhr, an der ca. 4.000 Personen teilnahmen. Im Anschluß an den Gottesdienst in der Marienkirche (ca. 600 Personen in der Kirche und ca. 200 vor der Kirche, eine Übertragung nach außerhalb war gewährleistet), formierte sich ein nichtgenehmigter Demonstrationszug in Richtung Ueckerpark. Die mitgeführten Transparente trugen die Aufschriften (ca. 10 an der Zahl) u.a.:
 - „Wer einmal lügt dem glaubt man nicht“
 - „Wir alle sind das Volk“
 - „Volk statt Einheitspartei“
 - „Volk statt Staatssicherheit“
 - „Demokratie statt SED Alleinherrschaft“

Der Dialog wurde durch den Kreissekretär der Nat. Front geleitet. Als Gesprächspartner waren anwesend:

Sekretär der BL der SED, Gen. Schott, 1. und 2. Sekretär der KL der SED, Vors. des Rates des Kreises, 1. Sekretär der KL der FDJ und der Volkskammerabgeordnete Freudel (NDPD).

Die Ausführungen des 1. Sekretärs wurden mit Pfiffen unterbrochen. Das Verhalten der Teilnehmer war gegenüber den vorangegangenen Veranstaltungen noch aggressiver, wurde nicht akzeptiert. Die überwiegende Mehrheit der 34 Redner forderte den Rücktritt der KL der SED und des Rates des Kreises, da sie alle versagt haben. Die Gebäude dieser Institutionen sollten als Altersheim, für den geplanten Neubau, genutzt werden.

* Leiterin der AIV war zu dieser Zeit die hier kritisierte Genossin Margarete Müller.

Der Superintendent Jehsert, Pastor Gaster (Luckow), Pfarrer Schild (Leopoldshagen) und der Kreisjugendwart äußerten:

- Meinungsstreit statt - Immer bereit!
 - Vormilitärische Ausbildung weg aus den Schulen,
 - FDJ-Hemdzwang bei Fahnenappellen muß entfallen,
 - Jugendverbände von allen Parteien sollte es geben,
 - MfS soll sich bei Veranstaltungen zeigen (namentl. Meldung)
 - Armee darf nicht ausgegrenzt werden, in Uniform teilnehmen,
 - Veränderung der Verfassung, Forderung nach Volksabstimmung und Wahlrecht.
- Waren, Kreiskulturhaus, Einladungsveranstaltung des Sekretariats der KL der SED von 08,00 - 11,20 Uhr zu aktuellen Problemen. Ca. 250 - 300 Genossen der Kreisorganisation wurde die Möglichkeit eingeräumt, den Mitgliedern des Sekretariats Fragen zu stellen.
Die Veranstaltung verlief in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre und hatte im wesentlichen zum Inhalt:
- wie konnte es soweit kommen?
 - die persönliche Verantwortung der Parteimitglieder,
 - die vorherrschende Atmosphäre in den Betrieben,
 - die Wirksamkeit auf die Bezirkspresse, auf die Einhaltung des Wahrheitsgehaltes.
- Teterow, Kreiskulturhaus, Gesprächsrunde (Frühschoppen) zwischen Vertretern örtlichen Staatsorgane, Vertretern Neues Forum und interessierten Bürgern, 10,00 bis 13,30 Uhr, ca. 50 Personen.
Im Verlauf der Veranstaltung wurden Forderungen nach
- Verfassungsänderung (Artikel 1),
 - freien Wahlen,
 - regelmäßigen Dialoggesprächen
- gestellt. Die führende Rolle der SED wurde in Frage gestellt.
- Neubrandenburg, Bezirksparteischule, Dialog mit interessierten Bürgern zu Fragen der Bildung und Erziehung.
09,00 bis 12,10 Uhr, ca. 60 Personen.
Veranstalter: Bezirks- und Kreisschulrat, Rektor der Pädag. Hochschule.
Wesentlicher Inhalt:
- Gestaltung des Unterrichts sowie Lehrplangestaltung, bauliche Beschaffenheit der Turnhallen und deren Ausrüstung,
 - eigenständige Gestaltung des Staatsbürgerkundeunterrichts (Unverständnis),

- Urlaubsgestaltung (Bereitstellung von Ferienplätzen)

- Gollin, Kr. Templin, Dialoggespräch mit dem Mitglied des ZK der SED, Staatssekretär Dr. Schalck, in der Zeit von 10,00 - 12,50 Uhr, ca. 30 Personen. Inhaltlich wurde diskutiert über
 - die Ausdehnung und Finanzierung des Staatsjagdgebietes Schorfheide,
 - die Grundstücksgrenze des Dr. Schalck am Gollinsee (Begehung der Uferzone),
 - Beteiligung der Trägerbetriebe der anliegenden Ferienobjekte an kommunalen Aufgaben.

Der Dialog wurde nach Einschätzung der Teilnehmer konstruktiv und sachlich geführt. Veränderungen wurden durch Dr. Schalck bezüglich des Grundstückes zugesichert.

2. Straftaten und andere Rechtsverletzungen

- 2.1. Verdacht der öffentlichen Herabwürdigung in der Stadt Jarmen, Kr. Demmin. Am Schornstein der Molkerei, in einer Höhe von 30 m, wurde eine selbstgefertigte Fahne (Bettlaken) mit der Aufschrift „SED nein, Neues Forum ja, unsere Chance, Proletarier der DDR vereinigt Euch“ angebracht. Maßnahmen in der operativen Tätigkeit eingeordnet.

[...]

- 2.4. In der Gemeinde Grammentin wurden am Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr 2 handgeschriebene Zettel mit der Aufforderung zum Rücktritt des Bürgermeisters und der SED angebracht. Zettel wurden durch VP-Angehörige in zivil entfernt.

[...]

4. Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Die Angehörigen und Zivilbeschäftigten erfüllten verantwortungsbewußt und mit hoher Einsatzbereitschaft die gestellten Aufgaben. Das Zusammenwirken mit den Diensteinheiten des MfS war gewährleistet.

R.
Oberstltn. d. VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 07.11.1989

L a g e b e r i c h t

vom 06. zum 07.11.1989 - Stand 07.11. 89, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes war durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen der volkspolizeilichen Arbeit richteten sich besonders auf die

- frühzeitige Aufklärung von Veranstaltungen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage,
- Aufklärung und Überwachung von möglichen Aktivitäten feindlich bzw. negativ eingestellter Personen,
- Sicherung von Dialog- und anderen Veranstaltungen,
- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in ihrer Gesamtheit.

Die Lage im Bezirk war gekennzeichnet durch

- 17 Veranstaltungen zur Weiterführung der breiten öffentlichen Aussprache zu aktuellen Fragen durch staatliche Organe, die Nationale Front, Parteien und Massenorganisationen,
- 6 Veranstaltungen der Kirche (Fürbittgottesdienste bzw. Andachte), davon 5 mit anschließenden Demonstrationen bzw. Prozessionen.

Im einzelnen fanden statt:

- Anklam

Dialogveranstaltung im Theater Anklam

19.30 - 22.20 Uhr, 100 Teilnehmer/50 davon haben gesprochen

Thema: Demokratie jetzt oder nie

- Inhalt:
- SED zurücktreten
 - Regierung zurücktreten
 - „Neues Forum“ zulassen

Aussprache in der Geschwister-Scholl-Oberschule

19.30 - 20.20 Uhr, 40 Personen

Thema: Bildung und Erziehung - was hat sich bewährt, was muß verändert werden

- Malchin

Friedensandacht in der evangelischen Kirche mit anschließender Prozession zur katholischen Kirche

19.00 - 21.10 Uhr, 1 800 Teilnehmer

Transparente: - Freie Wahlen
 - Reisefreiheit
 - „Neues Forum“
 - Wenden statt Winden

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung wurden Handzettel der SDP festgestellt. (vgl. Anlage 1)

- Friedland/Neubrandenburg

Gebet in der Kirche mit anschließender Demonstration

19.30 - 21.20 Uhr, 2 300 Teilnehmer in der Kirche

1 500 Teilnehmer an der Demonstration

In der Kirche sprachen 13 Redner.

Hauptinhalt: - Führende Rolle der SED nicht gerechtfertigt
 - MfS und NVA abschaffen
 - Ablösung der Stadtverordnetenversammlung Friedland

Der Bürger Hans Preininger rief für den 09.11.89, 19.00 Uhr, in die Gaststätte „Am Brink“ zur Gründung der SDP auf.

- Pasewalk

Rathausgespräch des Rates der Stadt zu Problemen von Handel und Versorgung

19.00 - 21.30 Uhr, 250 Teilnehmer

- Menkin/Pasewalk

Dialogveranstaltung des Rates der Gemeinde im Saal der Gaststätte

19.00 - 21.30 Uhr, 100 Teilnehmer

Inhalt: - Probleme des VdgB
 - Demokratische Wahlen

- Schmölln/Prenzlau

Der Bürger Erwin Wegner hatte zum Dialog vor der Kaufhalle aufgerufen.

19.00 - 21.30 Uhr, 80 Teilnehmer

Inhalt: - Probleme von Handel und Versorgung

- Bietikow/Prenzlau

Dialogveranstaltung des Rates der Gemeinde und der Kreisleitung der SED im Saal der Gaststätte

19.00 - 22.00 Uhr, 100 Teilnehmer

Inhalt: - Kritik an der Arbeit der Partei

- Templin

Friedensgebet mit anschließender Demonstration in der Maria-Magdalenen-Kirche und der Sankt-Georgen-Kirche

18.00 - 19.50 Uhr, 2 000 Teilnehmer

4 Transparente: - Wünsche nach Veränderung
- weitere nicht bekannt

- Milmersdorf/Templin

Dialogveranstaltung des Rates der Gemeinde in der Sporthalle unter Teilnahme von 2 Vertretern der Kreisleitung der SED, 2 Vertretern des Rates des Kreises, 2 Pastoren und je einem Vertreter der CDU und des „Neuen Forums“

19.30 - 22.00 Uhr, 450 Teilnehmer

Hauptinhalt:

- 3 Sprecher äußerten sich gegen die führende Rolle der Partei. Es wurde eine dementsprechende Resolution zur Abstimmung gebracht. Die Mehrzahl der Anwesenden stimmte gegen die führende Rolle der SED.
- Ein Pfarrer forderte die Abschaffung der Staatsicherheit und die Bestrafung von VP-Angehörigen, welche an Ausschreitungen beteiligt waren. Parteifunktionäre sollten für ihr Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen werden.
- Der Gesetzentwurf über Reisen wurde behandelt und von der Mehrzahl als nicht den Erwartungen entsprechend abgelehnt.
- Es wurde die Forderung zur Eindämmung der Fluchtwelle erhoben.

- Ein Vertreter der Gruppe demokratischer Aufbruch wurde unterbrochen und mußte den Saal verlassen.
- Ein Vertreter des „Neuen Forums“ brachte zum Ausdruck: Eine Entwicklung, wie das „Neue Forum“ sie will, ist ohne SED nicht möglich, weil das Forum kein Programm, sondern nur einen Problemerkatalog besitzt.

- Templin

Öffentliche Aussprache zu gegenwärtigen Fragen im Kulturraum der Einsatzstelle der Deutschen Reichsbahn Templin

15.00 - 19.20 Uhr, 110 Teilnehmer

- Hauptinhalt:
- Führende Rolle der SED ja/nein
 - Dienstzeitregelung für Angestellte der Reichsbahn
 - Freie Wahlen
 - Reisegesetz
 - Ablehnung von Privilegien
 - Mehr Wirksamkeit der Gewerkschaften

- Ueckermünde

Friedensgebet in der Marienkirche der evangelischen Kirchengemeinde

19.30 - 20.30 Uhr, 50 Personen

- Waren

Aussprache zu Problemen des Dienstleistungswesens im HWW*

19.30 - 22.15 Uhr, 30 Personen

Einwohnerversammlung im Kulturraum der Gebäudewirtschaft

19.30 - 22.15 Uhr, 70 Teilnehmer

Öffentliche erweiterte Parteiversammlung zu Fragen der Politik der Wende in der ZBO

14.00 - 17.00 Uhr, 50 Teilnehmer

Inhalt: Probleme des Betriebes, Kommunalpolitische Fragen

Fürbittgottesdienst in der evangelischen Kirche am Neuen Markt mit anschließender Demonstration

* Möglicherweise ein Tippfehler; es könnte das HDW gemeint sein [d. Hg.].

19.00 - 20.30 Uhr, 2 300 Teilnehmer in der Kirche
1 000 Teilnehmer an der Demonstration

An der Veranstaltung nahmen der Pastor, der Bürgermeister sowie Vertreter des „Neuen Forums“ und des „Demokratischen Aufbruchs“ teil. Zur Demonstration wurden Kerzen und 5 Transparente mitgeführt.

Inhalt: Trittbrettfahrer ablösen
Farbe bekennen - aber nicht rot
weitere unbekannt

- Penzlin/Waren

Beratung des Kreisausschusses der Nationalen Front mit den Vorsitzenden der NF aus dem Bereich Penzlin

08.00 - 11.00 Uhr, 30 Personen

Inhalt: Rechenschaftslegung
Aktuelle Fragen der Nationalen Front zur Weiterführung der Zusammenarbeit

- Malchow/Waren

Veranstaltung der Kirche mit anschließender Demonstration zum Rathaus

19.00 - 20.45 Uhr, 150 Teilnehmer

Mit Abschluß der Demonstration wurden ca. 100 Kerzen am Rathaus abgestellt.

- Bocksee/Waren

Einwohnerversammlung des Rates der Gemeinde

19.00 - 22.15 Uhr, 200 Teilnehmer

Inhalt: Kommunalpolitische Fragen
Programm des „Neuen Forums“ durch den Bürger Christoph Lange verlesen. Victor Cori bekundete dazu seine Zustimmung.
Versorgungsfragen

- Grabowhöfe/Waren

Bürgerforum des Rates der Gemeinde

18.00 - 22.15 Uhr, 300 Teilnehmer

20 Redner

Inhalt: „Neues Forum“ zulassen
Volksabstimmung durchführen
Probleme der Gemeinde
Standorte für Eigenheime

Alle durchgeführten Veranstaltungen verliefen störungsfrei. Die Demonstrationen waren nicht genehmigt.

[...]

Für den 07.11.1989 wurden bisher folgende Veranstaltungen bekannt:

- | | | |
|-------------|-------------|---|
| - Anklam | 17.00 Uhr | Kundgebung auf dem Markt |
| - Röbel | 19.00 Uhr | Turmraum der Nicolaikirche |
| - Teterow | 15.30 Uhr | Forum für demokratische Erneuerung
öffentliche Parteiversammlung für die
Beschäftigten des Bahnhofs |
| - Demmin | 15.30 Uhr) | Kranzniederlegung am sowj. Ehrenmal |
| - Friedland | 09.00 Uhr) | |

Die Führung der Kräfte und Mittel im Verantwortungsbereich war durchgehend gewährleistet. Die Angehörigen der DVP und der anderen Organe des MdI erfüllten verantwortungsbewußt die gestellten Aufgaben.

Das Zusammenwirken mit den Nachbar-BDVP und den Dienstseinheiten des MfS war gewährleistet.

P.
OSL der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 8.11.1989

L a g e b e r i c h t

vom 07.11. bis 08.11.1989, Stand 08.11. 89, 05.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war im Berichtszeitraum die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren auf

- die rechtzeitige Aufklärung von Veranstaltungen;
- die Überwachung von negativ und feindlich eingestellten Kräften sowie
- die Sicherung von Dialogveranstaltungen gerichtet.

Gekennzeichnet war die Lage insbesondere durch Veranstaltungen in

- **Anklam** (Kundgebung auf dem Markt)

17.00 - 18.25 Uhr

Ca. 1200 Teilnehmer

Insgesamt traten 10 Redner auf, darunter der 1. Sekretär der KL-SED, Vertreter der NDPD, des Theaters Anklam, Lehrer, Vertreter des „Neuen Forums“.

Der Rede des 1. Sekretärs der KL-SED wurde mit Beifall zugestimmt.

Redeinhalt weiterer Redner:

- Ablehnung des Generalsekretärs,
- Mißtrauen gegenüber Sicherheitskräften,
- Hoffnung, daß Zusammenarbeit mit DVP bei Veranstaltungen auf gegenseitigem Interesse basiert,
- Forderung nach friedlicher Durchführung der Kundgebung,
- Abschaffung der hauptamtlichen Parteisekretäre,
- Änderung des Wahlgesetzes,
- Abschaffung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Keine Transparente und Losungen.

Störungen traten nicht auf.

- **Röbel**, Nicolaikirche
20.00 - 22.20 Uhr
Ca. 100 Teilnehmer (nur innerhalb der Kirche)
Forum für demokratische Erneuerung.
Bisher keine weiteren Angaben.

- **Demmin**
Sowjetisches Ehrenmal, Kranzniederlegung
17.00 - 17.12 Uhr
Ca. 300 Teilnehmer (in Vorjahren 1000 - 1500 Teilnehmer).

- **Friedland**, Kreis Neubrandenburg
Sowjetisches Ehrenmal, Kranzniederlegung
09.00 - 09.10 Uhr
Ca. 100 Teilnehmer (wie in Vorjahren)

Weitere Kranzniederlegungen fanden im Kreis Neustrelitz in Feldberg, Mirow und Wesenberg statt (Teilnehmer insgesamt ca. 450)
Störungen traten nicht auf.

- **Feldberg** (Einwohnerversammlung im KKH „Juri Gagarin“
19.00 - 22.00 Uhr, 250 - 300 Teilnehmer
Es wurden ausschließlich kommunale Probleme behandelt.

Die allgemeine Lage auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und Sicherheit war gekennzeichnet durch:

- Diebstahl sozialistischen Eigentums durch Angehörige der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR in Beutel, Kreis Templin. Aus einer Warenschleuse wurden Genußmittel im Wert von 575,00 M entwendet (Gesamtschaden: 625,55 M)
Ein Täter gestellt, Diebesgut sichergestellt, Kommandantur Fürstenberg am Ort, Straftat wurde durch diese anerkannt;

- Diebstahl und Sachbeschädigung zum Nachteil persönlichen Eigentums durch unbekannte Angehörige der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR in Rechlin, Kreis Neustrelitz.

Sachschaden: 1000,- M (ein Schaf mit Jagdwaffe getötet, ein Schaf entwendet).

Tierärztliches Gutachten liegt vor, Kommandantur mit Militärstaatsanwalt am Ort. Weitere Bearbeitung durch Militärstaatsanwalt;

[...]

- Die Fahndungsmaßnahmen nach dem Angehörigen der 14. VPB Neustrelitz (Owm. der VP H[...]) wurden aufgehoben. Schwiegermutter des o.g. erhielt ein Telegramm aus der BRD, daß er dort gut angekommen ist.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen war durchgehend gewährleistet.

M.
Major der VP

Anlage 1 zum Lagebericht

VPKA Malchin

Information zur Veranstaltung in der Johanniskirche Malchin:

- Kirche war überfüllt
- 7 Redner
- Pastor der freikirchlichen Gemeinde
 - Dank an Gott für gegebene Freiheit des Volkes, aber weiterkämpfen, um errungene Freiheit zu erhalten
- Katholischer Pastor
 - Reaktionäres Auftreten, Dank an Gott, Führungsrolle der SED verneint, Demokratisierung weiter von unten heraus, fordert freie Wahlen
- Pastor Thal
 - Dank an den Rat des Kreises Malchin für konstruktives Gespräch in den letzten Tagen
 - Ähnliche Äußerungen wie freikirchliche Gemeinde, Partei muß sich von innen heraus erneuern und demokratisieren
- Frau Dr. Lichtner
 - Führungsrolle der Partei verneint
 - Kampf um weitere Demokratisierung in der DDR
 - Forderung nach freien Wahlen
 - Macht muß vom Volke ausgehen
- Zwei weitere nicht bekannte Frauen
 - In Gebetsform, kein besonderer Inhalt
- Ein junger Mann, namentlich nicht bekannt
 - Äußerungen zum Entwurf des neuen Reisegesetzes - das alles wäre Mist (äußerst starker Beifall)

Transparente wurden mitgeführt

- „Neues Forum“
- „Freie Wahlen“
- „Wenden statt winden“
- „Reisefreiheit“

VPKA Neustrelitz

In Gesprächen von Bürgern traten verstärkte Diskussionen zu Privilegien auf

- Minister und Funktionäre hätten Wohngrundstücke in anderen NSW-Staaten

- Der 1. Sekretär der KL-SED Neustrelitz hätte in der „FE“ darüber gesprochen, daß er nicht das Haus von einem Republikflüchtigen beziehen wollte. Es wäre aber Bürgern bekannt geworden, daß er das Haus bezogen hätte, wenn nicht die Wende gekommen wäre.
- Es wurde auch die Meinung vertreten, daß es nicht richtig ist, daß der Gen. Prell mit seinem Dienstwagen einschließlich Kraftfahrer zur Jagd fährt

VPKA Templin

In der Freiwilligen-Helfer-Beratung am 06.11.89 in Boitzenburg wurden folgende Äußerungen getätigt:

Alle, die Sonderprivilegien in Anspruch genommen haben, müssen bis zur Kreisebene zur Verantwortung gezogen werden.

Bürgermeister Rakow: der StFB Templin hat jährlich 500.000,- M in das Staatsjagdgebiet Mahlendorf gesteckt. Wann wird er dafür zur Verantwortung gezogen (Gen. Krolikowski)?

VPKA Teterow

Der Bürger U. Zwerg (vorläufiger Sprecher des „Neuen Forums“) erschien heute im VPKA, um eine Kundgebung für den 09.11.89 auf dem Markt in Teterow anzumelden. Im Mittelpunkt der 30 Min.-Veranstaltung stehen:

- Gedanken zur Kristallnacht
- Artikel 1 der Verfassung

Forderungen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden gestellt.

VPKA Waren

Am 31.10.89 fand im Kleiderwerk Malchow eine Betriebsversammlung statt. Die Versammlung fand auf Anregung der Betriebsleitung statt. Gast war der Direktor Kleiderwerke Güstrow. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegen nicht damit einverstanden sind, daß sie Planrückstände haben sollen, obwohl kein Stoff im Lager ist. Weiterhin wurde kritisiert die Arbeit der BGL im Betrieb. Aufgestellter Plan entsprach nicht den realen Möglichkeiten. Warum bekommen Vietnamesen ihr Gehalt zum Teil in DM. Mit teuren im Ausland gekauften Maschinen kann nicht gearbeitet werden, weil Ersatzteile fehlen. Durch das Küchenpersonal wurde geäußert, daß sie nicht in der Lage sind, entsprechende Versorgung immer zu gewährleisten.

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 09.11.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 08.11.1989, 07.00 Uhr, bis 09.11.1989, 04.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war im Berichtszeitraum die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet. Die befohlenen lagebezogenen Aufgaben und Maßnahmen wurden weiter realisiert.

Die durchgeführten Dialogveranstaltungen und Veranstaltungen der Kirche verliefen ohne Störungen.

Unter Beachtung der Lage waren die Hauptanstrengungen gerichtet auf:

- weitere Aufklärung von Veranstaltungen und Verdichtung von Auskunftangaben,
- Sicherung der Dialogveranstaltungen sowie kirchliche Veranstaltungen durch zweckmäßige operative Maßnahmen.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- 13 Veranstaltungen zur Fortsetzung des Dialogprozesses, davon 5 kirchliche Veranstaltungen mit anschließenden Demonstrationen und öffentlichen Aussprachen.
- Bedeutsame Veranstaltungen der Kirche fanden statt in:
 - Neubrandenburg, Johanneskirche
17.00 - 20.03 Uhr
Friedensgebet (3500 Teilnehmer) mit anschließendem Marsch durch die Innenstadt und öffentliche Aussprache auf dem Karl-Marx-Platz mit ca. 20 000 Teilnehmern
Im Marschblock wurden insgesamt 25 Transparente/Plakate mit Inhalten wie
 - „Demokratie statt Diktatur“
 - „SED Schuld an der erneuten Massenflucht“
 - „Neue Männer braucht das Land“
 - „Volksabstimmung zu Nr.1 der Verfassung“
 - „Es weht ein frischer Wind, Chemnitzer verschwind“sowie weiterer aggressiver Inhalte mitgeführt.

Flugblätter mit Aufforderungen zum Hierbleiben und Bürgerinitiative „Neues Forum“ mit wesentlichem Inhalt „Wir sind das Volk, Hilfe durch Selbsthilfe, personelle Konsequenzen sind längst überfällig sowie Beantragung der Zulassung „Neues Forum“ wurden verteilt.

An dem Forum nahmen verantwortliche Genossen der Bezirks- und Kreisparteiorganisation teil. Durch den 2. Sekretär der BL der SED wurde Protest gegen die Wahl des Genossen Chemnitzer zum Sekretär des ZK der SED erhoben und zum Ausdruck gebracht, daß eine Korrektur dieser Wahl auf der 10. ZK-Tagung erwartet wird. Insgesamt sprachen während des Forums 35 Redner. Nach Beendigung der Veranstaltung löste sich die Ansammlung ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf.

- Neustrelitz, evangelische Kirche
19.30 - 22.30 Uhr, Friedensgottesdienst mit insgesamt 2 000 Teilnehmern und anschließendem Marsch zur katholischen Kirche mit ca. 500 Personen.
Transparente/Losungen mit Inhalt „Neue Wahlen“, „Demokratie“, „Es geht nicht um Bananen, es geht um die Wurst“ wurden festgestellt.
- Demmin, Kirche am Markt
18.00 - 21.30 Uhr, mit insgesamt 3 000 Personen.
An Transparenten/Losungen wurden mitgeführt:
„Forderungen nach freien Wahlen“,
„Zulassung Neues Forum“
„Altersheim muß sein“
In den Reden wurde u.a. die Zulassung des „Neuen Forums“, Reisefreiheit, Verbesserung der Wohnbedingungen gefordert.
- weitere Demonstrationen nach kirchlichen Veranstaltungen fanden in Loitz (300 Teilnehmer) und Penzlin, Kreis Waren, mit ca. 400 Teilnehmern statt. 60 Personen bewegten sich nach der Veranstaltung in Penzlin zum Rat der Stadt und stellten dort Kerzen ab.

Störungen durch Teilnehmer der Veranstaltungen traten nicht auf. Zu den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wurden differenzierte operative Maßnahmen zur Sicherung der Tiefe und der Verkehrsorganisation eingeleitet und realisiert.

In Prenzlau (Kreiskulturhaus) fand am 08.11.1989 in der Zeit von 19.00 bis 21.40 Uhr eine Veranstaltung des „Neuen Forums“ mit insgesamt 500 Personen statt. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten außerhalb des Veranstaltungsraumes waren nicht zu verzeichnen (Informationen über konkreten Ablauf der Veranstaltungen liegen im VPKA nicht vor).

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Die politische Arbeit wurde entsprechend den Erfordernissen gestaltet. Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststeinheiten des MfS war im Berichtszeitraum stabil organisiert.

Ausgehend von den Veranstaltungsmeldungen der nachgeordneten Dienststellen für den Zeitraum vom 09.11. bis 14.11.1989 wurden

- 24 Dialogveranstaltungen
- 8 kirchliche Veranstaltungen
- 26 weitere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

gemeldet.

Schwerpunktveranstaltungen am 09.11.1989 sind geplant:

- Röbel, 20.00 Uhr, Platz der Freundschaft
Versammlung für demokratische Erneuerung
ca. 1000 Teilnehmer
- Teterow, 19.00 Uhr, evangelische Kirche
Friedensgebet, ca. 500 Teilnehmer
- Neukalen, 19.00 Uhr, Markt (Kreis Malchin)
Öffentliche Dialogveranstaltung, ca. 300 Teilnehmer

*

Unter Beachtung der gewonnenen Erfahrungen ist die Verdichtung von Informationen zu Veranstaltungen sowie die Einleitung zweckmäßiger operativer Maßnahmen durch die Führungsgruppe der BDVP weiterhin verstärkt zu beeinflussen.

W.
Oberstleutnant der VP

* *Handschriftliche Randnotiz: „insges.: 16 Verant. am 09.11.89“.*

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 09.11.1989

Information

Kreis Templin

1. Bei einer Beratung im Kollektiv der FH der DVP in Boitzenburg wurde die Unzufriedenheit über widersprüchliche Aufgaben zur Auflösung des Staatsjagdgebietes Mahlendorf geäußert.
Mehrfach wird Gen. Krolkowski als unbeliebt charakterisiert.
2. Von Kollektivjägern wurde die Frage aufgeworfen, warum NVA und MfS mit der Versorgung persönlicher Jagdwaffen bevorzugt werden.
Diese Verfahrensweise wird als Mißtrauen gewertet.
3. Im VEB Fernsehelektronik Berlin, BT Groß Dölln verrichten die Kolleginnen auf Grund von Materialmangel Privatarbeiten (Stricken, Häkeln)

Kreis Neubrandenburg

4. Am Montag, dem 13.11.1989 beginnt in der Republik die sog. traditionelle Friedensdekade der Kirche.
Es wird am Montag um 17.00 Uhr ein Friedensgebet in der Johanneskirche durchgeführt. Bis zum Freitag werden jeden Abend um 19.00 Uhr kurze Gebetsandachten in der Kirche durchgeführt.
Weitere kirchliche Veranstaltungen finden statt am:
 - 20.11.1989, 17.00 Uhr, Friedensgebet
 - 21.11.1989, 19.00 Uhr, Gebetsandacht
 - 22.11.1989, 19.30 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst

VPKA Waren

Ausgehend von der Veranstaltungsmeldung VPKA Waren wurde die Führung eines Gespräches zu Fragen des Reisegesetzes durch den Leiter des VPKA Waren gemeldet.

09.11.1989, 19.00 Uhr, Turnhalle.

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 09.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 09.11.1989, 07.00 Uhr - 18.* 11.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium des Bezirkes Neubrandenburg durchgehend gewährleistet. Die durchgeführten Dialogveranstaltungen verliefen ohne Störungen.

Die Hauptanstrengungen der vorbeugenden operativen Tätigkeit war insbesondere gerichtet auf die

- ständige Verdichtung der vorliegenden Auskunftsangaben im Zusammenhang der Durchführung der Dialoggespräche;
- weitere Aufklärung von Veranstaltungen und deren Überwachung und Sicherung in Vorbereitung und Durchführung.

Die operative Lage im Bezirk war charakterisiert durch:

- 18 Dialogveranstaltungen zur Fortführung der breiten öffentlichen Aussprache zu aktuellen Fragen durch die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen in den Kreisen Altentreptow, Demmin, Malchin, Neubrandenburg, Neustrelitz, Röbel, Templin, Teterow, Ueckermünde und Waren;
- 1 Veranstaltung der evangelisch-luth. Kirche in der Kreisstadt Teterow in Form eines Friedensgebetes

Bedeutsame Veranstaltungen fanden statt:

- Teterow, Marktplatz
20.00 - 21.00 Uhr
Nach einem Friedensgebet in der evangelisch-luth. Kirche (Teilnehmer: 550 in der Kirche) versammelten sich ca. 2 000 Personen auf dem Marktplatz zu einer Gedenkkundgebung für die Opfer der Kristallnacht. Als Veranstalter traten Personen des „Neuen Forums“ auf. Während der Kundgebung ergriffen der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED, der

* Gemeint ist der 10.11.1989 [d. Hg.].

Ratsvorsitzende des Rates des Kreises sowie Vertreter des „Neuen Forums“ das Wort.

Die Ausführungen des 1. Sekretärs der KL-SED wurden durch Pfiffe gestört. Er konnte seine Aussprache nicht beenden. Die Vertreter des „Neuen Forums“ wurden mit starkem Beifall bedacht. Die Bürgerin Frau Dr. Frank kritisierte die Parteipolitik, den Zeitungsartikel des Gen. Koch und forderte die Abschaffung der Kampfgruppen, des MfS und der VPB. Sie rief die anwesenden Personen zur Teilnahme an einem Marsch am 10.11.1989, 18.00 Uhr zur Kreisdienststelle für Staatssicherheit auf.

Ein Vertreter der NDPD forderte, daß Rathaus seiner Bestimmung wieder zu übergeben.

Zum gleichen Anlaß erfolgte um 16.00 Uhr eine Kranzniederlegung in Verantwortung des Rates des Kreises, Abt. Inneres.

Diese Veranstaltung verlief ohne Störungen, Teilnehmer ca. 60 - 70 Personen.

- Röbel, Platz der Freundschaft
20.00 - 21.40 Uhr, ca. 2 000 Teilnehmer
Veranstalter: Gruppe für demokratische Erneuerung
Im Verlauf der Veranstaltung wurden durch die Redner solche Forderungen gestellt, wie:
 - Blockpartei jetzt Farbe bekennen;
 - Rücktritt der Kreisleitung und KPKK (Vorsitzender);
 - Rücktritt der Räte der Kreise;
 - Abgabe des Führungsanspruches der SED;
 - Freie Wahlen;
 - Fritz Dallmann soll in Rente gehen!
 - Welche Privilegien hat der 1. Sekretär der KL-SED?

- Altentreptow, Kreiskulturhaus
19.00 - 22.00 Uhr, ca. 120 Personen
Aussprache zu den Problemen des Handels und der Versorgung im Kreis Altentreptow. Im Mittelpunkt dabei standen:
 - die mangelhafte Fleischversorgung sowie die unzweckmäßige Standartbestimmung für den neuen Fleischversorgungsbetrieb;
 - Brot- und Brötchenqualität;
 - Versorgungsniveau von Berlin bis zu den Dörfern (zu großer Widerspruch);
 - weg mit Delikat und Intershop.

In der Eieraufkaufstelle Altentreptow lagern seit längerer Zeit ca. 20 000 Eier und werden nicht abgenommen.

- Rödelin, Krs. Neustrelitz, Kulturraum LPG
19.30 - 22.35 Uhr, ca. 65 Personen, die vom Pastor Udpadel eingeladen wurden.

Die Diskussion wurde über die Wahl des Politbüros, das Reisegesetz und den Führungsanspruch der SED geführt, welcher abgelehnt wurde. Abschließend wurde ein offener Brief an den Kreistag zu Problemen des Baus eines Kinderhortes und der Versorgung der Bevölkerung verabschiedet.

- Lychen, Freilichtbühne
19.00 - 20.40 Uhr, ca. 1 000 Personen
Die Teilnehmer marschierten aus 3 Richtungen zum Kundgebungsplatz ohne Transparente. Im Verlauf der Veranstaltung, welche durch ein Bürgerkomitee vorbereitet wurde, wurde die Beseitigung der staatlichen Jagdwirtschaft Mahendorf gefordert und der Führungsanspruch wurde in Frage gestellt.

Für den 16.11.1989 wurde die Forderung erhoben, daß zu den aufgeworfenen Fragen Vertreter der SED-KL, des Rates des Kreises und der Leiter der staatlichen Jagdwirtschaft Stellung nehmen.

Den Teilnehmern wurde mitgeteilt, daß durch das Bürgerkomitee in Lychen 2 Briefkästen eingerichtet werden, in denen alle Bürger Schreiben mit Fragen und Problemen einwerfen können.

- Burg Stargard, Markt
19.00 - 20.45 Uhr, ca. 400 Personen
Kommunale Fragen des Territoriums z.B. Umfunktionierung der ZV-Schule in ein Alters- und Pflegeheim.
Der Rücktritt der Genn. M. Müller und des Gen. J. Chemnitzer wurde gefordert.

Bei allen Veranstaltungen konnte die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Die eingeleiteten und durchgesetzten operativen Maßnahmen erwiesen sich als zweckmäßig.

Das Zusammenwirken mit den Dienstseinheiten des MfS war gewährleistet.

Weitere Information:

- Eingang FS 444 des Ministers des Innern und Chefs der DVP zum Betreff „Privatreisen und ständige Ausreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland“.
Auf der Grundlage eines durchgeführten Rundspruches und der Abforderung einer Meldung zur Nachfrage in den Dienststellen, ist festzustellen, daß 9 Nachfragen bezogen auf die Öffnungszeiten der Meldestellen geführt wurden.
Im Bezirk ist gesichert, daß vor Beginn der Sprechzeit alle Angehörigen des Dienstzweiges Paß- und Meldewesen in die Aufgaben und Verfahrensweise eingewiesen werden.
- Der Angehörige der Kampfgruppe der Arbeiterklasse Ebert, Einheit Mirow wurde am 08.11.1989 zum Vorsitzenden des „Neuen Forums“ während einer nichtaufgeklärten Veranstaltung in Rechlin gewählt. Er rief für den 16.11.1989 zu einer Demonstration in Rechlin auf.
Bekannt geworden durch ABV, weitere Prüfungshandlungen für den 10.11.1989 angewiesen.
- In einem Gespräch mit dem Bezirksschornsteinfeger W[...] B[...], wohnhaft in Woldegk, Klosterstraße, wurde bekannt, daß sich ab nächste Woche die „Demos“ gleichzeitig in der gesamten Republik stattfinden sollen.
Der Grund dafür soll sein, daß sich die Sicherheitskräfte nicht sammeln können.
- In der Gemeinde Holzendorf Handzettel in Briefkästen verteilt, mit der Aufschrift: „Bürgerinitiative Neues Forum Neubrandenburg“ .
Bei Anfragen, bei Mitarbeit, bei Hinweisen ist sich zu melden bei: Gerhard Stoll, [...], Tel.: [...] - WBK Proj., Tel.: [...].

R.
Oberstltn. der VP

Anlage 1

A u s z ü g e

aus den Lageberichten der nachgeordneten Dienststellen über Stimmungen und Auffassungen der Bevölkerung

VPKA Neustrelitz

Während dem Friedensgebet in der Stadthalle Neustrelitz standen folgende Probleme im Mittelpunkt:

- Wählbarkeit der Direktoren an den Schulen;
- Forderung der Offenlegung der Gehälter der Angehörigen der VPS und VPB;
- die materielle Ausstattung der VPS und VPB sollte den Schulen des Kreises zugeführt werden;
- die russische Sprache als Pflichtfach sollte abgeschafft und dafür die englische Sprache als Pflichtfach eingeführt werden;
- an der POS IV Neustrelitz wird darüber gesprochen, daß die Schüler aufgefordert werden sollten, an der Demonstration am 19.11.1989 teilzunehmen und Transparente mit ihren Forderungen mitzuführen;
- in der Bevölkerung wird darüber diskutiert, daß am kommenden Wochenende ein verstärkter Reiseverkehr in die CSSR einsetzen soll. Die Bürger wollen von dort aus in die BRD zum Einkauf reisen.
- die Wahl des Gen. Chemnitzer als Kandidat des Politbüros wird nicht überall befürwortet. Der Artikel in der „Freien Erde“ vom 08.11.1989 wäre nur die halbe Wahrheit. Aus dem Raum Lichtenberg soll ein Gegenartikel an die „Freie Erde“ übergeben werden;
- aus Gesprächen mit Mitgliedern der SED zur 10. ZK-Tagung geht hervor, daß die Frage aufgeworfen wird, ob der Parteiname SED noch richtig sei (z.B. das Wort Deutschland des Parteinamens);
- in der Bevölkerung wird Unverständnis zum Entwurf des Reisegesetzes zum Ausdruck gebracht.

VPKA Prenzlau

- Kraftfahrzeuginstandsetzungsbetrieb

Es besteht die Auffassung, daß immer noch nicht die Wahrheit gesagt werde. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß der Umbruch in der DDR durch das Volk und nicht durch die SED herbeigeführt wurde.

Das Vertrauen ist schon lange weg und Egon Krenz wird nicht derjenige sein, der das Vertrauen wieder herbeiführen kann. (im Wachschatz)

Alle Kollegen sprachen sich dafür aus, die DDR nicht zu verlassen.

- Der FH der DVP L[...] aus der Zuckerfabrik erklärte folgendes:
Trotz aller Probleme sollte ein Genosse in dieser Situation nicht aus der Partei austreten, sondern aktiv weiterkämpfen.
Der größte Teil der Parteimitglieder glaubt an einen besseren Sozialismus.
Die DVP mit den FH muß die Ordnung und Sicherheit unbedingt gewährleisten.
L. vertritt die Ansicht, daß gegen Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr gegenwärtig zu wenig eingeschritten wird.
- Leiter des Minoltanklagers - Prenzlau
Es muß mit der bisherigen Gesellschaftskonzeption endlich Schluß gemacht werden. Theorie und Wirklichkeit stimmten nicht überein.
Es wurde große Enttäuschung gegenüber dem Genossen Honecker und anderen Genossen im ZK geäußert.
Die Privilegien sind nur Randerscheinungen.
Jetzt muß in der Wirtschaft hart gearbeitet werden.
Zur positiven Beeinflussung der Stimmung der Bevölkerung sind Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensniveaus erforderlich.
- Armaturenwerk - Prenzlau
Erst mal abwarten, was die neue Führung bringt.
Die SED sollte ihre Führungsrolle aufgeben.
Der Entwurf des Reisegesetzes ist lächerlich.
- Auffassungen ziviler Bewachungskräfte des Kreises
Die Massenflucht aus der DDR ist der Dank der jungen Bürger an den Genossen Erich Honecker, der sich für sie besonders einsetzte. Das Babyjahr sollte nicht mehr gewährt werden. Es bestehen Befürchtungen, daß Grundnahrungsmittel zu Gunsten hochwertiger Industriegüter teurer werden. Den Schaden davon würden wieder die Kleinsten der Kleinen tragen.
Die Entlohnung des zivilen Wachschutzes reicht nicht aus.

VPKA Templin

- In der Gemeinde Hassleben gibt es nach wie vor Kritiken zur Brotversorgung. Der Konsum liefert überwiegend hartes Brot aus.

Anlage 2

A u s z ü g e

aus den Lageberichten der nachgeordneten Dienststellen über Auffassungen von VP-Angehörigen

VPKA Templin

- VP-Angehörige begrüßten in der Rapportbesprechung am 09.11.1989 die offene Atmosphäre im und vor dem ZK. Von mehreren Wachtmeistern wurde die Frage nach Reisemöglichkeiten ihrer Ehepartner und Kinder aufgeworfen.

TPA Neubrandenburg

- VP-Angehörige bewegen Gedanken und Probleme zur Dienstorganisation. Jede Maßnahme sollte gründlich bedacht und auf das notwendige reduziert werden.
- Bei vielen Genossen finden eine Reihe von Gerüchten zum Verhalten von leitenden Partei- und Staatsfunktionären Eingang.
- Viele Genossen bekommen Schwierigkeiten mit ihren Ehefrauen, die sowohl zu den Fragen des Dienstes als auch zu den Problemen der politischen Entwicklung Unklarheiten haben. Deshalb sind an den Wochenenden im Monat November mit den Ehefrauen Gespräche durch leitende Offiziere geplant.
- Alle Angehörigen des TPA erklärten, daß sie trotz aller Probleme gewillt sind, die ihnen gestellten Aufgaben abstrichslos zu erfüllen.

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, 11. Nov. 1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 10.11.89, 07.00 Uhr, bis 11.11.89, 05.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war im Berichtszeitraum die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet.

Die Ausgabe der Visa für Privatreisen und zur ständigen Ausreise verlief ohne Störungen.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- die schnelle und zügige Bearbeitung von Reiseanträgen und Anträgen zur ständigen Ausreise,
- die frühzeitige Aufklärung und Verdichtung von Auskunftsangaben zu Veranstaltungen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage.

Die Lage im Territorium des Bezirkes war gekennzeichnet durch

- einen sehr starken Andrang in den Meldestellen der VPKÄ.
Mit Stand 18.00 Uhr wurden
30 387 Vorsprachen zu Reisen registriert, und es erfolgten
18 345 Visaerteilungen für Privatreisen sowie
147 Visaerteilungen zur ständigen Ausreise.
- 7 Veranstaltungen zur Fortsetzung des Dialogprozesses, davon 2 Veranstaltungen der evangelischen Kirche mit anschließendem Schweigemarsch
- Schwerpunkt bildete die Veranstaltung des „Neuen Forums“ in Teterow von 18.00 - 19.30 Uhr auf dem Marktplatz (Teilnehmer ca. 1000) mit anschließendem Marsch von ca. 300 Teilnehmern zur KDFs.
Dort riefen sie:
„Stasi raus“
„Hau ruck ist besser als horch und guck“
und stellten brennende Kerzen vor dem Gebäude ab.
Um 20.40 Uhr löste sich die Menschenansammlung auf.

- Veranstaltungen der Kirche fanden statt in:

Gnoien, Kreis Teterow

von 19.30 - 20.40 Uhr mit ca. 250 Teilnehmern

Beim Schweigemarsch wurden keine Transparente mitgeführt.

Woldegk, Kreis Strasburg

von 19.00 - 21.30 Uhr mit 200 Teilnehmern

Beim Schweigemarsch wurden 6 Losungen mitgeführt.

- Zu den Veranstaltungen wurden differenziert operative Maßnahmen zur Sicherung der Tiefe des Veranstaltungsortes eingeleitet und realisiert.
Bei allen Veranstaltungen konnte die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden.

[...]

Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Alle im Dienst befindlichen Kräfte, insbesondere die Angehörigen des Dienstzweiges PM und die zu ihrer Unterstützung eingesetzten Kräfte, erfüllten mit hoher Einsatz- und Leistungsbereitschaft die gestellten Aufgaben.

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienstseinheiten des MfS wurde stabil gestaltet.

Ausgehend von der Veranstaltungsmeldung der nachgeordneten Dienststellen, finden am 11.11.1989 26 Veranstaltungen statt,

davon 3 Dialogveranstaltungen,
 1 kirchliche Veranstaltung.

Schwerpunktveranstaltungen:

- Neubrandenburg, 10.00 Uhr, Platz vor dem Gebäude der BL SED, Kundgebung der Kommunisten des Bezirkes Neubrandenburg
- Feldberg, 19.00 Uhr, Evangelische Kirche, Friedensgebet, Teilnehmer ca. 500

- Neubrandenburg, 13.30 Uhr, Harderstadion
Fußball-Ligaspiel Post Neubrandenburg gegen Stahl Henningsdorf,
ca. 800
- Prenzlau, 13.30 Uhr, Uckerstadion,
Fußball-Ligaspiel Lok Armaturen Prenzlau gegen Schiffahrt Hafen
Rostock, ca. 1 500

P.
OSL der VP

Aus Informationen der VPKÄ geht hervor:

Viele Bürger sprechen sich lobend über die zügige und freundliche Abfertigung durch die VP-Angehörigen aus.

Bei der Dialogveranstaltung in Torgelow mit 2 000 Teilnehmern war charakteristisch:

- Beifall für die Ausführungen des Bürgermeisters zur Kommunalpolitik
- keine aggressiven Angriffe gegen die SED
- in der Rede des Pastors Dankesworte an die DVP, weil neben 15 Ordnern der LDPD 5 Angehörige der DVP in Uniform mit Ausrüstung für den schutzpolizeilichen Streifendienst präsent waren

Aus dem Kreise Prenzlau wurde bekannt:

- Diskussionen in der Bevölkerung, weil das GHG Prenzlau mit Obst, Gemüse und Konserven gefüllt sein soll und eine Auslieferung nicht erfolgen kann, weil vom Bezirk keine Genehmigung erteilt ist.
- Durch die Konsumverkaufsstelle Schönwerder mußten am 03.10.89 angelieferte Fleisch- und Wurstwaren wegen Überlagerung zurückgegeben werden. Am gleichen Tage kamen aus der dortigen LPG 350 Schweine zur Schlachtung nach Prenzlau. Das führte unter den Dorfbewohnern zu Negativdiskussionen.
- Im Stadt- und Kreisgebiet zeigen sich Tendenzen von Übereinkäufen, da man mit einer Geldentwertung rechnet.

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 12.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 11.11.1989, 07.00 Uhr bis 12.11.89, 05.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf:

- die schnelle und zügige Bearbeitung von Reiseanträgen und Anträgen zur ständigen Ausreise,
- die frühzeitige Aufklärung und Verdichtung von Auskunftsangaben zu Veranstaltungen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Lage,
- die Gewährleistung der Sicherheit der Dienststellen der DVP.

Die Lage im Territorium des Bezirkes war gekennzeichnet durch:

- einen sehr starken Andrang in den Meldestellen der VPKÄ;
In der Bezirksstadt begannen sich die Bürger ab 05.00 Uhr am VPKA anzustellen.

Die Meldestellen wurden um 08.00 Uhr geöffnet und lageabhängig zwischen 16.00 und 18.00 Uhr geschlossen.

Insgesamt wurden

41.266 Visa für Privatreisen

40 Visa zur ständigen Ausreise erteilt.

Durch der Situation entsprechende organisatorische Maßnahmen und den Einsatz von Kräften anderer Dienstzweige wurde eine zügige unbürokratische Abfertigung gesichert.

- zwei Veranstaltungen zur Fortsetzung des Dialogprozesses;

- Neubrandenburg

Kundgebung vor der Bezirksleitung der SED,

Veranstalter: BL/KL-SED,

10.00 - 12.15 Uhr, 3.500 Teilnehmer;

Inhalt: - Einberufung eines Parteitages

- gegen Privilegien

- Aktionsprogramm umsetzen

- Wende muß uns weiterbringen

- Neuwahlen in der Partei durchführen, um Genossen des Vertrauens in den Parteileitungen zu haben

- richtige Gen. behalten ihr Parteidokument, abgeben sollen es die, die die Situation verschuldet haben;

- Strasburg
Bürgerforum zu aktuellen Problemen mit dem Bürgermeister und zeitweilig gebildeten Kommissionen,
14.00 - 17.30 Uhr, 150 Teilnehmer;

- 3 Lampionumzüge der Kirche für Kinder in den Kreisen
Anklam, 17.30 - 18.00 Uhr, 40 Kinder,
Neubrandenburg, 16.30 - 18.00 Uhr, 400 Teilnehmer,
Prenzlau, 17.00 - 17.20 Uhr, 25 Kinder;
Die Veranstaltungen verliefen ohne Störungen.

[...]

Das geplante Friedensgebet in Feldberg fand nicht statt. (Information des zuständigen ABV). Das Rathausgespräch in Anklam wurde als öffentliche Sprechstunde durchgeführt.

Für den 12.11.1989 wurden bisher folgende Veranstaltungen bekannt:

- Prenzlau: 10.00 Uhr Demonstration
Angemeldet durch den Bürger Erdman, Gut
- Strasburg: Ortschaft Lindow - 14.00 - 15.00 Uhr
Bibelstunde der evangelischen Kirche;

Die Führung der Kräfte und Mittel war durchgehend gewährleistet. Alle im Dienst befindlichen Kräfte, insbesondere die Angehörigen des Dienstzweiges PM und die zu ihrer Unterstützung eingesetzten Kräfte erfüllten die gestellten Aufgaben mit hoher Einsatz- und Leistungsbereitschaft.

Die erforderlichen Maßnahmen zur zügigen Abfertigung der Bürger in den Meldestellen zur Erteilung von Visa sind vorbereitet.

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststeinheiten des MfS wurde stabil gestaltet.

R.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, 13.11.1989

Lagebericht für den Zeitraum
vom 12.11.89, 07.00 - 13.11.89, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes war durchgehend gewährleistet. Lagebezogene Straftaten und Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen. Die gestellten Aufgaben wurden unter Beachtung der politischen Situation umgesetzt.

Im Berichtszeitraum waren die Hauptanstrengungen gerichtet auf:

- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Territorium unter besonderer Beachtung geplanter Dialogveranstaltungen,
- Erfüllung von Aufgaben zur Absicherung der Visaerteilung,
- Gewährleistung hoher Sicherheit und Ordnung der Dienststellen der DVP im Zusammenhang mit der Konzentration der Antragsteller auf Visa.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- eine Dialogveranstaltung in Prenzlau mit ca. 100 Personen.
In deren Mittelpunkt standen persönliche Probleme der Bürger, Wohnungsbau und Garagen. Diese Veranstaltung soll am 18.11.89 weitergeführt werden.
- Gottesdienst mit anschließendem Dialog in Ueckermünde mit ca. 1 500 Personen.
Während der Demonstration wurden 2 Transparente mit dem Inhalt:
„Symbol SED - Hände auseinandergezogen, darunter Nein, danke“,
„Forderung zur Veränderung des Art. 1 der Verfassung“ mitgeführt.
Auf dem anschließenden Forum ergriffen 15 Redner das Wort. Wesentliche Inhalte der Diskussion:
 - Forderung nach Einlegen einer Schweigeminute für die durch Partei und Staat Tyrannisierten.
 - Auflösung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse,

- Auflösung der Jagdwirtschaft Hintersee und der Gästehäuser der NVA in diesem Raum (Auflösung der Jagdwirtschaft wurde durch einen Verantwortlichen bekanntgegeben).
- Angriffe gegen die KdFS und Forderung, „Wenn schon sichern, dann sollen Betriebe gesichert werden“.

An diesem Forum nahmen verantwortliche Genossen der Kreisparteiorganisation teil. Die Ablösung des 1. Sekretärs der Kreisleitung der SED und des Sekretärs für Agitation/Propaganda wurde bekanntgegeben. Die Veranstaltung verlief ohne Störungen.

- Weitere Konzentrationen von Personen in und vor den Dienststellen im Zusammenhang mit der Visaerteilung

Am 12.11.1989 wurden 25 251 Visa ausgestellt, davon 9 Visa zur ständigen Ausreise. 4 Anträge zur ständigen Ausreise wurden zurückgenommen. Die Schließung der Meldestellen im Territorium des Bezirkes erfolgte gegen 14.00 Uhr.

Im Zusammenhang mit der Konzentration von Personen in Dienststellen kam es zu keinen Vorkommnissen bzw. Störungen. Seit Beginn der Maßnahme am 09.11.1989 wurden insgesamt 84 852 Visa erteilt. 176 Bürgerbeantragten die ständige Ausreise. In 2 Fällen wurde die Erteilung von Visa abgelehnt (Kreis Strasburg am 12.11.1989 - Haftantritt).

[...]

- Ungesetzlicher Grenzübertritt am 12.11.1989, 04.10 Uhr, in der Richtung VR Polen - DDR durch einen Soldaten der polnischen Volksarmee im Raum Müllershöhe, südlich Blankensee, Kreis Pasewalk. Die Festnahme erfolgte durch Grenztruppen der DDR gegen 08.00 Uhr und die Übergabe nach Abstimmung an die polnischen Grenzsicherungsorgane gegen 12.00 Uhr.

[...]

- Örtliche Aufenthaltsüberschreitung durch BRD-Bürger am 11.11.1989, verließ Berlin mit Tagesvisum und fuhr nach Röbel (Feststellung im Kreis Neuruppin).

[...]

Die befohlenen Aufgaben, insbesondere zur Absicherung der Visaerteilung wurden mit hoher Einsatzbereitschaft der VP-Angehörigen und Zivilbeschäftigten realisiert.

Die Hauptanstrengungen werden weiter gerichtet auf:

- die Verdichtung von Informationen im Zusammenhang mit Veranstaltungen der Kirche und anderer Dialogveranstaltungen,
- die Erfüllung von Aufgaben im Dienstzweig PM,
- die Durchsetzung lagebezogener Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

In die operative Tätigkeit am 13.11.1989 werden insbesondere eingeordnet:

- Gebetsandacht im Zusammenhang mit der traditionellen Friedensdekade am 13.11.1989, 17.00 Uhr, in der Johanneskirche Neubrandenburg,
- Veranstaltung im Theater Anklam zum Thema: „Reisepaß kontra Massenflucht“ am 13.11.1989 um 19.30 Uhr,
- die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung der Dienststellen im Zusammenhang mit der Ausstellung von Visa sowie die Sicherung eines reibungslosen Ablaufes.

Das Zusammenwirken der Dienststellen des Bezirkes sowie das abgestimmte und koordinierte Handeln mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, insbesondere mit den zuständigen Dienststeinheiten des MfS, wurde weiter stabil gewährleistet.

W.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 14.11.1989

Lagebericht für den Zeitraum
vom 13.11.89, 05.00 - 14.11.89, 05.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren auf

- die Absicherung der Aufgabenerfüllung im Paß- und Meldewesen
- Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung der Dienststellen im Zusammenhang mit der Visaerteilung
- sowie die Gewährleistung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Territorium unter Beachtung geplanter Veranstaltungen gerichtet.

Die Lage war gekennzeichnet durch folgende Veranstaltungen:

1. Neubrandenburg, Johanneskirche, Friedensgebet mit anschließendem Marsch durch das Stadtzentrum zur BPS
Zeitraum: 17.00 - 19.25 Uhr
ca. 3000 Teilnehmer
Beginn der Veranstaltung mit kirchlichem Charakter bis ca. 17.50 Uhr, danach ein Redner vom „Neuen Forum“ (Stoll, WBK)
Marsch über Thälmannstraße, Turmstraße zur BPS
3 Redner traten vor der BPS auf (ein Redner namentlich bekannt)
Ca. 150 Jugendliche verlangten Einlaß vor der KL-SED und begleiteten aus dem Gebäude kommende Genossen und Bürger mit Pfiffen.
Durch Veranstalter eingesetzte Ordner blieben wirkungslos.
1. Sekretär der KL-SED trat auf und antwortete auf Fragen zum Verbleib vom Gen. Chemnitzer.
Danach selbständige Auflösung der Versammelten.
6 Transparente:
 - Neues Forum - Gegen das Vergessen
 - Volksentscheid §1 der Verfassung
 - Volksentscheid - Freie WahlenKein Einschreiten von Einsatzkräften der DVP.

2. Malchin, Gottesdienst in der evangel. Kirche mit anschließender Prozession zur katholischen Kirche
 Zeitraum: 19.00 - 21.05 Uhr
 ca. 1000 Teilnehmer
 Inhaltliche Probleme innerhalb der Kirche:
- WKK abschaffen
 - KL-SED abschaffen
 - NVA reduzieren
 - aus Objekt MfS Poliklinik machen
- 2 Transparente:
- Freie Wahlen
 - Biete Organe (Symbol von 2 Nieren) - verlange Demokratie
- Keine Vorkommnisse
3. Templin, Friedensgebet in der evangel. Kirche mit anschließender Kundgebung auf dem Markt
 Zeitraum: 18.00 - 20.45 Uhr
 ca. 1200 Teilnehmer in der Kirche, danach ca. 4000 Teilnehmer auf dem Markt
 Redner: 1. Sekretär der KL-SED (wurde nicht angenommen, Pfiffe) und weitere Bürger
 Redeinhalte: Reisefreiheit und freie Wahlen
 Ein Transparent: „Für SDP“
4. Waren, Fürbittgottesdienst in der evangel. Kirche mit anschließender Kundgebung auf dem Markt
 Zeitraum: 19.30 - 21.30 Uhr
 ca. 2000 Teilnehmer
 Redner: Sekr. für A/P der KL-SED, weitere Redner der CDU, LDPD, ein SDP-Vertreter aus Malchin, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch
 Redeinhalte: - Freie Wahlen
 - Verfassungsänderung Artikel 1
 - Offenlegung von Handlungen der Sicherheitsorgane

Anmerkung:

Im Frühjahr wurden 2 Bürger durch die KDfS zugeführt, nachdem sie einen Antrag zur Durchführung einer Gegendemonstration zu einer geplanten Wahlveranstaltung gestellt hatten. Antrag wurde abgelehnt. In diesem Zusammenhang drohten sie die Demonstration ungenehmigt

durchzuführen. Bürger sind namentlich bekannt und zwischenzeitlich für ständig in die BRD ausgereist.

Transparente wurden nicht mitgeführt.

5. Malchow, Krs. Waren, Gottesdienst der evangelischen Kirche mit anschließendem Marsch zum Ferienheim des MdI
Zeitraum: 19.30 - 21.15 Uhr
Am Marsch nahmen ca. 120 Personen teil.
1 Transparent: „Ferienheim - Macht auf die Tür, das Tor weit.“
Da sich kein Dialogpartner des Ferienheimes fand, löste sich nach ca. 15 Minuten die Ansammlung auf, mit der Ankündigung am 20.11. wieder zu erscheinen.
6. Ein in Friedland stattgefundenes Friedensgebet mit ca. 500 Teilnehmern fand ausschließlich innerhalb der Kirche statt. Gesprächsinhalte bezogen sich auf die Probleme Reisegeld, Leitungsstil in der Stärkefabrik, Führungsanspruch der SED und Freie Wahlen.

Im Paß- und Meldewesen wurden am 13.11.1989 insgesamt 37 694 Visa erteilt. Die ständige Ausreise beantragten 52 Bürger. Durch zielgerichtete Maßnahmen und personelle Verstärkung der Meldestellen wurde eine zügige Abfertigung gewährleistet.

[...]

Für den 14.11.1989 sind keine Veranstaltungen bekannt, die einer Einordnung in die operative Tätigkeit bedürfen.

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen und Einrichtungen des Bezirkes wurde ständig gewährleistet.

M.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 15.11.1989

Lagebericht für den Zeitraum vom 14.11., 08.00 Uhr bis
15.11.1989, 08.00 Uhr

Im Territorium des Bezirkes war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- die Erfüllung der Aufgaben im Paß- und Meldewesen;
- die Durchsetzung einer straffen Dienstorganisation und einer hohen Sicherheit der Dienststellen und
- die Vorbeugung und Verhinderung von Störungen in der Öffentlichkeit, insbesondere bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Die Veranstaltungen u.a.

- in der Johanneskirche Neubrandenburg und
- im Kulturhaus des Zweckverbandes Erholungswesen Waren zu Fragen der Ökologie

verliefen ohne Vorkommnisse.

Für den 15.11.1989 ist von 19.30 - 22.00 Uhr ein Friedensgebet mit Demonstration durch die Stadt Neustrelitz bei einer Teilnahme von ca. 2000 Personen geplant.

Der Leiter des VPKA hat die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Gleiches betrifft die Veranstaltung am 19.11.1989 im Friedrich-Wolf-Theater Neustrelitz.

Für die Veranstaltung am 20.11.1989 „Neues Forum“ in der Stadthalle Neubrandenburg werden die erforderlichen Absprachen am 16.11.1989, 14.00 Uhr getroffen.

Im Kreis Strassburg trat zwischen 13.45 Uhr und 15.00 Uhr eine Journalistengruppe mit Kfz, Kennzeichen 176 VS 67, aus der französischen Stadt Straßbourg in Erscheinung. Eine Vorsprache erfolgte beim Stellv. des Bürgermeisters des Rates der Stadt. Fragen wurden gestellt

- über die Struktur der Stadt Strassburg;
- wie die Wende durch die Bürger der Stadt aufgenommen wurde und
- zum Standpunkt der Wiedervereinigung.

Im Paß- und Meldewesen wurden insgesamt 83.478 Visa und 55 ständige Ausreisen erteilt.

Für die Erteilung von Visa wurde zentral festgelegt, daß mit Wirkung vom 14.11.1989 keine Gebühren erhoben werden.

Im Berichtszeitraum gab es einen ungesetzlichen Grenzübertritt im Kreis Pasewalk VRP - DDR durch 3 jugendliche polnische Bürger.

Motiv war eine Arbeitsaufnahme in der DDR.

Übergabe von Grenztruppen DDR an VR-Polen erfolgt am 15.11.1989, 09.00 Uhr.

[...]

Das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen und Organen war ständig gewährleistet.

H.
Oberstltn. der VP

Übersicht über erteilte Visa
Zeitraum: 14.11.1989, 07.00 - 18.00 Uhr

<u>Kreis</u>	<u>Privatreisen</u>	<u>ständige Ausreisen</u>
Atw.	3100	3
Alm.	9237	12
Din.	2100	-
Mal.	6849	10
Nbg.	17130	12
Nsz.	7490	6
Pwk.	3500	-
Pzl.	7599	-
Rbl.	2317	4
Sbg.	2485	-
Tpl.	4630	-
Ttr.	4033	4
Ueck.	5480	2
Wrn.	7528	2
<hr/>		
	83478	55
<hr/> <hr/>		
Stand: 10.11.- 14.11.	206016	283

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, 16. November 1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 15.11.89, 07.00 Uhr, bis 16.11.89, 04.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Territorium des Bezirkes gewährleistet.

Im Zusammenhang mit den Veranstaltungen der Kirche und des „Neuen Forums“ sowie der Visaerteilung kam es zu keinen Vorkommnissen bzw. Straftaten.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit zu den Schwerpunktveranstaltungen,
- die weitere zügige Bearbeitung von Reiseanträgen und Anträgen zur ständigen Ausreise.

Die Lage war gekennzeichnet durch

- insgesamt 11 Veranstaltungen im Rahmen des Dialogprozesses, davon 3 bedeutende Veranstaltungen der Kirche sowie eine Veranstaltung des „Neuen Forums“
- Neustrelitz, 19.30 - 21.50 Uhr
Friedensgebet in der Evangelischen Kirche mit anschließendem Marsch zum Karl-Marx-Platz.
Teilnehmer an der Veranstaltung - ca. 1 500 Personen.
Durch die Demonstranten wurde 1 Transparent mitgeführt. Die Aufschrift konnte nicht festgestellt werden.
- Demmin, 18.00 - 19.15 Uhr
Friedensgottesdienst in der Kirche am Markt mit anschließendem Marsch über die Karl-Liebknecht-Straße zurück zur Kirche.

Teilnehmer ca. 200 Personen. Die Teilnehmer führten auf dem Marsch brennende Kerzen mit und riefen mehrfach „Schließt euch an, wir brauchen jeden Mann“.

Transparente konnten nicht festgestellt werden.

- Loitz, 18.00 - 20.15 Uhr
Friedensgottesdienst in der evangelischen Kirche.
Teilnehmer ca. 350 Personen.
- Pasewalk, 19.00 - 20.05 Uhr
Gottesdienst mit anschließender Demonstration zum Neuen Markt.
Marschstrecke erfolgte von der Nicolaikirche - Leninstraße - E.-Thälmann-Straße - Neuer Markt.
Teilnehmer ca. 600 Personen.
- Strasburg, 21.00 - 22.00 Uhr
Demonstration des „Neuen Forums“ in der Stadt.
Marschstrecke erfolgte vom Markt - Altstädter Str. - Bahnhofsstr. - Falkenbergstr. - Markt.
Teilnehmer ca. 180 Personen.
Durch die Demonstranten wurden vor dem VPKA 4 brennende Kerzen abgestellt.
- Strasburg, 19.00 - 21.00 Uhr
Gottesdienst in der evangelisch-luth. Kirche mit ca. 300 Personen.
- Die Lage auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung und Sicherheit weist keine Besonderheiten auf und war im Berichtszeitraum stabil gewährleistet. Auf dem Gebiet der Deutschen Reichsbahn gibt es keine Besonderheiten.

[...]

Im Berichtszeitraum wurden 41 301 Ausreisevisa erteilt.
31 Anträge auf ständige Ausreise wurden gestellt.

(Konzentrationen:	Privatreisen	ständige Ausreisen
Neubrandenburg	7 360	23
Waren	7 050	2
Neustrelitz	6 130	-)

Insgesamt wurden im Zeitraum vom 10.11.89 - 15.11.89 247 317 Visa für Privatreisen und 314 für eine ständige Ausreise erteilt.

Die durch den Chef der BDVP befohlenen Maßnahmen zum Einsatz von Kräften der BDVP zur weiteren Absicherung der Visaerteilung wurden eingeleitet. (20 Kräfte der BDVP - Einsatz im VPKA Nbg.).

Die Führung der Kräfte wurde weiter stabil gewährleistet und die politische Arbeit entsprechend den Erfordernissen gestaltet.

Die Abstimmung von Maßnahmen mit den zuständigen Dienststellen des MfS war gewährleistet.

Ausgehend von den Veranstaltungsmeldungen der nachgeordneten Dienststellen für den Zeitraum vom 16.11. - 21.11.1989, wurden

- 9 Veranstaltungen von Kirchen/Religionsgemeinschaften,
- 4 Vorstellungen neuer Gruppen/Vereinigungen sowie
- 10 weitere Schwerpunktveranstaltungen gemeldet.

Für den 16.11.1989 sind geplant:

- | | | |
|----------------------------|--|--|
| - Neukalen (Malchin) | 19.00 Uhr | Schweigegebet mit Prozession
ca. 800 Teilnehmer |
| - Neubrandenburg | 18.00 Uhr | Johanneskirche, Friedensgebet
ca. 1 000 Teilnehmer |
| - Neustrelitz | 19.30 Uhr, | Podiumsgespräch, Organisation
„Neues Forum“
ca. 200 Teilnehmer |
| - Göhren-Lebbin
(Röbel) | Versammlung für Demokratische Erneuerung | |
| - Teterow | 13.00 Uhr, | öffentliche Stadtverordneten-
versammlung |
| | 19.00 Uhr, | Friedensgebet |
| - Ueckermünde | 19.00 Uhr, | Kundgebung der SED |

Unter Beachtung der Erfahrungen ist die Verdichtung von Informationen zu Veranstaltungen weiter zu sichern.

W.
OSL der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 17.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 16.11.89, 07.00 Uhr bis 17.11.89, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf die

- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter besonderer Beachtung geplanter und durchgeführter Veranstaltungen;
- Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Visaerteilung einschließlich der Durchsetzung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in den Dienststellen im Zusammenhang mit der Konzentration von Antragstellern auf Visa.

Die Lage war gekennzeichnet durch

- eine anhaltende Konzentration von Personen in den Dienststellen im Zusammenhang mit der Visaerteilung.
Am 16.11.89 wurden 46.554 Visa und 50 Genehmigungen für eine ständige Ausreise erteilt.
Damit wurden insgesamt 293.871 Visa und 364 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt;
- insgesamt 11 Veranstaltungen zur Weiterführung des Dialogs bzw. in kirchlichen Einrichtungen, davon 5 von Bedeutung aufgrund ihres Charakters bzw. ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit:

Neukalen, Kreis Malchin

Evangelische Kirche, Schweigegebet mit Prozession,
19.45 - 21.00 Uhr, ca. 250 Teilnehmer. Die Veranstaltung verlief ohne Störungen. Transparente wurden nicht mitgeführt.

Lychen, Kreis Templin

Bürgerinitiative Lychen, Freilichtbühne,
Demonstration mit Kundgebung, ca. 650 Teilnehmer.
Inhalt: Staatsjagdgebiet Mahlendorf, Ferienobjekt des MfS in Lychen - drei Seen- und Ferienobjekt der BDVP -Reiherhals- sollen der Allgemeinheit zur Nutzung übergeben werden.

Templin

Willenskundgebung der FDJ-GO der Pädagogischen Fachschule auf dem Markt,

15.00 - 16.30 Uhr, ca. 600 Teilnehmer.

Mitgeführte Transparente:

- Fünftage-Unterrichtswoche
- Theorie ist gut - Praxis ist besser

Neubrandenburg

Außerordentliche Tagung des Bezirkstages

10.00 - 17.30 Uhr

Ueckermünde

Kundgebung der SED-KL im Ueckerpark,

19.00 - 20.45 Uhr, ca. 2000 Teilnehmer aus allen Parteien und Massenorganisationen,

Haupttenor:

- Wir waren, wir sind und werden bleiben
- Verurteilung des Vertrauensbruchs der Führung der SED
- Forderung: E. Honecker und G. Mittag sollen sich vor dem Sonderparteitag verantworten.

[...]

Die durch den Chef der BDVP befohlenen Maßnahmen zum Einsatz von Kräften der BDVP zur weiteren Absicherung der Visaerteilung (20 Kräfte BDVP - Einsatz im VPKA Neubrandenburg) wurden durchgesetzt und werden heute weiter fortgesetzt.

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie die Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen des MfS war stabil gewährleistet.

Für den 17.11.89 ist eine Veranstaltung geplant:

Malchin, 18.00 - 22.00 Uhr Vorstellung „Neues Forum“ an der Filmbühne.

P.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 18.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum vom 17.11.1989, 07.00 bis 18.11.1989, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum ununterbrochen gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf die

- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf den wichtigsten Knotenbahnhöfen des Bezirkes und während durchgeführter Veranstaltungen,
- Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Visaerteilung, einschließlich der Durchsetzung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in den Dienststellen im Zusammenhang mit der Konzentration von Antragstellern auf Visa.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- anhaltende Konzentration von Personen in den Dienststellen im Zusammenhang mit der Visaerteilung.
Längere Wartezeiten gab es nur in einigen Dienststellen in den frühen Morgenstunden. Danach war ein fließender Publikumsverkehr festzustellen.

Am 17.11.1989 wurden 28 369 Visa und 39 Genehmigungen für eine ständige Ausreise erteilt.

Damit wurden insgesamt 322 240 Visa und 403 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

2 Dialogveranstaltungen

Malchin, Filmbühne

Vorstellung des „Neuen Forums“

18.00 - 22.20 Uhr

ca. 200 Teilnehmer

Prenzlau, Nicolaikirche

Vorstellung der „SDP“

20.00 - 22.00 Uhr

ca. 50 Teilnehmer

Beide Veranstaltungen verliefen ohne Störungen.
Inhaltliche Probleme sind zur Zeit noch nicht bekannt.

[...]

Die durch den Chef der BDVP befohlenen Maßnahmen zum Einsatz von Kräften der BDVP zur Absicherung der Visaerteilung (20 Kräfte der BDVP im VPKA Neubrandenburg) wurden durchgesetzt. Der Einsatz von weiteren 14 VP-Angehörigen am 18.11.1989 im VPKA Neubrandenburg ist vorbereitet.

Im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr in die BRD und nach Westberlin waren auf dem Gebiet der Deutschen Reichsbahn keine Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu verzeichnen.

Die Führung der Kräfte und Mittel sowie die Abstimmung mit den zuständigen Dienststellen des MfS war gewährleistet.

Geplante Veranstaltungen am 18.11.1989:

- 09.00 - 12,00 Uhr in Neustrelitz, SED-Kreisleitung
Kreisparteiaktivtagung
ca. 300 Teilnehmer
- 08.00 - 12.00 Uhr in Teterow, RWN-Werkrestaurant
Öffentliche Kreistagssitzung
ca. 300 Teilnehmer

F.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 19.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum 18.11.1989, 07.00 Uhr, bis 19.11.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf die

- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf den wichtigsten Knotenbahnhöfen des Bezirkes,
- Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Visaerteilung einschließlich Durchsetzung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in den Dienststellen.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- Konzentration von Personen, besonders in den Dienststellen Neubrandenburg, Neustrelitz, Anklam im Zusammenhang mit der Visaerteilung,
- längere Wartezeiten gab es nicht,
- der Publikumsverkehr verlief fließend.

Am 18.11.1989 wurden 8435 Visa und 19 Genehmigungen für eine ständige Ausreise erteilt. Damit wurden insgesamt 330675 Visa und 422 Genehmigungen für eine ständige Ausreise erteilt.

An Veranstaltungen wurden durchgeführt:

- 1 Dialoggespräch, BPS Neubrandenburg
Teilnehmer 20 Personen,
Teilnehmer: 1. Sekretär BL und OB der Stadt Neubrandenburg
- 1 Veranstaltung Neustrelitz
Kreisparteiaktivtagung
Teilnehmer: 250 Personen
- 1 Veranstaltung Teterow
Kreistagssitzung
Teilnehmer: 110 Personen

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Vorkommnisse.

Geplante Veranstaltungen für den 19.11.1989:

- Neustrelitz, 10.30 bis 14.00 Uhr
Dialogveranstaltungen der Theaterschaffenden mit anschließender Demonstration im Stadtgebiet
Veranstalter: Friedrich-Wolf Theater Neustrelitz
- Teterow/Nienhagen
Dialogveranstaltung Kreisamt für staatliche Sicherheit und „Neues Forum“
Gaststätte Ziegenmarkt
ca. 100 geladene Gäste
Veranstalter: Kreisamt für staatliche Sicherheit

Folgende Vorkommnisse gab es im Berichtszeitraum:

- Am Grenzzeichen 807, Höhe GÜSt Linken, überschritt ein polnischer Jugendlicher die Staatsgrenze VRP-DDR. Er wurde von VP-Angehörigen in Grambow gestellt und den polnischen Sicherheitskräften übergeben.

[...]

- Nachmeldung
Zeitweilige Störungen der Ordnung und Sicherheit auf Reichsbahngelände
Am 18.11.1989 um 01.13 Uhr fuhr der Zug D 711 mit 150%iger Besetzung in Pasewalk ein. Auf dem Bahnhof befanden sich ca. 300 Personen. 200 Reisende davon nahm der D 711 noch auf. Ca. 50 Personen, die nicht mehr aufgenommen werden konnten, stellten sich auf den Gleiskörper, um eine Mitnahme zu erwirken. Der Aufforderung durch die DR und Trapo, den Bahnkörper zu verlassen, kamen sie nach ca. 10 Minuten nach und stiegen in den P 5021 ein, um an ihr Reiseziel zu gelangen.
- Der Rücktransport der Visa-Reisenden aus Berlin verlief mit durchschnittlich 50 bis 120 Minuten Verspätung und einer Besetzung bis zu 200 %.

[...]

K.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 20.11.1989

L a g e b e r i c h t

für den Zeitraum 19.11.1989, 07.00 Uhr bis 20.11.1989, 07.00 Uhr

1. Im Berichtszeitraum wurde die öffentliche Ordnung und Sicherheit durchgängig gesichert.

Als Schwerpunkte in der Entwicklung der Lage zeichneten sich ab:

- der Einsatz von Kräften bei genehmigten und nicht angemeldeten Veranstaltungen, insbesondere zur Überwachung des Verlaufs und zur Verhinderung von Störungen.
- der Anfall von Verkehrsunfällen, hauptsächlich infolge unangemessener Geschwindigkeiten bei verbreiteter Reifglätte.

Die Vorsprache von Bürgern zwecks Visaerteilung war in den 3 geöffneten Meldestellen gering.

Die durchgeführten 5 Veranstaltungen, teilweise mit Demonstrationen verbunden, verliefen ohne Störungen.

- An der Demonstration in Neustrelitz - organisiert vom Friedrich-Wolf-Theater - nahmen ca. 2 000 Personen teil. Bei Beendigung der Kundgebung um 13.15 Uhr waren vor dem Theatergebäude noch ca. 400 Teilnehmer anwesend. Forderungen wurden erhoben wie: SED-weg, Freie Wahlen, Artikel 1 der Verfassung ändern. Das Verhalten der Teilnehmer an der Demonstration und Kundgebung war diszipliniert.
- Im Anschluß an einen Gottesdienst in der Marienkirche zu Ueckermünde formierten sich die Teilnehmer zu einer nicht gemeldeten Demonstration. Diese Demonstration erreichte in zwei Marschblöcken auf unterschiedlichen Straßen den Ueckerpark. Die Tatsache, daß der 1. und 2. Sekretär der KL Ueckermünde der SED, der Vorsitzende des Rates des Kreises sowie Leiter von Fachbereichen als Dialogpartner und der Kreissekretär der Nationalen Front als Leiter der Kundgebung unmittelbar zur Verfügung standen, zeugt davon, daß Demonstration und Kundgebung bei diesen Organen bekannt

waren. Die verantwortlichen Genossen des VPKA wurden darüber nicht informiert. Am Dialog beteiligten sich 20 Redner.

In einem der Marschblöcke wurden drei Transparente mitgeführt:

- Geheime Wahlen - Änderung Artikel 1
- Volksanwalt statt Staatsanwalt
- Alte Minister - Alte Register

Zusammengenommen wurden im Rahmen der Dialogveranstaltung folgende Forderungen erhoben:

- MfS soll ihr Gebäude der Öffentlichkeit zugänglich machen.
- Offenlegung der Kostenträger für das Boot des MfS und des Eigenheimes des Leiters der Dienststelle.
- Mittag und Honecker sind zu bestrafen.
- Die Mauer muß weg - 28 Jahre eingesperrt sein reicht.
- Führende Rolle der SED - weg - das Haus der KL ist allen Parteien zu öffnen.

Eine massive Forderung erging an die DVP.

- Ein verantwortlicher Offizier der BDVP soll am nächsten Sonntag an gleicher Stelle auftreten und Stellung nehmen zum Auftritt des Gen. OSL d. SV H[...] vor 14 Tagen. H[...] soll abtreten.

Meinung: Wie will H[...] Häftlinge erziehen, wenn er doch nur lügt.

Anmerkung: Gen. OSL d. SV H[...] hat sich im Stab des VPKA zu dieser Veranstaltung Informationen eingeholt und sich dann in Zivil zum Ueckerpark begeben. Nach den massiven Forderungen zu seiner Person hat er dann den Veranstaltungsraum verlassen.

Die Veranstaltung wurde um 12.20 Uhr beendet. Störungen traten nicht auf. Es gab keine Konfrontation zwischen Kräften der DVP und den Teilnehmern an der Veranstaltung.

- Die beantragte und genehmigte Demonstration in Teterow begann um 14.00 Uhr auf dem Sportplatz - Grüner Weg - mit ca. 500 Teilnehmern. Daran teilgenommen haben Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen und Vertreter des Neuen Forum. Die

Massenorganisationen und Vertreter des Neuen Forum. Die vereinbarte Marschroute wurde exakt eingehalten, sodaß die eingeleiteten verkehrsregulierenden Maßnahmen voll durchgesetzt werden konnten.

Mitgeführte Transparente und Plakate hatten folgende Aussagen:

- Wahl - Auswahl.
- Ohne Arbeiterklasse und ihre Partei keinen Sozialismus.
- Vergeßt nicht die Opfer im Armeestraflager Schwedt.
- SED - Sozialismus
Erneuerung
Demokratie.
- Freie, Geheime, demokratische Wahlen.

Auf der Kundgebung auf dem Markt sprachen Vertreter der 5 Parteien, des Neuen Forums sowie einige Teilnehmer.

Erklärung des Vertreters des Neuen Forums:

- Seine Organisation werde durch die Forderungen der anderen Parteien bereits rechts und links überholt.
- Es sei noch nicht klar, ob sich das Neue Forum an den Wahlen 1990 mit eigenem Programm und Kandidaten beteiligen werde.
- Aber auch wenn dies nicht geschehe, habe diese Bewegung ihre Aufgabe erfüllt.
- Aus den Fehlern der mißglückten Demonstration am 10.11.1989 vor dem Gebäude des MfS müsse man lernen, da einmal entfachte Emotionen nicht mehr zu steuern sind.

Die Demonstration und Kundgebung verlief ruhig, diszipliniert und ohne Störungen. Sie war im Vergleich zu vorangegangenen kaum noch emotionsgeladen.

- Die Dialogveranstaltung in Nienhagen, Krs. Teterow war in Verantwortung der KdFS mit Anhängern des Neuen Forum organisiert worden. Von 100 eingeladenen Gästen haben ca. 30 Personen teilgenommen.

Inhalt der Diskussionen waren:

- die gegenwärtige Lage.
 - die Schuld auch der Angehörigen des MfS an der gegenwärtigen Krise, da sie viel gewußt aber nichts veröffentlicht haben.
 - Um 19.00 Uhr begann eine Dialogveranstaltung in einer Turnhalle in Waren. Sie wurde um 21.30 Uhr ohne Vorkommnisse beendet. Die ca. 300 Teilnehmer führten den Dialog zu allgemeinen Themen.
 - Wahlen mit demokratischem Charakter
 - Eine veränderte Medienpolitik und im weiteren
 - Kommunale Probleme.
1. Am 19.11.1989 hatten die Meldestellen in den VPKÄ Strasburg, Tempelin und Waren geöffnet. Insgesamt 232 Visa für Privatreisen wurden erteilt. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl auf 330 907.
Der Stand von 422 Visa für ständige Ausreise ist unverändert geblieben.

[...]

2. Geplante Veranstaltungen für den 20.11.1989
- Malchin, 19.00 Uhr, Prozession, ev. Kirche, ca. 1 000 Personen.
 - Neubrandenburg, 19.30 Uhr, Dialogveranstaltung zur Stadtentwicklung im BAZ. Veranstalter ist der Rat der Stadt.
 - Neubrandenburg, 17.00 Uhr, Friedensgebet in der Johanneskirche zum Abschluß der Friedensdekade. Daran anschließend Marsch zur Stadthalle. Dort findet eine Kundgebung des Neuen Forum statt.
 - Waren, 18.00 - 20.00 Uhr, Fürbittgottesdienst mit anschließendem Marsch zum Neuen Markt. Veranstalter: St. Georgskirche. Es werden ca. 1 500 Teilnehmer erwartet.

J.
Oberstltn. der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 21.11.1989

Lagebericht

für den Zeitraum vom 20.11.1989, 07.00 Uhr bis
21.11.1989, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum durchgehend gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf die :

- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter besonderer Beachtung geplanter und durchgeführter Veranstaltungen;
- Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Visaerteilung.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- 5 Veranstaltungen der Kirche mit anschließenden Demonstrationen und 3 Kundgebungen
- Neubrandenburg, Johanniskirche
von 17.00 Uhr bis 17.25 Uhr Friedensgebet
Teilnehmer ca. 820, davon ca. 120 vor der Kirche und anschließenden Marsch zur Stadthalle.

Am Stargarder Tor hielt ein Vertreter des Neuen Forums eine kurze Ansprache (ca. 3 min.) über die Zusammensetzung dieser Organisation.

Mitgeführte Losungen:

„Freie Wahlen“, „Neues Forum“

18.30 Uhr begann die Veranstaltung in der Stadthalle.

An der Aussprache nahmen teil:

der 1. Sekr. KL SED,

der OB der Stadt Neubrandenburg und

mehrere Mitarbeiter des Sekretariats der KL SED.

Insgesamt traten 27 Redner auf.

Schwerpunkte aus den Diskussionsreden:

- Sicherheitsorgane und VP müssen einer öffentlichen Kontrolle unterliegen;
- Überschaubare Flächen in der Landwirtschaft - keine Großkombinate;
- Keine Kombinate mehr - mehr Klein- und Mittelbetriebe;
- Welchen Sinn haben noch Betriebsparteiorganisationen?
- Aufspüren der Verursacher zur Verzögerung des Baus an der Marienkirche - Absetzung von Iris Grund

Ein Redner der SDP stellte in den Mittelpunkt:

- mehr Privatinitiativen der Menschen - aber nicht zurück zum Kapitalismus;
- SDP unterstützt alle Vorschläge der LDPD in der Volkskammer;
- Machtapparat der SED war zu mächtig und ist es noch, Waffen gehören nur in die Hände der NVA und der VP, Kampfgruppen auflösen;
- mehrfache Forderung nach neuem Wahlgesetz

Es wurde zum Schluß auf das nächste Friedensgebet am Montag, dem 27.11.1989, 17.00 Uhr orientiert.

An dieser Veranstaltung nahmen ca. 1.100 Personen teil.

- Waren, Evangelische Kirche
von 19.00 Uhr bis 20.30 Uhr Fürbittgottesdienst mit anschließendem Marsch zum Neuen Markt, Teilnehmer ca. 700. Beim Marsch zum Neuen Markt wurden 5 Plakate mitgeführt
„Genug - Tschüss Inge Lange“
Papphahn mit der Aufschrift „Wendehals“

Auf der Kundgebung traten eine Rednerin des Neuen Forums, ein Vertreter der SDP und der Bürgermeister auf.

- Kritisiert wurde u.a., daß von 28 Ministern wieder 17 durch die SED gestellt werden (Machtanspruch)
- Bürgermeister sprach kommunale Probleme an, Wohnungsfrage sowie Aufrufen der Bürger zur Stärkung der Volkswirtschaft (kam bei der Bevölkerung sehr gut an)

- Anklam, Evangelische Kirche
von 17.30 Uhr bis 19.45 Uhr Friedensgebet mit anschließendem
Marsch zum Markt, Teilnehmer ca. 300
Mitgeführte Losungen:
„Hätten wir freie Wahlen - nie wieder SED“
„Neues Forum - Neue Medien“

Auf der Kundgebung wurde die Ablösung der KL SED und des KV
FDGB gefordert.

- Malchin, Prozession der Evangelischen Kirche
von 19.30 Uhr bis 20.30 Uhr, Teilnehmer ca. 300
Losungen wurden nicht mitgeführt, nur vereinzelt Kerzen.
- Malchow, Evangelische Kirche
von 19.00 Uhr bis 20.30 Uhr Fürbittgottesdienst mit anschließendem
Marsch zum Markt, Teilnehmer ca. 90 Personen
Losungen wurden nicht mitgeführt.

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störungen.

Die Lage war weiterhin gekennzeichnet durch:

- Erteilung von 10.413 Visa für Privatreisen und 34 Genehmigungen zur
ständigen Ausreise. Eine zügige Abfertigung der Bürger war gewähr-
leistet.
- 2 Verkehrsunfälle mit einer verletzten Person
Ursache: unangepaßte Geschwindigkeit,
- Brände traten nicht auf,
- Geplante Veranstaltungen am 21.11.1989
 - Kogel, Kreis Röbel, von 20.00 bis 22.00 Uhr
Versammlung für demokratische Erneuerung.

K.
Oberstltn. der VP

BDVP Neubrandenburg
Operat. Diensthabender

Neubrandenburg, den 22.11.1989
Fr.

L a g e b e r i c h t

für die Zeit vom 21.11.1989, 07.00 Uhr, bis zum 22.11.89, 05.00

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum gewährleistet.

Die Hauptanstrengungen richteten sich auf die

- Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter besonderer Beachtung einer durchgeführten Veranstaltung im Kreis Röbel,
- Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Visaerteilung.

Im Berichtszeitraum fand eine Veranstaltung in Kogel, Kreis Röbel, statt.

- Versammlung für demokratische Erneuerung von 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr.

Es nahmen ca. 65 Personen teil.

Inhalt:

- Programm des „Neuen Forums“
- Bildung von Arbeitsgruppen Ökologie und Ökonomie
- Erziehung der Jugend, Bildungswesen
- Verantwortung der SED und der Blockparteien für die bisherige Politik

Für den 22.11.1989 sind bisher keine Veranstaltungen geplant.

Im Berichtszeitraum wurden 19 107 Visa und 60 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

[...]

F.
Major der VP

BDVP Neubrandenburg
Operat. Diensthabender

Neubrandenburg, den 23.11.1989

Lagebericht

für die Zeit vom 22.11.1989, 07.00 - 23.11.1989, 05.00 Uhr

Im Bezirk Neubrandenburg war die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Im Zusammenhang mit den Veranstaltungen sowie den Visaerteilungen kam es zu keinen Vorkommnissen im Berichtszeitraum.

Folgende Veranstaltungen fanden in den Abendstunden des 22.11.89 statt:

- Demmin:

Kultur- und Sporthalle,
Kundgebung von Mitgliedern der SED, ca. 300 Personen;

- Demmin:

Friedensgottesdienst in der evangelischen Kirche am Markt mit anschließendem Schweigemarsch bis auf Höhe Eingang Kultur- und Sporthalle, brennende Kerzen vor Eingang abgestellt. 5 Plakate mit Losungen:

„Wir wollen keine SED-Führung“,
„Egon, regiere Deine SED, aber nicht das Volk“ (2 x)
„Reisefreiheit, ist das Alles?“
„Es geht auch ohne Schreiter weiter“;
ca. 150 Personen.

- Loitz:

Friedensgottesdienst, Schweigemarsch von der Großen Lutherkirche zu einer weiteren Kirche, Kerzen mitgeführt.

1 Plakat mit der Losung „SDP die Partei bei den freien Wahlen“;
ca: 200 Personen.

- Neustrelitz:

Friedensgebet in der evangelischen Kirche mit anschließendem Marsch,
ohne Plakate und Losungen;
ca. 200 Personen.

An der Dialogveranstaltung zu Fragen der Kultur im Plenarsaal der KL der
SED in Pasewalk nahmen insgesamt 21 Personen teil.

Nach bisheriger Übersicht findet am 23.11.1989 eine Veranstaltung statt,
Vollversammlung des „Neuen Forums“ im Kreiskulturhaus Teterow mit
ca. 120 Teilnehmern.

Im Berichtszeitraum wurden 1 494 Visa und 60 Genehmigungen zur stän-
digen Ausreise erteilt.

[...]

K.
Oberstleutnant der VP

BDVP Neubrandenburg
Operat. Diensthabender

Neubrandenburg, den 24.11.1989

L a g e b e r i c h t

für die Zeit vom 23.11.1989, 07.00 Uhr - 24.11.1989, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Bezirk Neubrandenburg gewährleistet.

Im Zusammenhang mit den Visaerteilungen kam es zu keinen Vorkommnissen.

In den Abendstunden des 23.11.1989 fand eine Veranstaltung statt.

- **Teterow**, im Kreiskulturhaus, Vollversammlung des Neuen Forums, ca. 80 Personen.
Veranstaltung verlief ohne Vorkommnisse.

Nach bisheriger Übersicht finden am 24.11.1989 folgende Veranstaltungen statt:

- Fahrenwalde, Kreis Pasewalk, Saal der LPG Rollwitz, Dialogveranstaltung der CDU, ca. 80 Personen;
- Gnoien, Krs. Teterow, Gottesdienst der evangelischen Kirche mit anschließendem Marsch zum Pfarramt, ca. 300 Personen.

Im Berichtszeitraum wurden 9.139 Visa und 22 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

[...]

J.
Oberstleutnant der VP

BDVP - Neubrandenburg
Operat. Diensthabender

Neubrandenburg, den 25.11.1989

Lagebericht

für die Zeit vom 24.11.1989, 07.00 Uhr bis 25.11.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war durchgehend gewährleistet.

Im Berichtszeitraum fand eine Veranstaltung statt.

- Gnoien, Kreis Teterow, Gottesdienst in der evangelischen Kirche mit ca. 100 Teilnehmern, die zum Stamm der Kirchengemeinde gehören. Veranstaltung trug ausschließlich religiösen Charakter. Am anschließenden Marsch zum katholischen Pfarramt, waren nur noch ca. 80 Personen beteiligt. Nach stillem Gebet vor diesem Gebäude, löste sich die Menschengruppe auf. Während der Veranstaltung wurden keine Transparente oder Plakate mit Losungen mitgeführt. Beginn: 19.00 Uhr, Ende: 20.30 Uhr, ohne Vorkommnisse.

Am 25.11.1989 findet nach bisheriger Übersicht eine Veranstaltung statt.

- Fahrenwalde, Kreis Pasewalk, 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr,
- Saal der LPG Rollwitz
- Dialogveranstaltung der CDU mit voraussichtlich ca. 80 Teilnehmern.

Im Bezirk wurden insgesamt 6655 Visa für Privatreisen und 42 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

[...]

K.
Oberstltn. der VP

Lagebericht

für die Zeit vom 25.11.1989, 05.00 Uhr bis zum 26.11.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Es fand eine Dialogveranstaltung der CDU von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr in Fahrenwalde, Kreis Pasewalk, im Saal der LPG Rollwitz statt. Anwesend waren ca. 90 Personen.

Redner forderten die Zulassung des Neuen Forums, freie Wahlen sowie die Wahl eines neuen Vorstandes der LPG (T) Rollwitz.

Für den 26.11.1989 sind keine Dialogveranstaltungen vorgesehen.

Sonstige Veranstaltungen

- Fußballspiele der DDR-Liga Staffel A
 - Post Neubrandenburg - 1. FC Union Berlin
 - Lok Armatoren Prenzlau - Motor Stralsund

Im Bezirk wurden insgesamt 592 Visa für Privatreisen erteilt. Anträge auf ständige Ausreise wurden nicht gestellt.

Im Berichtszeitraum ereigneten sich 4 VKU mit 2 Verletzten. Weiterhin kam es in Pensin, Kreis Demmin, aus bisher ungeklärter Ursache zum Brand einer privaten Scheune mit einem Schaden von 10.000,- Mark.

F.
Major der VP

Lagebericht vom 26.11.1989, 05.00 Uhr bis 27.11.1989, 05.00 Uhr

Die Ordnung und Sicherheit im Berichtszeitraum war gewährleistet.

Dialogveranstaltungen fanden nicht statt.

Die LIGA-Fußballspiele im Bezirk verliefen ohne Vorkommnisse, geringe Zuschauerzahlen.

7 Visa für Privatreisen wurden erteilt.

[...]

Veranstaltungen am 27.11.1989:

- Neubrandenburg, 17.00 Uhr, Johanniskirche
 - Friedensgebet
 - ca. 1000 Teilnehmer

- Waren, 19.00 Uhr, evangelische Kirche
 - Fürbittgottesdienst mit anschließendem Marsch
 - ca. 1500 Teilnehmer

- Malchow, Kreis Waren, 19.00 Uhr, evangelische Kirche
 - Fürbittgottesdienst mit anschließendem Marsch
 - Teilnehmerzahl noch unbekannt

- Templin, 19.00 Uhr, Kino
 - Diskussionsrunde
 - Neues Forum
 - ca. 200 Teilnehmer

- Malchin, 19.00 Uhr, evangelische Kirche
 - Prozession
 - ca. 1000 Teilnehmer

K.
Oberstltn. der VP

Lagebericht vom 27.11.1989, 05.00 Uhr bis 28.11.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Folgende Veranstaltungen fanden statt:

- Friedensgebet Johanneskirche Neubrandenburg, ca. 500 Personen, anschließender Marsch Thälmann-Straße bis Stargarder Tor.
Zwei Transparente:
 - „Schluß mit den Diktaturen in Ungarn, Polen, CSSR und Bulgarien“
 - „Deutschland einig Vaterland“
- Friedensgebet Marienkirche Anklam, ca. 150 Personen
- Prozession in der evangelischen Kirche in Malchin, ca. 300 Personen
- Diskussionsrunde des „Neuen Forum“ im Kino in Templin, ca. 200 Personen
- Fürbittgottesdienste in Waren, ca. 1.000 Personen und in Malchow ca. 70 Personen

Redner nahmen Stellung zur Situation in anderen sozialistischen Staaten und zur Lage in der DDR.

Bei den Veranstaltungen gab es keine Störungen.

Es wurden am 27.11.1989 3344 Visa für Privatreisen und 31 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

J.
Oberstltn. d. VP

Lagebericht

für die Zeit vom 28.11.1989, 05.00 Uhr bis 29.11.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Bedeutsame Veranstaltungen fanden nicht statt.

Die am 28.11.1989, 18.00 Uhr bis 24.00 Uhr, in Anklam im Volkshaus stattgefundene Veranstaltung Rundfunkaufzeichnung der Sendereihe „Nadenn“ von Stimme der DDR, verlief ohne Vorkommnisse.

Am 28.11.1989 wurden 7052 Visa für Privatreisen und 39 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

[...]

K.
Oberstltn. der VP

Lagebericht vom 29.11.1989, 05.00 Uhr bis 30.11.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Am 29.11.1989 fanden folgende Veranstaltungen statt:

- Friedensgebet mit anschließendem Marsch durch die Innenstadt von Demmin von 18.00 Uhr bis 19.15 Uhr,
ca. 150 Personen
(Abstellen von Kerzen vor dem Rat des Kreises, an Diensthabenden des Rates wurde Brief für Ratsvorsitzenden übergeben)
- Gottesdienst mit Orientierungsgesprächen in Strasburg von 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr,

ca. 150 Personen

Diese Veranstaltungen wurden durch die evangelisch-lutherische Kirche organisiert.

- Bürgerforum in Burg Stargard, Kreis Neubrandenburg, von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr,
ca. 250 Personen
organisiert vom Rat der Stadt Burg Stargard.

Für den 30.11.1989 sind bisher keine Veranstaltungen bekannt.

- Es wurden 156 Visa für Privatreisen erteilt.
- Anträge zur Genehmigung einer ständigen Ausreise wurden nicht gestellt.
- Im Berichtszeitraum ereigneten sich 2 VKU mit 2 Verletzten durch unangepaßte Geschwindigkeit.

F.
Major der VP

Lagebericht

für die Zeit vom 30.11.1989, 05.00 Uhr bis 01.12.1989, 05.00 Uhr

Die Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum gewährleistet.

Bedeutsame Veranstaltungen fanden nicht statt.

Am 30.11.1989 wurden 4375 Visa für Privatreisen und 19 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

Am 01.12.1989, 19.00 Uhr findet in Pasewalk, Nicolaikirche ein Friedensgebet mit anschließendem Marsch statt.

[...]

K.
Oberstltn. der VP

Lagebericht für die Zeit vom 01.12.1989, 05.00 Uhr bis
02.12.1989, 05.00 Uhr

Die Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum gewährleistet.

Die Veranstaltung des „Neuen Forums“ in Pasewalk (Friedensgebet und Demonstration) hatte ca. 400 Teilnehmer, es gab keine Störungen.

Am 01.12.1989 wurden 3.587 Visa für Privatreisen und 14 Genehmigungen zur ständigen Ausreise erteilt.

Am 02.12.1989 finden in den Kreisen Altentreptow (Beginn 08.00 Uhr), Anklam (Beginn: 08.00 Uhr), Neubrandenburg (Beginn: 09.00 Uhr), Prenzlau (Beginn: 08.00 Uhr), Röbel (Beginn: 08.00 Uhr), Strasburg (Beginn: 08.00 Uhr), und Ueckermünde (Beginn: 12.00 Uhr), Kreisdelegiertenkonferenzen der SED statt, Wahl der Delegierten für den außerordentlichen Parteitag.

Sofortmeldepflichtige Vorkommnisse (siehe Rapport)

- Verdacht der Untreue im schweren Fall und spekulative Warenhortung im Kreis Waren

[...]

W.
Oberstltn. d. VP

BDVP - Neubrandenburg
Operat. Diensthabender

Neubrandenburg, den 04.12.1989
 Fr.

Dienstsache
 Nr. 337/89
 Ausfertigung Nr. 15
 Blatt 1 - 3

R a p p o r t Nr. 337/89
für die Zeit vom 03.12.1989, 04.00 Uhr bis 04.12.1989, 04.00 Uhr

[...]

III. INFORMATIONEN

2477/01/02/02 Anündigung der Nichtaufnahme der Arbeit
 durch Strafgefängene

StVE Ueckermünde

Zeit: 03.12.1989, 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr,

Zusammenkunft der Strafgefängenen
 03.12.1989, 17.30 Uhr, Stellen der
 Forderungen an den amtierenden
 Leiter der StVE

Ort: StVE Ueckermünde

K Die Strafgefängenen kündigten an, daß sie am 04.12.1989
 SV mit Beginn der Frühschicht um 06.00 Uhr die Arbeit nicht
 MfiA aufnehmen werden, wenn folgende Forderung nicht erfüllt
 BafnS wird:

- Übergabe einer Presseerklärung an einen Vertreter
 der Presse, einen Vertreter des Kollegiums der
 Rechtsanwälte sowie einen Staatsanwalt.

Den Strafgefängenen wurde in einer erneuten Aussprache
 von 19.30 Uhr bis 19.45 Uhr zugesichert, daß ihre Forde-
 rung erfüllt wird.

Daraufhin erklärten sie ihre Bereitschaft, am 04.12.1989 planmäßig die Arbeit aufzunehmen.

2478/--/--/--

Dialogaufforderung durch Strafgefängene

StVE Neustrelitz

Zeit: 03.12.1989, 15.00 Uhr bis 16.00 Uhr,
Zusammenkunft der Strafgefängenen
03.12.1989, 16.00 Uhr, Übermittlung der Dialogauf-
forderung an einen Erzieher

Ort: StVE Neustrelitz

K
SV
MfiA
BafnS

Die Strafgefängenen bitten darum, möglichst bald einen Dialog mit der Leitung der StVE unter Mitwirkung des gesamten Strafgefängenenbestandes durchzuführen.

Einzuladen sind:

1 Staatsanwalt, 1 Vertreter der Presse sowie
1 Vertreter des Neuen Forums.

Inhalt des Dialogs sollten Probleme der Vollzugsgestaltung in der StVE Neustrelitz sein.

Sie erklärten, daß von ihnen keine Störungen ausgehen und sie die Arbeit planmäßig aufnehmen werden.

In einem weiteren Gespräch von 19.30 Uhr bis 20.30 Uhr durch den Leiter der StVE mit Strafgefängenen erklärten diese sich damit einverstanden, daß in der Zeit vom 04.12.1989 bis zum 08.12.1989 der gewünschte Dialog geführt wird.

F.
Major der VP

Lagebericht für die Zeit vom 03.12.1989, 05.00 Uhr
bis 04.12.1989, 05.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Veranstaltungen

- Menschenkette Aktion Sühnezeichen

Die Menschenkette hatte sich von 12.00 Uhr bis 12.30 Uhr gebildet, bestand jedoch nicht durchgängig entlang der F 96 bzw. F 104 im Bezirk

Konzentrationen gab es in den Städten

- F 96: Altentreptow (ca. 500), Neubrandenburg (ca. 8.000), Neustrelitz (ca. 5.000) und Jarmen (Kreis Demmin, ca. 8.000). Im Kreis Demmin gab es im Bereich der F96 eine durchgehende Menschenkette.
- F 104: Malchin (ca. 500), Stavenhagen (Kreis Malchin, ca. 1.500) und Teterow (ca. 3.500)

Die Menschen standen z. T. auf der Fahrbahn (Altentreptow, Neubrandenburg, Neustrelitz).

Der fließende Verkehr wurde durch das geringe Verkehrsaufkommen nicht behindert.

In Neddemin, Kreis Neubrandenburg stand die Menschenkette auf dem Mittelstreifen. Einige Bürger versuchten, Kraftfahrzeuge anzuhalten und Kraftfahrzeuginsassen zur Beteiligung an der Menschenkette aufzufordern. Diese Bürger wurden über VP-Lautsprecher zum disziplinierten Verhalten aufgefordert, welches danach auch realisiert wurde.

- die Kreisdelegiertenkonferenz der SED in Demmin verlief ohne Vorkommnisse

- Prenzlau, Demonstration gegen die Stationierung einer Hubschrauberstaffel der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR, 14.20 Uhr bis 15.20 Uhr, ca. 4.000 Personen teilgenommen.

Durch die Demonstration gab es keine Auswirkungen auf den Straßenverkehr.

2. Veranstaltungen am 04.12.1989

- Malchin, Kirche und Stavenhagen, Kirche (Kreis Malchin) jeweils von 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr, Schweigegebet mit anschließender Prozession zur katholischen Kirche
- Neubrandenburg, Johanneskirche, 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr, Friedensgebet mit anschließender Demonstration
- Waren, Georgskirche, 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr, Fürbittgottesdienst mit anschließendem Marsch zum Neuen Markt

Am 03.12.1989 wurden keine Visa erteilt.

Am 03.12.1989 erschienen im Laufe des Tages am Objekt Drewitz, Kreis Waren (Honecker) ca. 1.000 Personen, davon verschafften sich gegen 15.30 Uhr ca. 500 Personen gewaltsam Einlaß.

2 versiegelte Garagentore und einige Jalousien wurden gewaltsam geöffnet, um Einblick in das Innere des Gebäudes zu bekommen.

Weitere Siegel wurden nicht gebrochen.

Gegen 17.30 Uhr verließen sämtliche Personen das Objekt.

Am Objekt Speck, Kreis Waren (Stoph) erschienen gegen 15.00 Uhr ca. 50 Personen, davon verschafften sich ca. 40 Personen durch Aushängen des Eingangstores gewaltsam Zugang zum Objekt, welches sie dann umfassend besichtigten.

Am Objekt Glashütte, Kreis Waren (Kleiber) erschienen gegen 15.00 Uhr ca. 60 Personen und besichtigten dieses.

An beiden Objekten wurden keine Siegel gebrochen.

[...]

F.
Major der VP

Lagebericht für die Zeit vom 04.12.1989, 05.00 Uhr
bis 05.12.1989, 05.00 Uhr

1. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum ständig gewährleistet.

Veranstaltungen

In den Städten Anklam, Malchin, Stavenhagen Kreis Malchin, Neubrandenburg, Templin und Waren fanden in den evangelischen Kirchen Friedensgebete bzw. Fürbittgottesdienste statt.

Sie wurden durch die Kirche bzw. das Neue Forum organisiert. Teilweise fanden im Anschluß Demonstrationen und Dialogveranstaltungen statt.

In der Bezirksstadt nahmen an der Dialogveranstaltung vor dem Objekt der Freien Erde ca. 6.000 Personen teil.

16 Redner traten auf.

Unter anderem wurden folgende Forderungen gestellt:

- Gründung einer „Mecklenburgischen Volkszeitung“
- Ablösung des Generalstaatsanwaltes und des Justizministers
- Angleichung der Gehälter der Funktionäre an die der Arbeiter
- Umbenennung der Leninstraße in Neubrandenburg in Leipziger Straße in Würdigung der Ereignisse in Leipzig
- das Gespräch zwischen dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit Neubrandenburg und Bürgern am 09.12.1989 in dem Gebäude der BPS soll durch Rundfunk übertragen werden
- Bildung einer Arbeitsgruppe „Marienkirche“

Der Redner Stoll (letzter Redner) forderte mit Nachdruck:

„Werden die genannten Forderungen der Vorredner nicht erfüllt, wird der Generalstreik durchgeführt“. Gleichzeitig rief dieser auf, die Demo

am 11.12.1989 von der Johanneskirche aus zum Lindenberg vor dem Gebäude des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit durchzuführen. Während der gesamten Veranstaltung traten keine Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf. Die Forderungen wurden in einem aggressiven Ton vorgetragen.

In Waren versammelten sich von 19.00 Uhr bis 20.40 Uhr nach einem Fürbittgottesdienst ca. 2.000 Personen auf dem neuen Markt vor dem Rathaus.

Unter anderem sprach der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED.

Insgesamt wurden vorrangig folgende Forderungen gestellt:

- Aufdeckung aller Privilegien
- keine Herauszögerung der Ermittlungstätigkeit
- Bildung einer Arbeitsgruppe zur Entscheidung über weitere Verwendung des Gästehauses der SED bzw. Wohnheim Eldenholz
- Parteiorganisationen aus Betrieben entfernen
- in Landwirtschaft, DBD als Betriebsparteiorganisationen
- Generalstaatsanwalt ablösen
- auch in unserer ehemaligen Kreisdienststelle muß Panzerschrank versiegelt werden
- Auflösung der KG der AK
- bei Neuwahl höchstens 20 Prozent SED Beteiligung zulassen
- Datenschutz auf jeder Ebene
- 10 - 15 Plakate mitgeführt, Inhalte: „Freie Wahlen“, „Stasi in die Produktion“, „SED Fluchthelfer“, „Deutschland einig Vaterland“

Am 04.12.1989 gegen 21.00 Uhr erschien der Vorsitzende der DBD des Bezirkes Neubrandenburg Kollege Finner mit einer Delegation im VPKA Templin.

Vorher hatte er an einer Veranstaltung in einer Kirche in Templin teilgenommen.

Er erklärte, daß im KAfNS ein Feuer wäre und er den Verdacht hätte, daß Akten verbrannt würden.

F. bat darum, ihn bei der Besichtigung dieses Feuers durch das VPKA zu unterstützen.

In Abstimmung mit dem Leiter des KAfNS wurde die Besichtigung der Brandstelle freigegeben.

Insgesamt befanden sich ca. 200 Personen vor dem Objekt des KAfNS. Um 22.45 Uhr hatte sich die Personenansammlung, nach dem eine Abordnung von 10 Personen in dem Objekt waren aufgelöst.

Nach Abschluß in der Kirche Malchin zogen ca. 400 Personen zum KAfNS, stellten Kerzen auf die Umfriedung und sangen das Lied der Moorsoldaten.

Im Verantwortungsbereich des VPKA Demmin wurde am Schornstein der Molkerei* ein weißes Transparent mit der Aufschrift „Neues Forum ja, SED nein“ angebracht.

Desweiteren wurde eine Losung mit gelber Farbe angemalt: „Sklaverei, Gerechtigkeit, Freiheit“.

Über den Leiter des Betriebes wurde die Beseitigung dieser Losung veranlaßt.

2. Veranstaltungen für den 05.12.1989 wurden bisher nicht bekannt.
3. Im Berichtszeitraum wurden 1.767 Visa erteilt und 9 ständige Ausreisen genehmigt (siehe Anlage).

R.
Oberstlt. der VP

* *Handschriftliche Ergänzung: „in Jarmen“ [d. Hg.].*

Fernschreiben - Fernspruch - Funkspruch Nr.
Dringlichkeitsstufe Ausnahme

[...]

Lagebericht gemäß Ordnung Nr. 081/83, Anlage 5
Stand: 05.12.1989, 22.00 Uhr

1. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war im Berichtszeitraum gewährleistet. Bedeutsame Veranstaltungen fanden am Berichtstag nicht statt. Veranstaltungen am 06.12.1989 sind nicht geplant.
2. Am 05.12.1989 veröffentlichte die Gruppe „Neues Forum“ der Stadt Teterow auf der Kreisseite der „Freien Erde“ ein Positionspapier, wo unter anderem die Forderung erhoben wurde, am „Vormittag des Heiligabend“ die Waffen der Kampfgruppen öffentlich zu vernichten. Weiterhin wurde behauptet, die Kampfgruppen der SED sollen nicht aufgelöst werden, sondern unter neuem Namen der Polizei unterstellt werden.
3. Auf Grund der Anzeige eines Bürgers aus Ueckermünde gegen den Leiter des Kreisamtes für Nationale Sicherheit Ueckermünde, wurden am 5.12.89 durch den Militärstaatsanwalt Maßnahmen zur Versiegelung getroffen. Um 15.00 Uhr verlangten ca 200 Personen die sofortige Schließung. Daraufhin wurden durch den Militärstaatsanwalt im Beisein mit DVP und „Neues Forum“ alle Räume versiegelt. Die Chiffrierstelle wurde durch die DVP versiegelt. In den Kreisämtern für Nationale Sicherheit Anklam, Demmin, Röbel, Strasburg und Waren wurden verschiedene Räume, Panzerschränke und Kisten versiegelt.
4. Die zusätzlich befohlenen Maßnahmen zur verstärkten Sicherung der Dienststellen und Objekten der DVP wurden realisiert. Die Sicherheit ist gewährleistet.
5. In Neubrandenburg gab es um 17.35 Uhr im Heizkraftwerk einen Ausfall in der Wärmeversorgung. Teilweise Versorgung ist möglich. Ursache ist ein Kurzschluß in der Anlage.
6. Im Berichtszeitraum wurden 4184 Visa und 9 ständige Ausreisen erteilt.

BDVP Neubrandenburg
- Führungsgruppe -

Neubrandenburg, den 06.12.1989

Lagebericht 05.12.1989, 05.00 Uhr bis 06.12.1989, 05.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war gewährleistet.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wurden nicht bekannt.
Für den 06.12.1989 sind keine Veranstaltungen gemeldet.

Die Lage war durch folgende Ereignisse gekennzeichnet:

1. Am 05.12.1989, 14.00 Uhr wurde in Ueckermünde durch den Militärstaatsanwalt im Zusammenwirken mit dem Kreisstaatsanwalt sowie im Beisein eines Vertreters des „Neuen Forums“ und zwei Vertretern der Kirche die Räumlichkeiten des Kreisamtes für Nationale Sicherheit kontrolliert. Gegen 15.00 Uhr versammelten sich ca. 250 Personen vor dem Amt und verlangten dessen sofortige Schließung. Zu diesem Zeitpunkt war ein Korrespondent des Senders Neubrandenburg anwesend. Gegen 16.30 Uhr wurden sämtliche Räume des Amtes, sensible Bereiche durch die DVP, außer das Zimmer des Leiters, versiegelt. Die Mitarbeiter wurden nach Hause geschickt. In der Dienststelle verblieben der Leiter, der OPD sowie ein Posten. Auf Forderung der Vertreter der Kirche und des „Neues Forums“ wurden auf der Grundlage der Sicherheitspartnerschaft zwei Angehörige der DVP und drei Vertreter der Bürgerinitiative zur Sicherung des Objektes eingesetzt. Die Menschenansammlung löste sich gegen 18.30 Uhr ohne Vorkommnisse auf.
2. Durch einen namentlich bekannten Bürger wurde die DVP über das Telefon des Vertrauens des PdVP Berlin darüber informiert, daß sich in Seeberg, Kr. Templin ein Ferienobjekt des Ministers Reichel befinden soll, das offiziell als Stör- und Reservelager der WAB geführt wird.

Eine Prüfung durch die Kriminalpolizei des VPKA Templin hatte folgendes Ergebnis:

Das Objekt Seeberg ist als Stützpunkt Seeberg der Oberbauleitung Lychen in Rechtsträgerschaft der WAB Neubrandenburg. Es besteht aus zwei Lagerhallen mit Störreserven für die 3 Nordbezirke, einem Küchentrakt, der auch für Einrichtungen in Lychen versorgungswirksam

sein soll sowie Schulungs- und Schlafräume, die nicht besonders komfortabel ausgestattet sind. Hier wurden nach bisherigen Erkenntnissen durch Minister Reichel und durch seine Stellvertreter Beratungen, auch mit internationaler Beteiligung, bzw. Schulungen durchgeführt. Anzeichen für eine dem Objekt nicht entsprechende Nutzung wurden nicht festgestellt.

3. Am 05.12.1989 veröffentlichte die Gruppe „Neues Forum“ der Stadt Teterow auf der Kreisseite der Freien Erde ein Positionspapier, in dem u.a. die Forderung erhoben wurde, am „Vormittag des Heiligabend“ die Waffen der Kampfgruppen öffentlich zu vernichten. Weiterhin wurde behauptet, „die Kampfgruppen der SED“ sollen nicht aufgelöst, sondern unter neuem Namen der DVP unterstellt werden.
4. Der Bürger S[...], W[...] aus Templin (Telefon [...]) teilte der DVP über das Telefon des Vertrauens der PdVP Berlin mit, daß die Bürgerinitiative Templin einen Raum im Kreisamt für Nationale Sicherheit für Überwachung der Dienststelle fordert. Sie hat diesbezüglich um eine Aussprache mit dem Staatsanwalt des Kreises ersucht. Über das VPKA Templin wurden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, in deren Ergebnis dem o.g. Bürger die Antwort gegeben wurde, daß heute eine Aussprache zwischen dem Leiter des Kreisamtes für Nationale Sicherheit, Staatsanwalt und Bürgerinitiative durchgeführt wird.
5. Im Kreisamt für Nationale Sicherheit Waren wurden alle Räume und die Außentür des Amtes selbst durch den Kreisstaatsanwalt versiegelt. Das Objekt wird von außen durch Angehörige des Kreisamtes für Nationale Sicherheit bewacht. Es wurde in den schutzpolizeilichen Streifen-dienst einbezogen.

Die Führung der Kräfte und Mittel ist gewährleistet. Die Angehörigen zeigen weiterhin eine hohe Einsatzbereitschaft bei der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben.

P.
Oberstltn. der VP

BDVP Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, 07. Dez. 1989

L a g e b e r i c h t

06.12.1989, 05.00 Uhr, bis 07.12.1989, 07.00 Uhr

Lagebezogen war im Berichtszeitraum die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Entsprechend den Weisungen wurden die gestellten Aufgaben realisiert.

Die Hauptanstrengungen waren gerichtet auf

- Sicherung des gesellschaftlichen Lebens,
- Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben zur Sicherung von Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit in Zusammenarbeit mit den neuen gesellschaftlichen Gruppen,
- Durchsetzung der Sicherheit und Ordnung in den eigenen Dienststellen und Objekten.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- 3 Veranstaltungen in Demmin, Loitz und Neustrelitz, organisiert durch evangelische Kirche bzw. „Neues Forum“.
Die Veranstaltung in Demmin war verbunden mit einem Marsch mit ca. 200 Teilnehmern. Im Demonstrationzug wurden Losungen, wie:
 - „Gegen Korruption und Vertuschung“,
 - „Gegen Machtmißbrauch und Bereicherung“,mitgeführt.
Störungen im Zusammenhang mit den Veranstaltungen traten nicht auf.
- Informationen über das Telefon des Vertrauens:
 - Namentlich bekannte Bürgerin aus Neuendorf A, Kreis Ueckermünde (Mitglied „Neues Forum“) teilte den Verdacht der Vernichtung von Unterlagen am 28.11.1989 durch Angehörige der NVA auf der Mülldeponie in Anklam mit. Beim Gespräch in der Dienststelle Relzow, Kreis Anklam, wurde Einsicht in Unterlagen verwehrt.

Entsprechende Maßnahmen der Prüfung werden am 07.12.1989, 08.00 Uhr, durch MSTA in Anklam sowie Befragung der Bürgerin durch VPKA Ueckermünde eingeleitet bzw. durchgeführt.

- Durch anonymen Anruf wurde bekannt, daß im RWN Neubrandenburg, Abt. Werkzeugbau, in einem Panzerschrank Dokumente lagern; ein Teil der Dokumente soll schon ausgelagert sein. Die Überprüfung durch Staatsanwalt, K und Betriebsangehörige ergab, daß es sich um normale Betriebsunterlagen bzw. Projektierungsunterlagen handelt.
- Ein namentlich bekannter Bürger teilte mit, daß im Sperrgebiet des RWN (Klein Nemerow) in den letzten 3 Jahren 3 Finnhütten gebaut wurden, davon gehört eine dem Betriebsdirektor und dem Parteisekretär.
Prüfungshandlungen werden durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet.
- Ein anonym Anrufer aus Friedland teilte mit, daß die Genn. M. Müller noch immer mit ihrem Dienstwagen (Volvo) fährt. Information an Staatsanwaltschaft, von dort die Mitteilung, daß die Genn. Müller ab 07.12.1989 nicht mehr mit diesem Dienstwagen fährt.
- Schließung bzw. Versiegelung Teilbereiche von Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit.
Geschlossen wurden die Kreisämter Demmin, Neustrelitz, Ueckermünde und Waren.
Teilbereiche wurden in den Kreisämtern Altentreptow, Malchin, Pasewalk und Templin versiegelt.
Die Sicherung erfolgt durch Angehörige der DVP in Sicherheitspartnerschaft mit neuen gesellschaftlichen Gruppen. Die Einbeziehung der anderen Dienststellen in die operative Tätigkeit ist organisiert.
- Blockierung des Kurierfahrzeuges bei der Ausfahrt aus der StVE Ueckermünde durch 8 bis 10 Personen. Sie verlangten Einsichtnahme in das Kuriergut. Nachdem der Kuriertruppführer ihnen erklärte, daß dies nicht möglich ist (kein Schlüssel), konnte das Kurierfahrzeug seine Fahrt fortsetzen.

[...]

Im Zusammenhang mit den angewiesenen Maßnahmen zur Sicherung der Dienststellen wurden am 06.12.1989 Kontrollen in den VPKÄ Neustrelitz und Pasewalk sowie im TPA durchgeführt. Die Maßnahmen zur verstärkten Sicherung der Objekte in den Dienststellen wurden nicht im vollen Umfang realisiert. Wesentliche Feststellungen:

- VPKA Neustrelitz
 - keine Sicherung durch zweiten Posten mit Waffe beim Einlaß
 - Objekt II - kein Verschuß des Tores zum Objekt
 - keine durchgehende Planung der Besetzung des EKD durch 2 Posten
- VPKA Pasewalk
 - Toreinfahrt durch Posten ohne Kontrolle, ohne Waffe und Sicherung geöffnet
- TPA
 - kein 2. Posten in der Objektsicherung der Dienststelle (Einsatzkräfte insgesamt 13 Angehörige)

Die Auswertung der Kontrollergebnisse ist in den Dienststellen erfolgt.

[...]

Bedeutsame Veranstaltungen für den 07.12.1989 sind gegenwärtig nicht bekannt.

Nach Beendigung der Stabsdienstzeit am 06.12.1989 sind folgende bedeutsame Aufgabenstellungen eingegangen:

- Kommandierung eines GTW zur StVE Brandenburg zum Transport von Strafgefangenen zur StVE Neustrelitz. Bei dem Transport handelt es sich um meuternde Strafgefangene. Abfahrt des GTW um 00.20 Uhr in Richtung Brandenburg, Stärke 1:4 (Meldung LD, Aufgabenstellung an BD SV, Information an K-Dienst). Die Rückfahrt des GTW erfolgt im Laufe des heutigen Vormittags, entsprechende Informationen werden von der Führungsgruppe BDVP Potsdam und StVE Brandenburg gegeben.
- Aufgabenstellung im Zusammenhang mit der Amnestie
- Befehl Nr. 119/89 des Ministers für Innere Angelegenheiten - Sicherung Parteitag
- Außerkraftsetzung von Weisungen

W.
OSL der VP

BDVP - Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 08.12.1989

Lagebericht

vom 07.12.1989, 07.00 Uhr bis 08.12.1989, 07.00 Uhr

Die öffentliche Ordnung und Sicherheit war durchgängig gewährleistet.
Die befohlenen Aufgaben wurden realisiert.

- die zum VPKA Waren kommandierten Kräfte sind wie festgelegt eingetroffen, wurden umfassend eingewiesen und lösen die befohlenen Sicherungsaufgaben.
- der zur StVE Brandenburg in Marsch gesetzte GTW ist um 17.40 Uhr ohne Strafgefangene wieder in der StVE Neustrelitz eingetroffen. Auf Entscheidung des MfIA wurde die vorgesehene Verlegung nicht vorgenommen.
- die Sicherungsmaßnahmen an den Objekten der KÄfNS waren durchgängig gewährleistet und werden weitergeführt.
- die zusätzlich angewiesenen Sicherungs- und Aufklärungsmaßnahmen in der Stadt Röbel waren zweckmäßig. Vermutete Gewaltmaßnahmen gegen die Dienststelle des KAfNS fanden nicht statt.
Die Maßnahmen wurden um 24.00 Uhr aufgehoben.

Das gesellschaftliche Leben verlief ohne Störungen. In den eigenen Dienststellen und Objekten war die Ordnung und Sicherheit gewährleistet.

Die Lage war gekennzeichnet durch:

- Drei Veranstaltungen in Neukalen, Kreis Malchin, Neustrelitz und Pasewalk. Die Demonstration in Neukalen, organisiert durch die ev. Kirche, bewegte sich nach dem Gottesdienst (ca. 80 - 100 Personen) ca. 400 m im Stadtgebiet und löste sich auf.
Transparente wurden nicht mitgeführt. Forderungen wurden nicht erhoben. Die Demonstration in Neustrelitz war organisiert vom „Neuen Forum“. 2500 Teilnehmer übergaben vor dem VPKA an den Leiter eine Resolution (Wortlaut im Anhang zum Lagebericht an das MfIA). Die Demonstranten bewegten sich dann weiter zur KL/SED und lösten sich dort ohne Störungen auf.
Auf der Kundgebung in Pasewalk wurden solche Forderungen erhoben wie:
 - Reduzierung der NVA um 50 %

- Rücktritt des Ratsvorsitzenden
- Übernahme der KL der SED in Volkseigentum

Alle Veranstaltungen verliefen ohne Störungen.

- Informationen, Meldungen bzw. Anzeigen liefen über das Telefon des Vertrauens nicht auf.
- Mit der Versiegelung von Diensträumen in den Dienststellen des KAfNS Prenzlau und Teterow sind nun alle Dienststellen davon betroffen. Die Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen sind organisiert und werden mit hoher Disziplin realisiert. Mit den zum VPKA Waren zukommandierten Kräften werden die Objekte Drewitz, Birkenheide und Somoler See exakt gesichert.

Die Versorgung erfolgt durch das FH/MdI Malchow.

Gegen 21.00 Uhr wurde durch die Führungsgruppe VPKA Neubrandenburg gemeldet, daß Sicherungskräfte im BAFNS beim Kontrollgang feststellten, daß an einer Tür im Block C eine Plombe beschädigt ist. Es erfolgte eine Verbindungsaufnahme mit dem diensthabenden Staatsanwalt. Durch Staatsanwalt Appel und Zastrow wurde der rechtliche Zustand wieder hergestellt.

Bekannt wurde, daß durch eigene Kräfte des BAFNS die Objektumzäunung vollständig entfernt wurde.

[...]

- Weiterhin wurde bekannt, Beschädigung der gläsernen Tafeln mit der Bezeichnung der SED Bezirksleitung und Rat des Bezirkes mittels Steinwurf durch unbekannte Täter. Im ersten Angriff wurden durch die FSTw-Besatzung 2 Verdächtige zugeführt.

Im Ergebnis der Kontrolltätigkeit wurden Mängel in der Durchsetzung befohlener Sicherungsmaßnahmen festgestellt.

- VPKA Prenzlau
 - keinen 2. Genossen in der Objektsicherung am Tage
 - 50 % Hausbereitschaft nur am Wochenende
 - Objektsicherungs- und Verteidigungsplan nicht in der erforderlichen Qualität.
 - Stabschef und Stellv. PA vertreten die Auffassung die Weisung des Chefs zu dieser Problematik wäre eine Reglementierung - Sie in

Prenzlau wüßten am besten, was sie auf Grund der Lage zu tun hätten.

- VPKA Teterow
 - Nur ein Genosse der Objektsicherung mit MPi ausgerüstet
 - In Dokumenten noch Bezeichnungen, die die enge Verbindung zum ehemaligen MfS, zur Partei u.a. dokumentieren (keine Präzisierung).
- Die Auswertung erfolgte in den Dienststellen. Veränderungen wurden angewiesen.

In Durchsetzung des Befehls Nr. 119/89 des Ministers für Innere Angelegenheiten werden in den Dienststellen die Maßnahmen realisiert.

Die Delegierten der Bezirksdelegation treffen in eigener Verantwortung der KL/SED bis 14.00 Uhr in Neubrandenburg ein.

Zum Transport nach Berlin werden 3 KOM eingesetzt, Abfahrt 14.30 Uhr. Es wird nicht im Konvoi gefahren. Als Fahrtstrecke ist die F 96 festgelegt. Die Fahrtstrecke der Parteitagsdelegation des Bezirkes Rostock verläuft auf der A 15. Abfahrt ist 12.45 Uhr.

Bedeutsame Veranstaltungen für den 08.12.1989:

- Teterow, Marktplatz, 19.00 Uhr Kundgebung „Neues Forum“
Themen:
 - Erhaltung der DDR als soziale Demokratie oder Vereinigung mit der BRD
 - Bestrafung der SED-Verbrechen
 - Auflösung der Kampfgruppen
 - Übergabe des ZK-Objektes am Teterower Berggring in den Besitz des Kreises Teterow

Kräfteinsatz für die Zeit vom 08.12. - 09.12.1989

- Führungskräfte = 73
- VK/S = 255
- ABV = 203
- Kontrollkräfte = 34

Erteilte Visa für:

- Privatreisen = 2015
- ständige Ausr. = 15

Gesamtstand 07.12.1989

- Privatreisen = 407.567
- ständige Ausr. = 723

B.
Oberstltn. der VP

BDVP - Neubrandenburg
Führungsgruppe

Neubrandenburg, den 09.12.89

Lagebericht

vom 08.12.1989, 07.00 Uhr bis 09.12.1989, 07.00 Uhr

Im Berichtszeitraum war die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet. Vorkommnisse und Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Zusammenhang mit dem ausserordentlichen Parteitag der SED traten nicht auf.

Die Lage war gekennzeichnet durch

- eine Kundgebung des Neuen Forum auf dem Marktplatz von Teterow von 19.00 Uhr bis 19.50 Uhr, an der ca. 200 Personen teilnahmen. Es sprachen 7 Redner zu den Themen
 - Erhaltung der DDR als soziale Demokratie oder Vereinigung mit der BRD
 - Bestrafung der SED-Verbrecher
 - Auflösung der Kampfgruppen
 - Übergabe des ZK-Objektes am Teterower Berggring in den Besitz des Kreises TeterowStörungen traten nicht auf.
- Die Staatsanwaltschaft nahm im Beisein von Vertretern der Bürgerinitiative im Kreis Waren in den Objekten Drewitz und Birkenheide eine Bestandsaufnahme vor.
- Im Kreis Ueckermünde wird aufgrund der Ablehnung der Bürger kein Transport vom Kreisamt für Nationale Sicherheit zum Bezirksamt erfolgen. Die festgelegten Maßnahmen der VP dazu werden nicht realisiert. Der am Kreisamt für Nationale Sicherheit eingesetzte Posten der VP verbleibt am Objekt.

Im Ergebnis der Kontrolltätigkeit wurden folgende Mängel sichtbar:

- VPKA Malchin - der 2. Posten des EKD kommt nur in der Zeit von 18.00 Uhr bis 07.00 Uhr zum Einsatz, Grund: keine Kräfte wegen anderer Sicherungsaufgaben

- VPKA Ueckermünde - der 2. Posten des EKD kommt erst ab 19.00 Uhr zum Einsatz, Grund: Kräfte reichen nicht aus
 - in allen Führungsdokumenten unaktuelle Begriffe und Festlegungen wie z.B. ZW mit MfS, Meldung an KL SED usw.
 - beim EKD keine Postenanweisung vorhanden, aber eine veraltete Hausordnung vom 01.10.1983
 - seit einer Woche erfolgte keine Kontrolle des Wachdienstes

Bedeutsame Veranstaltung für den 09.12.1989:

- Teterow, Sportplatz; Grüner Weg, 14.00 Uhr Demonstration unter dem Thema „Entscheidung für die Zukunft unseres Landes“, Veranstalter: Kirche, Neues Forum und NDPD, ca. 3000 Teilnehmer

Kräfteeinsatz 09.12.89

- Führungskräfte = 65
- VK/S = 200
- ABV = 109
- Kontrollkräfte = 26

Reiseverkehr

- erteilte Visa = 409242*
- ständige Ausreise = 737*

R.
Oberstleutnant der VP

* Die Zahlen von 409.242 Visa und 737 ständigen Ausreisen beziehen sich auf den Zeitraum 16.11.-8.12.1989 [d. Hg.].

Anhang

Das Verhältnis von Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit, dargestellt am Beispiel des Kampfes gegen die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs

Von Georg Herbstritt

Die folgende Studie umfaßt den gesamten Zeitraum der SBZ/DDR-Geschichte von 1945 bis 1989. Sie bewegt sich dabei auf zwei Ebenen, zwischen denen es aber viele Verbindungen gibt. Auf der einen Ebene geht es um Kirchengeschichte, konkret um die Politik des SED-geführten Staates gegenüber der mecklenburgischen Landeskirche. Auf der anderen Ebene geht es um das Verhältnis von Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit, vor allem um das sogenannte „politisch-operative Zusammenwirken“ beider Institutionen. Durch die Verknüpfung beider Ebenen wird die bedeutende Rolle der Volkspolizei bei der Umsetzung politischer Vorgaben erkennbar.

Die Anfänge:

Kooperation und Konkurrenz zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit

Als unmittelbar nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone mit dem Neuaufbau der Polizei begonnen wurde, besaß die Volkspolizei zunächst eine Monopolstellung: es gab keine anderen Sicherheitsorgane, sofern man von den sowjetischen Einrichtungen absieht. Doch schon nach wenigen Monaten begann man innerhalb der Volkspolizei mit dem Aufbau einer gesonderten politischen Polizei, der sogenannten K 5. Der SMAD-Befehl 201 vom 16. August 1947 unterstützte und verstärkte diese Entwicklung. Das Kommissariat 5 blieb zwar formal Bestandteil der Kriminalpolizei, verfügte aber über erweiterte Befugnisse und besondere Aufgabengebiete und arbeitete abgeschirmt von den übrigen Abteilungen der Volkspolizei. So entstand bereits unter dem Dach der Polizei ein neuer Geheimdienst. Tatsächlich war die K 5 ein Vorläufer des MfS, und als die Volkskammer im Februar 1950 die Gründung eines Ministeriums für Staatssicherheit beschloß, bildete die K 5 zusammen mit Mitarbeitern der im Oktober 1949 gegründeten „Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft“ den Grundstock des neuen Ministeriums.¹¹

¹¹ Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression, Dresden und Berlin 1996, S. 14f (in den folgenden Anmerkungen abgekürzt mit: LStU Berlin/Sachsen); Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 453-458; Jochen Laufer: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland, in: Bernd Flo-rath, Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste

Das Verhältnis von Volkspolizei und Staatssicherheit war nun gleichermaßen gekennzeichnet von Kooperation, Konkurrenz und Aufgabenüberschneidungen. Doch bereits in den ersten Jahren gelang es dem MfS, sich gegenüber der Volkspolizei eine Vorrangstellung zu erkämpfen. 1952 existierten bei der SED-Führung konkrete Pläne, das MfS zum alleinigen Sicherheitsministerium auszubauen und ihm die gesamte Volkspolizei zu unterstellen. Dieses Vorhaben stieß aber auf den Widerstand der Sowjetischen Kontrollkommission und konnte nicht umgesetzt werden.¹²

Am 8. Dezember 1953 erließ der damalige Chef der Staatssicherheit, Ernst Wollweber, die Anordnung Nr. 15/53 über die Zusammenarbeit der Staatssicherheit mit der Volkspolizei. Mit dieser Anordnung sicherte sich die Staatssicherheit ihre Vorrangstellung gegenüber der Volkspolizei. Unter anderem mußten die jeweiligen VP-Dienststellen den entsprechenden Dienststellen der Staatssicherheit täglich eine Abschrift ihrer Rapportmeldungen überlassen und waren auch sonst in jeder Hinsicht unbegrenzt auskunftspflichtig. Die Staatssicherheit sicherte sich auch das Recht, jederzeit Einsicht in sämtliche Polizeiunterlagen zu nehmen, bis hin in die Meldekarteien der Abteilung Paß- und Meldewesen. Ferner bekam sie Einfluß auf die Abschnittsbevollmächtigten (ABV) der Volkspolizei zugestanden.¹³ Sie durfte auch alleine entscheiden, welche Fälle sie selbst bearbeiten wollte und welche Fälle sie der Volkspolizei überließ. Seitens der Volkspolizei erging am 7. Januar 1954 der Befehl Nr. 3/54, unterzeichnet vom Chef der Deutschen Volkspolizei, Karl Maron. Dieser Befehl war fast wörtlich identisch mit der Anordnung Nr. 15/53. Zumindest auf dem Papier hatte die Volkspolizei ihre zweitrangige Stellung im Gefüge der Sicherheitsapparate akzeptiert. Auf seiten der Staatssicherheit oblag der (Haupt-)Abteilung VII durchgängig von 1950 bis 1989 die Überwachung der Volkspolizei, ebenso koordinierte die (Haupt-)Abteilung VII das Zusammenwirken beider Sicherheitsapparate.¹⁴

und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146-168, bes. S. 161f; Karl Wilhelm Fricke: Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit, in: ebd., S. 123-145, bes. 124f.

¹² LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 18.

¹³ Zu den Aufgaben der rund 7.000 ABV in der DDR vgl. Thomas Lindenberger: Die Deutsche Volkspolizei (1945-1990), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 97-152, bes. S. 115-117.

¹⁴ Anordnung des Ministers des Innern der Regierung der DDR Nr. 15/53, Berlin, 8.12.1953, Inhalt: Zusammenarbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit mit den Organen der Deutschen Volkspolizei; Befehl des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 3/54, Berlin, 7.1.1954, Inhalt: Zusammenarbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit mit den Organen der Deutschen Volkspolizei; dazugehörig auch der Befehl des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 3a/54, Berlin, 4.2.1954; alle vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgut-

Das interne Statut der Staatssicherheit vom 15. Oktober 1955 räumte der Staatssicherheit die Möglichkeit ein, auch selbst Polizeibefugnisse wahrzunehmen. Das war zu diesem Zeitpunkt freilich schon längst gängige Praxis. Die Staatssicherheit war also kein „normaler“ Geheimdienst, sondern hatte sich als neue Geheimpolizei etabliert. Als 1968 in der DDR zum ersten Mal ein Volkspolizeigesetz verabschiedet wurde, erhielt das MfS wiederum umfassende polizeiliche Befugnisse zugestanden.¹⁵ In der Bevölkerung wußte man zwar nichts von einem Statut der Staatssicherheit oder anderen Festlegungen. Aber die Staatssicherheit verbreitete durch ihr Auftreten von Anfang an dermaßen Angst und Schrecken, daß sich die Bürger sofort an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert fühlten. In einer MfS-internen Darstellung über die frühen fünfziger Jahre heißt es dazu: „Die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit in dieser Zeit war sehr stark behindert durch das Mißtrauen der Menschen, die das MfS mit der Gestapo und dem SD verglichen. Das Mißtrauen, welches dem Machtapparat des Faschismus entgegengebracht wurde, übertrug man auch auf das MfS.“¹⁶

In der alltäglichen Praxis führten die weitreichenden Befugnisse der Staatssicherheit oft zu Verstimmungen bei der Volkspolizei. Die Abteilung Paß- und Meldewesen, die Anfang der fünfziger Jahre in der damaligen Landesbehörde der Volkspolizei Mecklenburg unter anderem für die Überwachung der Kirchen, Religionsgemeinschaften und Sekten verantwortlich war, berichtete schon im April 1952: „Die unsererseits oft angestrebte enge Zusammenarbeit mit dem M.f.S. konnte [auf Landesebene] erst in diesem Quartal zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst werden. Wöchentlich findet jetzt eine Arbeitsbesprechung mit gegenseitigem Erfahrungsaustausch statt. Die Zusammenarbeit in den Kreisen zwischen dem M.f.S. und unseren VP-Ämtern ist jedoch noch äußerst mangelhaft in Bezug auf den Erfahrungsaustausch. Hier war es bisher

verwaltung. Das MfS wurde 1953 zu einem Staatssekretariat zurückgestuft und dem MdI zugeordnet. 1955 wurde es wieder ein eigenes Ministerium.

¹⁵ Fricke, S. 130f. Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei vom 11. Juni 1968, in: Gesetzblatt der DDR Teil I, Nr. 11, S. 232-237, bes. S. 237 (§ 20 (2)). Bis 1968 waren die Rechtsgrundlagen für allgemeinpolizeiliche Maßnahmen in der DDR die folgenden: Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz (PVG) vom 1.6.1931; Landesverwaltungsverordnung für Thüringen vom 10.6.1926 i.d.F. v. 26.11.1945; Polizeiverwaltungsgesetz von Mecklenburg-Strelitz vom 8.3.1930; „A-Gesetz“ (Gesetz über Kompetenzverhältnisse zwischen Justiz- und Verwaltungsbehörden vom 28.1.1835[!]); daneben galt in Sachsen gewohnheitsrechtlich das PVG. Diejenigen BDVP, deren Bezirk mehrere der früheren Länder abdeckte, unterlagen damit sogar mehreren alten Landesgesetzen, vgl. Otto Elle: Zur Entwicklung der allgemeinen polizeilichen Aufgaben und Befugnisse, Berlin (Ost) 1958, S. 148f.

¹⁶ Die Bildung des MfS am 8. Februar 1950 - eine historische Notwendigkeit beim Aufbau der DDR. Ausführungen aus Material der Juristischen Hochschule [des MfS] über die Geschichte des MfS, undatiert, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., AKG Nr. 171, Bl. 8.

immer so, daß nur unsere Dienststellen aufgetretene Besonderheiten dem M.f.S. mitteilten, jedoch von diesen Dienststellen in den Kreisen kaum mal ein Hinweis gegeben wurde.“¹⁷

Derartige Beschwerden kamen auch in den folgenden Jahren immer wieder zur Sprache. Mitarbeiter des Sachgebiets Erlaubniswesen der VP, das seit 1953 für die Überwachung der Kirchen zuständig war, berichteten im Dezember 1958 in Neubrandenburg auf einer Arbeitstagung über ihre alltäglichen Erfahrungen. Besonders heftige Kritik kam aus dem Kreis Prenzlau: „MfS kommt nur, um sich Hinweise zu holen, uns sagen sie aber niemals etwas. Sie kommen immer von hinten rum mit allem, sollen sie doch sagen, dass sie sich mit dem jeweiligen beschäftigen, dann wissen wir Bescheid und wir selber machen nichts mehr daran. ... MfS müsste sich öfter sehen [lassen], nicht nur wenn sie etwas gebrauchen.“ Ähnlich äußerten sich die VP-Genossen aus den Kreisen Ueckermünde und Templin. Und der Genosse aus Waren ergänzte noch: „Die Zusammenarbeit ist gar nicht vorhanden, keiner weiss was vom anderen, wie es in Kirchensachen aussieht.“¹⁸ Anders sah es offensichtlich im Kreis Strasburg aus. Von dort berichtete der zuständige VP-Genosse nur Gutes. Mitarbeiter des MfS kämen mindestens zweimal in der Woche bei ihm vorbei und gäben ihm auch stets Auskunft über Vorgänge, die durch das MfS bearbeitet würden und bei denen die VP deshalb nichts unternehmen sollte.¹⁹

Auch im Bezirk Schwerin gab es immer wieder Anlaß zu Beschwerden. Dort zog man gelegentlich auch entsprechende Konsequenzen. So hatte beispielsweise ein Schweriner VP-Oberrat 1955 alle Mitarbeiter der Abteilung Paß- und Meldewesen im Bereich der BDVP Schwerin angewiesen, keine Materialien mehr an die Staatssicherheit herauszugeben. Er begründete das damit, daß die Staatssicherheit in den Unterlagen des Paß- und Meldewesens Chaos und Lücken verursacht habe, was der Leiter der Schweriner MfS-Bezirksverwaltung, Oberst Wilhelm Müller, dann auch bestätigen mußte.²⁰

Da Volkspolizei und Staatssicherheit in den fünfziger und frühen sechziger Jahren gelegentlich sowohl mit den gleichen Mitteln und Methoden als auch gegen die gleichen Zielgruppen arbeiteten, kam es immer wieder zu Überschneidungen. Beide Sicherheitsapparate ermittelten häufig gegen dieselben

¹⁷ LBDVP Mecklenburg, Abt. PM - Ref. PM 2, 3.4.1952: Bericht für das I. Quartal 1952, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 170, Bl. 94.

¹⁸ BDVP Neubrandenburg, Erlaubniswesen, 23.12.1958: Protokoll über die Arbeitstagung der Abt. E der BDVP Nbg. am 5.12.1958, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 184f.

¹⁹ Ebd., Bl. 184f.

²⁰ Vgl. Richtlinie des Leiters der BVfS Schwerin, 22.02.1955 betr. Zusammenarbeit mit der Volkspolizei, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, BdL Dok. 400316, unpaginiert, 2 Seiten.

Personen, ohne sich darüber zu informieren. Ebenso fiel es manchen Volkspolizisten offensichtlich schwer zu entscheiden, welche Vorfälle sie noch selbst bearbeiten sollten und welche sie umgehend an das MfS abgeben sollten. Das führte gerade in den fünfziger Jahren mehrfach dazu, daß man sich seine Ermittlungsarbeiten gegenseitig zunichte machte.²¹ Der Chefinspekteur der mecklenburgischen Landespolizei, Paul Ludwig, schrieb in dieser Angelegenheit im Februar 1952 den Leiter des VPKA Wismar an und führte unter anderem aus:

„Ein Beispiel, wie man nicht an solche Aufgaben herangeht, war vor einigen Tagen im VPP Schwerin zu verzeichnen, wo ein VP-Hauptwachtmeister bei Auffinden eines Hetzblattes in einer Schule 6 Schüler im Durchschnittsalter von ca. 15 Jahren informatorisch zu diesem Vorfall vernahm.

[...] die Folge der informatorischen Vernehmung dieser 6 Jugendlichen wird sein, daß diese 6 Jugendlichen von der Vernehmung ihre Eltern, ihre Mitschüler usw. in Kenntnis setzen, die es wiederum weitertragen und dieses somit einem grossen Kreis der Öffentlichkeit preisgegeben wird, was einerseits kein gutes Licht auf die Arbeit der Volkspolizei wirft, zum anderen der tatsächliche Täterkreis gewarnt und die Ermittlungen infolgedessen erschwert werden.

In Zukunft muß ständig darauf geachtet werden, daß Vorfälle dieser Art, sofern sie durch eigene Feststellung von VP-Angehörigen, gleich welcher Dienstzweige, oder durch Mitteilung aus der Bevölkerung, sofort der Kriminalpolizei, Sachgebiet C 10, zugeleitet werden, von wo aus umgehend das zuständige MfS verständigt wird und nach gemeinsamer Absprache die weitere Bearbeitung erfolgt.

Dasselbe trifft zu bei Personen die sich abfällig gegenüber unserer Deutschen Demokratischen Republik bzw. der Sowjetunion und den Volksdemokratien äussern. Auch hier sind Fälle zu verzeichnen gewesen, wo solche Personen von Angehörigen der Schutzpolizei in Haft genommen wurden, ohne daß vorher die notwendigen Feststellungen getroffen wurden und eine Absprache von Seiten der Leitung mit MfS und dem Kreissekretariat der Partei erfolgte. In der Endkonsequenz mußten diese Personen aus der Haft entlassen werden,

²¹ Vgl. z.B. den Bericht des Sachgebiets Vereins- und Versammlungswesen über das zweite Quartal 1951, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 170, Bl. 42 oder die Aussagen auf einer Arbeitstagung der BDVP Neubrandenburg, Abt. E, am 15.11.1957, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 341. Die selben Probleme existierten vor Gründung des MfS bereits zwischen der VP und dem MfS-Vorläufer K 5 (wobei die K 5 formal zur VP gehörte), vgl. das Rundschreiben Nr. 613 der Landespolizeibehörde in Schwerin, 20.1.1949, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 7, Bl. 24.

weil die Voraussetzungen zur Einleitung eines Verfahrens nach der Direktive 38 nicht gegeben waren. [...]“²²

Diese polizeiinterne Kritik zeigt einerseits, daß die Volkspolizei in der damaligen Zeit mehr als nur eine untergeordnete Rolle bei der politischen Unterdrückung gespielt hatte. Sie zeigt andererseits, daß die Volkspolizei auch bei politischen Fällen unabhängig vom MfS tätig wurde, daß dies aber von der Führungsebene nicht gewünscht war. Dennoch wurde immer wieder betont, so beispielsweise auf einer Besprechung von Leitern der Abteilungen Kriminalpolizei im Bezirk Neubrandenburg im November 1959, „daß beide Genossen in verschiedenen Organen der staatlichen Sicherheit eine gemeinsame Aufgabe, nämlich den Klassengegner aufzuspüren und unschädlich zu machen, als Parteauftrag durchzuführen haben.“²³ Gerade in den Jahren 1952 bis 1961 gab es mehrere spektakuläre Aktionen, die als gemeinsame Aufgabe durchgeführt wurden. Auch hierbei hatte die Volkspolizei gezeigt, daß sie mehr war als nur ein Hilfsinstrument der Staatssicherheit. Die Staatssicherheit wäre damals aufgrund ihrer noch dünnen Personaldecke gar nicht in der Lage gewesen, die Sicherheitsbedürfnisse der SED zu befriedigen. Sie verfügte 1953 über knapp 11.000 hauptamtliche Mitarbeiter, denen über 90.000 Volkspolizisten gegenüberstanden.²⁴ Als Anfang 1953 im Rahmen der „Aktion Rose“, einer der größten organisierten Unrechtsaktionen in der DDR, Hunderte von Hotel- und Gaststättenbesitzern entlang der Ostseeküste enteignet und inhaftiert wurden, war es folgerichtig fast ausschließlich die Volkspolizei, die diese Aktion durchführte. Auch an der Planung und Durchführung der Zwangsaussiedlungen aus dem innerdeutschen Grenzgebiet in den Jahren 1952 und 1961, bei denen Tausende von Menschen auch in Westmecklenburg über Nacht aus ihren Häusern und von ihren Höfen vertrieben und ins Landesinnere verbracht wurden, war die Volkspolizei maßgeblich beteiligt. Ähnlich verhielt es sich bis in die Jahre 1960/61 bei der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.²⁵ Daneben gab es unzählige, aber weniger spektakuläre

²² LBDVP Mecklenburg, Abt. K, Schwerin, 27.2.1952, persönlich/vertraulich, an den Leiter des VPKA Wismar: Betr.: Bearbeitung von Vorgängen bei Provokationen und ähnlicher Delikte, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 8, Bl. 139. Die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12.10.1946 regelte die Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbecher. In Verbindung mit dem SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16.8.1947 entwickelte sich daraus eine Grundlage für die Verfolgung politischer Gegner im allgemeinen.

²³ Vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 86, Bl. 197.

²⁴ Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (= BStU (Hg.): Anatomie der Staatssicherheit - MfS-Handbuch, Bd. IV/1), Berlin 1995, S. 98; Lindenberger, S. 107. Die Zahlen zur VP beinhalten nicht die Kasernierte VP, die Transportpolizei, die Bereitschaften und die Grenzpolizei.

²⁵ Bernhard Marquardt: Menschenrechtsverletzungen durch die Deutsche Volkspolizei, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. IV, S.

gemeinsame Aktionen beider Sicherheitsapparate. Ein Bericht der Abteilung Paß- und Meldewesen vom Sommer 1952 ist hierfür sehr typisch: Im Zusammenhang mit der Überwachung und Bekämpfung der evangelischen Jungen Gemeinde hieß es in einem Polizeibericht: „Erwähnt werden muß noch, daß die geplante [Jugend-] Tagung in Rostock am 22.6.52 durch die gute Zusammenarbeit der VPD Rostock mit der örtlichen Dienststelle des MfS nicht zur Durchführung kam.“²⁶

Die Volkspolizei im Kampf gegen die Kirchen

Die Volkspolizei spielte für die Politik des Staates gegenüber den Kirchen also eine entscheidende Rolle. Über die Aufgabe des Dienstzweiges Erlaubniswesen im Rahmen der staatlichen Kirchenpolitik hieß es in einer BDVP-internen Besprechung im Mai 1960 entsprechend: „Um zu erreichen, daß alle Religionsgemeinschaften die Durchsetzung der Politik unseres Staates unterstützen bzw. zumindest nicht hemmend auf die sozialistische Entwicklung wirken, ist es notwendig, alle Versuche und Bestrebungen der reaktionären Kreise der katholischen und evangelischen Kirche, die sozialistische Umwälzung zu stören und zu verhindern, konsequent aufzudecken und den dafür zuständigen Stellen mitzuteilen.“²⁷

Um den Kampf gegen die Kirchen erfolgreich zu führen, versuchte die Volkspolizei zunächst, kirchliche Bindungen in den eigenen Reihen zu lösen. Wie sehr das aus Sicht der Volkspolizei nötig war, erhellt ein Vorfall aus dem Herbst 1951. Die Kirchenkreisverwaltung Rostock der mecklenburgischen Landeskirche hatte eine statistische Erhebung durchführen wollen, um die Kirchenmitgliederkartei auf einen aktuellen Stand zu bringen. Zu diesem Zweck ließ sie mit ausdrücklicher Erlaubnis der Landesdruckgenehmigungsstelle Listen drucken und schickte damit freiwillige kirchliche Helfer in sämtliche Rostocker Haushalte. Während die Aktion noch lief, erfuhr die Volkspo-

655-759, bes. 678-693; vgl. auch die umfassende Darstellung von Inge Bennwitz und Rainer Potratz: *Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente*, Berlin 1994. Im MLHA neben vielen anderen Beständen über die Zwangsaussiedlungen und die Mitwirkung der VP u.a.: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 17 (betr. das Jahr 1952).

²⁶ LBDVP Mecklenburg, Abt. PM 2, 4.7.1952: Tätigkeit der sogenannten „Jungen Gemeinde“, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 175, Bl. 91. In dieser Akte auch zahlreiche weitere Beispiele der Überwachung kirchlicher Jugendgruppen, oft mit namentlicher Erfassung der Jugendlichen.

²⁷ Disposition über das Thema „Die Stellung des Dienstzweiges Erlaubniswesen in der Deutschen Volkspolizei, seine Hauptaufgaben und die Formen und Methoden seiner Tätigkeit“, Nbg., 27.5.1960, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 393; ebenso in einem undatierten Bericht, vorh. in: ebd., Bl. 406f.

lizei davon. Schnell stellte man fest, daß auch VP-Angehörige ihre Angaben in den Listen gemacht hatten. Daraufhin mußte die Kirche ihre Erhebung abbrechen und die inzwischen ausgefüllten Listen der Volkspolizei übergeben. Besonders brisant war, so ein Bericht der Volkspolizei, die Tatsache, daß man den ausgefüllten Listen offenbar die Struktur der Volkspolizei in der Stadt Rostock entnehmen konnte. Immerhin hatten sich schon mehr als dreihundert Rostocker VP-Angehörige in die kirchlichen Listen eintragen lassen.²⁸

So kommt es nicht von ungefähr, daß auch die BDVP Neubrandenburg in ihrem Bericht für das vierte Quartal 1952 feststellte, die evangelische Kirche sei „im gesamten Gebiet der BDVP als Schwerpunkt anzusehen“.²⁹ Auf einer Tagung der Abteilung Erlaubniswesen mit anderen Abteilungen der BDVP Neubrandenburg im Juni 1958 wurde den Anwesenden zum wiederholten Male die Notwendigkeit einer „zielstrebigem atheistischen Überzeugungsarbeit“ dargelegt. Die Religion sei „die wichtigste Stütze der imperialistischen Herrschaft.“ Religiös gebundene Volkspolizisten und ihre Angehörigen würden daher „von der uns feindlich gesinnten Kirchenführung beeinflusst“ und seien „abhängig“ von ihr.³⁰ Selbst SED-Generalsekretär Walter Ulbricht nahm zu diesem Problem Stellung. In einem Brief an alle SED-Grundorganisationen in der Volkspolizei benannte er 1958 neben vielen anderen Mängeln auch Probleme wie „Westreisen der Ehefrauen von VP-Angehörigen, Entpflichtungsercheinungen, kirchliche Bindungen“, zu denen eine „prinzipielle Auseinandersetzung zu führen“ sei.³¹

Im Dienstzweig Erlaubniswesen sah man in den Pastoren und Pfarrern ganz offensichtlich einen Hauptgegner. Diese Kampfstimmung führte einerseits zu der Einschätzung, gegen die Pastoren würde noch mit einer viel zu großen

²⁸ LBDVP Mecklenburg, Abt. PM - Ref. PM 2b: Bericht über das dritte Quartal 1951, Sachgebiet Vereins- und Versammlungswesen, 5.10.1951, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 170, Bl. 64f; nochmals aufgegriffen im Bericht des Ref. PM 2b über das vierte Quartal 1951 vom 4.1.1952, vorh. in: ebd., Bl. 82.

²⁹ BDVP Neubrandenburg, Abt. Pass- und Meldewesen: Bericht über das IV. Quartal 1952 im Sachgebiet 2b, 6.1.1953, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 140, Bl. 199.

³⁰ Vgl. die Rede „Die sozialistische Erziehung der Angehörigen des U-Organ und des Erlaubniswesens - die Hauptvoraussetzung für eine erfolgreiche offensive Verbrechensbekämpfung bzw. Überwachungs- und Kontrolltätigkeit“, gehalten anlässlich der Tagung von U-Organ, Politabt. und Abt. E der BDVP Nbg. am 27.6.1958. Die Rede umfaßt insgesamt 39 Seiten, der Redner ist namentlich nicht genannt. Vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 86, Bl. 75-114, die zit. Stellen: Bl. 101f.

³¹ Brief des Zentralkomitees der SED an alle Grundorganisationen der Partei in der Deutschen Volkspolizei, Berlin, 15.3.1958, unterzeichnet von Walter Ulbricht, vorh. in: SAPMO, Bibliothek. Eine ähnliche Problemschilderung bereits aus dem Herbst 1953 von Innenminister Karl Maron, abgedruckt in einer Beilage zu *Die Volkspolizei*, November 1953, vorh. in: SAPMO, Bibliothek.

„Duldsamkeit“ vorgegangen. Die Mitarbeiter der Abteilung Erlaubniswesen wurden daran erinnert, daß die Gesetze für alle Bürger gälten, also auch für die Geistlichen. Doch im gleichen Zusammenhang wurde auch ausgesprochen, daß die Pfarrer und Pastoren eben doch eine besondere Personengruppe waren. So wurden die Volkspolizisten beispielsweise aufgefordert, vor allem den Paragraphen 130a des Strafgesetzbuches (Kanzelmißbrauch) verstärkt anzuwenden. Und bei Bedarf sollten die Dienststellen der Volkspolizei auch über die geltenden Gesetze hinweggehen und gezielt Kampagnen gegen Pastoren anzetteln: „Reicht das Material zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens nicht aus, so muss auf alle Fälle davon Gebrauch gemacht werden, dass eine Aussprache mit dem Pastor herbeigeführt wird oder bzw. eine Stimmung unter der Bevölkerung gegen derartige Gesetzesverletzungen herbeigeführt werden. Die Möglichkeiten hierzu sind unbegrenzt.“³²

Von Anfang an beschränkte sich die Volkspolizei jedoch nicht auf diese mehr oder weniger offizielle Form der operativen Überwachungstätigkeit. Vielmehr nutzte sie auch verschiedene Formen der inoffiziellen Überwachung, der Bespitzelung.³³ Das konnte gerade in den frühen fünfziger Jahren mitunter sehr direkt vonstatten gehen, wenn sich beispielsweise ein VP-Oberwachtmeister unter das Wohnzimmerfenster einer Familie stellte, um zu erlauschen, ob es sich dabei tatsächlich um Angehörige der „Zeugen Jehovas“ handelte.³⁴ Häufig setzte die Volkspolizei die „Jugendfreunde“ von der FDJ ein, vor allem dann, wenn man Informationen über die evangelische Junge Gemeinde erhalten wollte. Die kirchlichen Jugendgruppen bildeten einen Schwerpunkt in der Arbeit der Volkspolizei gegen die Kirchen. So existiert beispielsweise ein mehrseitiger Bericht der VP über den Landesjugendtag, den die mecklenburgische Landeskirche am 15. Juni 1952 in Waren/Müritz durchführte. Das dortige Volkspolizei-Kreisamt meldete am Tag darauf nach Schwerin, daß es bei der Überwachung gewisse Schwierigkeiten gegeben habe. Ein zu diesem Gottesdienst beordertes VP-Angestellter wurde vor der Kirche vom Landesbischof nach Teilnehmerkarte oder Ausweis gefragt, „und als er beides nicht vorweisen konnte, wurde ihm der Eintritt verwehrt, obwohl der VP-

³² Referat des Majors Ansorge, gehalten am 28.3.1958 auf der Tagung des U.-Organs der BDVP Nbg.; Tagungsteilnehmer: Leiter der Abteilungen K, U, VE und E. Vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 86, Bl. 11-43, die zit. Stelle: Bl. 23.

³³ Die Frage „Was verstehen wir unter operativen Überwachungsmethoden?“ war u.a. Gegenstand eines Referates einer Beratung der Abt. E (Erlaubniswesen) in Neubrandenburg im Mai 1960, die Antwort unterschied für die Arbeit der VP zwischen offiziellen, halboffiziellen und inoffiziellen Überwachungsmethoden und Quellen, vgl. MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 398-400.

³⁴ Bericht des VPKA Hagenow, Ref. PM 2b, 19.11.1951, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 174, Bl. 466.

Angestellte das Kugelkreuz-Abzeichen trug.“ Das Kugelkreuz-Abzeichen war das Symbol der Jungen Gemeinde, das viele christliche Jugendliche trugen.³⁵

Daß hauptamtliche VP-Mitarbeiter in Zivil an Gottesdiensten und Versammlungen teilnahmen, war eine durchaus übliche Überwachungsmethode. Das führte aber schnell zu Schwierigkeiten, weil gerade die kleinen Religionsgemeinschaften bald herausfanden, wer die Polizeispitzel waren.³⁶ Auch die personelle Ausstattung in den Volkspolizei-Kreisämtern setzte gewisse Grenzen. So konnte die Volkspolizei im zweiten Quartal 1951 von 22.684 in Mecklenburg angemeldeten kirchlichen und vereinsinternen Veranstaltungen nur 1.655 überwachen, also gerade einmal gut sieben Prozent.³⁷ Von einer weitaus höheren Quote konnte die BDVP Neubrandenburg aus dem ersten Quartal 1953 berichten. Von den 3.116 Veranstaltungen im Bezirk hatte sie immerhin rund siebenhundert unter direkter Beobachtung, das entsprach fast einem Viertel. Weitere siebenhundert Veranstaltungen der evangelischen und katholischen Kirche sowie der kleineren Religionsgemeinschaften, überwiegend Gottesdienste und Bibelstunden, die in Privat- oder Gemeinderäumen stattfinden sollten, hatte die BDVP im ersten Quartal 1953 außerdem kurzerhand verboten.³⁸

Aus entsprechendem Anlaß konnte auch eine flächendeckende Überwachung durchgeführt werden. Als beispielsweise die katholischen Bischöfe Ende 1950 ein Hirtenwort zur Adventszeit verfaßten, überwachte die Volkspolizei am 3. Dezember 1950 alle katholischen Gottesdienste in Mecklenburg, um zu erfahren, in welchen Gemeinden der Hirtenbrief zur Verlesung kam.³⁹ Welchen Wert die Volkspolizei den kirchlichen Verlautbarungen beimaß, erhellt auch ein Vorfall aus dem Jahre 1953. Anfang 1953 war es einem Mitarbeiter der Abteilung PM des Volkspolizei-Kreisamtes Malchin gelungen, dem katholischen Kaplan in Stavenhagen ein Exemplar eines Hirtenbriefes abzunehmen. Für diese „gute Arbeit“ zeichnete der Chef der BDVP Neubranden-

³⁵ VPKA Waren/Müritz, Abt. PM - Referat PM 2, 16.6.1952: Bericht über den Landesjugendtag am 15.6.1952 in Waren/Müritz, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 175, Bl. 35. Zum Zusammenwirken VP-FDJ vgl. u.a. MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 174, Bl. 503 und MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 175, Bl. 50.

³⁶ LBDVP Mecklenburg, Abt. PM - Referat PM 2b, 4.6.1951: Bericht über das zweite Quartal 1951, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 170, Bl. 45.

³⁷ Ebd., Bl. 45.

³⁸ BDVP Neubrandenburg, Abt. PM, 1.4.1953: Textbericht für das I. Quartal 1953 des Sachgebiets PM 2b, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 3/R.

³⁹ LBDVP Mecklenburg, VA Ref. VA 3, VVS-Nr. 024717/50, 8.12.1950: Ueberwachung der kath. Gottesdienste im Lande Mecklenburg am 3.12.1950, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 174, Bl. 200-203.

burg den VP-Mitarbeiter mit einer Geldprämie in Höhe von einhundertfünfzig Mark aus. Das entsprach damals immerhin einem halben Monatsgehalt.⁴⁰

Ein weiteres Überwachungsinstrument im Rahmen der konspirativen Tätigkeit der Volkspolizei war die Postkontrolle. Hierzu hatte die Landesbehörde der Volkspolizei Mecklenburg im Jahre 1950 mit der Oberpostdirektion eine Vereinbarung getroffen. Diese erlaubte es der Polizei, bei den einzelnen Postämtern gründliche Überprüfungen vorzunehmen. Ziel war es, religiöse Druckschriften, die aus dem Westen in die DDR gesandt wurden, aus dem Verkehr zu ziehen. Allein das Volkspolizei-Kreisamt Neustrelitz beschlagnahmte in diesem Zusammenhang 1950 „in enger Zusammenarbeit mit den Postämtern“ monatlich über einhundertzehn westliche Zeitungen und Zeitschriften.⁴¹

Die Volkspolizei erfuhr in ihrer Arbeit auch Unterstützung durch sowjetische Stellen, denen sie ihrerseits berichtspflichtig war. Bereits im Frühjahr 1946 erließ die sowjetische Militäradministration (SMA) für Mecklenburg-Vorpommern einen Befehl, wonach die Abteilung Statistik der Landeskriminalpolizei monatlich bestimmte Meldungen an die SMA abzugeben hatte. Zu diesen Meldungen gehörten „Besondere Vorkommnisse“, Wochenmeldungen, Monatsabschlüsse, Jahresabschlüsse und monatliche Gefängnismeldungen.⁴² Im Oktober 1949 stellte die SMA ihre Arbeit ein. An ihre Stelle trat die „Sowjetische Kontrollkommission“ (SKK), die nun die Berichte der Volkspolizei empfing und die Volkspolizei aktiv förderte. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang ein Bericht der Abteilung Paß- und Meldewesen der BDVP Neubrandenburg über das erste Quartal 1953, der die Erfolge des politisch-operativen Zusammenwirkens lobt: „In der Berichtszeit hat sich gezeigt, dass durch gute Zusammenarbeit mit der SKK, dem MfS, der Bezirksleitung der SED, der FDJ sowie deren Kreisleitungen die Tätigkeit der Kirchen sowie der Jungen Gemeinden sowie den Sekten und Religionsgemeinschaften eingeschränkt werden können.“⁴³

⁴⁰ BDVP Neubrandenburg, Abt. PM, 1.4.1953: Textbericht für das I. Quartal 1953 des Sachgebiets PM 2b, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 4.

⁴¹ LBDVP Mecklenburg, Ref. PM 3, 6.1.1951: Jahresbericht für das Jahr 1950, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 170, Bl. 14f.

⁴² Landeskriminalpolizei Mecklenburg-Vorpommern: Dienstanweisung Nr. 1 zur Ausführung der polizeilichen und statistischen Meldungen, 20. Juni 1946, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 2, Bl. 4-7.

⁴³ BDVP Nbg., Abt. PM, 1.4.1953: Textbericht für das I. Quartal 1953 des Sachgebiets PM 2b, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 4/R. Vgl. auch ebd., Bl. 3; Hinweise auf SMA bzw. SKK u.a. auch in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 138 (Tagebuch - Befehl 201 1947/48; darin auch viele Bezüge auf die K 5); MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 170, Bl. 81; MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 173, Bl. 110 u.ö.; MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 174, Bl. 104f. Zur Kirchenpolitik der SMAD/SKK vgl. auch: Martin Georg Goerner: Die Kirche als Problem der SED, Berlin

Geheime Informatoren und V-Leute: die inoffiziellen Mitarbeiter der Volkspolizei

Als zur Jahreswende 1953/54 das Verhältnis zwischen MfS und Volkspolizei mit der oben genannten MfS-Anordnung Nr. 15/53 und dem VP-Befehl Nr. 3/54 neu geordnet wurde, hatte das auch Auswirkungen auf die inoffizielle Arbeit der Volkspolizei. In enger Abstimmung mit dem MfS mußte die Volkspolizei den Umgang mit ihren geheimen Zuträgern neu regeln. Am 15. August 1955 erließ der Chef der Deutschen Volkspolizei den Befehl Nr. 49/55 „über die Arbeit mit den geheimen Informatoren der Kriminalpolizei“. Die dazugehörige Instruktion sprach von der Notwendigkeit, „die Arbeit mit den geheimen Informatoren zu aktivieren“ und begründete das vor allem mit sogenannter „Diversions- und Schädlingstätigkeit“ des Westens gegen die DDR. Sie regelte detailliert Auswahl und Werbung der geheimen Informatoren sowie die Arbeit der Kriminalisten mit ihnen. Im wesentlichen glich sie den Regelungen, die die Staatssicherheit für ihre Zusammenarbeit mit ihren inoffiziellen Mitarbeitern auch anwendete. Das bedeutete, daß über jeden geheimen Informator eine Personalakte angelegt werden mußte. Die Informatoren hatten sich zur Mitarbeit schriftlich zu verpflichten. Ihre Werbung sollte nach Möglichkeit auf der Grundlage innerer bzw. politischer Überzeugung geschehen. Ebenso kam die Mitarbeit als Wiedergutmachung für kleinere Vergehen infrage, und mitunter drängte man Personen mit kompromittierendem Material zur Zusammenarbeit. Parteimitglieder und Funktionäre durften nicht geworben werden. Die geheimen Informatoren erhielten von der Volkspolizei einen Decknamen und konnten ihre Informationen unter diesem Decknamen schriftlich oder mündlich übermitteln. Für Treffen mit den geheimen Informatoren nutzte die Kriminalpolizei sogenannte konspirative Wohnungen. Die auf diese Weise gewonnenen Informationen sammelte die Kriminalpolizei in Arbeitsakten. Die Instruktion zum Befehl Nr. 49/55 räumte der Staatssicherheit wichtige Befugnisse ein. Vor allem durfte die Volkspolizei geheime Informatoren nur nach einer ausdrücklichen Genehmigung der Staatssicherheit verpflichten.⁴⁴

Fast zeitgleich mit dem Befehl Nr. 49/55 erließ der Chef der Deutschen Volkspolizei am 3. August 1955 den Befehl Nr. 45/55 über die „Einführung

1997, S. 29-35. Goerner erwähnt in seiner umfassenden Studie zwar etliche Institutionen, die in den Kampf gegen die Kirchen eingebunden waren, die Volkspolizei fehlt bei ihm aber, wie praktisch auch in allen anderen Darstellungen, völlig.

⁴⁴ Befehl des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 49/55, 15.8.1955; Instruktion des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 1 zum Befehl Nr. 49/55 des Chefs der DVP, 15.8.1955, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

des Systems von Vertrauenspersonen für Abschnittsbevollmächtigte“. Damit erhielt die Volkspolizei ein zweites Spitzelnetz, das zudem weit unbürokratischer zu handhaben war. Die V-Leute, wie sie intern auch genannt wurden⁴⁵, sollten „staatsfeindliche Elemente“ aufspüren. Ihnen war ebenso wie den geheimen Informatoren eine politische Überwachungsfunktion zugeordnet. Ihre Aufgabe war es, dem ABV die konspirative Überwachung zu ermöglichen und ihn somit in seiner „Hauptaufgabe, [der] Enthüllung feindlicher und verbrecherischer Absichten des Feindes“, zu unterstützen. Der ABV besaß bei der Auswahl der geheimen Informatoren vergleichsweise große Freiheiten. Anders als bei den geheimen Informatoren fehlte in dem Befehl über die V-Leute jeder Hinweis auf Mitspracherechte der Staatssicherheit. Allerdings hatte sich die Staatssicherheit ihren Einfluß auf die ABV und auf deren Arbeit mit V-Leuten bereits durch die Vereinbarungen um den Jahreswechsel 1953/54 gesichert. Damals hatten Volkspolizei und Staatssicherheit eine Festlegung getroffen, wonach der jeweilige VPKA-Leiter der Staatssicherheit im voraus alle Personen benennen mußte, mit denen ein ABV zusammenarbeiten wollte.⁴⁶ SED-Mitglieder kamen für die Werbung als V-Leute grundsätzlich nicht in Frage. Von ihnen erwartete man wie selbstverständlich, daß sie mit ihrem ABV gut zusammenarbeiteten.⁴⁷

Dem ABV war es verboten, schriftliche Aufzeichnungen über seine V-Leute zu machen. Den V-Leuten selbst durfte nicht gesagt werden, daß sie Vertrauenspersonen der Volkspolizei waren. Informationen von V-Leuten an den ABV durften nur mündlich gegeben werden. Selbst polizeiintern achtete man auf strenge Geheimhaltung. Die ABV wurden nur mündlich über den Befehl 45/55 unterrichtet. Sie konnten allenfalls die Möglichkeit erhalten, den Befehl kurz einzusehen. Schriftliche Notizen darüber waren ihnen aber untersagt. Berichte, die der ABV verfaßte, durften den Begriff „Vertrauensperson“ nicht enthalten. Den einzigen schriftlichen Nachweis gab es in der Strukturmappe des ABV. Darin listete er seine V-Leute mit Namen und Anschrift auf. In der Regel sollten je Abschnitt zehn bis dreißig Vertrauenspersonen arbeiten. Al-

⁴⁵ Vgl. z.B. Protokoll über die dezentralisierte Tagung am 10.10.1958 in der BDVP [Nbg.], vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 179. Im MfS wurde der Begriff „V-Mann“ im September 1950 abgeschafft, vgl. Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 25, S. 62 und S. 159-163.

⁴⁶ Seitens des SfS: Anordnung des Ministers des Innern der Regierung der DDR Nr. 15/53 vom 8.12.1953; seitens der VP: Befehl des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 3/54 vom 7.1.1954, jeweils Punkt 7, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

⁴⁷ Befehl des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 45/55, 3.8.1955: Einführung des Systems von Vertrauenspersonen für Abschnittsbevollmächtigte; sowie die zeitgleich erlassene: Instruktion des Chefs der Deutschen Volkspolizei Nr. 1 zum Befehl des Chef der Deutschen Volkspolizei Nr. 45/55, 3.8.1955, beide vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

lerdings waren nicht alle ABV befugt, mit V-Leuten zu arbeiten.⁴⁸ Und gerade in den fünfziger Jahren arbeiteten längst nicht alle ABV so gründlich, wie ihre Vorgesetzten es von ihnen erwarteten.⁴⁹

Die V-Leute der Volkspolizei entsprachen in etwa den sogenannten „Kontaktpersonen“, mit denen die Staatssicherheit arbeitete. In beiden Fällen handelte es sich um konspirative Mitarbeiter, die weniger verbindlich an den Sicherheitsapparat angebunden waren. Dennoch konnten in der Praxis die Grenzen zwischen V-Leuten und geheimen Informatoren ebenso fließend sein wie beim MfS zwischen Kontaktpersonen und inoffiziellen Mitarbeitern.⁵⁰ Darüber hinaus gab es vereinzelt Bestrebungen, selbst die ganz offiziell und öffentlich tätigen Freiwilligen Helfer der Volkspolizei in die inoffizielle Arbeit miteinzubeziehen. So regte ein Mitarbeiter des MfS auf einer ABV-Konferenz des Kreises Anklam im Januar 1960 an, künftig „sehr gute Freiwillige Helfer mit kleineren Dingen konspirativ in die Überwachungstätigkeit mit hineinzuziehen.“⁵¹

Der Befehl Nr. 49/55 sprach ausdrücklich und ausschließlich von den „geheimen Informatoren der *Kriminalpolizei*“. Tatsächlich nutzten aber auch andere Dienstzweige die „speziellen Mittel und Methoden“, die der Befehl Nr. 49/55 vorsah. So heißt es in einem Referat, das im November 1957 auf einer Arbeitstagung der Abteilung Erlaubniswesen (E) der BDVP Neubrandenburg gehalten wurde: „Im Republikmaßstab sieht es daher z.Zt. so aus, daß einige Abteilungen E nach dem Befehl 45/55 arbeiten und auch einige versuchen nach Befehl 49/55 zu arbeiten.“⁵²

Die konspirative Arbeit ist in den Akten kaum dokumentiert. Aber es ist belegbar, daß auf Kreis- und Bezirksebene mit den oben genannten Befehlen gearbeitet wurde. Auf einer BDVP-Tagung in Neubrandenburg im Oktober 1958 äußerten sich die Sachgebietsleiter Erlaubniswesen mehrerer Volkspolizei-Kreisämter über ihre Tätigkeit. Der Sachgebietsleiter aus dem VPKA Neubrandenburg meldete: „In unserem Sachgebiet haben wir uns im Kreis V-Leute geschafft, besonders der Gen. VP.-Hptwm. G[...] hat gute Verbindungs-

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Vgl. hierzu die zahlreichen Instrukteurberichte und andere Aufzeichnungen aus den Jahren 1953-1960, in denen über Unzulänglichkeiten und Unzuverlässigkeiten bei den ABV geklagt wird, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bde. 54, 55, 57, 66.

⁵⁰ Vgl. Müller-Enbergs, S. 84-89.

⁵¹ VPKA Anklam, Abt. Schutzpolizei, 29.1.1960: Protokoll über die durchgeführte ABV-Konferenz am 22.1.1960 des Kreises Anklam, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Bestand 14, Bd. 66, Bl. 299.

⁵² Referat anlässlich der Arbeitstagung der BDVP Neubrandenburg, Abt. E, am 15.11.1957, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 342.

leute.“ Ähnlich sah es beispielsweise auch im VPKA Strasburg aus: „V.-Leute haben wir 3, auf die wir uns ständig stützen und ausserdem noch ein Teil, mit denen wir hin und wieder arbeiten.“⁵³ Zwei Jahre später berichtete die Operativgruppe der BDVP Neubrandenburg von der Überprüfung des Sachgebietes Erlaubniswesen im VPKA Waren/Müritz. Demnach hatte die Operativgruppe im Rahmen der Überprüfung den Hauptsachbearbeiter des dortigen Erlaubniswesens „gem. Befehl 49/55 verpflichtet“.⁵⁴ Und über einen Abschnittsbevollmächtigten aus dem Kreis Neustrelitz meldete das dortige VPKA, „der Gen. B. [habe] schon einiges geleistet gemäß dem Befehl 45/55“.⁵⁵

Seit Mitte der fünfziger Jahre gab es also festgefügte Bestimmungen, die dem Dienstzweig Erlaubniswesen, wie auch anderen Bereichen der Volkspolizei, die Arbeit mit sogenannten „speziellen Mitteln und Methoden“, also geheimdienstlichen Mitteln und Methoden der Kontrolle, Überwachung und Bearbeitung, ausdrücklich gestattete. In dieser Hinsicht war die Arbeit der Volkspolizei mit der Arbeit des MfS durchaus vergleichbar. Es überrascht deshalb auch nicht, daß die Volkspolizei 1955 noch weitaus mehr Personen wegen sogenannter Staatsverbrechen bearbeitete (5.618 Personen) als die Staatssicherheit (2.784 Personen), obwohl für die Bearbeitung von Staatsverbrechen primär die Staatssicherheit zuständig war.⁵⁶ Im Hinblick auf das Sachgebiet Erlaubniswesen ist bemerkenswert, daß unmittelbar nach Erlass der Befehle Nr. 45/55 und Nr. 49/55 die Abteilung Erlaubniswesen am 1. September 1955 aus dem bisherigen Referat PM 2 herausgelöst und zu einer selbständigen Abteilung Erlaubniswesen aufgewertet wurde.⁵⁷

Die umfangreichen Überprüfungen und Kontrollen durch den Dienstzweig Erlaubniswesen und das politisch-operative Zusammenwirken mit anderen Dienststellen fanden ihren Niederschlag unter anderem in mehr oder weniger ausführlichen Personendossiers. So hatte die Abteilung Erlaubniswesen der

⁵³ Protokoll über die dezentralisierte Tagung am 10.10.1958 in der BDVP [Nbg.], vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 179.

⁵⁴ BDVP Neubrandenburg, Abt. Operativgruppe: Überprüfung der Arbeit des Sachgebietes E im VPKA Waren/Müritz in der Zeit vom 18.10.-19.10.1960, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 298. Zu diesem Zeitpunkt war das Sachgebiet E im VPKA Waren bereits der Abteilung K unterstellt. Vgl. auch unten, S. 253.

⁵⁵ VPKA Neustrelitz, Stellv. Allgemein, 17.3.1956, an den Leiter des VPKA Neustrelitz, betr.: Persönliche Anleitung und Kontrolle des ABV VP.-Hptwm. B. in seinem Abschnitt, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Bestand 14, Bd. 66, Bl. 47. Ein weiterer Bezug auf die Arbeit der ABV mit dem Befehl Nr. 45/55 in: ebd., Bl. 165.

⁵⁶ LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 22. Dieses Übergewicht der VP erklärt sich auch mit der unterschiedlichen Personalstärke von VP und Staatssicherheit, vgl. oben, S. 240.

⁵⁷ Oberleutnant der VP Zeimer: Behördengeschichte der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Schwerin für den Zeitraum von 1952 bis 1960, in: MLHA, Findbuch zum Bestand Mdl 13/ BDVP Schwerin 1952-1960, S. 8.

BDVP Neubrandenburg im Frühjahr 1961 in einem Bericht über die Tätigkeit der Kirchen eine namentliche Aufstellung aller Pastoren vorgelegt und sie in fünf verschiedene Kategorien unterteilt: positiv, loyal, schwankend, negativ oder reaktionär. Im Jahr darauf gab es eine ähnliche Einschätzung, diesmal der Gemeindeglieder der evangelischen Kirchen im Bezirk Neubrandenburg. Und da man den kirchlichen Einfluß auf die Jugend fürchtete, erstellte man auch Namenslisten, in denen alle Jugendlichen verzeichnet waren, die an Christenlehre und Konfirmation teilnahmen und fügte zudem Einschätzungen über die Eltern der betreffenden Jugendlichen bei. Ferner erfolgte durch den Dienstzweig Erlaubniswesen die operative Bearbeitung von Gruppen der Jungen Gemeinde in sogenannten Ermittlungsakten.⁵⁸ Die FDJ hatte für derartige Maßnahmen von höchster Stelle ihre Unterstützung angeboten. Der damalige 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Horst Schumann, hatte seinem Jugendverband 1961 wörtlich die Aufgabe zugewiesen, „die Aufweichung und Zersetzung der Gruppen der 'Jungen Gemeinde'“ herbeizuführen und hierfür regelmäßige Absprachen mit der jeweiligen SED-Kreisleitung, dem Rat des Kreises, dem MfS und der Abteilung Erlaubniswesen des VPKA zu treffen.⁵⁹ In der BDVP Schwerin schätzte man 1962 die Arbeit gegen die Jugendgruppen dennoch als ungenügend ein. In einem Jahresrückblick hieß es, „daß die eingeleiteten Maßnahmen zur Überwachung der Tätigkeit der Jungen Gemeinde und der katholischen Jugend bei weitem nicht ausreichend sind, um die kirchliche Tätigkeit auf diesem Gebiet allseitig einzuschätzen.“⁶⁰ Anzu-

⁵⁸ BDVP Neubrandenburg, Abt. Erlaubniswesen, März 1961: Einschätzung der Tätigkeit der Kirchen 1961, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14.1, Bd. 262, Bl. 270-280; BDVP Neubrandenburg, Abt. Erlaubniswesen, 16.10.1962: Einschätzung der Gemeindeglieder der evangelischen Kirche im Bezirk Neubrandenburg, vorh. in: ebd., Bl. 283-288; sowie weitere Berichte in: ebd., Bl. 293ff; vgl. auch den Bericht der BDVP Schwerin, Abt. E, vom 14.3.1962 über das Sperrgebiet, vorh. in: MLHA, BDVP Schwerin, Best. 13.1, Bd. 101, Bl. 109ff u.ö. sowie die „Analyse über die Jugendgruppen der katholischen und evangelischen Kirche des Bezirkes Schwerin“ [ohne Verfasser, undatiert, ca. 1962], vorh. in: MLHA, BDVP Schwerin, Best. 13.1, Bd. 102, Bl. 302-330. Für die Jahre 1950-1952 finden sich zahlreiche Beobachtungsberichte und Namenslisten sowohl von Pastoren als auch von Jugendlichen in: MLHA, LBDVP, Best. 6, Bd. 175. Vgl. auch Hinweis in Anm. 16. Die Einschätzungen der BDVP Nbg. betreffen Angehörige der mecklenburgischen Landeskirche, der Pommerschen Evangelischen Kirche (1968-1990 lautete die offizielle Bezeichnung „Evangelische Landeskirche Greifswald“) und der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, da der Bezirk Neubrandenburg das Gebiet dieser drei Landeskirchen berührte.

⁵⁹ Schreiben des Sekretariats des Zentralrates der FDJ, 21.9.1961, GVS, an die BL FDJ und andere: „Maßnahmen für die Arbeit unter religiös gebundenen Jugendlichen“, vorh. in: BArch Berlin, DO 1/MdI/10.0/285/1.

⁶⁰ Analyse über die Tätigkeit der Kirche im Bezirk Schwerin [ohne Verfasser, undatiert, ca. Ende 1962], vorh. in: MLHA, BDVP Schwerin, Best. 13.1, Bd. 102, Bl. 337.

merken ist noch, daß zu den wenigen Empfängern derartiger Berichte und Einschätzungen auch das MfS gehörte.⁶¹

Freilich blieb es nicht bei der bloßen Überwachung. Die Überwachung führte zu konkreten Folgen. Auch hierin waren die Bearbeitung durch MfS und Volkspolizei mitunter annähernd identisch. Im Juli 1961 stand das Volkspolizei-Kreisamt Anklam beispielsweise vor der Aufgabe, evangelische Christen davon abzuhalten, am Kirchentag in Berlin (West) teilzunehmen. Aus diesem Anlaß wurde ein Maßnahmeplan ausgearbeitet und eine Einsatzleitung aus Vertretern verschiedener Abteilungen gebildet. Ein VP-Meister des Sachgebietes Erlaubniswesen fungierte als Verbindungsoffizier zum Staatsapparat, zur SED-Kreisleitung und zur MfS-Kreisdienststelle. Ferner hatte das Erlaubniswesen „unter Ausnützung der Informationsquellen bzw. Kontaktpersonen die Vorbereitungen seitens der Kirche zu ermitteln“ sowie festzustellen, „welchen Einfluß die Pastoren auf die Gläubigen nehmen.“⁶² In enger Zusammenarbeit machten Kriminalpolizei und Erlaubniswesen insgesamt achtzehn Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Anklam namhaft, die zum Kirchentag reisen wollten. Sie wurden alle zur Aussprache zum 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises zitiert; sieben Personen weilten jedoch im Urlaub und konnten deshalb nicht angetroffen werden. Die übrigen elf verzichteten nach der Aussprache auf die geplante Teilnahme am Kirchentag. So war dies aus Sicht der Volkspolizei eine erfolgreiche Aktion, die zudem, wie man es im Sachgebiet Erlaubniswesen einschätzte, auch ein gutes Beispiel für das politisch-operative Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen darstellte.⁶³

Ein weiteres Beispiel für die Folgen der Anwendung „spezieller Mittel und Methoden“ durch die Volkspolizei ist in einem Halbjahresbericht des Volkspolizei-Kreisamtes Wismar aus dem Jahr 1959 festgehalten. Dort heißt es: „In Zusammenarbeit mit den ABV wurden in allen Religionsgemeinschaften und Kirchengemeinden Vertrauenspersonen geworben, von denen laufend Informationen und Hinweise gegeben werden. Durch diese gute Zusammenarbeit konnten besonders im Landkreis [Wismar] Neubildungen von Religionsge-

⁶¹ Vgl. entsprechende Verteiler in: BDVP Neubrandenburg, Abt. Erlaubniswesen, 16.10.1962: Einschätzung der Gemeindegemeinderäte der evangelischen Kirche im Bezirk Neubrandenburg, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14.1, Bd. 262, Bl. 288; BDVP Neubrandenburg, Abt. Erlaubniswesen, 7.12.1962: Bericht über die Tätigkeit der evangelischen Kirche im Bezirk Neubrandenburg, vorh. in: ebd., Bl. 298.

⁶² VPKA Anklam, Sachgeb. Erlaubniswesen, 26.7.1961: Berichterstattung über die Teilnahme am Kirchentag in Westberlin, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14.1, Bd. 329, Bl. 141.

⁶³ Ebd., Bl. 140-144. Der Begriff „politisch-operatives Zusammenwirken“ wird hier nicht wörtlich, aber sinngemäß gebraucht, es ist die Rede von „Zusammenarbeit“ und „Informationsaustausch“, vgl. ebd., Bl. 143.

meinschaften in Verbindung mit den staatlichen Organen rechtzeitig verhindert werden.“⁶⁴

Von der Abteilung Erlaubniswesen zur K 1

Betrachtet man diese weitreichenden Aufgaben und Befugnisse des Erlaubniswesens, so erscheint es nur folgerichtig, daß das Erlaubniswesen schließlich zu einem Bestandteil der Kriminalpolizei gemacht wurde. Bereits um 1960 gab es auf Kreisebene Unterstellungen des Sachgebietes Erlaubniswesen unter die Abteilung Kriminalpolizei. Eine einheitliche Regelung für alle Ebenen nahm jedoch erst der Befehl Nr. 40/63 vor, den Innenminister Karl Maron am 18. Juni 1963 herausgab. Der Befehl Nr. 40/63 hatte die „Arbeitsweise und Struktur der Kriminalpolizei und des Erlaubniswesens“ zum Inhalt und galt für die Volkspolizei-Kreisämter ebenso wie für die Bezirksbehörden der VP und das Ministerium des Innern. Auf allen drei Ebenen - Kreis, Bezirk und MdI in Berlin - war die Eigenständigkeit des Erlaubniswesens nun aufgehoben. Das Erlaubniswesen unterstand fortan der Kriminalpolizei und stand hier als Ressort neben „Wirtschaftskriminalität“, „allgemeiner Kriminalität“, „Fahndung“ und „Kriminaltechnik“. Zu den Aufgaben des Erlaubniswesens gehörte nun unter anderem, „in Vereinigungen und Veranstaltungen die Konzentration und Tätigkeit feindlicher oder sonstiger die Ordnung und Sicherheit gefährdender Personen oder Personengruppen zu verhindern“.⁶⁵

Diese neue Struktur hatte allerdings nur kurze Zeit, rund eineinhalb Jahre, Bestand. Mit dem VP-Befehl Nr. 22/64 kam es ab dem 1. Januar 1965 zu weiteren, grundlegenden Veränderungen innerhalb des Aufbaus der Volkspolizei. So erfolgte aufgrund dieses Befehles die Gründung des Kommissariats 1 der Kriminalpolizei („K 1“). Die K 1, obwohl der Volkspolizei zugehörig, stellte faktisch eine Mischform zwischen MfS und Volkspolizei dar. Das gilt hinsichtlich der Arbeitsgebiete ebenso wie hinsichtlich der Mittel und Methoden, die die K 1 anwendete. Die K 1 hatte nicht nur die üblichen Polizeiaufgaben, Verbrechen gegen das „sozialistische Eigentum und gegen die Volkswirtschaft“ zu bekämpfen. Vielmehr sollte sie darüber hinaus auch bei „Verbrechen gegen den Staat, die allgemeine Sicherheit und andere schwere Verbrechen“ eingesetzt werden.⁶⁶ Damit war ein klassisches Arbeitsfeld des Ministe-

⁶⁴ Halbjahresbericht des VPKA Wismar - I. Halbjahr 1959 - an den Chef der VP im Bezirk Rostock, 7.7.1959, vorh. in: LAG, Rep. 202/1 BDVP Rostock, Bd. 246.

⁶⁵ Befehl des Ministers des Innern Nr. 40/63, 18.6.1963, Inhalt: Arbeitsweise und Struktur der Kriminalpolizei und des Erlaubniswesens, S. 5, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

⁶⁶ Vgl. Befehl Nr. 22/64 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über die Aufgaben und die Arbeitsorganisation der Kriminalpolizei. Vom 9.11.1964, vorh.

riums für Staatssicherheit betroffen. Seit 1970 oblag der K 1 auch die „operative Sicherung der Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit im Bereich der Tätigkeit von Vereinigungen“, also ein Gebiet, auf dem bisher neben dem MfS vor allem die Abteilung Erlaubniswesen zuständig war.⁶⁷

Zwischen der K 1 und dem MfS gab es nicht nur im Hinblick auf die Aufgabengebiete Identitäten und Überschneidungen, sondern auch hinsichtlich des Personals. Etwa jeder fünfte Beschäftigte der K 1 war als IM oder als „Offizier im besonderen Einsatz“ (OibE) zugleich der Staatssicherheit verpflichtet.⁶⁸

Mit der K 1 existierte nun ein Arbeitsgebiet, das sich in einigen Punkten grundlegend von der übrigen Volkspolizei unterschied. Insbesondere hatte fortan ausschließlich die K 1 das Recht, sogenannte „spezielle Mittel und Methoden“ anzuwenden, also Methoden der Bespitzelung, Überwachung und Bearbeitung von Personen, die sonst nur noch das MfS praktizierte. Nur die K 1 war innerhalb der Volkspolizei noch befugt, mit inoffiziellen Mitarbeitern, wie sie der Befehl Nr. 49/55 unter dem Begriff „Geheime Informatoren“ eingeführt hatte, zu arbeiten.⁶⁹ Die Bezeichnung „Geheime Informatoren“ änderte man später in „Inoffizielle kriminalpolizeiliche Mitarbeiter“ (IKM).

Bemerkenswert ist ein Satz ganz am Ende des dreizehnseitigen Befehls Nr. 22/64. Darin wird verfügt, daß das bisherige Arbeitsgebiet Erlaubniswesen der Kriminalpolizei dem Dienstzweig Schutzpolizei/Verkehrspolizei (S/VK) zuzuordnen sei. Allerdings gab es eine Ausnahme. Nur diejenigen Bereiche des Erlaubniswesens wurden dem Dienstzweig S/VK angegliedert, die nicht von der K 1 übernommen wurden.⁷⁰ Diese Festlegung ist unter zwei Gesichtspunkten interessant. Wenn Teile des Erlaubniswesens in die K 1 überführt wurden, so unterstreicht das nochmals den besonderen Charakter, den dieses Arbeitsgebiet Erlaubniswesen für den Bereich der politischen Überwachung und Kontrolle bislang hatte. Gleichzeitig ist damit angedeutet, daß das verbleibende Arbeitsgebiet Erlaubniswesen ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein anderes Profil erhielt.

in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung, bes. Bl. 6; vgl. ebenso LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 29f.

⁶⁷ Vgl. Befehl Nr. 0023/70 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über die Organisation der Arbeit mit speziellen Mitteln und Methoden in der Kriminalpolizei (Arbeitsgebiet I). Vom 2.4.1970, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

⁶⁸ LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 32.

⁶⁹ Ebd., S. 33.

⁷⁰ Befehl Nr. 22/64, Bl. 13 (wie Anm. 56).

Personenkontrollen durch die Volkspolizei

Der Wandel, der sich in den sechziger Jahren im Aufgabenprofil der Volkspolizei vollzog, läßt sich auch anhand der Dienstanweisungen bzw. Dienstvorschriften veranschaulichen, die sich mit dem Bereich der Personenkontrolle beschäftigen. Mit der Dienstanweisung Nr. 6/60 ordnete der Leiter der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei Regelungen für die Kontrolle bestimmter Personen an. Personenkontrollen sollten eingeleitet werden, damit die Volkspolizei „in vorbeugender Hinsicht ... Maßnahmen zur Verhütung bzw. Aufdeckung und Aufklärung von Verbrechen einleiten“ konnte. Ein wichtiges Delikt, dem das polizeiliche Interesse galt, war die „Bildung feindlicher Gruppen.“ Für die Personenkontrolle sollten die Befehle Nr. 49/55 und Nr. 45/55 angewendet werden, also inoffizielle Mitarbeiter zum Einsatz kommen. An mehreren Stellen schrieb die Dienstanweisung Nr. 6/60 die Einbindung des MfS vor.⁷¹

Nachdem die K 1 gegründet worden war, löste am 14. Juli 1965 die Dienstvorschrift (DV) IX/6 „über die Kontrolle von Personen durch die Deutsche Volkspolizei“ die Dienstanweisung Nr. 6/60 ab.⁷² Erneut gab es darin die Festlegung, daß der Leiter der jeweils zuständigen Kriminalpolizei in Abstimmung mit dem MfS darüber zu entscheiden hatte, ob eine Personenkontrolle eingeleitet werden sollte. Dem Erlaubniswesen kam beispielsweise die Aufgabe zu, diejenigen Personen zu bearbeiten, die „in Gaststätten, Kirchen, Sekten sowie in Vereinen tätig“ waren. Im Gegensatz zur Dienstanweisung Nr. 6/60 schränkte die DV IX/6 die Arbeit des Erlaubniswesens und anderer VP-Dienstseinheiten an einer entscheidenden Stelle ein: wenn die klassischen polizeilichen Überwachungsmethoden nicht zum Erfolg führten, so mußte jetzt der K 1 der Vorschlag unterbreitet werden, daß die K 1 mit ihren operativen Methoden und Mitteln selbst die Bearbeitung schwieriger Fälle weiterführen sollte. Der Einsatz der geheimen Informatoren bzw. der IKM durch die Volkspolizei beschränkte sich also fortan auf die K 1. 1989 standen der K 1 über 15.000 IKM zur Verfügung.⁷³

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Volkspolizei mit der Dienstvorschrift IX/6 trotz allem ein Instrumentarium bekommen hatte, mit

⁷¹ Dienstanweisung des Leiters der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei Nr. 6/60, 9.4.1960, Inhalt: Die Kontrolle von Personen durch die Deutsche Volkspolizei, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

⁷² Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei: DV IX/6 - Dienstvorschrift über die Kontrolle von Personen durch die Deutsche Volkspolizei (erlassen am 14.07.1965, in Kraft getreten am 15.09.1965), vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

⁷³ LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 41.

dem eine präventive politische Überwachung auch ohne Einbeziehung der K 1 möglich war. Beispielsweise nahm die Volkspolizei Personenkontrollen auf der Grundlage der DV IX/6 vor, um Wahlen abzusichern. Über die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 22. März 1970 bemerkte der Stabschef der BDVP Neubrandenburg in einer rückblickenden Gesamteinschätzung am 25. März 1970 unter anderem: „Die Tätigkeit zur Sicherung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen trug eindeutig operativ vorbeugenden Charakter. Die Schwerpunkte des Einsatzes der Kräfte und Mittel wurden auf der Grundlage der Analyse der Vorgänge bei vorangegangenen Wahlen, die Ereignisse um den 21.08.1968⁷⁴ sowie des Volksentscheides am 06.04.1968 von VP und MfS gemeinsam festgelegt. ... Die ABV, die Kontrollverantwortlichen und Kontrollbeauftragten wurden in Vorbereitung der Wahl konkret in die Erfüllung der Überwachungstätigkeit gemäß DV IX/6 eingewiesen.“⁷⁵

Die Dienstvorschrift 31/70, die die DV IX/6 ablöste, behielt die bestehenden Regelungen im wesentlichen bei, berücksichtigte nun aber das neue Strafbuch und nannte als „kriminell gefährdete Personen“, die vorrangig durch die Volkspolizei zu kontrollieren seien, besonders auch diejenigen Personen, denen ein Antrag auf Übersiedlung in den Westen abgelehnt wurde. Andererseits war nun an keiner Stelle mehr die Rede davon, daß Angehörige von Kirchen und Sekten durch die Volkspolizei kontrolliert werden sollten. Das bedeutete für diesen Personenkreis freilich keine Erleichterung. Vielmehr ist darauf hinzuweisen, daß 1970 auch der VP-Befehl 23/70 in Kraft trat, der der K 1 ausdrücklich die „operative Sicherung der Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit im Bereich der Tätigkeit von Vereinigungen“ übertrug.⁷⁶ Es handelte sich hierbei also nur um eine neue Aufgabenverteilung innerhalb der Volkspolizei. Kirchen und Religionsgemeinschaften wurden in diesem Rahmen durch die K 1 einer strengeren Kontrolle unterworfen. Hinzu kam, daß auch das MfS seinen Überwachungsapparat kontinuierlich ausbaute.

So läßt sich an dieser Stelle festhalten, daß das Sachgebiet Erlaubniswesen in den sechziger Jahren wichtige Aufgabenfelder an die K 1 und das MfS abgab. Der Bereich der Kontrolle und politischen Überwachung mit den „speziellen Mitteln und Methoden“ war damit im wesentlichen aus dem Bereich der „normalen“ Volkspolizei ausgegliedert. 1966, also unmittelbar nach Gründung der K 1, trat der Befehl Nr. 45/55 außer Kraft, der bislang die Arbeit mit

⁷⁴ Gemeint sind der Prager Frühling und der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei.

⁷⁵ BDVP Neubrandenburg, Stabschef, 25.3.1970: Gesamteinschätzung über die Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 22.3.1970, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14.1, Bd. 26, Bl. 142.

⁷⁶ Befehl Nr. 23/70 (wie Anm. 67), Bl. 2.

den Vertrauenspersonen geregelt hatte. An seine Stelle trat der Befehl Nr. 2/66 über „die Arbeit der ABV mit Vertraulichen Helfern“. Er wies den Vertraulichen Helfern verschiedene Einsatzgebiete zu, so die Sicherung der Grenze, der Transitstrecken und wichtiger militärischer, politischer oder wirtschaftlicher Objekte oder auch ganz allgemein die „Verhinderung und Aufklärung von Brennpunkten der Kriminalität“. Zu den Aufgaben der Vertraulichen Helfer gehörte aber auch die „Durchführung systematischer Kontrollen von Personen, die eine feindliche bzw. labile Einstellung zu den sozialistischen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik haben ...“. Das konnte auf gewöhnliche Kriminelle ebenso zutreffen wie auf politisch Andersdenkende. Dem MfS wurde deutlicher als bisher ein Mitspracherecht beim Einsatz der Vertraulichen Helfer zugestanden und die K 1 wurde in die Arbeit mit den Vertraulichen Helfern einbezogen.⁷⁷ Zum Jahresende 1973 trat der Befehl Nr. 2/66 außer Kraft.⁷⁸ Vermutlich wurde die Arbeit mit den Vertraulichen Helfern damit eingestellt. Die ABV und ihre *Freiwilligen* Helfer dienten dem MfS jedoch bis 1989 als eine wichtige Informationsquelle bei der konspirativen Überwachung der Bevölkerung.⁷⁹

Die Veranstaltungsverordnung als Repressionsinstrument

Die Volkspolizei blieb auch weiterhin mit Kirchenfragen befaßt. Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade im Jahre 1970, als die K 1 verstärkt in die Überwachung und Bearbeitung der Kirchen und Religionsgemeinschaften miteinbezogen wurde, auch eine neue, verschärfte Veranstaltungsverordnung beschlossen wurde. Sie trat 1971 in Kraft. Die Volkspolizei erhielt damit ein wichtiges Instrument für den Kampf gegen die Kirchen, in gewisser Weise ein Ersatz für die an die K 1 und das MfS abgegebenen Kompetenzen. Dies ist zugleich ein Hinweis darauf, daß auch weiterhin verschiedene Institutionen gemeinsam die zentral und einheitlich gelenkte staatliche Kirchenpolitik umsetzen sollten.

⁷⁷ Befehl Nr. 2/66 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über die Arbeit der ABV mit Vertraulichen Helfern. Vom 4. Februar 1966, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung. Der Einfluß des MfS auf die Arbeit der ABV war im Befehl Nr. 45/55 nicht geregelt worden, allerdings gab es bereits weiter zurückliegende Vereinbarungen, vgl. oben, S. 236.

⁷⁸ MdI, Stab/Ref. Weisungswesen, an alle Dienststellen gemäß Verteiler, Berlin, den 13.12.1973, betr.: Außerkraftsetzung von Weisungen, vorh. in: BMI Berlin, Z 3 - Schriftgutverwaltung.

⁷⁹ Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister: Richtlinie Nr. 1/81 über die operative Personenkontrolle (OPK), GVS MfS 0008-10/81, vom 25.2.1981, bes. Pkt. 4.3., Bl. 22; LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 21.

Die Veranstaltungsverordnungen definierten den Freiraum, den der Staat den Kirchen, Religionsgemeinschaften und Vereinen zugestand. Erste Veranstaltungsverordnungen hatten die Landespolizeichefs bereits vor Gründung der DDR für die einzelnen Länder erlassen. So sandte der Chef der Landesbehörde der Volkspolizei Mecklenburg, Horst Jonas, im November 1948 ein Rundschreiben an die Kreispolizeiamter. Darin stellte er fest, es seien „Unstimmigkeiten darüber aufgekommen, inwieweit kirchliche Veranstaltungen genehmigungspflichtig sind.“ Deshalb traf er folgende Anordnung:

- „1. Gottesdienstliche Veranstaltungen und solche Veranstaltungen, die der religiösen Unterweisung und Erbauung dienen und in kircheneigenen Räumen stattfinden, sind weder genehmigungs- noch anzeigepflichtig.
2. Wenn die unter Ziff. 1 angeführten Veranstaltungen in nichtkirchlichen Räumen stattfinden, sind sie genehmigungspflichtig. Die Genehmigung erteilt das Polizeiamt.
3. Alle sonstigen kirchlichen Veranstaltungen sind, auch wenn sie in kircheneigenen Räumen stattfinden, genehmigungspflichtig.“⁸⁰

Die erste Verordnung, die für die gesamte SBZ/DDR galt, datierte vom 1. Juli 1949. Demnach diente die Veranstaltungsverordnung dazu, „dem Veranstaltungswesen ... die Möglichkeiten zu einer freien Entwicklung zu geben ...“⁸¹ Tatsächlich war aber das Gegenteil der Fall. Die Verordnungen dienten allzu häufig der Reglementierung, Überwachung und Behinderung. Denn sie bestimmten, daß „Veranstaltungen aller Art ... spätestens drei Tage vor Durchführung ... bei den zuständigen Polizeidienststellen anzuzeigen“ waren. Das bedeutete, Veranstaltungen mußten im voraus angemeldet werden, man brauchte sie aber nicht mehr förmlich genehmigen zu lassen, wie das noch 1948 der Fall gewesen war. Immerhin war die Volkspolizei nach wie vor über geplante Veranstaltungen stets im voraus informiert und konnte, wenn es opportun erschien, Gegenmaßnahmen einleiten.

Nach der Veranstaltungsverordnung aus dem Jahre 1951, die bis 1971 Gültigkeit hatte, galt die Anmeldepflicht allerdings nicht für „kirchliche Veranstaltungen, soweit sie in kircheneigenen Gebäuden oder gemieteten Räumen statt-

⁸⁰ Landespolizeibehörde, Schwerin, Rundschreiben Nr. 550, 19.11.1948, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 6, Bl. 261. Ein neugefaßtes Rundschreiben des Chef-Inspektors der VP Mecklenburg, Kleinjung, vom 10.5.1949, ersetzte die Genehmigungspflicht durch Anzeigepflicht, vgl.: Landespolizeibehörde, Schwerin, Rundschreiben Nr. 756, 10.5.1949, vorh. in: MLHA, LBDVP Mecklenburg, Best. 6, Bd. 7, Bl. 156.

⁸¹ Anordnung über die Anzeigepflicht von Veranstaltungen. Vom 1. Juli 1949, in: Zentralverordnungsblatt, Teil 1, Jg. 1949, S. 664. Im Namen der katholischen Kirche protestierte der Berliner Bischof Kardinal von Preysing bei Otto Nuschke gegen diese Form der „Polizeikontrolle“, vgl. Gerhard Lange u.a. (Hg.): Katholische Kirche - Sozialistischer Staat. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945-1990, Leipzig 1992, S. 32.

finden, die regelmäßig zu kirchlichen Zwecken Verwendung finden ...“⁸² Die Verordnung von 1951 listete zur Verdeutlichung mehrere Beispiele auf: Gottesdienste, Bibelstunden oder Konfirmandenunterricht brauchten demnach nicht angemeldet zu werden.

Gerade in den fünfziger Jahren gab es sehr viele Auseinandersetzungen zwischen staatlichen und kirchlichen Stellen um die Frage, ob eine bestimmte Veranstaltung der Anmeldepflicht unterliege oder nicht: verstieß ein Pastor gegen die Verordnung, wenn er eine kirchenmusikalische Darbietung oder die Vorführung eines religiösen Filmes nicht anmeldete, weil er darin eine rein kirchliche Veranstaltung sah, oder hatte das Volkspolizei-Kreisamt recht, wenn es den Pastor wegen Durchführung einer nicht angemeldeten kulturellen Veranstaltung zu einer Geldstrafe verurteilen ließ? Waren Verkündigungsspiele eine Gottesdienstform und demnach nicht anmeldepflichtig oder konnte man darin nicht auch eine ganz normale, also meldepflichtige Theateraufführung sehen? Mußte ein Konfirmandenelternabend im voraus bei der Polizei angemeldet werden, oder stand er nicht eigentlich in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Konfirmandenunterricht und konnte demnach ohne Anmeldung durchgeführt werden? Mit derartigen Fragen sahen sich die Pastoren und kirchlichen Mitarbeiter gerade in den fünfziger Jahren ständig konfrontiert, sie ufernten oft in einen zermürbenden Kleinkrieg aus.⁸³

Hinzu kamen zahlreiche Versuche lokaler Polizeidienststellen, die Veranstaltungsverordnung nach eigenem Gutdünken zu verschärfen, um die Kirchen dadurch zu kriminalisieren. So erklärte 1958 der zuständige VP-Meister in Röbel, er werde in Zukunft keine Anmeldungen mehr entgegennehmen, wenn diese sich auf nichtkirchliche Räume bezögen. Dies sei seine persönliche Entscheidung, Zuwiderhandlungen seien strafbar, ließ er die Pastoren wissen. Anderenorts verlangte die Volkspolizei, daß Veranstaltungen bereits einen Monat im voraus angemeldet werden müßten, obwohl die Veranstaltungsverordnung eindeutig nur eine Dreitagesfrist vorsah. Allein in der mecklenburgischen Landeskirche gab es in den fünfziger Jahren Hunderte von Fällen, in denen Pastoren oder kirchliche Mitarbeiter wegen angeblicher oder tatsächlicher Verstöße gegen die Veranstaltungsverordnung zu Geldstrafen verurteilt wurden. Mehrere Male kam es vor, daß sich Pastoren vor Gericht gegen die Strafverfügung der Volkspolizei wehrten und recht bekamen.⁸⁴

⁸² Verordnung über die Anmeldepflicht von Veranstaltungen. Vom 29. März 1951, in: Gesetzblatt der DDR, Jg. 1951, S. 231. Ähnlich bereits in der Fassung aus dem Jahre 1949: Anordnung über die Anzeigepflicht von Veranstaltungen. Vom 1. Juli 1949, in: Zentralverordnungsblatt, Teil 1, Jg. 1949, S. 664.

⁸³ LKA, OKR, II 14c, Akten betreffend die Anmeldung kirchlicher Veranstaltungen, Bd. I, 1951-1958, q1, q2-9, q44, q86, q95 u.ö.

⁸⁴ Ebd., q89 u.ö.

Kirchlicherseits bemühte man sich später zunehmend um eine Deeskalation und achtete darauf, die Veranstaltungsverordnung genau einzuhalten. Im Jahr 1964 registrierte die Abteilung Erlaubniswesen DDR-weit über 25.000 Veranstaltungen der evangelischen Kirchen, wobei es lediglich in 74 Fällen zu Verstößen gegen die Veranstaltungsverordnung kam.⁸⁵

Insgesamt entwickelte sich die Veranstaltungsverordnung für die Polizei mehr und mehr zu einem flächendeckenden Überwachungsinstrument. Es ermöglichte der Polizei und anderen staatlichen Organen, kirchliche Veranstaltungen bei Bedarf offiziell zu verbieten. Da man aber häufig davor zurückschreckte, offene Verbote auszusprechen, unternahmen es Volkspolizei und Staatssicherheit sehr oft, kirchliche Veranstaltungen im Vorfeld so massiv zu behindern, daß man sie dadurch unterbinden konnte, ohne sie ausdrücklich zu verbieten. Wie so etwas funktionieren konnte, bekamen die Angehörigen der Abteilung Erlaubniswesen auf einer Arbeitstagung der BDVP Neubrandenburg im November 1957 erklärt. Dabei ging man von der Behauptung aus, die Kirche nutze den volkseigenen Kraftverkehr für ihre Zwecke aus, indem sie für überregionale Veranstaltungen volkseigene Omnibusse „zum Transport ihrer Gläubigen“ einsetze. Gegen dieses Vorgehen sollte die Volkspolizei eindeutig Stellung beziehen: „Unser volkseigener Kraftverkehr ist in erster Linie dazu da, um wirtschaftlichen und den Interessen des Berufsverkehrs zu dienen. Keinesfalls aber dazu, um die Macht und den Einfluß der Kirche zu verstärken.“ Nachdem auf diese Weise die ideologischen Fronten geklärt waren, erging die Aufforderung an die anwesenden Volkspolizisten: „Es ist also mit dem Leiter des Kraftverkehrs zu sprechen, um in Zukunft derartige Dinge zu unterbinden. Hierbei soll man aber nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen. Am besten ist, daß man das mit einem Vertreter der Abteilung Sicherheit der SED-Kreisleitung macht.“ In gleicher Weise sollte auch auf Gastwirte eingewirkt werden, damit sie ihre Räumlichkeiten nicht für kirchliche Veranstaltungen zur Verfügung stellten.⁸⁶

Ein typisches Beispiel für dieses Vorgehen ist auch aus dem Bezirk Schwerin überliefert. Der katholische Pfarrer aus Wittenburg meldete ordnungsgemäß für den 11. Mai 1961 eine Fronleichnamsprozession an, zu der etwa achthundert Teilnehmer aus ganz Mecklenburg erwartet wurden. Nachdem die Anmeldung eingegangen war, erkundigte sich die Volkspolizei beim 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Hagenow, wie damit umzugehen sei. Sie bekam zur Antwort, daß die Prozession nicht verboten werden sollte, weil „ein Verbot

⁸⁵ HA S/VK, Abt. E: Statistik E 2 b (1964), vorh. in: BArch Berlin, MdI, HA Schutzpolizei, DO 1/MdI/10.0/285/1. Für 1963 und 1965 liegen ähnliche Zahlen vor.

⁸⁶ Referat anlässlich der Arbeitstagung der BDVP Neubrandenburg, Abt. E, am 15.11.1957, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 139, Bl. 339f.

keine positiven Auswirkungen hätte“.⁸⁷ Das bedeutete jedoch noch lange nicht, daß die Veranstaltung nun ungehindert stattfinden konnte. Anstelle eines offenen Verbotes organisierte die Abteilung Erlaubniswesen Schikanen eigener Art. So heißt es in einem Aktenvermerk der Abteilung Erlaubniswesen: „Mit den Bezirken Neubrandenburg und Rostock wurde Rücksprache geführt mit dem Ziel der Verhinderung der Gestellung von Fahrzeugen des VEB Kraftverkehrs. Eine gleiche Weisung ist an die Kreise des Bezirkes Schwerin ergangen. Im Kreis Hagenow sind diese Absprachen bereits erfolgt.“⁸⁸

Mit einem derartigen Vorgehen höhle die Volkspolizei die bestehende Veranstaltungsverordnung aus und behinderte oder unterband viele Veranstaltungen, die nicht gegen die geltenden Gesetze verstießen.

Die neugefaßte Veranstaltungsverordnung aus dem Jahre 1970/71 engte den Handlungsspielraum der Kirchen weiter ein. Wie schon 1949 und 1951 listete auch die neue Verordnung anmeldefreie kirchliche Veranstaltungen auf, aber mit einem kleinen und doch folgenschweren Unterschied. Die neue Auflistung kirchlicher Veranstaltungen verstand sich nicht mehr als eine bloß beispielhafte Aufzählung, die noch einen gewissen Verhandlungsspielraum zugelassen hätte, sondern bereits als eine vollständige Liste, die keine Interpretationen mehr zuließ. Als kirchliche Veranstaltungen galten nun im wesentlichen nur noch kultische Handlungen.⁸⁹ Das widersprach gerade dem Selbstverständnis der evangelischen Kirchen. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR zeigte sich über diese Entwicklung höchst beunruhigt. Die Konferenz betonte in einem Beschluß im Juli 1971, daß die Veranstaltungsverordnung den Dienst der Kirche, wie ihn „eine reformatorisch bestimmte Kirche“ sehe, „in unerträglicher Weise einengen“ würde. Man verstehe sich eben nicht als „eine Kult- und Priesterkirche“.⁹⁰ Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hatte bereits im Februar 1971 eine eigene Interpretation der neuen Verordnung bekanntgegeben. Darin ging der Bund der Evangelischen Kirchen kurzerhand davon aus, daß die neue Verordnung keine Einschränkung bedeute: „Die genannte Aufzählung verschie-

⁸⁷ BDVP Schwerin, Abt. E: Aktenvermerk, 6.5.1961, vorh. in: MLHA, BDVP Schwerin, Best. 13.1, Bd. 102, Bl. 57.

⁸⁸ Ebd., Bl. 59.

⁸⁹ Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen. Vom 26. November 1970, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 10, 22.01.1971, S. 69-71; betr. kirchliche Veranstaltungen vgl. insbesondere § 3 Abs. 3 e. Die VVO trat am 1.3.1971 in Kraft.

⁹⁰ LKA, OKR, II 14c, Akten betreffend die Anmeldung kirchlicher Veranstaltungen, Bd. III, q210.

dener religiöser Handlungen ... kann nur als eine beispielhafte Erwähnung verstanden werden.“⁹¹

Staatlicherseits ließ man sich von den kirchlichen Protesten nicht beeindrucken. Die Volkspolizei beschied den Pastoren, es sei „nicht Aufgabe der Kirche allein zu entscheiden, was religiöse Handlungen sind. Diese sind in der Verordnung verbindlich festgelegt.“⁹² Im Dezember 1972 bat die Leitung der mecklenburgischen Landeskirche den Stellvertreter für Inneres beim Rat des Bezirkes Schwerin, Richard Hintz, um ein klärendes Gespräch, das am 13.2.1973 auch zustande kam. Darin kündigte Hintz seinem kirchlichen Gesprächspartner, Oberkirchenratspräsident Siegfried Rossmann, an, der mecklenburgischen Landeskirche sämtliche staatlichen Gelder, auch für den Dom, zu sperren, falls sie den staatlichen Erwartungen nicht nachkomme. Darüber hinaus drohte er an, auch die Valutazahlungen der westlichen Kirchen an die mecklenburgische Landeskirche zu unterbinden. Hintz führte aus, es interessiere ihn gar nicht, was die Kirche unter religiösen Handlungen verstehe. Er habe als Staatsfunktionär die Gesetze der Arbeiterklasse und des Staates durchzusetzen.⁹³ Es war also der SED-geführte, atheistische Staat, der fortan entschied, was eine kirchliche Veranstaltung bzw. eine religiöse Handlung sei und was nicht. Und gerade die mecklenburgische Landeskirche bekam die härtere Gangart des Staates zu spüren. In kaum einer anderen Landeskirche gab es infolge der neuen Verordnung mehr Ordnungsstrafverfahren als in Mecklenburg. Insgesamt verhängte die Volkspolizei zwischen Mitte 1971 und Mitte 1973 dreiundvierzig Ordnungsstrafen gegen Pastoren und kirchliche Mitarbeiter der mecklenburgischen Landeskirche. Die Strafen betrugten zwischen fünfzig und dreihundert Mark.⁹⁴ Dennoch gab die Landeskirche nicht nach.

⁹¹ Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Mitteilung an alle Superintendenten, 18.2.1971, in: ebd., q194.

⁹² Übersicht: Ordnungsstrafverfahren auf Grund der Veranstaltungsverordnung vom 26. November 1970, zit. in: ebd., q283.

⁹³ Gespräch des Verfassers mit Heinrich Rathke am 18.3.1998.

⁹⁴ Ebd., q283; [innerkirchlicher] Vermerk von Rossmann, 8.11.1972, in: ebd., q287. Vgl. auch das Merkblatt des Landesjugendpfarramtes aus Anlaß der steigenden Zahl der Ordnungsstrafbescheide, 24.1.1972, in: ebd., q240. Polizeiliche Übersichten und Berichte über kirchliche Verstöße gegen die VVO im Bezirk Schwerin finden sich u.a. in: BDVP Schwerin, Der Chef, 13.4.1972 an Leiter der Abt. Information, im Hause: Informationsbericht über die Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburg im Bezirk Schwerin, vorh. in: MLHA, Mdl 13.1: BDVP Schwerin, Bd. 103, Bl. 320-325; BDVP Schwerin, Der Chef, 7.6.1972 an Mdl, Leiter der HA Schutzpolizei, Berlin: Informationsbericht über die Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburg und die Ev.-Berlin-Brandenburgische Kirche, vorh. in: ebd., Bl. 328-332 (der Bericht ist mit Bl. 332 nicht zuende, die Akte bricht aber mit diesem Blatt ab). Eine namentliche Aufstellung der Pastoren und kirchlichen Mitarbeiter aus dem Bezirk Neubrandenburg, die zwischen 1971 und 1973 gegen die VVO verstießen und deshalb zur Verantwortung gezogen wurden, enthält ein Informationsbericht der BDVP Neubrandenburg, Abt.

Landesbischof Heinrich Rathke schrieb mehreren der verurteilten Mitarbeiter persönliche Briefe, machte ihnen Mut und verdeutlichte die kirchliche Position. Unter anderem führte er aus: „... Wenn ich Ihnen heute persönlich schreibe, soll dadurch zum Ausdruck kommen, dass nicht nur Sie persönlich, sondern unsere Kirche als Ganzes in ihrem Auftrag sich betroffen fühlt. Es kann uns nicht daran liegen, staatliche Gesetze und Anordnungen zu missachten. Vielmehr wird auch uns daran liegen, im Interesse der Allgemeinheit die Einhaltung von Gesetzen zu ermöglichen. Doch ist die Kirche in ihrem Auftrag, allen Menschen das Evangelium von Jesus Christus weiterzusagen, zunächst an die Weisung Gottes gebunden. Dem ist auch all unser kirchliches Tun untergeordnet. Wir können uns in der Ausführung dieses Auftrages daher auch von keiner anderen Stelle eingrenzen lassen. Wir dürfen daher hoffen, dass diese Eigenständigkeit der christlichen Kirche, den Gottesdienst als Verkündigung und Gemeinschaft christlicher Gemeinde ungehindert auszuüben, dadurch respektiert sei, dass solche religiösen Handlungen ungehindert durchgeführt werden können. In diesem Sinne haben wir die Veranstaltungsverordnung verstanden. ... Es soll vor allem unser Ziel sein, ein gutes Verhältnis des Vertrauens zu erhalten oder zu schaffen. Es ist bei der Bundessynode in Eisenach von der Kirche und auch von mir persönlich in meinem Referat ausgesprochen worden, dass wir nicht Kirche gegen oder ohne die anderen sein wollen, sondern um Christi willen eine Kirche für andere.“⁹⁵

Bei einem Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, mit der Kirchenleitung der mecklenburgischen Landeskirche, das am 27. März 1973 in Schwerin stattfand, bekräftigte Heinrich Rathke die kirchliche Haltung. Dies führte letztlich zu einem Nachgeben des Staates. Die Veranstaltungsverordnung blieb zwar in der verschärften Form bestehen, wurde jedoch weitgehend wie in den Jahren vor 1970 praktiziert.⁹⁶ So wurde dieses Spannungsfeld zwischen dem Staat und den Kirchen abgeschwächt, blieb aber dennoch die gesamten siebziger Jahre hindurch bestehen. Regelmäßig kontrollierte die Volkspolizei, zumeist in Abstimmung mit dem MfS, kirchliche Veranstaltungen, um „Erscheinungen und Tendenzen der ideologischen Diversion bei der Durchführung von Veranstaltungen“ aufzuspüren.⁹⁷ Eine Ver-

Schutzpolizei, 20.3.1973, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., 14.1, Bd. 262, Bl. 414-418; hierbei sind mehrere Landeskirchen betroffen, vgl. dazu Anm. 48.

⁹⁵ Brief Rathkes vom 7.11.1972 (u.ö.), vorh. in: LKA, OKR, II 14c, Akten betreffend die Anmeldung kirchlicher Veranstaltungen, Bd. III, q284.

⁹⁶ Gespräch des Verfassers mit Heinrich Rathke am 18.3.1998.

⁹⁷ Vgl. u.a. den Bericht der Abt. Schutzpolizei der BDVP Nbg. vom 2.7.1976 an das MdI, HA Schutzpolizei, VD S 38/76, „über Erscheinungen und Tendenzen der ideologischen Diversion bei der Durchführung von Veranstaltungen sowie in der Tätigkeit von Vereinen“, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 23/98, Bündel Nr. 2.

besserung trat erst 1980 ein, als eine neue Veranstaltungsverordnung in Kraft trat, die weniger Reglementierungen beinhaltete und der Kirche wieder mehr Freiräume zugestand.⁹⁸

Wie sehr die Kirchgemeinden jahrzehntelang unter der schikanösen Veranstaltungsverordnung litten, brachte der Pastor der Gemeinde Kühlungsborn in einem Brief an den Schweriner Oberkirchenrat im Dezember 1989 deutlich zum Ausdruck. Er forderte darin den Oberkirchenrat auf, nun endlich alles zu unternehmen, damit die noch immer gültige Veranstaltungsverordnung aufgehoben werde und erklärte dann:

„Jahrelang haben wir in kleinlicher, oft kriminalisierender Weise erleben müssen, wie Gemeindeveranstaltungen der Genehmigungs- bzw. Anmeldepflicht unterlagen. Wir sind vonseiten des Oberkirchenrates stets zur Einhaltung dieser kleinlichen Gesetze ermahnt worden.

Wie dem Oberkirchenrat am 31.3.89 mitgeteilt wurde, ist die Kirchgemeinde Kühlungsborn wegen eines Faschingsabends der Jungen Gemeinde mit einer Ordnungsstrafverfügung in Höhe von 100.-- Mark belegt worden. Eine Zahlung erfolgte von unserer Seite nicht. Es gingen bisher vonseiten der Bezirksbehörde der VP Rostock fünf Mahnungen bzw. Pfändungsbescheide ein, die letzten vom 12.10. und 30.11.1989. Die Durchschrift der letzten Pfändungsverfügung lege ich diesem Schreiben bei. Wir werden auch in Zukunft nicht zahlen.

Wir erwarten vom Oberkirchenrat, daß bald etwas geschieht zur Aufhebung dieser und manch anderer polizeistaatlicher Ordnung, die in unsere Zeit nicht mehr hineinpassen wollen.“⁹⁹

Exkurs: Die Volkspolizei als Sicherungsobjekt des MfS

Auch in den siebziger und achtziger Jahren galt im Prinzip die Aussage aus dem Jahre 1959, wonach Volkspolizei und Staatssicherheit „in verschiedenen Organen ... eine gemeinsame Aufgabe, nämlich den Klassengegner aufzuspü-

⁹⁸ Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 30. Juni 1980, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 24, 15.8.1980, S. 235-237, insb. § 3, Abs. 6 c. Zur innerkirchlichen Reaktion vgl. auch: LKA, OKR, II 14c, Akten betreffend die Anmeldung kirchlicher Veranstaltungen, Bd. IV, q366.

⁹⁹ Schreiben des Pastors der Ev.-Luth. Pfarre Kühlungsborn an den OKR Schwerin, 19.12.1989, vorh. in: LKA, OKR, II 14c, Akten betreffend die Anmeldung kirchlicher Veranstaltungen 1984-1989, Registratur-Nr.: 531.41.

ren und unschädlich zu machen, als Parteauftrag durchzuführen haben.“¹⁰⁰ Allerdings gelang es dem Ministerium für Staatssicherheit, seine Vorrangstellung gegenüber der Volkspolizei weiter auszubauen. Zuletzt hatte das MfS die Volkspolizei sogar in personeller Hinsicht überrundet. 1989 arbeiteten im MfS über 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter, während es in der Volkspolizei nur 88.000 waren.¹⁰¹ In den fünfziger Jahren hatte das Kräfteverhältnis noch ganz anders ausgesehen. 1951, ein Jahr nach Gründung des MfS, lag die Gesamtstärke des MfS bei nur 4.500 Mann. Dem standen damals 67.000 Volkspolizisten gegenüber.¹⁰²

Das Verhältnis von Staatssicherheit und Volkspolizei war immer ein zwiespältiges. Auf der einen Seite sah man sich selbstverständlich als Partner und arbeitete sehr eng zusammen. Auf der anderen Seite mißtraute das MfS der Volkspolizei und betrachtete sie als Sicherungsobjekt.

Eine Dienstanweisung Erich Mielkes vom Mai 1987 faßte das bisherige Vorgehen des MfS gegen die Volkspolizei zusammen und bildete die Grundlage für die künftige Überwachung und Bearbeitung, die man offiziell als „politisch-operative Sicherung der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern“ bezeichnete.¹⁰³ Die „Sicherung“ der Volkspolizei begründete man in der Dienstanweisung Nr. 2/87 wie üblich mit „subversiven Angriffen des Gegners“, also mit äußeren Feinden.¹⁰⁴ Da man die Volkspolizei als einen besonders sensiblen Bereich ansah, betrieb man auch einen entsprechend hohen Sicherheitsaufwand. Konkret bedeutete das: es kamen besonders viele inoffizielle Mitarbeiter zum Einsatz. Im Bereich der K 1 arbeiteten rund 20 Prozent der Polizisten zugleich inoffiziell für die Staatssicherheit. Im Dienstzweig Schutzpolizei der BDVP Schwerin befanden sich im Jahre 1977 unter den rund 1.000 Mitarbeitern 119 inoffizielle Mitarbeiter, al-

¹⁰⁰ Vortrag im Rahmen einer Besprechung von K-Leitern des Bezirks Nbg., vorh. in: MLHA, BDVP Nbg., Best. 14, Bd. 86, Bl. 197 (wie Anm. 23).

¹⁰¹ Gieseke, S. 101. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Reinbek 1994, Bd. 1, S. 217. Die Zahlenangaben zur VP schließen die Transportpolizei mit ein, nicht aber die rund 15.000 Angehörigen des Betriebsschutzes. Genauer aufgeschlüsselte Angaben zur Stärke der VP vgl. Lindenberger, S. 132.

¹⁰² Gieseke, S. 98; Lindenberger, S. 107. Die Zahlen zur VP beinhalten nicht die Kasernierte VP, die Transportpolizei, die Bereitschaften und die Grenzpolizei. Eine zeitgenössische westdeutsche Statistik in: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Bericht über den Aufbau der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone (Stand: Frühjahr 1951). Bonn 1951, S. 3. Zur Problematik genauer Angaben über die Stärke der VP vgl. auch: Richard Bessel: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der SBZ und frühen DDR, 1945-1953, in: ders. und Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 229.

¹⁰³ Entsprechend lautete auch der Titel der von Erich Mielke unterzeichneten Dienstanweisung Nr. 2/87 vom 14.5.1987: Die politisch-operative Sicherung der Deutschen Volkspolizei und der anderen Organe des Ministeriums des Innern. VVS MfS o008-24/87.

¹⁰⁴ DA Nr. 2/87 (wie Anm. 103), S. 5 u.ö.

so beinahe 12 Prozent. Etwas höher lag der IM-Anteil mit 16 Prozent im Bereich des Volkspolizei-Kreisamtes Prenzlau, dort gab es 1976 unter 150 Volkspolizisten 24 inoffizielle Mitarbeiter.¹⁰⁵ Als nach 1990 die Landesbediensteten in Mecklenburg-Vorpommern auf eine frühere Zusammenarbeit mit dem MfS überprüft wurden, stellte sich heraus, daß über 22 Prozent aller noch im Dienst stehenden Polizisten vor 1989 für kürzere oder längere Zeit inoffizielle oder hauptamtliche Mitarbeiter des MfS gewesen waren. Keine andere Berufsgruppe im Land war so stark mit IM durchsetzt.¹⁰⁶

Dieser intensive IM-Einsatz hatte in der Praxis kaum etwas mit der Abwehr von „subversiven Angriffen des Gegners“ zu tun. Der gefährlichste Gegner der Volkspolizei war, so läßt sich vielen Berichten entnehmen, ohnehin der Alkohol.¹⁰⁷ Tatsächlich ging es der Staatssicherheit also darum, möglichst genau über alle Interna der Volkspolizei informiert zu sein, wie man auch sonst fast alle Bereiche des Lebens in der DDR zu kontrollieren wünschte. Und wo das MfS abweichendes, normwidriges Verhalten feststellte, schritt es mit seinen speziellen Mitteln und Methoden ein, auch gegenüber der Volkspolizei. So kam es, daß auch Volkspolizisten bespitzelt wurden, im Dienst ebenso wie im privaten Leben. Das MfS registrierte Disziplinarverstöße, Korruptionsanfälligkeit, Schwatzhaftigkeit, Westkontakte und jede Form einer nicht parteilichen Gesinnung. Wer als Polizist in dieser Hinsicht auffiel, wurde durch das MfS unter operative Personenkontrolle gestellt oder in einem operativen Vorgang bearbeitet. Das Ziel dieser OPK oder OV bestand in der Regel darin, den betreffenden Mitarbeiter aus seiner Position zu entfernen.¹⁰⁸

¹⁰⁵ Vgl. LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 32; BVfS Schwerin, Abteilung VII: Sicherungskonzeption für den Bereich des Dienstzweiges Schutzpolizei im Bezirk Schwerin, Schwerin, 27.12.1977, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, KD Bützow, Nr. 10225, Bl. 3-4; BVfS Neubrandenburg, Abt. VII: Bericht über die in der Kreisdienststelle Prenzlau auf der Linie VII durchgeführte Anleitung und Kontrolle, 30.6.1976, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 229.

¹⁰⁶ Zweiter Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik 1995-1997, Schwerin 1997, S. 30-32. Nimmt man die Überprüfungsergebnisse aller Landesbediensteten zusammen, so lag lediglich bei 6,8 % der Überprüften eine Stasibelastung vor, vgl. ebd., S. 30. Bei den Zahlen dieser Überprüfungen ist zu berücksichtigen, daß sie auch IM-Tätigkeiten erfassen, die vor der späteren Berufstätigkeit lagen. In den 22 % sind z.B. auch Personen enthalten, die während der Armeezeit als IM tätig waren, nicht jedoch während ihrer späteren VP-Tätigkeit. Dennoch bleibt die IM-Quote in der VP im Vergleich zu anderen Berufsgruppen enorm hoch.

¹⁰⁷ Vgl. z.B. die Berichte der „Politischen Abteilung“ der BDVP Neubrandenburg aus den Jahren 1976-1986, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 23/98, Bündel Nr. 12 und Z 79/90, Bündel Nr. 203.

¹⁰⁸ BVfS Schwerin, Abteilung VII: Sicherungskonzeption für den Bereich des Dienstzweiges Schutzpolizei im Bezirk Schwerin, Schwerin, 27.12.1977, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, KD Bützow, Nr. 10225, Bl. 6-8; Grundsätze für das operative Zusammenwirken zwi-

Am Beispiel der Volkspolizeischule in Neustrelitz läßt sich das Ausmaß dieser „Sicherung“ verdeutlichen. In der zweibändigen „Geschichte der Deutschen Volkspolizei“ findet sich über die VP-Schule lediglich eine oberflächliche Darstellung: „Am 26. September 1984 wurde in Neustrelitz durch den Minister des Innern und Chef der DVP im Beisein des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED Neubrandenburg, Johannes Chemnitzer, die Volkspolizeischule für Neueingestellte 'Ernst Thälmann' eröffnet. Damit gab es eine moderne Ausbildungsstätte, in der sich junge Volkspolizisten unter günstigen Studien- und Lebensbedingungen das erforderliche Wissen und Können zur Erfüllung des Klassenauftrages aneignen können. [...]“¹⁰⁹ Dagegen hatte die Staatssicherheit bereits lange vor der Eröffnung damit begonnen, sich für die künftige Volkspolizeischule zu interessieren. Am 15. Mai 1984 legte ein Oberleutnant der Neubrandenburger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit eine Fachschulabschlußarbeit vor, die er an der MfS-Hochschule in Potsdam erstellt hatte. Das Thema lautete: „Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Volkspolizeischule des Ministeriums des Innern in Neustrelitz“. Demnach hatte das MfS bereits ein halbes Jahr, bevor es die VP-Schule überhaupt gab, schon mehrere inoffizielle Mitarbeiter in der Leitungsebene der VP-Schule angeworben. Weitere IM-Werbungen peilte das MfS für den Monat August 1984 an. Als die Schule dann im September 1984 ihren Lehrbetrieb aufnahm, war sie mit inoffiziellen Mitarbeitern schon gut ausgestattet.¹¹⁰ Bei diesen Maßnahmen ging es weniger um den Schutz der VP-Schule vor westlichen Angriffen, sondern vielmehr darum, die Gesinnung der VP-Schüler und Ausbilder zu kontrollieren. Zwar ging der Verfasser der MfS-Fachschulabschlußarbeit davon aus, „daß die VP-Schule Neustrelitz ein Angriffsobjekt der imperialistischen Geheimdienste und Zentren ist.“¹¹¹ Der „generelle Informationsbedarf“ des MfS lief jedoch in eine andere Richtung. Im Vordergrund stand die Frage, ob einzelne VP-Angehörige möglicherweise „Zweifel an der Richtigkeit der Politik unserer Partei- und Staatsführung“ hegen könnten.¹¹²

schen der BDVP und der BVfS Neubrandenburg, 1983, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 232, Bl. 7; Jahresarbeitspläne der Abt. VII/1 und VII/2 für das Jahr 1988, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 133. Jahresplan des Leiters der Abt. VII für das Jahr 1989, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., AKG, Nr. 446. Vgl. auch DA Nr. 2/87 (wie Anm. 103), S. 10-12.

¹⁰⁹ Geschichte der Deutschen Volkspolizei, Bd. 2, 2., überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1987, S. 332f.

¹¹⁰ Joachim Becker: Konzeption zur politisch-operativen Sicherung der Volkspolizeischule des Ministeriums des Innern in Neustrelitz. Fachschulabschlußarbeit an der Juristischen Hochschule Potsdam, 1984, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 30, Bl. 18-21.

¹¹¹ Ebd., Bl. 15.

¹¹² Ebd., Bl. 41.

Die Zuständigkeit für die Überwachung der Volkspolizei, aber auch für die Kooperation, lag weiterhin federführend bei der Linie VII des MfS, also bei der Hauptabteilung VII in der Berliner MfS-Zentrale und bei den Abteilungen VII der Bezirksverwaltungen sowie auf Kreisebene bei den Kreisdienststellen. Neben der Volkspolizei hatte die Linie VII auch andere Bereiche innerhalb des Ministeriums des Innern abzusichern. Gemäß Mielkes Dienstanweisung Nr. 2/87 unterlagen im Norden der DDR beispielsweise auch die Staatsarchive in Schwerin und Greifswald oder der Betrieb Schwerin des VEB Kombinat Geodäsie und Kartographie dieser besonderen Form der Überwachung und Kooperation, ebenso die Bereiche Inneres bei den Räten der Bezirke und Kreise und die Freiwilligen Helfer der Volkspolizei.¹¹³

Aufgabenteilung und Zusammenwirken zwischen MfS und Volkspolizei in den siebziger und achtziger Jahren

Aus Sicht der Staatssicherheit waren die Grenzen zwischen Überwachen und Zusammenwirken im Hinblick auf die Volkspolizei und die anderen Einrichtungen aus dem Bereich Inneres fließend. Die inoffiziellen Mitarbeiter innerhalb der Volkspolizei hatten sowohl die Aufgabe, die VP im Sinne des MfS zu „sichern“, sie dienten dem MfS aber ebenso dazu, Einfluß auf die Arbeit und auf Entscheidungen der Volkspolizei zu nehmen und „die Potenzen der DVP“ für die eigene Arbeit nutzbar zu machen. Im MfS sprach man deshalb auch von der „Einheit von politisch-operativer Sicherung und politisch-operativem Zusammenwirken“.¹¹⁴

¹¹³ DA Nr. 2/87 (wie Anm. 103), S. 5f, 30. Ebenso 1. DB zur DA Nr. 2/87, VVS MfS o008-25/87: Die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen zu Angehörigen und Kaderkandidaten der DVP und der anderen Organe des MdI, vom 14.5.1987, S. 7f. Vgl. auch: Forschungsergebnisse zum Thema „Die für die weitere Erhöhung des politisch-operativen Gehalts und der operativen Wirksamkeit des Zusammenwirkens vordringlich zu nutzenden Potenzen des MdI und seiner Aufgaben“, bearb. von Günter Baier, Kurt Beyer, Rolf Spange, Heinz Meißner und Udo Sievers, vorh. in: BStU, ZA, MfS JHS 21851, GVS JHS 001-57/76. Von der selben Autorengruppe auch: Forschungsergebnisse zum Thema „Die Erhöhung des Niveaus der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung feindlicher Angriffsrichtungen gegen andere Sicherheitsorgane, insbesondere gegen das MdI“, vorh. in: BStU, ZA, MfS JHS 21852, GVS JHS 001-56/76. Ferner: Forschungsergebnisse zum Thema „Die wachsende Bedeutung der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Rolle und Aufgaben der Deutschen Volkspolizei in diesem Prozeß. Ihr sich daraus ergebender größerer Wert für die Lösung der Hauptaufgaben des MfS und die verpflichtende Tätigkeit der Linie VII“, bearb. von Günter Baier, Kurt Beyer, Rolf Spange, Heinz Meißner, Udo Sievers und Udo Lemme, vorh. in: BStU, ZA, MfS JHS 21879, VVS JHS 001-250/77.

¹¹⁴ Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister: Dienstanweisung Nr. 2/79 über das politisch-operative Zusammenwirken der Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit

Während die MfS-Dienstanweisung Nr. 2/87 vor allem die Kontrolle über die Volkspolizei zum Inhalt hatte, regelte die Dienstanweisung Nr. 2/79 vorrangig das „politisch-operative Zusammenwirken“ des MfS mit der Volkspolizei und anderen Einrichtungen des Ministeriums des Innern, beispielsweise mit den Abteilungen Innere Angelegenheiten bei den Räten der Bezirke. „Zusammenwirken“ bedeutete demnach zunächst ganz allgemein, daß die beiden Sicherheitsapparate ihre Arbeit eng aufeinander abstimmen sollten, allerdings unter Beachtung ihrer jeweiligen „spezifischen Verantwortung“. Insoweit achtete man darauf, daß die Aufgabengebiete klar getrennt blieben: staatliche Sicherheit als Aufgabe des MfS, öffentliche Ordnung und Sicherheit als Aufgabe der Volkspolizei.¹¹⁵

Die weiteren Festlegungen der Dienstanweisung Nr. 2/79 laufen jedoch mehr darauf hinaus, die Volkspolizei zum verlängerten Arm, zur Hilfstruppe des MfS zu machen. Grundsätzlich sollten sich beide Sicherheitsapparate gegenseitig über Vorkommnisse informieren, die für den Arbeitsbereich des jeweils anderen von Bedeutung sein könnten. Die Dienstanweisung Nr. 2/79 band die Volkspolizei aber ausdrücklich in die politische Überwachungstätigkeit des MfS mit ein. So sollte die Volkspolizei auch vorgehen gegen die „politisch-ideologische Diversion sowie [die] gegnerische Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit“, gegen Ausreisewillige, gegen „negative Verhaltensweisen Jugendlicher“ oder gegen „provokatorisch-demonstrative Handlungen“. Ferner wurde sie vom MfS einbezogen, um geplante Westreisen von DDR-Bürgern und DDR-Besuche von Westbürgern unter Kontrolle zu halten.

Die Dienstanweisung nannte neben der Hauptabteilung VII noch neun weitere MfS-Hauptabteilungen, die für das Zusammenwirken und die Sicherung der DVP mitverantwortlich waren.¹¹⁶ Hinzu kam die Abteilung Hafen der Bezirksverwaltung Rostock, und über „Richtungsoffiziere Volkspolizei“ waren auch die Hauptverwaltung Aufklärung, also der Auslandsspionagedienst, und weitere Abteilungen in das Zusammenwirken mit der DVP einbezogen.¹¹⁷

mit der Deutschen Volkspolizei und den anderen Organen des Ministeriums des Innern und die dazu erforderlichen grundlegenden Voraussetzungen, VVS MfS 0008 - 85/79, vom 8.12.1979, S. 5, S. 8, S. 12, S. 15.

¹¹⁵ Vgl. auch Grundsätze für das operative Zusammenwirken zwischen der BDVP und der BVfS Neubrandenburg, 1983, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 232, Bl. 7 (wie Anm. 108).

¹¹⁶ Es handelt sich um die Hauptabteilungen/Abteilungen II, VI, VIII, IX, XI, XVIII, XIX, XX sowie die ZAIG, vgl. DA Nr. 2/79, S. 21-23.

¹¹⁷ DA Nr. 2/79, S. 10f, S. 13f, S. 18, S. 21f. Festzuhalten ist, daß viele der genannten Regelungen auch früher schon praktiziert wurden.

Was für die Volkspolizei im allgemeinen zutraf, galt insbesondere auch für das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Das MfS verstand sich selbst als „Pate“ der K 1 und hatte dafür auch entsprechende Erwartungen.¹¹⁸ Zwei Schwerpunkte des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ des MfS mit der K 1 seien hier zitiert. Ein Schwerpunkt betraf „kriminalpolizeilich-operative Maßnahmen zum rechtzeitigen Erkennen der Entstehung vom Gegner inspirierter Personenzusammenschlüsse, feindlich-negativer bzw. krimineller Gruppierungen Jugendlicher und anderer Personen sowie zur Aufdeckung von Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit, der politisch-ideologischen Diversion bzw. der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit; Einleitung abgestimmter Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung, innerer Zersetzung und Auflösung“. Ein anderer Schwerpunkt war die „kriminalpolizeilich-operative Kontrolle und Bearbeitung von Personen und Personengruppen in Religionsgemeinschaften und Vereinigungen“. Die Bearbeitung der evangelischen und katholischen Kirche wollte sich das MfS im wesentlichen alleine vorbehalten; der Begriff „Religionsgemeinschaften“ schloß die evangelische und katholische Kirche ausdrücklich aus.¹¹⁹ In der Praxis waren VP und K 1 aber auf verschiedene Weise auch hier mit eingebunden, da die kirchliche Arbeit mit Jugendlichen, mit westlichen Partnergemeinden oder im Bereich von Friedens- und Umweltfragen, wie oben gezeigt, auch als polizeiliches Aufgabenfeld definiert worden war.¹²⁰ Festzuhalten ist auch, daß die Dienstanweisung Nr. 2/79 in weiten Teilen keine Neuerungen beinhaltete, sondern lediglich die bestehende Praxis des Zusammenwirkens festschrieb. Ganz am Rande erwähnte die Dienstanweisung Nr. 2/79 auch die Transportpolizei (Bahnpolizei). Ihr direkter Partner beim MfS war die Haupt-

¹¹⁸ Aus dem Referat über die „Erhöhung der Wirksamkeit der Abwehrarbeit im Jahre 1989 auf der Linie VII“ des Stellvertreters Operativ der BV Schwerin, Oberst Reinl: „Für eine erfolgreiche Arbeit der K 1 tragen wir deshalb sozusagen als Pate (denn ohne uns können sie nicht arbeiten) eine besondere Verantwortung.“, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, Abt. XIX, Nr. 10113, Bl. 28.

¹¹⁹ Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, 1. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 2/79 über das politisch-operative Zusammenwirken mit dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei, GVS MfS o008-42/87, 14.5.1987, S. 9, S. 11f. Bemerkenswert ist, daß die Aufgabenbeschreibung für die K 1 hier deutlicher auf politisch Andersdenkende ausgerichtet ist als es sieben Jahr zuvor im Befehl Nr. 0023/80 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei „über Stellung, Aufgaben und Grundsätze der Arbeitsweise des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei vom 30.12.1980“ der Fall war. Die 3. Durchführungs-Anweisung des Leiters der Hauptabteilung Kriminalpolizei zum Befehl Nr. 0023/80 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei vom 1. September 1989, Bl. 1/R, beinhaltet dagegen ausdrücklich die politische Zielsetzung der K 1: „öffentlichkeitswirksame Aktivitäten ... oppositioneller ... Personenkreise sowie angestrebte Versuche ihrer Legalisierung zu verhindern ...“

¹²⁰ Vgl. u.a. LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 67-71; Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V.: K I. Studie zur Tätigkeit des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei, 2. veränd. Aufl., Suhl 1994, S. 88-119.

abteilung XIX. Die Transportpolizei überwachte den Eisenbahnverkehr, konnte in den Zügen Personen kontrollieren und an einer Weiterreise hindern. Davon waren gerade auch Jugendliche aus dem Umkreis der Kirchen betroffen, die schon durch Kleidung oder Haartracht als alternativ auffielen und bei denen man auch eine abweichende politische Gesinnung vermutete. Oft hatte das MfS erwirkt, daß solche Personen in die Liste der Rechtsbrecher („Dokumentation R“) aufgenommen wurden, um sie in ihrer Reisefreiheit innerhalb der DDR einzuschränken, um sie an Begegnungen mit Gleichgesinnten zu hindern oder um ihnen die Teilnahme an Veranstaltungen in anderen Städten unmöglich zu machen. Auf diese Weise führte die Transportpolizei Fahndungsaufträge der Staatssicherheit aus oder sammelte Informationen über Ortsbewegungen politisch mißliebiger Personen. In den Anfangsjahren der DDR, von 1953 bis 1957, war die Transportpolizei sogar in das MfS eingegliedert worden, während sie davor und danach dem Ministerium des Innern unterstand.¹²¹

Den Festlegungen, wie sie in den Dienstanweisungen auf zentraler Ebene getroffen wurden, folgten ähnliche Festlegungen in den Bezirken, Städten und Kreisen. Dabei ist bemerkenswert, daß dies nicht nur für die Volkspolizei galt, sondern auch für andere Bereiche aus dem Zuständigkeitsfeld des Ministeriums des Innern. Beispielsweise unterzeichneten die Leiter der Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat des Bezirkes Neubrandenburg und der MfS-Abteilung VII, Ritter und Brucksch, im Januar 1981 eine Vereinbarung über das operative Zusammenwirken. Sie enthielt inhaltlich viele Elemente der Dienstanweisung Nr. 2/79. Im Mittelpunkt stand dabei das Interesse der Staatssicherheit an den Ausreisewilligen. Die Abteilung Innere Angelegenheiten verpflichtete sich unter anderem dazu, von allen eingegangenen Formblättern für Anträge auf ständige Ausreise eine Abschrift an die Staatssicherheit zu geben, um, wie es hieß, der Staatssicherheit einen vollständigen Gesamt-

¹²¹ DA Nr. 2/79 (wie Anm. 114), S. 21. Eine Kontrollkarte der Transportpolizei, die Bestandteil eines beim MfS geführten OV war, ist abgedruckt in: Edda Ahrberg: „Mit gestutzten Flügeln“. Jugend in der DDR. Hg.: LStU Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1996, S. 51f. Der Einfluß des MfS auf die Zusammenstellung der sog. „R-Dokumentation“ (eine Art von Fahndungsliste; R=Rechtsbrecher) des MfI, ist u.a. dokumentiert in einem Schreiben des Stellvertreters Operativ der BVfS Magdeburg vom 16.4.1982 an alle KD-Leiter, veröff. in: Der Sächsische Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: 3. Tätigkeitsbericht zum 26. Juni 1995, Anlage, Dokument 9. Die Erfassungskriterien, nach denen Personen in die Dokumentation R aufgenommen wurden (= Dienstsache Nr. 41/88) sind vorh. beim Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V., Magdeburg. Vgl. auch: Renate Ellmenreich: Matthias Domaschk. Die Geschichte eines politischen Verbrechens in der DDR und die Schwierigkeiten, dasselbe aufzuklären. Hg.: LStU Thüringen, Erfurt 1996, S. 13; Wolfgang Mittmann: Die Transportpolizei (1945-1990), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 537-550, bes. 543f und 549.

überblick zu ermöglichen. Ebenso wurde vereinbart, „alle Berichte über Aussprachen mit Personen, die rechtswidrige Ersuchen auf Übersiedlung gestellt haben, an die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit zur Auswertung und Festlegung gemeinsamer Maßnahmen zur weiteren Bearbeitung“ zu übergeben.¹²² Anzumerken ist hier, daß zum damaligen Zeitpunkt grundsätzlich jeder Antrag auf Übersiedlung in den Westen als rechtswidrig eingestuft wurde. Das Recht, überhaupt einen Antrag zu stellen, existierte erst seit 1983.¹²³ Die Staatssicherheit verschaffte sich mit dieser Form des Zusammenwirkens einen offiziellen Zugriff auf die Daten aller Ausreisewilligen. Aber unabhängig davon unterhielt das MfS in der staatlichen Verwaltung ebenso wie in der Volkspolizei auch noch ein inoffizielles Spitzelsystem. Die Vereinbarung beschränkte sich indes nicht auf einen Informationsaustausch, sondern sah auch gemeinsame Aktionen gegen Ausreisewillige vor. Ziel dieser „abgestimmten Maßnahmen“ war es, Ausreisewillige so intensiv zu bearbeiten, daß sie ihren Antrag zurückzogen.¹²⁴ Ein beliebtes Mittel hierfür waren sogenannte „vorbeugende Gespräche“, die das MfS oder andere Stellen mit Ausreisewilligen führten. Das hatte mit einem normalen Gespräch allerdings nichts zu tun. Ein Vorbeugungsgespräch beinhaltete Drohungen, Verunsicherungen, Lügen und Erpressung und konnte Benachteiligungen im beruflichen und privaten Leben nach sich ziehen.¹²⁵

Auch zwischen dem Chef der BDVP, Harry Kahmann, und dem Leiter der BVfS in Neubrandenburg, Peter Koch, wurden „Grundsätze für das operative Zusammenwirken“ zwischen beiden Einrichtungen vereinbart. Wie die Dienstanweisung Nr. 2/79 schrieben diese Grundsätze eine umfassende Kooperation auf vielen Gebieten fest. Westreisen, Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik und Westbesuche in der DDR bildeten wiederum einen der Schwerpunkte der Vereinbarung. Unter anderem stellte man sich die ge-

¹²² Vereinbarung für das operative Zusammenwirken zwischen der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes und der zuständigen Abteilung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit zur vorbeugenden Aufdeckung, Bekämpfung und Verhinderung von Angriffen auf die Staatsgrenze der DDR einschließlich rechtswidriger Ersuchen auf Übersiedlung in die BRD/Westberlin, Neubrandenburg, 19.01.1981, vorh. in: BStU, Ast Nbg., BVfS Nbg., Abt. VII, Nr. 232, Bl. 1-4.

¹²³ Vgl. Hans-Hermann Lochen und Christian Meyer-Seitz: Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992, S. 9. Das 1983 eingeführte Antragsrecht galt nur für die Zusammenführung engster Familienangehöriger, ein allgemeines Antragsrecht gab es ab dem 30. November 1988.

¹²⁴ Vereinbarung für das operative Zusammenwirken (wie Anm. 122), Bl. 3.

¹²⁵ Vgl. die Definitionen „Vorbeugungsgespräch“ und „Vorbeugungsgespräch zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR“, in: Siegfried Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996, S. 408-410.

meinsame Aufgabe, schon diejenigen Menschen herauszufinden, die sich lediglich „mit dem Gedanken auf Übersiedlung beschäftigten.“ Das zeigt, wie weit die sogenannten vorbeugenden Maßnahmen reichten: nicht einmal die Gedanken sollten frei sein.¹²⁶

Obwohl die „Grundsätze für das operative Zusammenwirken“ zahlreiche gemeinsame Arbeitsgebiete benannten, gemeinsame Führungsgruppen vorsahen und die Kooperation auch auf der Ebene der einzelnen Abteilungen regelten, betonten sie eingangs dennoch die grundsätzliche Verschiedenheit beider Sicherheitsapparate. Während das MfS die „staatliche Sicherheit“ zu gewährleisten hatte, oblag der Volkspolizei die „öffentliche Ordnung und Sicherheit“.¹²⁷

Das Balancieren zwischen Abgrenzen und Zusammenwirken konnte mitunter groteske Formen annehmen. So wurde im August 1986 in einer hausinternen Arbeitsbesprechung in der Schweriner MfS-Bezirksverwaltung den zuständigen Offizieren mit Nachdruck erklärt, „daß für Reisegenehmigungen oder Ablehnungen die VP und nicht wir zuständig sind.“¹²⁸ Formal war diese Feststellung nicht völlig falsch. Tatsächlich oblag es der Volkspolizei, Anträge auf Westreisen (sogenannte „Reisen in dringenden Familienangelegenheiten“) anhand bestimmter Kriterien zu prüfen und dann eine Entscheidung zu fällen. Allerdings mußte die Volkspolizei alle bei ihr eingehenden Anträge an die Staatssicherheit weitergeben, wo eine weitere Überprüfung stattfand. Falls die Staatssicherheit mit einer Entscheidung der Volkspolizei nicht einverstanden war, konnte sie „Einspruch“ erheben, und die Volkspolizei mußte ihre Entscheidung revidieren. Westreisen verhinderte das MfS beispielsweise grundsätzlich, wenn der Antragsteller „durch feindlich-negative Handlungen in Erscheinung getreten“ war oder auch nur „der Verdacht dazu“ bestand.¹²⁹ Faktisch sicherte dieses Verfahren dem MfS die letztgültige Entscheidung über Reiseanträge, was vielen Bürgern auch bewußt war. Dennoch wurde auf der genannten Dienstbesprechung kritisiert, daß einige Diensteinheiten die Vor-

¹²⁶ Grundsätze für das operative Zusammenwirken, 1983 (wie Anm. 108), Bl. 9.

¹²⁷ Ebd., Bl. 7.

¹²⁸ Arbeitsberatung (Dienstbesprechung) des Stellvertreters Operativ, Oberst Wittig, am 21.8.1986, zum Thema „Aufgabenstellung zur Qualifizierung des Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahrens bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten ... sowie zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung seines Mißbrauchs durch feindliche bzw. negative Personen“, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, Abt. VII, Nr. 9, Bl. 19.

¹²⁹ BVfS Schwerin, 6.8.1986: Orientierung zur einheitlichen Durchsetzung des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens bei Anträgen auf Reisen in dringenden Familienangelegenheiten (DFA), vorh. in: BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, Abt. VII, Nr. 8, Bl. 43-45. Darin wird (Bl. 45) auch auf die „Grundsätze und Regelungen im Reiseverkehr“ (VVS MfS o008-60/85) verwiesen.

rangstellung des MfS zu offensichtlich werden ließen und Reiseablehnungen aussprachen, noch ehe die Volkspolizei ihre Entscheidung getroffen hatte. Und regelrecht ertappt fühlte sich das MfS von Bürgern, die ihre Beschwerden wegen abgelehnter Reisen direkt an das MfS schickten, weil, wie es auf der Dienstbesprechung ausgeführt wurde, „sie annahmen, daß wir sowieso diejenigen sind, die die Entscheidung treffen. Mit dieser Praxis ist Schluß zu machen.“¹³⁰ Dem MfS waren Beschwerden und Eingaben schon deshalb nicht gleichgültig, weil es wie die anderen Staatsorgane dazu verpflichtet war, darauf zu antworten.¹³¹

Anzumerken bleibt allerdings, daß auch die Volkspolizei in vorausgehendem Gehorsam Reiseanträge ablehnte und das MfS solche Entscheidungen dann zugunsten der Antragsteller revidierte.¹³²

Die Beobachtung und Bearbeitung der Kirchen in den achtziger Jahren

Die Kirchen kommen in den „Grundsätzen für das operative Zusammenwirken zwischen der BDVP und der BVfS Neubrandenburg“ so gut wie nicht vor. Das bedeutet aber nicht, daß sie in den achtziger Jahren nicht mehr Gegenstand gemeinsamer Aktionen von VP und MfS gewesen wären. So sah die Vereinbarung zwischen VP und MfS unter anderem vor, bedeutsame Veranstaltungen gemeinsam zu sichern. Davon konnten auch kirchliche Veranstaltungen betroffen sein.¹³³ Ebenso konnten die Kirchen ein Opfer des operativen Zusammenwirkens werden, wenn es um die Bekämpfung der „politisch-ideologischen Diversion sowie der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit“ ging.¹³⁴ Eine Anlage zu den „Grundsätzen“ legte sogenannte „spezifische Zuständigkeiten von Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung Neubrandenburg“ fest. Demnach war die Abteilung XX der Bezirksver-

¹³⁰ BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, Abt. VII, Nr. 9 (wie Anm. 128), Bl. 22.

¹³¹ Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, 30.09.1975: Ordnung über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger an das Ministerium für Staatssicherheit - Eingabenordnung. VVS MfS 008-947/75, vorh. in: BStU, ZA, MfS Abt. XIV, 345, Bl. 81-86. Darin heißt es u.a.: „Bürger, die sich mit Eingaben an das Ministerium für Staatssicherheit wenden, sind in der Abteilung XII des MfS zu überprüfen“; „Die Bearbeitungsfristen für Eingaben betragen maximal 4 Wochen“; „Nach Bearbeitung einer Eingabe ist dem Bürger in der Regel mündlich zu antworten. [...] Im Gespräch sollte erreicht werden, daß von dem Bürger die Beantwortung der Eingabe schriftlich bestätigt wird“.

¹³² BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, Abt. VII, Nr. 9 (wie Anm. 128), Bl. 26 u.ö.

¹³³ Grundsätze für das operative Zusammenwirken, 1983 (wie Anm. 108), Bl. 10.

¹³⁴ Hier zit. nach „Grundsätze des operativen Zusammenwirkens zwischen der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Neubrandenburg“ [undatiert]. Bei diesem Dokument handelt es sich offensichtlich um eine Überarbeitung der 1983 vereinbarten Grundsätze (vgl. Anm. 98). Vorh. in: BStU, Ast Nbg., MfS BV Nbg., Abt. VII, Nr. 232, Bl. 14-23, hier: Bl. 17.

waltung, zu deren Aufgabenfeld der Kampf gegen Kirchen und politischen Untergrund gehörte, zuständig für das Zusammenwirken mit dem „Mitarbeiter Jugend und Kirche“ bei der K 1. Auch wenn in diesem Dokument im Zusammenhang mit den Kirchen nur die K 1 angeführt wird, so bedeutete dies keinesfalls, daß die übrigen Abteilungen der Volkspolizei nun mit der Bearbeitung der Kirchen nichts mehr zu tun gehabt hätten. So gab es bei den Räten der Kreise beispielsweise sogenannte „Koordinierungsgruppen“ für „Staatspolitik in Kirchenfragen“. Darin kamen Mitarbeiter der Abteilung Erlaubniswesen der VP und der jeweiligen MfS-Kreisdienststelle mit Vertretern des Rates des Kreises (Inneres und Kirchenfragen), der SED-Kreisleitung, der Nationalen Front und anderer Institutionen, etwa dem Kreisschulrat, zusammen, um gemeinsam über das Vorgehen gegen die Kirchen zu beraten.¹³⁵

Daß die Kirchen weiterhin Gegenstand des politisch-operativen Zusammenwirkens waren, belegt auch eine „Vereinbarung für das operative Zusammenwirken“, die zwischen dem VPKA und der MfS-Kreisdienststelle in Sternberg geschlossen wurde.¹³⁶ Obwohl Sternberg zum Bezirk Schwerin gehörte, ist diese Vereinbarung weitgehend mit den schon mehrfach genannten Neubrandenburger „Grundsätzen für das operative Zusammenwirken“ identisch. Dies ist zunächst ein Indiz für die streng zentralistisch organisierte Arbeit des MfS. Dennoch gibt es kleine Unterschiede. Beide Papiere nennen als gemeinsame Aufgabe unter dem Punkt 2.6. die „Sicherung der Vorbereitung und Durchführung bedeutsamer Aktionen/Einsätze und Veranstaltungen“.¹³⁷ In den Neubrandenburger „Grundsätzen“ wird jedoch lediglich von „bedeutsamen Veranstaltungen“ gesprochen, eine genauere Festlegung aber nicht vorgenommen, sondern einer jährlichen gegenseitigen Abstimmung vorbehalten. Dagegen benennt die Sternberger Vereinbarung die Zielrichtungen des Abschnittes 2.6. im einzelnen. Das Zusammenwirken sollte nicht nur dazu dienen, große Veranstaltungen (auch im sozialistischen Ausland!) und Aufenthalte von hohen Politikern, ausländischen Gästen und Korrespondenten zu sichern. Sondern es bezweckte ebenso sehr die „gründliche Überprüfung des beabsichtigten Inhalts, Charakters und des Teilnehmerkreises beantragter

¹³⁵ Vgl. Rat des Kreises Schwerin, Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres: „Protokoll über die Beratung der Koordinierungsgruppe 'Staatspolitik in Kirchenfragen' am 10.2.1981, 14.00 Uhr“, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, Abt. XX, 112, Bl. 49.

¹³⁶ Vereinbarung für das operative Zusammenwirken zwischen der Kreisdienststelle für Staatssicherheit Sternberg und dem Volkspolizeikreisamt Sternberg, Sternberg 1988, vorh. in: BStU, Ast Schwerin, MfS BV Schwerin, KD Sternberg, Nr. 4533, Bl. 1-8. Die vorliegende Vereinbarung ist maschinenschriftlich mit den Namen der Leiter der KD und des VPKA Sternberg, Oberstleutnant Lommack und Major Jakubzak, gezeichnet, aber (noch) nicht unterschrieben.

¹³⁷ So formuliert in den Grundsätzen für das operative Zusammenwirken, 1983 (wie Anm. 108), Bl. 10; die Sternberger Vereinbarung weicht nur geringfügig ab: „... bedeutsamer Aktionen und Einsätze sowie Veranstaltungen“, vgl. Anm. 126, Bl. 5.

Veranstaltungen, besonders von Kirchen, Religionsgemeinschaften und Vereinigungen“.¹³⁸ Dieser Punkt verweist auch wieder auf die Bedeutung, die der Volkspolizei aufgrund der Veranstaltungsverordnung zukam. Denn über die Veranstaltungsverordnung war die Volkspolizei ganz offiziell über kirchliche Veranstaltungen informiert, und diese Kenntnisse konnte sie in das Zusammenwirken mit dem MfS einbringen.

Auch im Bezirk Neubrandenburg gab es derartige Vereinbarungen zwischen MfS-Kreisdienststellen und Volkspolizei-Kreisämtern. Unter anderem wurden solche Vereinbarungen im März 1983 in allen Kreisen des Bezirkes abgeschlossen. Sie sind zwar nicht überliefert; überliefert sind aber die Erfahrungsberichte, die die Volkspolizei-Kreisämter nach eineinhalb Jahren für den Chef der Neubrandenburger BDVP schreiben mußten. In allen vierzehn Kreisen schätzten die VPKA-Leiter das Zusammenwirken mit den MfS-Kreisdienststellen positiv ein. Nur drei Volkspolizei-Kreisämter sprachen überhaupt Probleme an. In Malchin kritisierte der VPKA-Leiter einige Terminüberschreitungen seitens der Kreisdienststelle bei der Bearbeitung von Reiseanträgen. Inzwischen habe man das Problem aber gemeinsam ausgewertet und eine „Veränderung“ erreicht.¹³⁹ Der Leiter des VPKA Templin äußerte sich unzufrieden mit dem „operativen Informationsaustausch im täglichen Dienst“ und machte für diesen Mißstand die MfS-Kreisdienststelle verantwortlich.¹⁴⁰ Im VPKA Teterow deutete man vorsichtig an, daß der gegenseitige Informationsaustausch „bei wichtigen operativen Ereignissen“ besser, vor allem zügiger, funktionieren könnte.¹⁴¹

Ansonsten belegen diese Erfahrungsberichte, daß das Zusammenwirken zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit auch in der Praxis sehr intensiv gewesen ist. Aus Demmin wurde gemeldet, daß „häufig operative Maßnahmen unter strikter Beachtung der spezifischen Verantwortung jeder Dienststelle gemeinsam vorbereitet und durchgeführt“ wurden. Auch der Templiner VPKA-Leiter betonte die Rolle gemeinsamer Einsatzgruppen mit dem MfS.¹⁴² In der Einschätzung aus Malchin war zu lesen, daß zwischen beiden Leitern ein „enger Kontakt“ bestehe und die Lage im Kreis täglich abgestimmt werde. Auch die Diensthabenden beider Dienststellen tauschten sich täglich aus. E-

¹³⁸ Vereinbarung für das operative Zusammenwirken, Sternberg 1988 (wie Anm 126), Bl. 5.

¹³⁹ VPKA Malchin, Der Leiter: Einschätzung der Wirksamkeit des operativen Zusammenwirkens mit der KDfS, 25.09.1984, S. 3, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 79/90, Bündel Nr. 192.

¹⁴⁰ VPKA Templin, Der Leiter: Einschätzung über die Wirksamkeit der Zusammenarbeit mit der KDfS, 17.09.1984, S. 1, vorh. in: ebd. (wie Anm. 139).

¹⁴¹ VPKA Teterow, Der Leiter: Einschätzung der Zusammenarbeit des VPKA mit der Kreisdienststelle Teterow des MfS, 24.09.1984, Bl. 2, vorh. in: ebd. (wie Anm. 139).

¹⁴² VPKA Demmin, Der Leiter: Einschätzung der Wirksamkeit der Vereinbarung über das operative Zusammenwirken zwischen dem VPKA und der KDfS Demmin, 6.9.1984, S. 2, vorh. in: ebd. (wie Anm. 139); VPKA Templin (wie Anm. 140), S. 1.

benso erfolgten zwischen den Leitern einzelner Dienstzweige bzw. Abteilungen „eigenverantwortlich ... Abstimmungen über zu lösende Aufgaben“. Erfolge meldete das Malchiner VPKA auch auf dem Gebiet der Personenkontrolle. Infolge des operativen Zusammenwirkens sei es keiner Kontrollperson mehr gelungen, bei politischen und gesellschaftlichen Höhepunkten „negativ in Erscheinung zu treten“.¹⁴³ Der Neubrandenburger VPKA-Leiter verwies in seinem knappen Bericht auf die Einbeziehung der SED-Kreisleitung in das operative Zusammenwirken von VP und MfS; sein Kollege aus Teterow wies in diesem Zusammenhang auf die vierzehntägigen Sicherheitsberatungen beim 1. Sekretär der SED-Kreisleitung hin.¹⁴⁴ Der Leiter des VPKA Waren sprach das Problem der Ausreisewilligen an und die hierbei notwendige Zusammenarbeit mit den Leitern von Betrieben sowie mit der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises.¹⁴⁵ Besondere Erwähnung fanden in Teterow und Waren die operativen Dienstzweige Kriminalpolizei und Paß- und Meldewesen; deren Leitern oblag das unmittelbare Zusammenwirken mit den zuständigen Abteilungen des MfS.¹⁴⁶

Man muß bei diesen Berichten sicher in Betracht ziehen, daß manche Zustandsbeschreibung geschönt war. Den VPKA-Leitern war womöglich vor allem daran gelegen, eine erfolgreiche Bilanz vorzulegen. Möglicherweise verlief das Zusammenwirken nicht ganz so reibungslos, wie es diese Einschätzungen nahelegten. Trotz alledem sind diese Einschätzungen aber zumindest ein Beweis dafür, welche Dimensionen das operative Zusammenwirken angenommen hatte. Und sie belegen wiederum, daß Volkspolizei und Staatssicherheit gemeinsam auch die Kirchen im Visier hatten. So erwähnte der VPKA-Leiter aus Waren, daß „Fragen des koordinierten und abgestimmten Vorgehens zu Problemen der Kirche, Sekten und Religionsgemeinschaften“ Gegenstand des operativen Zusammenwirkens waren.¹⁴⁷ Die Leiter der übrigen Volkspolizei-Kreisämter sprachen diesen Punkt nicht an. Da alle Berichte aber immer nur einzelne Aspekte berücksichtigten und in diesem Sinne alle unvollständig waren, kann man davon ausgehen, daß Kirchenfragen auch in anderen Kreisen eine Rolle im operativen Zusammenwirken spielten.

¹⁴³ VPKA Malchin (wie Anm. 139), S. 1-3.

¹⁴⁴ VPKA Neubrandenburg, Erfahrungsarbeit über das operative Zusammenwirken zwischen dem VPKA und der Kreisdienststelle Neubrandenburg, 28.09.1984, S. 1, vorh. in: ebd. (wie Anm. 139); VPKA Teterow (wie Anm. 141), Bl. 1/R.

¹⁴⁵ VPKA Waren, Einschätzung über die Wirksamkeit des operativen Zusammenwirkens zwischen dem VPKA und der Kreisdienststelle für Staatssicherheit, 30.09.1984, S. 1, vorh. in: ebd. (wie Anm. 139).

¹⁴⁶ VPKA Teterow (wie Anm. 141), Bl. 1/V.; VPKA Waren, 30.09.1984, S. 2.

¹⁴⁷ VPKA Waren (wie Anm. 145), Bl. 1/V.

Tatsächlich wurden alle Leiter der Volkspolizei-Kreisämter auch in den achtziger Jahren immer wieder angewiesen, gegen die Kirchen vorzugehen. Auf der Jahresdienstbesprechung der VPKA-Leiter am 11. April 1984 beim Stellvertreter Operativ des Neubrandenburger BDVP-Chefs bildeten Fragen einer, wie es hieß, „staatlich unabhängigen Friedensbewegung“ und einer „inneren Opposition“ einen Schwerpunkt der Beratungen. Gerade die evangelische Landeskirche in Mecklenburg hatte sich seit Ende der siebziger Jahre in diesem Sinne hervorgetan. Landesbischof Heinrich Rathke hatte sich bereits 1978 vehement gegen die Einführung des Wehrunterrichtes an den Schulen ausgesprochen, und bei vielen Gelegenheiten griff er die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft an. Er förderte und unterstützte diejenigen, die sich im Rahmen von Friedensdekaden und Friedensgottesdiensten für Abrüstung in Ost und West engagierten, die sich für einen sozialen Friedensdienst, das heißt für einen Zivildienst anstelle des Wehrdienstes einsetzten und dies auch in Unterschriftenaktionen oder durch das Tragen des Aufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“ bekundeten. Viele Pastoren hatten damals Auseinandersetzungen mit den Volkspolizei-Kreisämtern oder auch mit den Räten der Kreise und mußten sich vor diesen Behörden rechtfertigen, weil Gemeindeglieder den Aufnehmer „Schwerter zu Pflugscharen“ trugen.¹⁴⁸ Auf der schon genannten Jahresdienstbesprechung der VPKA-Leiter im April 1984 wurde die kirchliche Friedensarbeit als „pseudopazifistisch“ und „verleumderisch“ eingestuft; ferner stellte man fest, daß es hierbei nicht um Veranstaltungen mit „ausschließlich religiösem Charakter“ ging, und man beobachtete sogar eine „unterschwellig politisch negative Tendenz“. Über die Umweltgruppen, die ebenfalls im Rahmen der Kirche agieren konnten, lautete das Urteil ähnlich. Ihnen galt auf der Jahresdienstbesprechung 1984 der Vorwurf, „Umweltschäden und -verschmutzungen“ auf „pessimistische, beunruhigende oder verleumderische“ Weise darzustellen und darüber hinaus zu „demonstrativen Aktionen“ aufzurufen wie „Eingaben an die Staatsorgane, demonstrative Baumpflanzungen, Durchführung von Fahrradkorsos, demonstratives Ablegen von abgestorbenen Bäumen und Unrat auf öffentlichen Straßen und Plätzen“.¹⁴⁹

¹⁴⁸ Vgl. u.a. Schreiben des Leiters des VPKA Röbel-Müritz an den Chef der BDVP Nbg. vom 25.03.1982 betr. seine Auseinandersetzung mit dem örtlichen Pastor der mecklenburgischen Landeskirche, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 23/98, Bündel Nr. 73; Aktennotiz des Stellv. f. Inneres beim Rat des Kreises Teterow, 7.5.1982 über ein Gespräch mit dem Pastor aus Belitz, vorh. in: ebd.; VPKA Malchin, Der Leiter, an den Chef der BDVP Nbg., 22.3.1982 betr. Informationen über Aktivitäten der evangelischen Kirche unter Jugendlichen im Kreis Malchin, vorh. in: ebd.

¹⁴⁹ BDVP Neubrandenburg, Stellv. d. Chefs d. BDVP Operativ: Probleme Dienstbesprechung Leiter VPKÄ, vorh. in: MLHA, BDVP Nbg. 1975-1990, Z 79/90, Bündel Nr. 192, Bl. 1-2.

Die Volkspolizei sah sich veranlaßt, gegen derartige Handlungen vorzugehen. Dabei war ganz offensichtlich, daß es sich nicht nur um Fragen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelte. Solange es darum ging, demonstrativ abgelegte Baumstümpfe von öffentlichen Plätzen zu entfernen, mochte das noch zutreffen. Auch die Frage, inwieweit kirchliche Veranstaltungen mitunter einen politischen Charakter besaßen, berührte Zuständigkeiten der Volkspolizei im Rahmen der Veranstaltungsverordnung. Doch die Aufgabenstellung, wie sie in der Jahresdienstbesprechung 1984 herausgearbeitet wurde, ragte deutlich in den Bereich der staatlichen Sicherheit und somit in das klassische Aufgabenfeld des MfS hinein. Da hieß es nämlich, die Aktivitäten „feindlich-negativer Kräfte“ seien „zu einem möglichst frühen Zeitpunkt - also bereits im Vorfeld feindlicher Handlungen - vor allem mit politischen Mitteln“ zu unterbinden. Verantwortlich hierfür waren die Leiter der Abteilungen Kriminalpolizei und Schutzpolizei der Volkspolizei-Kreisämter. Ihnen oblag es beispielsweise, mit den Anhängern von Friedens- und Umweltkreisen „die Auseinandersetzung ..., vorrangig unter Einbeziehung progressiver gesellschaftlicher Kräfte ideologisch zu führen“ mit dem Ziel, „auf diese Weise politisch vernünftige Positionen in diese Kreise“ zu tragen. Diese Anweisung bezog sich ausdrücklich nur auf die einfachen Anhänger der Friedens- und Umweltkreise; deren „Initiatoren“ und „Organisatoren“ blieben weitgehend ausgenommen. Vermutlich sollte dieser Personenkreis von der Staatssicherheit bearbeitet werden. Zu den weiteren Instrumenten der Volkspolizei gegen Friedens- und Umweltgruppen gehörte es, „die gesamte Breite des sozialistischen Rechts - bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten, auch des Ordnungswidrigkeitsrechts - offensiv, differenziert und konsequent [zu nutzen], um die angestrebten Ziele zu erreichen.“ Und schließlich hatten die Leiter von Kripo und Schutzpolizei das „ständige Zusammenwirken“ mit der jeweiligen MfS-Kreisdienststelle zu sichern.¹⁵⁰ Ergänzend hatten die Leiter der Abteilungen Paß- und Meldewesen in den Volkspolizei-Kreisämtern die Anweisung erhalten, sämtliche Ein- und Ausreiseanträge kirchlicher Würdenträger und kirchlicher Mitarbeiter einer besonderen Behandlung zu unterziehen. Ausreiseanträge aus diesem Personenkreis einschließlich der Familienangehörigen mußten die Abteilungen Paß- und Meldewesen nun grundsätzlich entgegennehmen - „ungeachtet der Berechtigung [des Antrages]“. Was hier womöglich wie ein Privileg klingt, bedeutete aber nichts anderes, als daß dieser Personenkreis einer intensiveren Form der politischen Überwachung unterlag. Anders als bei anderen Reiseanträgen durfte die Volkspolizei in diesen Fällen keine selbständige Vorentscheidung treffen (über die dann das MfS endgültig entschieden hätte), sondern es wurde nun verfügt, daß „auf der Grundlage des vorliegenden Antrages mit dem Stellv. für Inneres und der KDFs eine Abstimmung zu erfolgen“ hatte. Das hieß also, die Partner des operativen Zu-

¹⁵⁰ Ebd., Bl. 1-2.

sammenwirkens - Staatssicherheit, Volkspolizei und Rat des Kreises - führten gemeinsam eine Entscheidung herbei, wobei das MfS selbstverständlich die ausschlaggebende Instanz blieb.¹⁵¹

Schlußbetrachtung

Fünfeinhalb Jahre nach dieser Jahresdienstbesprechung begannen auch im Bezirk Neubrandenburg die Bürgerinnen und Bürger, gegen Bevormundung und Überwachung zu demonstrieren. Das Ministerium für Staatssicherheit mußte infolge dessen Ende 1989 seine Arbeit weitgehend einstellen. Blickt man auf das fast vierzigjährige enge Zusammenwirken von Volkspolizei und Staatssicherheit zurück, so versteht man nur zu gut, weshalb sich die Volkspolizei spätestens im Dezember 1989 intensiv bemühte, die Spuren zu verwischen, die auf die enge Verbindung zum MfS hinweisen konnten.¹⁵² Ebenso wird bei einem Rückblick auf fünfundvierzig Jahre Volkspolizei deutlich, daß es auch Gründe gab, den eigenen Anteil am SED-geführten Unterdrückungsapparat zu verschleiern und entsprechende Akten zu vernichten. Dabei wird man die Rolle der Volkspolizei insgesamt wie auch konkret in der „Wendezeit“ Ende 1989 sehr differenziert beurteilen müssen. Auch wenn die Volkspolizei bis zum Schluß die Überwachung Andersdenkender vornahm, so oblag die zielgerichtete „Bearbeitung“ und „Zersetzung“ gerade von Personen aus dem kirchlichen Bereich dem MfS, in einigen anderen Fällen auch der K 1.¹⁵³ Innerhalb der Volkspolizei waren die einzelnen Abteilungen sehr unterschiedlich an Repressionsmaßnahmen beteiligt. Und in der „Wendezeit“ gab es ebenso sehr fortdauernde Loyalitäten gegenüber dem MfS wie echte Unterstützung für die neu entstandenen Bürgerbewegungen. Auf das konkrete Beispiel der Kirchen bezogen bleibt festzuhalten, daß der Volkspolizei bei der Ausgestaltung der SED-Kirchenpolitik eine eigenständige Rolle zukam, wobei das MfS den Bereich der Kirchenpolitik, wie viele andere Bereiche auch, im Laufe der Jahrzehnte immer mehr dominierte. Trotz aller Aufgabenüberschneidungen zwischen Volkspolizei und Staatssicherheit kann man die beiden Sicherheitsapparate letztlich nicht gleichsetzen. Aber es wäre ebenso falsch, das Unterdrückungssystem in der DDR nur auf das MfS zu reduzieren. Erst die zuverlässige Zusammenarbeit der verschiedensten Institutionen - SED, MfS, VP, Inneres und andere - ermöglichten die annähernd flächendeckende Überwachung und Entmündigung, gegen die sich die Bürger 1989 endlich mit Erfolg wehrten.

¹⁵¹ Ebd., Bl. 2.

¹⁵² Vgl. z.B. oben, S. 229 und S. 231 die entsprechenden Meldungen in den VP-Lageberichten.

¹⁵³ LStU Berlin/Sachsen (wie Anm. 11), S. 71.

Das politisch-operative Zusammenwirken - eine Übersicht

Die Definition des Begriffs „politisch-operatives Zusammenwirken“ im „Wörterbuch der Staatssicherheit“:¹⁵⁴

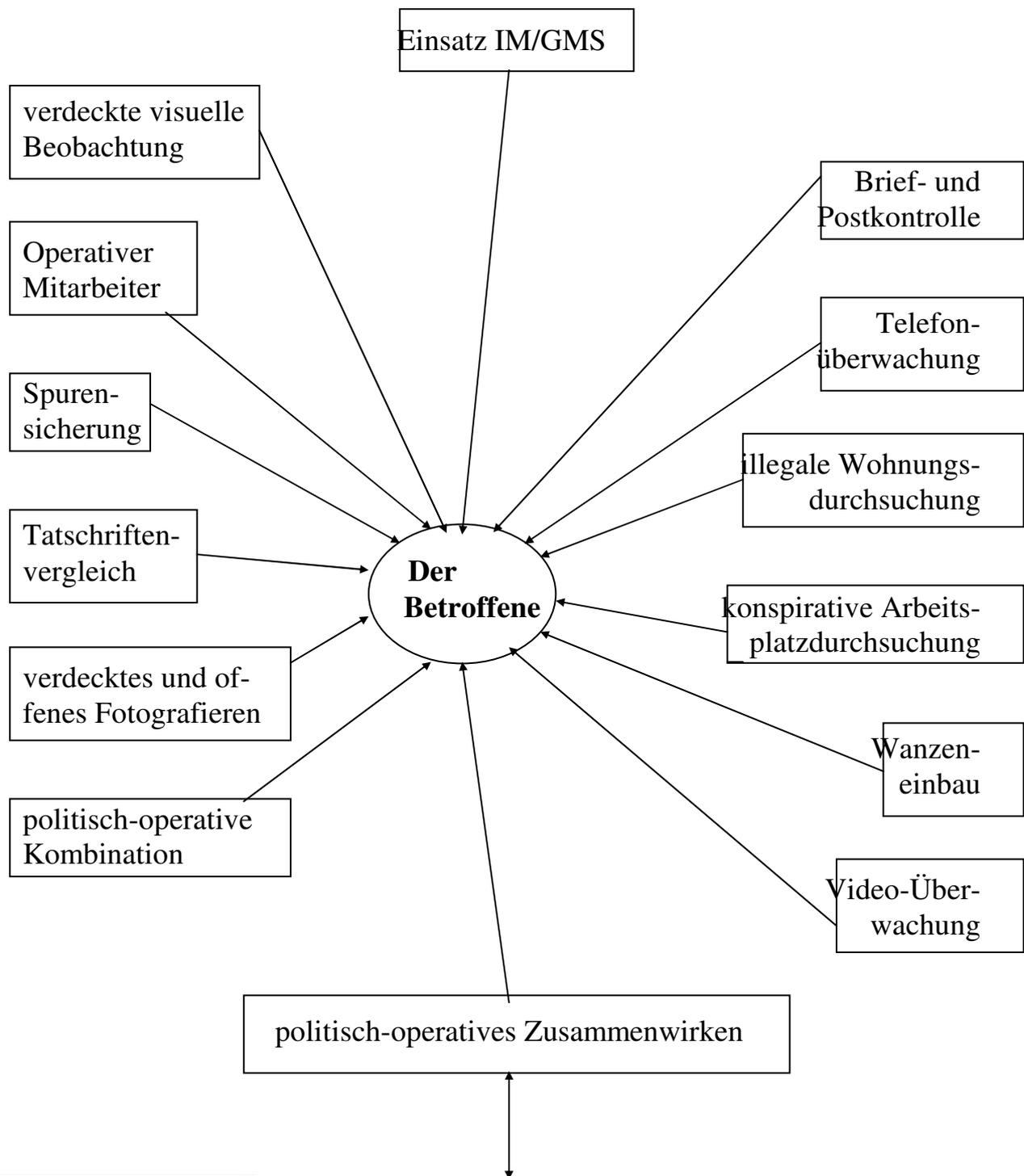
Zusammenwirken, politisch-operatives

durch Arbeitsteilung und wachsende Komplexität beim Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger objektiv bedingtes, auf der Grundlage von dienstlichen Bestimmungen und anderen Festlegungen des Ministers für Staatssicherheit planmäßig gestaltetes, abgestimmtes kameradschaftliches und von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung geprägtes Handeln des MfS mit anderen Organen in Wahrnehmung ihrer spezifischen Verantwortung und Möglichkeiten. Es dient der Konzentration des MfS auf die Sicherung der Schwerpunktbereiche und die Bearbeitung der politisch-operativen Schwerpunkte. Das politisch-operative Z. ist unter konsequenter Durchsetzung der spezifischen Verantwortung des MfS für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und der anderen Organe für Ordnung und Sicherheit aufgabenbezogen und unter strikter Wahrung der Geheimhaltung und Konspiration zu organisieren.

Im politisch-operativen Z. sind die Potenzen der anderen Organe, über die diese zur Lösung ihrer Aufgaben verfügen, für die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit zu erschließen und zur vollen Wirksamkeit zu führen. Das politisch-operative Z. hat dazu beizutragen, daß die anderen Organe ihre spezifischen Aufgaben immer besser erfüllen und noch stärker zum sicherheitspolitischen Denken und Handeln unter der Sicht der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit befähigt werden.

¹⁵⁴ Zit. in: Suckut (Hg.), S. 428.

Bürger im Visier: wie das MfS die Bürger zu Feinden erklärte



DVP: ABV, Kripo, Paß- und Meldewesen / Abt. Inneres / NVA / WKK / Amt für Arbeit / Kaderabt. Betr./Inst. / ABI / Reisebüro / Zollverwaltung / Zivilverteidigung

nach einer Vorlage des BStU, Außenstelle Neubrandenburg

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

Für die vorliegende Studie wurden Aktenbestände aus folgenden Archiven herangezogen (für Einzelnachweise siehe die jeweiligen Anmerkungen):

- Bundesarchiv Berlin
- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv Berlin sowie Außenstellen in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg
- Bundesministerium des Innern, Berlin, Schriftgutverwaltung
- Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin
- Landesarchiv Greifswald

Literatur:

a. Darstellungen aus der Region Neubrandenburg

Der aufrechte Gang. Malchiner Dokumente der Wendezeit. Gestaltung und Kommentierung: Sabine Naumann, Günter Kaden. Hg.: Kreismuseum Prinzeßhof, Itzehoe 1990.

Chronik der Bürgerbewegung in der Wendezeit vom August 1989 bis zum Sommer 1990 für die Stadt Teterow. Erarbeitet von ehemaligen Mitgliedern des Neuen Forum unter Einbeziehung der NDPD, LDPD, SPD, CDU und SED und des Kommunalarchivs auf Anregung der Stiftung Mecklenburg, Teterow 1994.

Dokumentation der Wende in Waren, Malchow und Penzlin (Manuskript). Hg.: Stadt Waren, Waren/Müritz 1994.

Fridolf Heydenreich: Herbst 1989/Frühjahr 1990. Die Geschichte unserer friedlichen Revolution. Eine Chronologie der Ereignisse in Neubrandenburg aus der Sicht von Fridolf Heydenreich. (= Schriftenreihe des Regionalmuseums Neubrandenburg, Heft 23), Neubrandenburg 1993.

Neues Forum Röbel (Hg.): Die Wahrheit wird euch befreien. Dokumente eines Umbruchs. Röbel/Müritz, Herbst 1989. Text von Roger Thomas, Gestaltung von Werner Schinko und Hans-Joachim Seefeldt, Röbel 1989.

Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg (= BStU (Hg.): BF informiert Nr. 12), Berlin 1996.

Ulrich von Saß und Harriet von Suchodoletz: „feindlich-negativ“. Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale [Neubrandenburg], Berlin 1990.

b. Allgemeine Literatur

Edda Ahrberg: „Mit gestutzten Flügeln“. Jugend in der DDR. Hg.: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1996.

Inge Bennewitz und Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1994.

Richard Bessel: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der SBZ und frühen DDR, 1945-1953, in: ders. und Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V.: K I. Studie zur Tätigkeit des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei, 2. veränd. Aufl., Suhl 1994.

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen: Bericht über den Aufbau der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone (Stand: Frühjahr 1951), Bonn 1951.

Otto Elle: Zur Entwicklung der allgemeinen polizeilichen Aufgaben und Befugnisse, Berlin (Ost) 1958.

Karl Wilhelm Fricke: Zur Geschichte der DDR-Staatssicherheit, in: Bernd Florath, Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 123-145.

Geschichte der Deutschen Volkspolizei, 2 Bände, 2., überarb. Aufl., Berlin (Ost) 1987.

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (= BStU (Hg.): Anatomie der Staatssicherheit - MfS-Handbuch, Bd. IV/1), Berlin 1995.

Martin Georg Goerner: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958, Berlin 1997.

Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, 3 Bände, Reinbek 1994.

Dietrich Heyse und Helmuth Meininger: Du und Deine Volkspolizei (= Recht in unserer Zeit), Berlin (Ost) 1985.

Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression, Dresden und Berlin 1996.

Gerhard Lange u.a. (Hg.): Katholische Kirche - Sozialistischer Staat. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945-1990, Leipzig 1992.

Jochen Laufer: Die Ursprünge des Überwachungsstaates in Ostdeutschland, in: Bernd Florath, Armin Mitter, Stefan Wolle (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 146-168.

Thomas Lindenberger: Die Deutsche Volkspolizei (1945-1990), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 97-152.

Hans-Hermann Lochen und Christian Meyer-Seitz: Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992.

Bernhard Marquardt: Menschenrechtsverletzungen durch die Deutsche Volkspolizei, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. IV, S. 655-759.

Wolfgang Mittmann: Die Transportpolizei (1945-1990), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S. 537-550.

Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996.

Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.

Siegfried Suckut (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996.

Vom „Sicherungseinsatz 40. Jahrestag“ (Oktober 1989) zur verordneten Polizei-Demonstration (Januar 1990). Dokumente aus dem Bestand des Führungsstabes der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Erfurt. Hg.: Landesbeauftragter des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar. Bearb.: Andrea Herz, Bernhard Lißner, Erfurt 1995.

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
ABI	Arbeiter- und Bauerninspektion
ABV	Abschnittsbevollmächtigter
AG	Arbeitsgruppe; Arbeitsgemeinschaft
AIV	Agrar-Industrie-Vereinigung
AK	Arbeiterklasse
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
Alm.	Anklam
A/P	Agitation/Propaganda
Ast	Außenstelle (des BStU)
Atw.	Altentreptow
AW	Anweisung
BafNS/BafnS	Bezirkamt für Nationale Sicherheit (seit dem 17.11.1989 offizielle Bezeichnung für die Bezirksverwaltungen des MfS)
BArch	Bundesarchiv
BAZ	Berufsausbildungszentrum
BD	Bereitschaftsdienst
Bd./Bde.	Band/Bände
BdL	Büro der Leitung
BDVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
bes.	besonders
Best.	Bestand
BF	Bildung und Forschung (Abteilung des BStU)
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BL	Bezirksleitung
Bl.	Blatt
BMI	Bundesministerium des Innern
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BPS	Bezirksparteischule (der SED)
BS	Betriebsschutz
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BT	Betriebsteil
BV	Beschuldigtenvernehmung; Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Dienstanweisung
dass.	dasselbe

DB	Durchführungsbestimmung
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DHS	Diensthabendensystem
Din.	Demmin
Dok.	Dokument
DR	Deutsche Reichsbahn
DV	Dienstvorschrift
DVP	Deutsche Volkspolizei
E	Erlaubniswesen [Sachgebiet/Abteilung der VP]
ebd.	ebenda
EKD	Einlaßkontrolldienst
EV	Ermittlungsverfahren
ev.	evangelisch
F	Feuerwehr; Fernverkehrsstraße
f	folgende
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FE	Freie Erde (Bezirkszeitung der SED)
FFw	Freiwillige Feuerwehr
FG	Führungsgruppe
FH	Freiwilliger Helfer (der Volkspolizei); Ferienhaus
FS	Fernschreiben
FStW	Funkstreifenwagen
Gen./Genn.	Genosse, Genossin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GHG	Großhandelsgesellschaft
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
GT	Grenztruppen
GTW	Gefangenentransportwagen
GÜST/GÜSt	Grenzübergangsstelle
GVS	Geheime Verschlusssache
GZ, Gz	Grenzzeichen
HA	Hauptabteilung
HDW	Hauswirtschaftliche Dienstleistungen Waren
HO	Handelsorganisation
i.d.F.	in der Fassung
IKM	Inoffizieller kriminalpolizeilicher Mitarbeiter
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
JHS	Juristische Hochschule (des MfS in Potsdam)
K	Kriminalpolizei
kat./kath.	katholisch

KAfNS/KÄfNS	Kreisamt/Kreisämter für Nationale Sicherheit (seit dem 17.11.1989 offizielle Bezeichnung für die Kreisdienststellen des MfS)
KD	Kreisdienststelle
KDfS	Kreisdienststelle für Staatssicherheit
Kdr.	Kommandeur
KfL	Kreisbetrieb für Landtechnik
KG	Kampfgruppe
KGD	Konzert- und Gastspieldirektion
KKB	Küsters Keller-Band (kirchliche Musikgruppe der Jungen Gemeinde Bergen)
KKH	Kreiskulturhaus
KL	Kreisleitung
KOM	Kraftomnibus
Kp. T	Kompanie Technik (technische Kompanie)
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
Kr./Krs.	Kreis
KV	Kreisvorstand
KWO	Kabelwerk Oberspree
L I O	Landstraße 1. Ordnung
LAG	Landesarchiv Greifswald
LBDVP	Landesbehörde der Deutschen Volkspolizei
LD	Leitungsdienst
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LIW	Landtechnisches Instandsetzungswerk
LKA	Landeskirchenarchiv (der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs)
LO	Kleinlaster (Typ)
LPG (T)	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Tierproduktion)
LStU	Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Ltr.	Leiter
luth.	lutherisch
M	Mark
m	Meter
Mal.	Malchin
MdI	Ministerium des Innern
MfIA/MfiA	Ministerium für Innere Angelegenheiten (seit Nov./Dez. 1989 offizielle Bezeichnung des Ministerium des Innern)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (Schwerin)
MSTA/MStA	Militärstaatsanwalt

MVA	Milchviehanlage
MZE	Mehrzweckeinrichtung
NBG./Nbg.	Neubrandenburg
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
Nsz.	Neustrelitz
NVA	Nationale Volksarmee
o.ä.	oder ähnliches
OB	Oberbürgermeister
ÖVW	Örtliche Versorgungswirtschaft
o.g.	oben genannt
OGS	Obst, Gemüse, Speisekartoffeln
OKR	Oberkirchenrat (der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs)
OPD	Operativer Diensthabender
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL/Osl.	Oberstleutnant
OSV	Ordnungsstrafverfahren
OT	Ortsteil
OV	Operativer Vorgang
Owm.	Oberwachtmeister
PA	Politische Arbeit
PdVP	Präsidium der Volkspolizei (Berlin)
PKE	Paßkontrolleinheit
PM	Paß- und Meldewesen
PO	Parteiorganisation
POS	Polytechnische Oberschule
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken
Psw.	Pasewalk
Pwk.	Pasewalk
PZ./Pz./Pzl.	Prenzlau
R	Rückseite
RBD	Reichsbahndirektion
Rbl.	Röbel
R.d.Krs.	Rat des Kreises
R.d.St.	Rat der Stadt
Ref.	Referat
RWN	Reparaturwerk Neubrandenburg
S	Schutzpolizei
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (beim Bundesarchiv Berlin)
Sbg.	Strasburg

SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sekr.	Sekretär
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
Skt.	Sankt
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)
sowj.	sowjetisch
soz.	sozialistisch
SRR	Sozialistische Republik Rumänien
Stellv.	Stellvertreter
StFB	Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb
StGB	Strafgesetzbuch
StVE	Strafvollzugseinrichtung
SV	Strafvollzug
TBK	Tiefbaukombinat
TPA	Transportpolizeiamt
Tpl.	Templin
Ttr.	Teterow
UA	Unterabteilung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ueck.	Ueckermünde
UHA	Untersuchungshaftanstalt
UVR	Ungarische Volksrepublik
VA	Abteilung Verwaltung (daraus ging in der VP im Dezember 1950 die Abt. PM hervor)
VD	Vertrauliche Dienstsache
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VE	Volkseigentum
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VK	Verkehrspolizei
VKU	Verkehrsunfall
VKÜ	Verkehrsüberwachung
vorh.	vorhanden
VP	Volkspolizei
VPB	Volkspolizeibereitschaft
VPKA/VPKÄ	Volkspolizei-Kreisamt/Volkspolizei-Kreisämter
VPP	Volkspolizeipräsidium
VPS	Volkspolizeischule

VR	Volksrepublik
VRB	Volksrepublik Bulgarien
VRP	Volksrepublik Polen
VRU	Volksrepublik Ungarn
VVO	Veranstaltungsverordnung
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WAB	Wasserversorgung und Abwasserbehandlung
WGSS	Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte
WKK	Wehrkreiskommando
Wrn.	Waren
WS-GP	Wasserschutz-Gruppenposten
WtB	Waren täglicher Bedarf
WWD	Wasserwirtschaftsdirektion
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZBO	Zwischengenossenschaftliche Bauorganisation
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
ZKS	Zugkontrollstelle
ZV	Zivilverteidigung
ZW	Zusammenwirken (politisch-operativ)

Ortsregister

Das Ortsregister führt alle Orte auf, die in den Lageberichten der Deutschen Volkspolizei (S. 15-231) vorkommen. Ortsnamen, die einen ganzen Kreis oder Bezirk oder eine VP-Dienststelle bezeichnen, sind nicht in das Ortsregister aufgenommen.

- Ahlbeck (b. Torgelow) 54, 91
 Alt Schwerin 81
 Alt Temmen 130
 Altentreptow 20, 108, 124, 141, 165, 166, 216, 225
 Altwigshagen 111
 Anklam 22, 53, 80, 91, 93, 95, 99, 100, 102, 103, 113, 119-121, 123, 137, 139, 141, 144, 149, 150, 154, 155, 176, 179, 200, 201, 209, 210, 218, 221, 225
 Annenwalde 58
 Bad Schandau 62
 Bergen 89
 Berlin (Ost) 21, 23, 25, 27, 30, 33, 41, 143
 Berlin (West) 59, 70, 194
 Beutel 156
 Bietikow 151
 Bocksee 17, 138, 153
 Boitzenburg 159, 163
 Brandenburg 68, 226, 227
 Buchholz (b. Röbel) 63
 Burg Stargard 23, 65, 80, 108, 113, 115, 133, 166, 211
 Carpin 140, 142
 Chemnitz (b. Nbg.) 23
 Demmin 38, 44, 46, 60, 91, 93, 106, 111, 112, 119, 121, 124, 130, 133, 154, 156, 161, 186, 187, 203, 211, 216, 221, 224, 225
 Densow 122
 Deven (b. Waren) 134
 Dölitz 29
 Dresden 27, 30, 140
 Drewitz (b. Waren) 217, 228, 230
 Eggesin 87, 139
 Fahrenwalde 89, 205-207
 Feldberg 26, 50, 106, 121, 156, 172, 176
 Ferdinandshof 89, 139
 Flieth 141
 Fredenwalde (siehe: Klein Fredenwalde)
 Friedland 23, 77, 107, 111-113, 115, 145, 146, 150, 154, 156, 182, 225
 Gerswalde 134, 141
 Glashütte (b. Waren) 217
 Gnoien 107, 126, 127, 172, 205, 206
 Göhren-Lebbin 188
 Gollin 148
 Grabowhöfe 153, 154
 Grambow 19, 194
 Grammentin 148
 Grauenhagen 53
 Greifswald 44, 89
 Groß Below 23
 Groß Dölln 163
 Groß Miltzow 136
 Groß Plasten 134
 Groß Wüstenfelde 36
 Haßleben 82, 141, 169
 Helpterberg 26
 Herrnburg 63

- Hintersee 19, 37, 178
 Hohen Demzin 36
 Hohengüstow 96
 Holzendorf 167
 Holzendorf (b. Strasburg) 136
 Jarmen 20, 84, 119, 121, 148, 216, 220
 Jatznick 122
 Kaakstedt 141
 Kastorf (b. Altentreptow) 135, 142
 Keulenberg 26
 Klein Fredenwalde 101, 107
 Klein Nemerow 225
 Kogel (b. Röbel) 201, 202
 Leipzig 89
 Leopoldshagen 147
 Linken 19, 35, 74
 Löcknitz 21, 44, 49, 68, 74
 Loitz 96, 99, 161, 187, 203, 224
 Luckow (b. Torgelow) 139, 147
 Lupendorf 138
 Lychen 68, 94-96, 117-119, 166, 189, 222
 Mahlendorf 159, 163, 189
 Malchin 19, 25, 26, 36-38, 57, 93, 115, 117, 119, 133, 141, 150, 158, 181, 190, 191, 198, 201, 208, 209, 216-218, 220, 225
 Malchow (b. Waren) 29, 50, 64, 95, 97, 107, 111, 112, 115, 121, 137, 138, 141, 144, 153, 159, 182, 201, 208
 Matzdorf 26
 Medrow 108
 Menkin 150, 151
 Milmersdorf 41, 107, 151, 152
 Mirow 20, 33, 41, 123, 142, 156
 Mölln 82
 Moritzburg 116
 Neddemin 216
 Neubrandenburg 20-22, 28, 29, 36-38, 40, 42, 53, 57, 60, 65, 66, 68, 69, 71, 73-75, 77, 79, 81, 85, 87, 95, 98, 99, 105, 107, 108, 111, 112, 122, 125, 127-129, 135, 142, 144, 147, 148, 160, 161, 163, 170, 172, 173, 175, 176, 179, 180, 183, 188, 190, 193, 198-200, 208, 209, 216-219, 221, 225, 228, 229
 Neuendorf A 224
 Neukalen 162, 188, 189, 227
 Neustrelitz 20, 22, 26, 29, 35, 37, 38, 42, 57, 58, 61, 63, 68, 70, 73, 82-84, 95, 96, 98-103, 109, 116, 123, 125-127, 129, 135, 140, 143, 158, 159, 161, 168, 183, 186, 188, 192-195, 204, 215, 216, 224-227
 Nienhagen (b. Teterow) 194, 197, 198
 Nonnenhof 54
 Pasewalk 60, 68, 80, 81, 89, 123, 127, 129, 150, 187, 194, 204, 212, 213, 225, 227, 228
 Pensin 207
 Penzlin 96, 99, 107, 129, 138, 153, 161
 Potzlow 94
 Prenzlau 32, 40, 53, 55, 74, 76, 81, 82, 89, 99, 105, 108, 109, 130, 162, 168, 169, 173, 174, 176, 177, 192, 217, 228
 Rechlin 156, 157, 167
 Relzow 225
 Rieth 19, 54
 Röbel 69, 73, 77, 100, 102, 104, 105, 111, 130, 137, 144, 154, 156, 162, 165, 178, 221, 227
 Rödlin 54, 166
 Röntgental 63
 Rollwitz 205-207
 Rostock 18

- Rothemühl 71, 73
Sanzkow 105
Schmölln 151
Schönwerder 174
Schwennenz 19
Spantekow 87
Speck 217
Stavenhagen 77, 85, 86, 125,
216-218
Stegelitz 141
Storkow 78
Strasburg 20, 36, 63, 71, 73, 80,
94, 99, 108, 111, 112, 126,
176, 184, 187, 211, 221
Straßburg 184
Strasen 54
Temmen (siehe: Alt Temmen)
Templin 43, 82, 90, 91, 109, 114,
117, 119, 120, 126, 130, 138,
151, 152, 159, 170, 181, 190,
208, 209, 218-220, 223, 225
Teterow 46, 100, 102, 104, 132,
134, 147, 154, 162, 164, 165,
171, 188, 192, 193, 196, 197,
204, 205, 216, 221, 223, 228-
230
Torgelow 142, 174
Trantow 20, 40
Tutow 36, 50
Ueckermünde 70, 96, 100, 105,
108, 110-112, 115, 118, 135,
137, 138, 145-147, 152, 177,
188, 190, 195, 196, 214, 221,
222, 225, 230
Varchentin 53, 57
Walkendorf 36
Walow 100
Waren 29, 57, 81, 90, 95, 97,
107, 115, 119-121, 130, 132,
133, 136-138, 144, 147, 152,
153, 163, 181, 183, 198, 200,
208, 209, 217-219, 221, 223,
225
Warenhof 105
Wendischhagen 93
Wesenberg 126, 156
Wildkuhl 100
Woldegk 20, 22, 142, 172
Wredenhagen 47
Zwickau 89

Umschlagtext:

In diesem Buch stehen zwei Themen gleichermaßen im Vordergrund. Die hier wiedergegebenen Lageberichte der Neubrandenburger Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei aus dem Herbst 1989 stellen eine spannende Chronik der Wende für den gesamten Bezirk Neubrandenburg dar. Insbesondere werden auch die Ereignisse in kleineren Gemeinden berücksichtigt. Die Lageberichte werfen jedoch auch Fragen auf nach der Rolle der Deutschen Volkspolizei als einem Instrument politischer Unterdrückung. In einem ausführlichen Nachwort wird diese Frage aufgegriffen. Dabei wird am Beispiel des Kampfes gegen die mecklenburgische Landeskirche gezeigt, daß die Volkspolizei nicht nur über Jahrzehnte hinweg aufs engste mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenarbeitete. Vielmehr bediente sich die Volkspolizei zeitweise ganz ähnlicher Mittel und Methoden wie das Ministerium für Staatssicherheit.

Dieses Buch wird herausgegeben von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.